

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg

Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2021.

Angelika Vogt/Mathieu Coquelin/Hannes König/Saime Ekin-Atik (Hrsg.)

Inhaltsverzeichnis

4 Vorwort

6 Fragen und Antworten zum Demokratiezentrum Baden-Württemberg

7 Die Fachstellen informieren

8 Gewalt im Corona-Kontext – die „unpolitische“ rechte Gewalt
Fachstelle LEUCHTLINIE für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

14 Telegram-Kanäle als Corpus Delicti
Meldestelle RESpect! – Gegen Hetze im Netz

18 Der Zauberlehrling
Fachstelle mobirex – Monitoring | Bildung | Information

23 Eine Tradition der Verschwörung
Fachstelle PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus

28 Radikalisierung – Erkennen. Deuten. Handeln.
Fachstelle Extremismuskonstanzierung (FEX)

33 Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2021

34 Einführung

43 Januar

49 Februar

58 März

66 April

74 Mai

85 Juni

93 Juli

99 August

105 September

116 Oktober

122 November

126 Dezember

Impressum

Der Bericht „Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg. Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2021“ wird herausgegeben von den Trägern der Fachstellen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg:



Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstraße 23
74372 Sersheim

Tel.: 07042 / 83 17-0
Mail: info@jugendstiftung.de
www.jugendstiftung.de



LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e. V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart

Tel.: 0711 / 1656-222
Mail: servicestelle@lag-mobil.de
www.lag-mobil.de



LAG Offene Jugendbildung
Baden-Württemberg e. V.
Siemensstraße 11
70469 Stuttgart

Tel.: 0711 / 89 69 15-0
Mail: info@lago-bw.de
www.lago-bw.de



Türkische Gemeinde
in Baden-Württemberg e. V.
Reinsburgstraße 82
70178 Stuttgart

Tel.: 0711 / 888 999-15
Mail: info@tgbw.de
www.tgbw.de

V.i.S.d.P: Angelika Vogt, Mathieu Coquelin, Hannes König, Saime Ekin-Atik

Konzeption: Wolfgang Antes

Redaktion: Andreas Hässler

Mitarbeit: Bernhard Schwitalla

Lektorat: Marcus Fuchs

Design: Oliver Müller – Visuelle Kommunikation

Bildnachweis: ydontu (S. 1, 7 und 33), Screenshot der Website von Klagemauer TV, 20.04.2021 (S. 20)

Die Redaktion und die Herausgeber*innen bedanken sich bei allen Rechercheur*innen für ihre zuverlässige Unterstützung.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor*die Autorin bzw. tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert durch

und

im Rahmen des Bundesprogramms

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG



Demokratie leben!

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg wird finanziert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat, und durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Vorwort

„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein“, schrieb der Sozialphilosoph Oskar Negt und machte darauf aufmerksam, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Die Folgen der Corona-Pandemie, der Klimakrise und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stellen aktuell nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. Sie führen auch vor Augen, wie verletzlich und angreifbar das demokratische Miteinander ist. Hinzu kommt die ständige Gefährdung der Demokratie durch Ideologien der Ungleichwertigkeit wie etwa Rassismus oder Antisemitismus und durch andere antidemokratische Einstellungen.

Wir, die Träger im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, veröffentlichen den sechsten Bericht „Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg“, der die Entwicklungen für das Jahr 2021 in den Blick nimmt. Wir möchten damit für demokratiegefährdende Aktivitäten und Tendenzen sensibilisieren. Der Bericht gliedert sich wie gewohnt in zwei Blöcke: a) in Beiträge der Fach- und Meldestellen des Demokratiezentrums und b) in eine Vorfallsammlung.

Die **Vorfallsammlung** auf Basis von Presse- und Polizeimeldungen und parlamentarischen Anfragen lässt Tendenzen im Jahr 2021 erkennen, die für die Entwicklung von Präventionsangeboten wichtige Anhaltspunkte liefern und die damit, im Bewusstsein um ihre Gefährdung, auch das Erlernen von Demokratie fördern.

Aus der Medienberichterstattung lassen sich drei Schwerpunkte für das Jahr 2021 in Baden-Württemberg ablesen: Zum einen wurde über zahlreiche Übergriffe beim Protest gegen die Infektionsschutzauflagen berichtet, zum anderen nahm das Thema Antisemitismus einen großen Platz ein, sei es bei den Aktivitäten von Pandemieleugner*innen und Impfgegner*innen, oder in Zusammenhang mit dem erneut eskalierenden Konflikt zwischen Palästina und Israel im Frühjahr 2021. Darüber hinaus kam es im Rahmen von Wahlkämpfen zu Angriffen auf Kandidat*innen sowie zu zahlreichen Sachbeschädigungen.

Unabhängig von diesen drei Schwerpunkten ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Form von Rassismus gegen Schwarze, Geflüchtete oder Muslim*innen, LSBTIQ-Feindlichkeit oder Antiziganismus weiter ein Problem, welches in der Vorfallsammlung dokumentiert wird. Diese Sammlung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir müssen von einem großen Dunkelfeld ausgehen, da die Sammlung nur das aufgreift, was an anderer Stelle bereits öffentlich berichtet wurde.

Die im vorliegenden Bericht dokumentierten Vorfälle werden durch vertiefende Beiträge der Expert*innen der Fach- und Meldestellen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg ergänzt. Im Jahr 2021 liegt der Schwerpunkt aufgrund des weiter hohen Bedarfs an Einordnung auf Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Die Fachstelle „LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt“ recherchierte in 2021 für Baden-Württemberg 40 Gewalttaten, die einen Corona-Bezug aufwiesen. Valéria da Silva Fekete und Timm Köhler erläutern in ihrem Beitrag **„Gewalt im Corona-Kontext – die ‚unpolitische‘ rechte Gewalt“**, warum LEUCHTLINIE solche Übergriffe als potenziell rechtsmotivierte Gewalt betrachtet und ihre Unterstützung auch für diese Betroffenen anbietet.

Während der Corona-Pandemie entwickelte sich die Messenger-App Telegram zu einer der bedeutendsten Onlineplattformen zur Verbreitung von Fake News, Verschwörungserzählungen und Hetze im Netz. Ahmed Gaafar von der Meldestelle „REspect! – Gegen Hetze im Netz“ geht in seinem Beitrag auf **„Telegram-Kanäle als Corpus Delicti“** ein. Er stellt die Schwierigkeiten dar, die bei der Beseitigung von Hasskommentaren auf dieser Plattform bestehen.

Katharina Mayer von der Fachstelle „mobirex – Monitoring | Bildung | Information“ und Lena Schmid, ehemalige Praktikantin bei mobirex, gehen in ihrem Beitrag **„Der Zauberlehrling“** auf den Fall eines österreichischen Gedächtnistrainers ein, der in seinen Onlinebildungsangeboten dazu aufruft, eigene Schulen zu gründen. Dabei verbreitet er unterschwellig verschwörungsideologische und rechtsextremistische Inhalte, was bei zahlreichen Gegner*innen der Corona-Maßnahmen in Baden-Württemberg Gehör fand.

In seinem Beitrag **„Eine Tradition der Verschwörung“** für die Fachstelle „PREvention – Prävention von religiös begründetem Extremismus“ beschäftigt sich Ahmed Gaafar mit religiös begründeten Verschwörungserzählungen. Diese instrumentalisieren den Glauben, um Feindbilder gegen Andersdenkende und -gläubige zu erzeugen, und sind zugleich hoch anschlussfähig für alte antisemitische Erzählungen.

Prof. Jens Ostwaldt von der „IU – Internationale Hochschule“ in Berlin und Mathieu Coquelin von der Fachstelle „Extremismusbildung (FEX)“ widmen sich in ihrem Artikel der Frage nach den Voraussetzungen des sozialpädagogischen Umgangs mit Radikalisierungstendenzen. In **„Radikalisierung – Erkennen. Deuten. Handeln.“** plädieren sie für eine Rückbesinnung auf sozialarbeiterische Kompetenzen.

In unserer Arbeit unter dem Dach des Demokratiezentrum Baden-Württemberg sensibilisieren wir für die unterschiedlichen Bedrohungen der Demokratie und entwickeln Gegenstrategien zu demokratiefeindlichen Aktivitäten. Wir tragen zum Demokratielernen bei, indem wir demokratische Werte und Menschenrechte vermitteln. Mit unseren vielfältigen Angeboten wollen wir die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gegen Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Radikalisierung stärken.

Wir wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber

Angelika Vogt
Jugendstiftung Baden-Württemberg

Saime Ekin-Atik
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.

Hannes König
*Landesarbeitsgemeinschaft
Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V.*

Mathieu Coquelin
*Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/
Streetwork Baden-Württemberg e. V.*

Fragen und Antworten zum Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Weshalb gibt es das Demokratiezentrum Baden-Württemberg?

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss gelebt und verteidigt werden. Deshalb setzen wir uns für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft ein. Für Menschenfeindlichkeit und Extremismus ist in Baden-Württemberg kein Platz.

Was sind die Aufgaben des Demokratiezentrums Baden-Württemberg?

Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen sind die drei Bereiche, in denen wir uns engagieren. Wir stärken das Verständnis für Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen ein Leben ohne Diskriminierungen führen können – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, sozialem Status oder Alter. Wir wollen demokratie- und menschenfeindliche Haltungen sowie extremistische Einstellungen verhindern und Radikalisierungsprozesse früh unterbrechen. Die Betroffenenberatung, die Mobile Beratung und die Distanzierungsberatung sind wichtige Bausteine, um unsere Aufgaben zu erfüllen.

Wo finde ich das Demokratiezentrum Baden-Württemberg?

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist kein Ort, der besucht werden kann. Wir sind Dach und Zentrum für zahlreiche Akteur*innen und Projekte im Land. Deshalb sind wir mit unseren Beratungen und Veranstaltungen auch in ganz Baden-Württemberg präsent. Als zentrale Anlaufstelle vermitteln wir kompetente Ansprechpartner*innen.

An wen richten sich die Angebote des Demokratiezentrums Baden-Württemberg?

An alle Menschen, die sich für Demokratie, eine vielfältige Gesellschaft, gegen Extremismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen der Menschenfeindlichkeit engagieren wollen.

Wie arbeitet das Demokratiezentrum Baden-Württemberg?

Wir vernetzen und koordinieren Akteur*innen, die sich in Baden-Württemberg für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Extremismus und jede Form von Demokratiefeind-

lichkeit engagieren. In Arbeitsgemeinschaften und Netzwerksitzungen werden Erfahrungen ausgetauscht, Fachwissen geteilt und neue Strategien entwickelt.

Wer arbeitet im Demokratiezentrum Baden-Württemberg zusammen?

Im Demokratiezentrum arbeiten fünf Fachstellen zusammen: „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“, „mobirex – Monitoring | Bildung | Information zur extremen Rechten, Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und zum Antifeminismus“, „Fachstelle Extremismuskonstanzierung“ (FEX), „PREvention – Prävention von religiös begründetem Extremismus“ und „LEUCHTLINIE“, eine Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt.

Welche Angebote gibt es im Demokratiezentrum Baden-Württemberg?

Wir bieten Workshops, Vortrags- und Informationsveranstaltungen sowie Fachtage und Qualifizierungen zu unterschiedlichen Themen und in unterschiedlichen Formaten an.

Sind die Angebote kostenlos?

Ja, die Angebote des Demokratiezentrums Baden-Württemberg sind in der Regel kostenlos. Interessierte müssen dafür auch nicht nach Stuttgart fahren. Veranstaltungen werden in vielen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg angeboten.

Wer finanziert das Demokratiezentrum Baden-Württemberg?

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg wird gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat, und durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

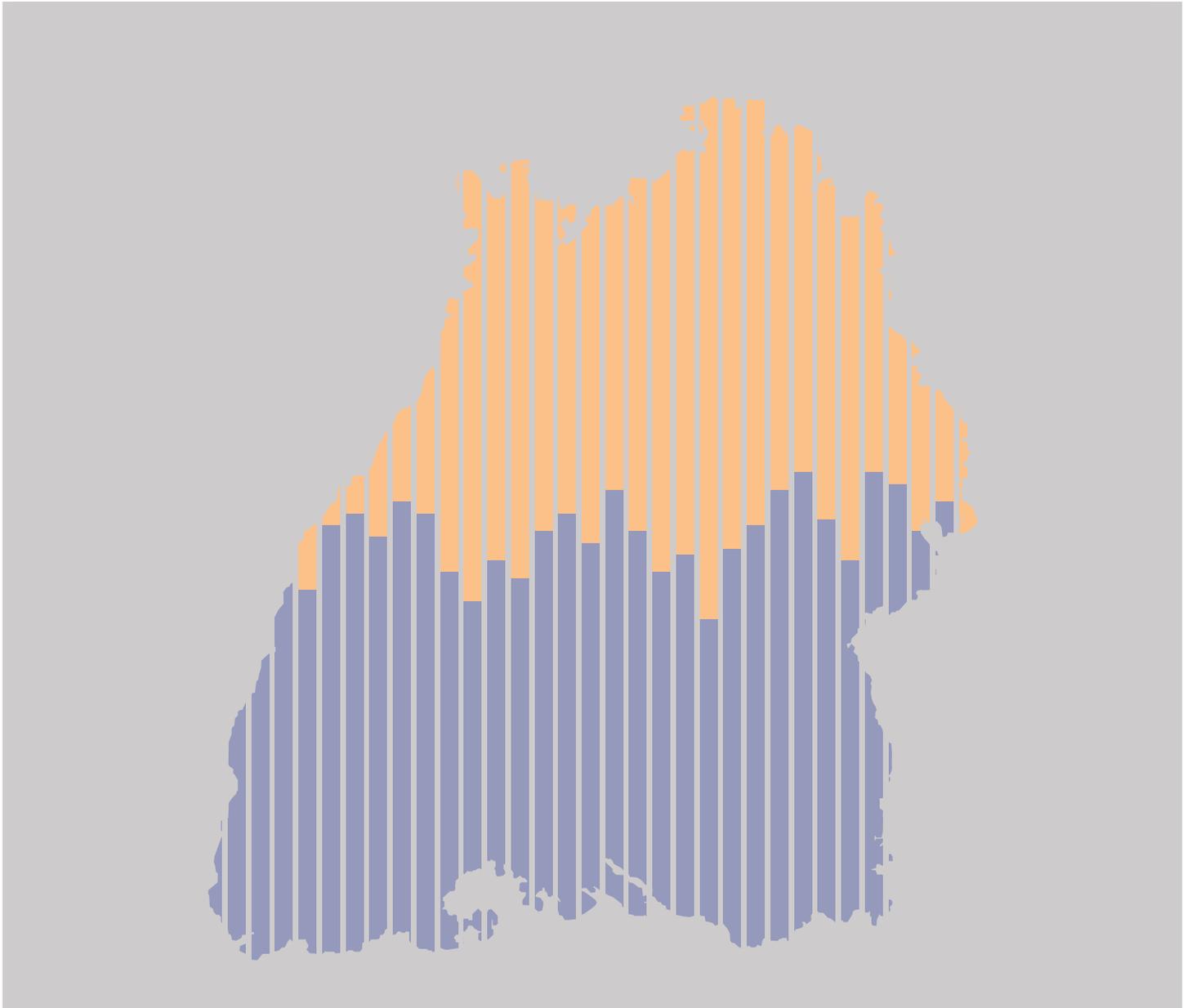
Wer koordiniert das Demokratiezentrum Baden-Württemberg?

Die Gesamtkoordination des Demokratiezentrums liegt beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg.

Weitere Informationen unter

www.demokratiezentrum-bw.de.

Die Fachstellen informieren



Gewalt im Corona-Kontext – die „unpolitische“ rechte Gewalt

In Zusammenhang mit den Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen kommt es zu Übergriffen. Die Beratungsstelle LEUCHTLINIE für Betroffene rechter Gewalt erklärt, warum sie auch in diesen Fällen ihre Unterstützung anbietet.



Valéria da Silva Fekete
Timm Köhler

Fachstelle LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Türkische Gemeinde
in Baden-Württemberg e. V.

Die Fachstelle LEUCHTLINIE im Demokratiezentrum Baden-Württemberg berät Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Baden-Württemberg. Neben der Beratung, Begleitung und Unterstützung betreibt die Fachstelle ein Monitoring rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Baden-Württemberg und arbeitet an deren Dokumentation. LEUCHTLINIE ist Mitglied im Verband der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG).

An einem frühen Morgen im Dezember 2021 wirft eine unbekannte Person eine brennende Fackel in das Innere einer Apotheke in Ludwigsburg, die auch ein Testzentrum betreibt. Der Brandsatz richtet einen Sachschaden in Höhe von mehr als 100.000 Euro an, die Apotheke muss mehrere Monate geschlossen bleiben. Über das Tatmotiv ist aufgrund der laufenden Ermittlungen nichts bekannt (vgl. Jochum 2021 und Walf 2022).

März 2021: Nach einer Demonstration von „Querdenker*innen“ in Freiburg wird eine Gegendemonstrantin angegriffen. Ein Mann bietet ihr seine Hilfe an und schiebt die Frau im Rollstuhl in Richtung Straßenbahn. An der Bürgersteigkante kippt er den Rollstuhl jedoch nicht ab. Die Frau fällt zu Boden. Er kommentiert ihren Sturz abschätzig, beleidigt sie und sagt, sie als „Antifa“ solle sich von den „Querdenken“-Demonstrationen fernhalten. Dann lässt er sie auf der nasskalten Straße zurück. Erst später kann ihr ein Bekannter helfen (vgl. Radio Dreyeckland 2021).

Nicht nur Andersdenkende, auch Journalist*innen sind nicht willkommen bei den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Im März und April 2021 werden in Stuttgart Fernseherteams der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und SWR von Protestierenden während Corona-Demos attackiert. Bei dem Angriff auf das SWR-Team im März beleidigen Teilnehmende einer „Querdenken“-Demonstration die Journalist*innen. Einen Monat später umstellen Corona-leugner*innen ein ARD-Team und bewerfen es mit Steinen (vgl. Weissenburger 2021). Im Dezember 2021 wird eine Reporterin der Südwest Presse bedroht, als sie im Auftrag ihrer Redaktion mit ihrem Handy Bilder einer Mahnwache gegen die Corona-Maßnahmen in Rottenacker aufnehmen möchte (vgl. Südwest Presse 2021).

Fälle wie diese sind nur die Spitze des Eisbergs. Häufiger als Brandstiftungen auf Apotheken oder Angriffe auf Gegendemonstrant*innen sind Beleidigungen, Attacken und Übergriffe in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln. In einer Auflistung von Vorfällen aus dem Jahr 2021 nennt *Die Zeit* – unter anderem mit

Daten des LEUCHTLINIE-Monitorings – für Baden-Württemberg 56 Gewaltvorfälle mit direktem Bezug auf die Corona-Schutzmaßnahmen (vgl. Bangel et al. 2022). Dabei wird deutlich, dass neben Privatpersonen vor allem Mitarbeitende von Supermärkten, Imbissen und Tankstellen sowie Taxi- oder Busfahrer*innen, Bahnmitarbeitende und Polizist*innen angegriffen wurden.

Die Fachstelle LEUCHTLINIE im Demokratiezentrum Baden-Württemberg betrachtet Gewalttaten im Kontext der Pandemie als potenziell rechtmotiviert und bietet Betroffenen Unterstützung im Umgang mit diesen Situationen an. Für die Einordnung von Übergriffen als rechte Gewalt sind für den Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG), dem LEUCHTLINIE angehört, drei Kriterien bedeutend: die ideologische oder organisatorische Verortung der Täter*innen in rechten Szenen, die Auswahl der Betroffenen sowie die Umstände der Tat. Für die Beratungsstelle LEUCHTLINIE ist zudem die Wahrnehmung und Perspektive der Betroffenen ein wichtiges Kriterium für die Einordnung als potenziell rechtmotivierter Übergriff.

Die politische Verortung der Täter*innen

Ein Beispiel für die Verortung der Täter*innen in Ideologie und Erscheinungsformen der extremen Rechten sind die klassischen Marker – wie extrem rechte Symbolik, Kleidung, Tattoos – sowie entsprechenden Äußerungen vor und während der Tat. Auch die Teilnahme an Corona-Demonstrationen oder die Vernetzung mit Social-Media-Kanälen, über die extrem rechte Positionen verbreitet werden, können ein Hinweis auf eine rechte ideologische Verortung sein, so die Erfahrungen von Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt.

Demonstrationen der Kritiker*innen der Corona-Schutzmaßnahmen beziehungsweise der Impfskeptiker*innen sind ein neues Phänomen unter den rechten Erscheinungsformen. Das Spektrum der Protestierenden ist sehr unterschiedlich und zum Teil auch widersprüchlich. Es reicht von Alternativen, Libertären und Konservativen bis hinein ins rechtspopulistische und extrem rechte Spektrum, von Hippies, Familien mit Kindern über Leugner*innen des

Coronavirus bis zu Esoteriker*innen, Impfgegner*innen, Vertreter*innen unterschiedlichster Verschwörungsideologien und Reichsbürger*innen. Dabei erweist sich der Themenkomplex der „Corona-Kritik“ neben klassischen rechten Schablonen der „Volksgemeinschaft“ und „-gesundheit“ als anschlussfähig für sehr unterschiedliche ideologische Traditionen, wie anthroposophisches oder esoterisches Denken, verkürzte Staatskritik (z. B. durch die Gleichsetzung von ‚Kapital‘ und Staat) und libertäres Denken, also die grundsätzliche Infragestellung von staatlicher Macht ausübung (vgl. Speit 2021, Nachtwey/Frei 2021 und Kraus 2021, S. 32-38). Ein Beispiel aus dem Buch „Verqueres Denken“ des Journalisten Andres Speit zeigt die Vermengung unterschiedlicher ideologischer Milieus:

„In Biberach klagte während einer Demonstration im Mai 2020 Wilfried Kessler, Fachlehrer für Eurythmie, Literatur und Theater an der Freien Waldorfschule Ulm, in seiner Rede: ‚Wer hätte gedacht, dass in dem Land der Dichter und Denker (...), die Menschen gedemütigt werden, einen Maulkorb zu tragen?!‘

Er fuhr fort, es sei ‚mit dem Kunstgriff eines Virus, mit dem Kunstgriff der Todesangst ein die Menschen bestimmender, bedrohlicher Raum geschaffen worden, der (...) durch eine gewaltige Zensur, Hetz- und Diffamierungskampagnen der Regierung und der Hofmedien aufrecht erhalten (sic!) wird, um jegliches eigenständiges Denken, jegliches Aufdecken von Tatsachen auszumerzen.‘ (Speit 2021, S. 126)

Menschen, die vielleicht noch vor fünf Jahren gegen extrem rechte Aufmärsche protestierten, entscheiden sich nun auf Demonstrationen der Corona-Kritiker*innen mitzulaufen – gemeinsam mit Holocaust-Relativierenden, Verschwörungsideolog*innen und anderen extrem rechten Gruppierungen, die ihre antisemitischen Einstellungen durch entsprechende Aussagen oder Symbole zeigen. Zum Beispiel durch das Tragen des „Impf-Sterns“ in Anlehnung an den Judenstern und durch die Aussage, eine kleine Elite versuche die Welt zu beherrschen unter Zuschreibung von Eigenschaften wie List und Habgier, wie sie im Antisemitismus verbreitet ist. Die bislang anscheinend bestehende Abgrenzung zu extrem rechten Gruppen wird durch neue Mobilisierungswege, niedrigschwellige, verbindende Situationen und (für die Mehrheit) neue Themenstellungen unterlaufen. Teile der Gesellschaft treten so neu

in Kontakt mit organisierten rechten Akteur*innen und verhalten sich solidarisch zu ihnen, selbst wenn sie aus dem extrem rechten Spektrum kommen. Das zeigt sich besonders, wenn Redner*innen der Szene, die dem rechten Spektrum zuzurechnen sind, für ihre Äußerungen belangt werden (vgl. Deutschlandfunk 2020).

Die Mobilisierung über Social Media nimmt stark zu. Die Zahl und die Reichweite von Telegram-Kanälen, die rechte Positionen verbreiten, stieg rasant während der Corona-Krise (vgl. Hass im Netz 2020). Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich bereits in den flüchtlingsfeindlichen „Nein zum Heim“-Protesten, die ihren Ausgang auf Facebook im Jahr 2014 nahmen. Social-Media-Phänomene wie Echo-kammern und Filterblasen können Verschwörungsdenken verstärken und menschenfeindliche Einstellungen wie Antisemitismus, antisiasiatischen Rassismus und Sozialdarwinismus katalysieren. Politische Feindbilder der extremen Rechten werden auf eine breitere Bewegung übertragen und erfahren eine Aktualisierung: Ältere „Feindeslisten“ der extremen Rechten werden auf Social Media geteilt und Menschen als Zielobjekte markiert.

Gewalt im Corona-Kontext ist somit häufig sozial eingebettet in eine Bewegung, die sich aus Menschen unterschiedlicher Milieus zusammensetzt und durch diese als „Widerstandshandlung“ bzw. „Notwehr“ legitimiert wird.

Die Auswahl der Opfer

Für die Wertung einer Gewalttat mit Corona-Bezug als rechtmotiviert kann auch die Auswahl der betroffenen Person durch Zuschreibungen bzw. Abwertungen ausschlaggebend sein. Dabei kann deutlich werden, dass die betroffene Person stellvertretend für Gruppen bzw. für „das System“ angegriffen wird. Das ist offensichtlich bei den häufigen bzw. zunehmenden Attacken auf Gegen-demonstrant*innen und Journalist*innen am Rande von „Corona-Protesten“. Sie werden beschimpft, bespuckt, mit Gegenständen beworfen und geschlagen oder ihre Ausrüstung wird zerstört. Parallelen zu Pegida-Demonstrationen, an deren Rand Journalist*innen regelmäßig angefeindet und angegriffen wurden, werden hier deutlich, wie eine Studie des Europäischen Zentrums für Presse-

und Medienfreiheit (ECPMF) belegt. Die Recherche registrierte 83 gewaltsame Angriffe im Jahr 2021, das sind 14 verifizierte Fälle mehr als im Jahr zuvor. 75 Prozent aller Angriffe ereigneten sich im Umfeld der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen (vgl. Hoffmann/Knoll 2022).

Angriffe gegen Mitarbeitende von Test- und Impfzentren, Supermärkten, Imbissen und Tankstellen sind selten unpolitische Gewaltausbrüche. Die Auswahl der Opfer sowie die Tatdynamik lassen sich nach Auffassung der Fachstelle LEUCHTLINIE nur damit erklären, dass die Täter*innen ihre Opfer nicht als menschliches Gegenüber, sondern als Vertreter*innen einer staatlichen Politik sehen. Die Betroffenen werden als die Ausführenden der politisch beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wahrgenommen. Hier tritt den Täter*innen scheinbar „das System“ in Gestalt einer einzelnen Person entgegen, die greifbar und angreifbar erscheint. Gewalt gegen Einzelne wird im Milieu so politisch legitimiert und aufgewertet.

Die Tatumstände

Auch die Umstände der Tat können ihre Einstufung als rechten Vorfall begründen, zum Beispiel, wenn der Tatkontext einen expliziten Corona-Bezug aufweist – sei es ein Impfzentrum oder eine „Querdenken“-Demonstration. Auch die Tatdynamik kann implizit darauf verweisen.

Von den 131 Gewalttaten im Jahr 2021, die LEUCHTLINIE recherchierte, hatten 40 einen Corona-Bezug. Sie fanden überwiegend in öffentlichen Verkehrsmitteln, Bahnhöfen oder an Haltestellen, am Arbeitsplatz und in Einkaufsmärkten statt; einige auch bei Demonstrationen, in Gaststätten, im öffentlichen Raum oder in Freizeit-/Jugendeinrichtungen.

Und die Betroffenen?

Betroffen waren im Allgemeinen Menschen, die auf die Maskenpflicht hinwiesen oder andere Ansichten zur Pandemie vertraten, und im Besonderen politische Verantwortungsträger*innen und Journalist*innen. Angriffe auf Politiker*innen und Medienschaffende ließen sich ebenfalls im

Jahr 2015 – im Rahmen der politischen Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten – beobachten.

Für die Fachstelle LEUCHTLINIE ergeben sich bei Gewalttaten mit Corona-Kontext jedoch einige Neuerungen: neue Zielgruppen sowie ein anderer Blick der Betroffenen auf das Erlebte.

Wenn rechte Gewalt durch einen einfachen Verweis auf geltende Corona-Verordnungen ausgelöst werden kann, überrascht es nicht, dass die Betroffenenengruppen breiter und unspezifischer werden. Kaum ein*e Busfahrer*in oder ein*e Imbissmitarbeiter*in sieht die Aufforderung, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, als eigenes politisches Statement. Womöglich wird daher auch die gewaltsame Reaktion darauf häufig nicht im politischen „rechten“ Kontext gesehen.

Mit den rechten Angriffen auf bestimmte Berufsgruppen oder Bürger*innen werden Menschen getroffen, die zuvor möglicherweise wenig oder keine Berührung mit rechten Anfeindungen (z. B. Rassismus, Antisemitismus) hatten. Eine These ist, dass sie deshalb Gewalt im Corona-Kontext eher als „willkürlich“ und weniger als rechtsmotiviert wahrnehmen.

In einigen Fällen von Gewalt mit Corona-Bezug – z. B. antiasiatischer Rassismus, Aggressionen gegen Berufsausübende mit Zuwanderungsgeschichte, antisemitische Aktionen – spielen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine Rolle. Diese müssen erkannt und auch im Themenfeld Corona transparent gemacht werden, um die gesellschaftlichen Verflechtungen adäquat abzubilden.

Angriffe mit Corona-Bezug können über die einzelnen Betroffenen hinaus auch auf (Berufs)gruppen konkrete Wirkungen haben: Bürgermeister*innen, die wegen ihrer Entscheidungen persönlich bedroht werden; Ladenmitarbeitende, die es sich zweimal überlegen, bevor sie die Kundenschaft auf das Maskentragen hinweisen; ÖPNV-Nutzende, die sich nicht mehr trauen einzugreifen. Gewalt mit Bezug auf die Corona-Pandemie erhöht deutlich die Schwelle, sich für Gesundheit, Demokratie und öffentliche Versorgung einzusetzen. Rechte Gewalt untergräbt den gesellschaftlichen

Zusammenhalt. Für die Betroffenen bedeuten diese Erfahrungen Verunsicherung – und häufig auch eine Bedrohung ihrer beruflichen oder geschäftlichen Existenz. LEUCHTLINIE unterbreitet den Betroffenen ein Beratungsangebot, das sie im Umgang mit den Folgen der Übergriffe unterstützt.

Beratung in Zeiten von Corona

Wie in fast allen beruflichen Felder verändert die Pandemie auch den Handlungsrahmen der Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt. Betroffene von rechter Gewalt durch „Corona-Kritiker*innen“ sind – vor allem als Mitarbeitende von Verkaufsstellen und anderen Einrichtungen – teilweise leichter zu identifizieren und zu kontaktieren. Gleichzeitig stellen wir fest, dass Betroffene coronaspezifischer Gewalt sich selten an LEUCHTLINIE wenden, vermutlich gerade aufgrund der oben beschriebenen fehlenden Einordnung als rechtsmotivierte Gewalt. Auf der anderen Seite verfügen Menschen, die aufgrund ihrer Berufsausübung angegriffen werden, oft über eine funktionierende institutionelle und soziale Umgebung und erfahren dort meist ausreichende Unterstützung.

Die Corona-Pandemie erschwert auch andere Beratungsprozesse: Zugänge zu Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Therapieplätze, sind begrenzt, Gerichtsverfahren werden vertagt, Behörden sind zum Teil nur online erreichbar. Wie auch schon vor der Pandemie fällt es vielen Menschen schwer, rassistische, antisemitische und rechte Tatmotive als solche zu erkennen.

Menschen, die sich wegen coronabezogener Angriffe eine Beratung wünschen, bietet LEUCHTLINIE in Baden-Württemberg umfassende Unterstützung. Die Berater*innen recherchieren und begleiten ausdrücklich auch Fälle rechter Gewalt im Corona-Kontext. Sie veröffentlichen diese Vorfälle, um Gesellschaft und Politik dafür zu sensibilisieren, den politischen Charakter von rechter Gewalt mit Corona-Bezug ernst zu nehmen. Auch die Unterstützung Betroffener von Gewalttaten im Corona-Kontext und das Aufzeigen dieses neuen Phänomens sind ein Thema der Arbeit.

Die anderen Kontexte rechter Gewalt werden die Arbeit der Beratungsstelle weiter prägen, wie etwa Angriffe gegen

(vermeintliche) Gegner*innen der extremen Rechten oder rechte Gewalt im Wohnumfeld, um nur einige Beispiele zu nennen.

LEUCHTLINIE wird rechte Gewalt mit Corona-Bezug weiter beobachten. Die Zusammenhänge mit Antisemitismus, antiasiatischem Rassismus, Ableismus, Sozialdarwinismus und anderen rechten Denkstrukturen dürfen nicht verharmlost werden. Das Erkennen dieser Verflechtungen ist wichtig, um das Ausmaß der Gewalt besser einschätzen zu können. Nur so können Betroffene(ngruppen) angemessen unterstützt und eine gesellschaftliche Veränderung bewirkt werden.

Literatur

Bangel, Christian; Bauer, Jakob; Biermann, Kai; Ehmann, Annick; Tröger, Julius; Venohr, Sascha; Vooren, Christian (2022): Angriffe wegen Corona. Die Pandemie der Gewalt. Zeit online, 10.02.2022. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-02/corona-angriffe-deutschland-coronaleugner-gewalt>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Deutschlandfunk (2020): Wer marschiert da zusammen? Deutschlandfunk online, 11.12.2020. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/corona-demonstrationen-wer-marschiert-da-zusammen-100.html>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Frei, Nadine; Nachtwey, Oliver (2021): Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Hrsg. v. Universität Basel im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg. Online verfügbar unter https://www.boell-bw.de/sites/default/files/2022-01/Quellen%20des%20Querdenkertums_Frei_Nachtwey.pdf, zuletzt geprüft am 02.05.2022.

Hass im Netz (2020): Telegram. Zwischen Gewaltpropaganda und „Infokrieg“. Hass im Netz online, Juli 2020. Online verfügbar unter <https://www.hass-im-netz.info/themen/artikel/telegram-zwischen-gewaltpropaganda-und-infokrieg.html>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Hoffmann, Martin; Knoll, Roberta (2021): Feindbild Journalist. Hass vor der Haustür. Hrsg. v. Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF). Online verfügbar unter <https://www.ecpmf.eu/ecpmf-feindbild-study-2022/>, zuletzt geprüft am 01.07.2022.

Jochum, Henning (2021): Unbekannter mit Fackel wirft brennenden Gegenstand in Apotheke. Stuttgarter Zeitung online, 27.12.2021. Online verfügbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.schwere-brandstiftung-in-ludwigsburg-unbekannter-mit-fackel-wirft-brennenden-gegenstand-in-apotheke.a8187fe8-a5a7-476d-b3cc-99c0e93b6a07.html>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Kraus, Dietrich (2021): Wir können alles außer impfen. Warum „Querdenken“ eine Stuttgarter Vorwahl hat. In: Heike Kleffner und Matthias Meisner: Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. Freiburg im Breisgau. S. 32-38.

Radio Dreyeckland (2021): Erneut Angriff auf Antifaschistin im Zusammenhang mit „Querdenken“ Autokorso. Radio Dreyeckland online, 23.03.2021. Online verfügbar unter <https://rdl.de/beitrag/erneut-angriff-auf-antifaschistin-im-zusammenhang-mit-querdenken-autokorso>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Speit, Andreas (2021): Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus. Berlin.

Südwest Presse (2021): Twitter-Post vom 01.12.2021. Online verfügbar unter <https://twitter.com/swpde/status/1466106869773131777>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Walf, Christian (2022): Was steckt hinter dem rätselhaften Anschlag auf die Park-Apotheke in Eglosheim? Ludwigsburger Kreiszeitung online, 12.01.2022. Online verfügbar unter https://www.lkz.de/lokales/stadt-ludwigsburg_artikel,-was-steckt-hinter-dem-raetselhaften-anschlag-auf-die-park-apotheke-in-eglosheim-_arid,667762.html, zuletzt geprüft am 02.05.2022.

Weissenburger, Peter (2021): Presseangriffe bei „Querdenker“-Demo. Beschimpft und beworfen. Taz online, 05.04.2021. Online verfügbar unter <https://taz.de/Presseangriffe-bei-Querdenker-Demo/!5758931/>, zuletzt geprüft am 02.05.2022.

Valéria da Silva Fekete und Timm Köhler

Fachstelle LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene
rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.
Reinsburgstraße 82
70178 Stuttgart
Tel.: 0711 / 888 999 33 (Beratung und Auskunft)
E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de

Telegram-Kanäle als Corpus Delicti

Hass und Hetze bei Telegram.

Erfahrungen der Meldestelle „REspect! – Gegen Hetze im Netz“.



Ahmed Gaafar

Teamleitung der Meldestelle
REspect! – Gegen Hetze im Netz

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Bei der Meldestelle REspect! können Hasskommentare aus den sozialen Netzwerken gemeldet werden.

REspect! definiert sich als Clearingstelle, die Meldungen filtert und damit vor allem den Meldenden und der Polizei Anzeigen erspart, die keine oder wenig Aussicht auf Erfolg haben. Dies gilt auch für Löscheinträge bei den jeweiligen Plattformbetreibern, die REspect! ebenfalls übernimmt. Da ausschließlich Fälle mit eingeschätzter strafrechtlicher Relevanz angezeigt werden, steigt die Chance auf eine Ermittlung der Verantwortlichen.

Der Messenger-Dienst Telegram hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Plattform entwickelt, auf der sich Hass und Hetze nahezu ungehindert ausbreiten kann. Trotz gesetzlicher Vorgaben zur Löschung von strafbaren Inhalten im Netz, die auf Plattformen wie Facebook oder YouTube angewendet werden, stellt die Löschung von Hassbotschaften auf Telegram eine besondere Herausforderung dar. Davon ist auch die Arbeit der Meldestelle „REspect! – Gegen Hetze im Netz“ der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Demokratiezentrum Baden-Württemberg betroffen.

Die Meldestelle REspect! geht gegen Hass und Hetze im Netz vor. Meldungen, die bei REspect! eingehen, werden zunächst auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft. Angezeigt werden kann nur, was tatsächlich strafbar ist. Der Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 Strafgesetzbuch (StGB)) ist erfüllt, wenn jemand den öffentlichen Frieden stört, indem er zu Hass, Gewalt und Willkürmaßnahmen aufstachelt. Das gilt allerdings nur, wenn sich die Tathandlung gegen Gruppen einer nationalen, ethnischen, religiösen Herkunft, gegen Teile der Bevölkerung oder einzelne Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen richtet. Auf eine Hetze gegen den Staat zielt § 130 StGB nicht ab.

Beim Umgang mit Meldungen, die Telegram betreffen, muss zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Inhalten unterschieden werden. Nur bei öffentlichen Inhalten kann REspect! die strafrechtliche Relevanz prüfen. Im Jahr 2021 wurden



Was ist Telegram?

Telegram ist eine kostenlose Messenger-App aus Russland zur Nutzung auf Smartphones, Tablets und PCs. 2013 veröffentlichten die Entwickler Nikolai Durow und Pawel Durow die App. Nutzer*innen können dort Gruppen oder Kanäle zur Kommunikation erstellen. Durch sicheres Messaging, kostenlose Anrufe und das Versprechen, ohne Einschränkungen Inhalte verbreiten zu können, ist Telegram für viele Nutzer*innen attraktiv. Ende 2020 nutzten mehr als 500 Millionen Menschen die App. In Deutschland soll die Plattform mehr als zwei Millionen Nutzer*innen haben. Nach eigenen Angaben sitzt das Entwicklungsteam von Telegram in Dubai.

31 Prozent der 486 Meldungen, die Telegram-Kanäle betrafen, als strafrechtlich relevant eingeschätzt. Darunter sind Kanäle, auf denen die Verfasser*innen mit Klarnamen auftreten. Ist die Identität des Verfassers eines Hasspostings bekannt, kann auch ein*e Tatverdächtige*r genannt werden. Dies war beispielsweise auf dem Kanal des Berliner Verschwörungsideologen Attila Hildmann möglich. Dort wurden Verschwörungsmymen, Aufrufe zur Gewalt und Volksverhetzung verbreitet, was mehrfach angezeigt wurde (vgl. FAZ 2021). Schwieriger ist der Umgang mit Kanälen, die ihre Botschaften anonym verbreiten, weil sie zum Beispiel nach Parolen oder Motiven benannt sind und deshalb keiner Person oder Personengruppe zugeordnet werden können. Wenn kein*e Täter*in ermittelt werden kann, muss das Strafverfahren eingestellt werden.

Zahlreiche Meldungen, die REspect! erreichen, haben antisemitische Inhalte. Jüd*innen wird vorgeworfen, für die Corona-Pandemie verantwortlich zu sein und an diversen Weltverschwörungen beteiligt zu sein.

Auf einem Flugblatt, das auf Telegram verbreitet wurde, stellten die Urheber*innen die Frage: „Haben wir denn wirklich nur ein Corona-Problem?“ In der daran anschließenden Frage wurde dann der Eindruck erweckt, es seien Jüd*innen, mit denen es „vor allem“ ein Problem gebe. Auf dem Flugblatt wurden Politiker*innen und Wissenschaftler aufgezählt, die von den Urheber*innen als jüdisch definiert werden. Damit wird suggeriert, diese, und nicht die Pandemie, seien das eigentliche Problem.

Eine weitere Meldung betraf einen Artikel, von dem ein Screenshot und der Link zu der antisemitischen Seite, auf der er online zu finden ist, verbreitet wurden. Bei dem Artikel handelt es sich um eine Darstellung einer angeblichen Verschwörung, die *den* Jüd*innen zugeschrieben wird, deren Ziel es sei, alle nicht-jüdischen Menschen zu töten. Auf der erwähnten Seite finden sich zudem Fotos, die den Holocaust relativieren und verharmlosen.

Wenn in diesem Beitrag von Telegram-Kanälen die Rede ist, sind nicht private Chat-Gruppen oder der Austausch von privaten Nachrichten gemeint. Telegram entwickelt sich immer mehr vom Messenger-Dienst zum sozialen Netzwerk. In der Regel sind Telegram-Kanäle öffentlich.

Sie können unter einem beliebigen (Benutzer)namen erstellt und von mehreren Administrator*innen verwaltet werden. Mit der Erstellung eines Kanals wird ein von der Identität der einrichtenden Person unabhängiger Link mit dem frei wählbaren (Benutzer)namen erzeugt (in der Regel: t.me/Benutzername). Dieser besteht aus einer kurzen URL-Adresse, die in den unterschiedlichen Sozialen Netzwerken, in Magazinen, Blogs, auf Webseiten oder sogar durch ein Tattoo verbreitet werden kann. Ein Telegram-Kanal kann eine unbegrenzte Anzahl von Mitgliedern haben. Das Einstellen von Inhalten ist nur der/dem Ersteller*in des Kanals und Administrator*innen erlaubt. Wenn eine dieser Personen etwas postet, wird der Beitrag nicht mit ihrem Namen versehen, sondern mit dem Namen des Kanals. Für normale Mitglieder und die Strafverfolgungsbehörden ist nicht ersichtlich, welche Person den Beitrag gepostet hat. Die Inhalte des Kanals können innerhalb oder außerhalb von Telegram von allen Nutzer*innen geteilt werden. Ab 200 Mitgliedern ist das Hinzufügen neuer Mitglieder nicht mehr an Einladungen von Ersteller*innen oder Administrator*innen gebunden. Für die Teilnahme genügt ein Link (Telegram: FAQ Kanal).

Warum fällt die Löschung bei Telegram so schwer?

Bei vielen Telegram-Kanälen ist eine zuständige oder rechtlich verantwortliche Person nicht erkennbar. Bei Straftaten oder Verbreitung von Desinformationen, Propaganda oder Hassrede ist die Strafverfolgung deshalb kaum umsetzbar. Auf Telegram scheint alles erlaubt zu sein, was sonst verboten ist. Es gibt keine Richtlinien, welche Posts zulässig sind und welche gegen die eigenen Standards und Normen verstoßen. Anfragen zu diesem Thema werden nicht beantwortet. Nach Angaben von Telegram können die Nutzer*innen im Falle einer Rechtswidrigkeit das Profil direkt in der App oder per E-Mail melden (vgl. Telegram: *Illegale Inhalte*). In diesem Fall wird Telegram *„legitime[n] Anfragen bezüglich illegaler, öffentlicher Inhalte auf Telegram (beispielsweise Sticker-Pakete, Kanäle und Bots) nachgehen und solche Dinge entfernen“* (Telegram: *Löschungen auf Anfrage*). Mehr als die Löschung der Inhalte wird also nicht stattfinden. Telegram gibt auf seiner Webseite an, dass der Dienst eine verzweigte technische Infrastruktur verwendet,

die von verschiedenen juristischen Personen (verteilt auf mehrere Gerichtsbarkeiten) gesteuert wird und Daten verschlüsselt speichert. Die zugehörigen Schlüssel werden zerlegt und niemals an derselben Stelle wie die Daten selbst gespeichert, sodass die Herausgabe verwertbarer Informationen nur durch mehrere Gerichtsbeschlüsse aus verschiedenen Ländern erzwungen werden kann. Die Möglichkeit, Informationen über als rechtswidrig eingestufte Posts zu erlangen, wäre nur möglich, wenn unterschiedliche Gerichte auf der ganzen Welt die gleiche Entscheidung zum gleichen Thema treffen würden (vgl. Telegram: Datenanfragen). Das ist aufgrund der unterschiedlichen Gesetze und Gerichte in den verschiedenen Ländern fast unmöglich. In der Praxis sind Telegram-Kanäle folglich ein rechtsfreier Raum. Telegram rechtfertigt diese Richtlinien damit, dass die Plattform nicht Teil der politischen Zensur sein wolle (vgl. Telegram: Löschungen auf Anfrage). Diese Maßnahmen und die verzweigte Datenstruktur sollen das Ziel haben, die Meinungsfreiheit sicherzustellen, sodass einzelne Regierungen oder Gruppen „gleichgesinnter“ Länder diese Freiheit nicht unterhöhlen können (vgl. Telegram: Datenanfragen).

Für das deutsche Recht ist die Meinungsfreiheit ein hohes Gut. Sie wird durch Artikel 5 im Grundgesetz (GG) gesichert. Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat auch Grenzen: Wenn eine Äußerung aus einer reinen Verächtlichmachung einer Person oder einer Gruppe besteht, keine sachliche Grundlage hat und auf eine Schmähung abzielt, dann ist das keine Meinungsäußerung mehr, sondern Schmähkritik, die die Menschenwürde in Frage stellt. Das Gewicht eines Angriffs auf die Menschenwürde ist von der subjektiven Interpretation der Äußerung abhängig. Das lässt sich sehr deutlich an Beleidigungsdelikten erkennen, da bei diesen Delikten nur die Betroffenen selbst eine Anzeige erstatten können. Darüber hinaus finden die Rechte der Meinungsfreiheit ihre „Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“ (Art. 5 Abs. 2 GG). Verfassungsrechtlich kann das Rechtsgut der Menschenwürde nicht mit der Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG abgewogen werden. Die Menschenwürde wiegt immer schwerer. Aufgrund der oben beschriebenen Probleme kann dieser Grundsatz des deutschen Strafrechts bei Telegram bislang nicht durchgesetzt werden.

Die Problematik der Telegram-Kanäle ist aus unterschiedlichen Perspektiven im öffentlichen Diskurs bekannt. Wie das Bundeskriminalamt (BKA) gegenüber der Onlineausgabe von *Die Welt* mitteilte, komme der Messengerdienst „Anregungen zur Löschung von rechtsextremistischen Inhalten [...] größtenteils nicht“ nach. Allerdings lösche Telegram islamistische Propaganda, wenn die EU-Polizeibehörde Europol entsprechende Anfrage übermittle (vgl. Bewarder 2022). Nach den Erfahrungen von REspect! setzt Telegram Löschanregungen kaum um. Mehrfach wurden Bedrohungen und Aufrufe zu Gewalttaten gemeldet – ohne Erfolg. Wegen mangelnder Bereitschaft zur Kooperation seitens Telegram will das Bundesjustizministerium gegen Telegram vorgehen (vgl. Welt 2021). Die Meldestelle befürwortet dieses Vorgehen. Ob sich Ergebnisse im Jahr 2022 zeigen, hängt auch davon ab, ob eine Verschärfung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes noch zustande kommen wird.

Literatur

Bewarder, Manuel (2022): Telegram soll mit Löschbitten geflutet werden. *Welt online*, 17.01.2022. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article236272766/Telegram-BKA-will-Plattform-mit-Loeschbitten-und-Datenanfragen-fluten.html>, zuletzt geprüft am 15.06.2022.

Bundesverfassungsgericht (BVerfG 2010): Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 04. Februar 2010 – 1 BvR 369/04 –, Rn. 1-41. Online verfügbar unter http://www.bverfg.de/e/rk20100204_1bvr036904.html, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

FAZ (2021): Staatsanwaltschaft ermittelt im Fall Hildmann in den eigenen Reihen. *Faz.net*, 18.05.2021. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/staatsanwaltschaft-ermittelt-im-fall-hildmann-in-den-eigenen-reihen-17346919.html>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Fischer, Thomas (2018): *Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen*. 65. Aufl. München.

Telegram: Datenanfragen. Online verfügbar unter <https://telegram.org/faq#f-reagiert-ihr-auf-datenanfragen>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Telegram: FAQ Kanal. Online verfügbar unter https://telegram.org/faq_channels/de, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Telegram: Illegale Inhalte. Online verfügbar unter <https://telegram.org/faq#f-ich-habe-illegale-inhalte-auf-telegram-gefunden-wie-kann-ich-d>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Telegram: Löschung auf Anfrage. Online verfügbar unter <https://telegram.org/faq#f-moment-mal-0-o-ihr-loscht-etwas-auf-anfrage-von-dritten>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Welt (2021): Bundesjustizministerium geht gegen Telegram vor. Welt online, 14.06.2021. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article231816305/Telegram-Justizministerium-geht-gegen-Messenger-Dienst-vor.html>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

ZDF (2022): BKA will Druck auf Telegram erhöhen. ZDF online, 17.01.2022. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bundeskriminalamt-telegram-rechtsextremismus-100.html>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Ahmed Gaafar

Meldestelle REspect!

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 11 62

74370 Sersheim

E-Mail: gaafar@jugendstiftung.de

www.meldestelle-respect.de

Der Zauberlehrling

Ein Gedächtnistrainer und Zauberkünstler vermittelt über seine digitalen Bildungsformate nicht nur Lerntipps, sondern auch Verschwörungserzählungen und dubiose medizinische Tipps. Ein Beitrag der Fachstelle mobirex.



Katharina Mayer

Lena Schmid

Fachstelle mobirex –
Monitoring | Bildung | Information
zur extremen Rechten, GMF und
Antifeminismus
Landesarbeitsgemeinschaft Offene
Jugendbildung Baden-Württemberg
e. V.

Die Fachstelle mobirex im Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet für ehren- und hauptamtlich Engagierte Informationen, Vorträge und Analysen zur extremen Rechten, daran angrenzenden Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) und zum Antifeminismus. mobirex betreibt zu diesen Themen ein Monitoring von Aktivitäten und Entwicklungen und veröffentlicht Fachpublikationen.

Die Schulschließungen während der Corona-Pandemie und die damit einhergehende Umstellung auf digitale Wissensvermittlung offenbarten bundesweit Schwachpunkte der Bildungssysteme. Kinder und Eltern im Homeschooling griffen vermehrt auf frei abrufbare digitale Bildungsformate zurück. Der offenkundige Bedarf wurde nicht nur von Pädagog*innen und Bildungsinstitutionen, sondern auch von anderen Anbieter*innen bedient. So etwa von dem österreichischen Gedächtnistrainer und Zauberkünstler Ricardo Leppé. Neben Tipps zum Mathematikunterricht und zum Erlernen des Alphabets werden über Leppés digitale Kanäle Inhalte mit Bezügen zu rechtem und verschwörungsideologischem Gedankengut verbreitet.

Person und Inhalte

Ricardo Leppé betreibt die Website „Wissen schafft Freiheit“ mit dazugehörigen Telegram-, Instagram- und YouTube-Kanälen und ist Inhaber der Lernplattform „all4brain.com“, die kostenpflichtige Onlinekurse für Gedächtnistraining und Mathematik bietet. Mit seinen digitalen Lernformaten bot Leppé während der pandemiebedingten Schulschließungen ein von Eltern als entlastend wahrgenommenes Portfolio.

Zielgruppe waren nach Aussagen Leppés insbesondere von der pandemiebedingten Mehrfachbelastung betroffene Mütter. Seine Plattform(en) erhielten stetig wachsende Aufmerksamkeit und entwickelten sich zum Gegenentwurf zum staatlichen Schulunterricht für maßnahmenkritische „besorgte Eltern“. Auf YouTube und Telegram folgen mehr als 40.000 Follower*innen Leppés Kanälen.

Neben Tipps und Tricks zum vermeintlich „kinderleichten“ Lernen vermittelt Leppé eine Vielzahl weiterer Botschaften, deren Kernelement die Ablehnung der staatlichen Schulpflicht ist und aus denen sich die Anschlussfähigkeit an verschwörungsideologische Narrative ergibt.

Schule sei ein „reines Verblödungssystem“ (Breitenegger 2021), die „Dezentralisierung der Bildungsmacht“ eine Zielstellung (Wissen schafft Freiheit, o. J. a). Die „Macht“ müsse „zurück in die Hände von Eltern, Kindern und Lehrern“. Hier zeigt

sich ein Argumentationsmuster, innerhalb dessen die Heimbeschulung und die Gründung sogenannter Freischulen als Möglichkeiten erscheinen, Schüler*innen vor einer vermeintlich staatlichen Indoktrination während des Unterrichts zu bewahren. Die Strategie, die staatliche Schulpflicht zu umgehen, gehört zum Vorgehen verschwörungsideologisch geprägter Zusammenhänge. Der Rechtsextremismus-experte Jan Nowak von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern bezeichnet die Zielsetzung von „Wissen schafft Freiheit“ in Bezug auf das Schulkonzept als Versuch, „*die eigenen ideologischen Vorstellungen im Schulunterricht umzusetzen – ohne die öffentliche Kontrolle durch Aufsichtsbehörden*“ (Häring/Schmitt 2022).

Leppe trieb die Idee eines „*Systemwechsels*“ im Bildungssystem während der Pandemie voran. Er vernetzte regionale Akteur*innen und Interessierte in regional-koordinierten „Lern- und Bundesländergruppen“. In Baden-Württemberg bestehen laut Website von „Wissen schafft Freiheit“ neben der Bundeslandgruppe 22 regionale Telegrammgruppen (vgl. Wissen schafft Freiheit o. J. b).

Leppe setzt sich offensiv für die Gründung von Freischulen ein (vgl. Meier 2021a). In der Folge tauchen er und sein Verein immer wieder im Kontext von Freischulgründungen auf. So etwa im Zuge einer illegalen Schulgründung bei Rosenheim (vgl. Garufo et al. 2021) und als Gegenstand einer kleinen Anfrage an den Bayerischen Landtag zur Gründung einer „*Bewegten Naturschule*“ im ebenfalls bayerischen Fürsteneck (vgl. Bayerischer Landtag 2022). Der Sektenbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Matthias Pöhlmann, bezeichnete Ricardo Leppe als „*rechten Esoteriker*“, der problematisches rechtes und esoterisches Gedankengut aufgreife, das in der Anastasia-Bewegung vorkomme (vgl. Garufo et al. 2021).

Hintergrund: Schetinin-Schulen und Anastasia-Bewegung

„*Ganz tolle Schulen*“ sind für Leppe auch die umstrittenen Schetinin-Schulen (vgl. Wissenschaft Freiheit 2020a). Deren Konzept geht auf Michail Petrowitsch Schetinin zurück und ist Vorbild der hierzulande aktiven „Lais“-Schulen oder -Lerngruppen. Die Schweizer Fachstelle für Sekten-

fragen infoSakta schätzt die Schetinin-Schulen als hochproblematisch ein: Kinder würden dort indoktriniert und bekämen nationalistische Inhalte, Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit vermittelt (vgl. Meier 2021b).

Schetinin-Schulen sind eng verknüpft mit der dem rechts-esoterischen Spektrum zuzuordnenden völkischen Siedlungsbewegung „Anastasia“. Deren Gedankengut basiert auf einer Buchreihe des russischen Autors Wladimir Megre. Neben rassistischen und antisemitischen Inhalten werden in den Büchern problematische Gesundheits- und Krankheitskonzepte sowie wenig differenzierte Erziehungsvorstellungen geteilt, so infoSakta (vgl. infoSakta 2016).

Zwar distanzierte sich Leppe in einem YouTube-Video von einigen Inhalten der Anastasia-Bewegung und der Schetinin-Schulen, verwies aber zeitgleich auf vermeintlich positive Aspekte der jeweiligen Strukturen (vgl. WissenSchafft Freiheit 2021).

Bezüge zur Germanischen Neuen Medizin

Besonders kritisch ist auch Leppes Nähe zur auf Ryke Geerd Hamer (1935 – 2017) zurückgehenden Germanischen Neuen Medizin zu betrachten. Hamer wurde die Zulassung als Arzt aufgrund seiner wissenschaftlich nicht haltbaren Behandlungsmethoden entzogen. Zentrale Annahme der Germanischen Neuen Medizin ist die Entstehung körperlicher Erkrankungen durch innerpsychische Konflikte. Evidenzbasierte Behandlungen werden als den Genesungsprozess störend abgelehnt (vgl. Grotepass 2016). Die Deutsche Krebsgesellschaft (DKG) stuft die Germanische Neue Medizin „*mit allem Nachdruck als gefährlich und unethisch*“ ein (vgl. Deutsche Krebsgesellschaft o. J.).

Leppe seinerseits verweist auf positive Erfahrungen mit dem Hamerschen Heilsversprechen und bot Helmut Pilhar, einem zentralen Vertreter der Germanischen Neuen Medizin, mittels eines Interviews online eine Plattform (vgl. WissenSchafft Freiheit 2020b).

Helmut Pilhar und Ryke Geerd Hamer fielen immer wieder mit antisemitischen und verschwörungsideologischen Positionen auf. So verbreitete Hamer die antisemitische

Verschwörungserzählung, nach der Jüd*innen zur Behandlung von Krebs die Germanische Neue Medizin anwenden würden, während alle anderen einem geplanten weltweiten Genozid durch Chemotherapie zum Opfer fielen (vgl. Kontrovers extra 2010). Ins selbe Horn stießen Helmut Pilhar und weitere Anhänger*innen der Germanischen Neuen Medizin, als sie 2009 in der Synagoge im fränkischen Kronach einen Vortrag störten, der sich kritisch mit der Germanischen Neuen Medizin auseinandersetzte (vgl. mk 2009). Pilhar verbreitet auch heute noch Verschwörungserzählungen über den „Deep State“ und eine „New World Order“.

Fragwürdige Gesundheitstipps verbreitet Lepe indes auch über seine anderen Kanäle, auch in Zusammenarbeit mit seinem Bruder: Elias Lepe betreibt eine Website mit dem programmatischen Titel „Gesundheit schafft Freiheit“. Des Weiteren verbreiten die Brüder ihre Ansichten zu Gesundheitsthemen im „Gebrüder Lepe Talk“. Thematisch bieten sie dort Ernährungstipps, aber auch akut gesundheitsgefährdende Empfehlungen wie die Einnahme giftiger Chlordioxid-Lösung (CDL) (vgl. WissenSchafft Freiheit 2022). Außerdem präsentieren sie überraschende Erkenntnisse über den weiblichen Körper, der im Zuge der Monatsblutung „Dreck“ ausstoße (vgl. Kreil 2021).

Gefährliche Ideologien

Leppes digitale Formate bieten Anknüpfungspunkte an Inhalte aus dem verschwörungsideologischen Spektrum. Auch ist eine mangelnde Distanzierung zu Personen mit Verbindungen in die rechte Szene auffällig. So sprach Ricardo Lepe im Mai 2021 auf einem Kongress mit dem Titel „Energize you – Kinder der Zukunft“. Redner war auch Sänger Xavier Naidoo, der im Zuge der Corona-Pandemie antisemitische Verschwörungsideologien transportierte.

Leppes Bildungsansatz wurde außerdem auf Klagemauer-TV präsentiert, einem Medium mit sektenartiger Hintergrundstruktur, das antisemitische und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet (vgl. Liebentritt 2020). Lepe stellte der Website ein Video zur Verfügung. Auf seiner Website verlinkte Lepe die „Anwälte für Aufklärung“, die dem pandemieleugnenden Spektrum zuzuordnen sind und die Maßnahmen zur Pandemieeindämmung als „Gesund-



Screenshot der Website von „Klagemauer-TV“, 20.04.2021

heitsdiktatur“ und „unadäquate Zwangsmaßnahmen“ betiteln (Lorenz et al. 2020) und Tipps zur Umgehung der Schulpflicht geben. Obwohl Lepe nach eigener Aussage zumindest auf Telegram das „C. Thema rauszuhalten“ versucht, teilte er ein Video der „Stiftung Corona Ausschuss“, die Falschinformationen über das Coronavirus verbreitet und fiel mit Verweisen auf Kooperationen bzw. Nähe zu Akteur*innen aus dem pandemieleugnenden Spektrum auf.

Fazit

Ricardo Leppes digitale Bildungsangebote erlangten während der Corona-Pandemie wachsende Popularität, da sie mit ihren Lernangeboten eine durch die pandemiebedingten Schulschließungen und Verlagerung der Beschulung und Betreuungssituation ins Private bestehende hohe Nachfrage nach digitalen Bildungsformaten bedienen.

Allerdings weisen diese Formate in vielfacher Hinsicht problematische Inhalte und Bezüge zu demokratiegefährdenden Strukturen auf und verbreiten Verschwörungsideologien weiter. Zudem bedürfen Bestrebungen, das Schulsystem zu verändern, generell einer differenzierten Betrachtung, die Lepe nicht leistet.

Die inhaltliche Nähe zur sogenannten Anastasia-Bewegung, zu pandemieleugnenden Strukturen und antisemitische und verschwörungsideologische Inhalte verbreitenden Medien einerseits sowie die Bezüge zur Germanischen Neuen Medizin andererseits führen in der Gesamtschau zu einer Einstufung der Informations- und Lernmedien der Gebrüder Lepe als problematisch und sind deshalb weder für Kinder noch für Eltern als Bildungsmedien empfehlenswert.

Literatur

Bayerischer Landtag (2022): Drucksache 18/22768 vom 17.05.2022. Online verfügbar unter https://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0022768.pdf, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

Breitenegger, Larissa (2021): „Die Macht muss zurück in die Hände der Eltern, Lehrer und Kinder“. Interview mit dem Bildungsrevoluzzer Ricardo Lepe. Grüntrieb, 20.09.2021. Online verfügbar unter <https://gruentrieb.at/die-macht-muss-zurueck-in-die-haende-der-eltern-lehrer-und-kinder-interview-mit-dem-bildungsrevoluzzer-ricardo-leppe/>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

Deutsche Krebsgesellschaft (o. J.): Germanische Neue Medizin nach Dr. Hamer. Stellungnahme. Online verfügbar unter https://www.krebsgesellschaft.de/deutsche-krebsgesellschaft/klinische-expertise/wissenschaftliche-stellungnahmen.html?file=files/dkg/deutsche-krebsgesellschaft/content/pdf/Stellungnahmen_wiss/Stellungnahme_Neue%20Germanische%20Medizin_AGPRIO_2022.pdf&cid=102250, zuletzt geprüft am 30.06.2022.

Garufo, Miriam et al. (2021): Illegale Schule bei Rosenheim: Das Netzwerk der „Freilerner“. Bayerischer Rundfunk online, 21.10.2021. Online verfügbar unter <https://www.br.de/nachrichten/bayern/illegale-schule-bei-rosenheim-das-netzwerk-der-freilerner,SmU1VqG>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

Grotepass, Christoph (2016): Die „Germanische Neue Medizin“ von Ryke Geerd Hamer. Sekteninfo NRW, 13.03.2016. Online verfügbar unter <https://sekten-info-nrw.de/information/artikel/verschwörungstheorien/die-germanische-neue-medizin-von-ryke-geerd-hamer>, zuletzt geprüft am 30.06.2022.

Häringer, Katharina; Schmitt, Christina: „Bewegte Naturschule“: Lernidyll oder Verschwörungsideologie? Bayerischer Rundfunk online, 07.04.2022. Online verfügbar unter <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bewegte-naturschule-lernidyll-oder-verschwörungsideologie,T2FAWpk>, zuletzt geprüft am 28.06.2022.

infoSekta (2016): Einordnung der Anastasia-Bewegung im rechtsextremen Spektrum. Einfluss der Bewegung auf Bildungsangebote, mögliche Folgen bezüglich Gesundheitsverhalten und Konsequenzen hinsichtlich Erziehungskonzepten. Zürich 2016. Online verfügbar unter https://www.infosekta.ch/media/pdf/Anastasia-Bewegung_10112016_.pdf, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

Kontrovers extra (2010): Thema: Todesfalls Germanische Neue Medizin. BR Fernsehen, 27.05.2010. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=1H5bzEqST8g>, zuletzt geprüft am 30.06.2022.

Kreil, Christian (2021): Gebrüder Lepe: Experten für Menstruation und Pädagogik. Der Standard online, 11.08.2021. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.de/story/2000128176435/gebrueder-leppe-experten-fuer-menstruation-und-paedagogik>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

Liebentritt, Miro (2020): Meditieren, heilen, Juden hassen. Zeit online, 20.01.2020. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-01/rechte-esoterik-klav-verschwörungstheorien-verfassungsschutz>, zuletzt geprüft am 30.06.2022.

Lorenz, Laurin; Scherndl, Gabriele; Gaigg, Vanessa (2021): Der organisierte Maßnahmenwiderstand. Der Standard online, 10.03.2021. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/2000124786247/das-dichte-netz-der-corona-massnahmenkritiker-und-wer-dahintersteckt>, zuletzt geprüft am 30.06.2022.

Meier, Anna (2021a): Ganzheitlich indoktrinieren. Jungle World online, 06.05.2021. Online verfügbar unter <https://jungle.world/artikel/2021/18/ganzheitlich-indoktrinieren>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

Meier, Anna (2021b): „Anastasia“-Bücher machen Schule. Belltower News, 14.05.2021. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/voelkische-siedlungsbewegung-anastasia-buecher-machen-schule-115631/>, zuletzt geprüft am 28.06.2022.

Mk (2009): Antisemitische Thesen in Kronacher Synagoge. HaGalil, 23.03.2009. Online verfügbar unter <https://www.hagalil.com/2009/03/gnm/>, zuletzt geprüft am 30.06.2022.

Wissen schafft Freiheit (o. J. a): Startseite der Homepage. Online verfügbar unter <https://www.wissenschaftsfreiheit.com/>, zuletzt geprüft am 27.06.2022.

Wissen schafft Freiheit (o. J. b): Bundesländergruppen. Online verfügbar unter <https://www.wissenschaftsfreiheit.com/schulenlerngruppen/bundeslaendergruppen/>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

WissenSchafft Freiheit (2020a): Eine Schule des Lebens – Interview mit Iris – Teil 1. Video, 24.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=kBgvRtTT8JA>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

WissenSchafft Freiheit (2020b): Die psychischen Hintergründe von Krankheiten – Interview mit Helmut Pilhar. Video, 19.12.2020. Online unter https://www.youtube.com/watch?v=knF_hGNsX_8 inzwischen nicht mehr verfügbar, zuletzt geprüft am 16.10.2021.

WissenSchafft Freiheit (2021): unsere klar definierten Ziele – Vorwürfe – Schetinin – Anastasia. Video, 05.11.2021. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=OiQXWych57A>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

WissenSchafft Freiheit (2022): Beitrag auf dem Telegram-Kanal „WissenSchafft Freiheit“, 05.02.2022. Online verfügbar unter <https://t.me/WissenSchafftFreiheit/412>, zuletzt geprüft am 06.07.2022.

Katharina Mayer und Lena Schmid

Fachstelle mobirex – Monitoring | Bildung | Information
zur extremen Rechten, GMF und Antifeminismus
Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung
Baden-Württemberg e. V.
Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Tel.: 0711 / 89 69 15-23
E-Mail: mobirex@lago-bw.de
www.mobirex.de

Eine Tradition der Verschwörung

Religiös begründete Verschwörungsideologien instrumentalisieren den Glauben. Sie legitimieren damit Feindseligkeiten gegen Andersdenkende und Andersgläubige.



Ahmed Gaafar

Leitung der Fachstelle PREvent!on

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Die Fachstelle „PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus“ entwickelt Maßnahmen und Strategien für die Präventionsarbeit im Bereich der Radikalisierung junger Menschen im Kontext des religiös begründeten Extremismus. Sie bietet Fach- und Beratungskompetenz und vernetzt relevante Akteur*innen im Themenfeld der Präventionsarbeit.

Allen Verschwörungsideologien sind zwei Merkmale gemein: die Suche nach einer einfachen Erklärung und die Suche nach einem oder einer Schuldigen. Dies gilt auch für religiös begründete Verschwörungsideologien. In einer dualistischen Weltanschauung endet die Suche nach Verantwortlichen schnell, wenn „das Böse“ ausgemacht werden kann. Für Antisemit*innen ist das Böse immer im Voraus bekannt: Es sind *die* Jüd*innen. Für Fundamentalist*innen sind es alle, die eine andere Meinung vertreten. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell eine Radikalisierung stattfindet (vgl. Eder 2021, S. 117). Innerhalb der verschiedenen religiös-fundamentalistischen Kreise gibt es unterschiedliche ideologische Deutungen für das Virus, die mit Verschwörungserzählungen einhergehen. Die geistliche Führung Irans hat die Corona-Pandemie zu einer jüdisch-amerikanischen Verschwörung erklärt (vgl. Grigat 2020). Der Prediger des Trump-Kabinetts, Ralph Drollinger, legte das Virus als Gottesstrafe aus. Gründe dafür seien Homosexualität und radikaler Umweltschutz (vgl. Eisele 2021). In den USA wird von Evangelikalen und anderen Kirchen auch der Begriff „*Mark of the Beast*“ (oder die Zahl „666“) für das Virus verwendet. Der Begriff geht auf die neutestamentliche Apokalyptik zurück (Offenbarung 13:16-18 und 20:4), in der der Antichrist den Christ*innen durch so markierte Ereignisse eine Prüfung auferlegt. Gleichzeitig wird auch eine Verbindung zwischen den verwendeten Impfstoffen und dem Teufel konstruiert (vgl. Dvoskin 2021).

Instrumentalisierung des Glaubens

Unter religiös begründeter Verschwörungsideologie werden in diesem Artikel Verschwörungsideologien verstanden, deren Anhänger*innen – egal in welcher Weise – eine *Heilige Schrift* oder religiöse Traditionen instrumentalisieren, um eine Verschwörungsideologie zu begründen und für richtig zu erklären. Die Besonderheiten einer solchen Verschwörungsideologie bildeten sich im Laufe der Geschichte heraus. Sie entstand im Umfeld von Traditionen und religiösen Riten. In einer religiösen Tradition gilt eine Überlieferung als Axiom, als nicht zu hinterfragender Glaubensinhalt. Dadurch ist es einerseits schwierig, ja fast unmöglich, ihre Instrumentalisierung im Sinne einer Verschwörungsideologie aufzudecken bzw. auch nur den Verdacht auszusprechen, dass es sich um eine solche Instrumentalisierung handelt, da dies der Glaubensstreue widerspricht.

Das lässt sich bei religiös-fundamentalistischen Gruppierungen auf unterschiedlichen Ebenen erkennen. Andererseits nutzt die religiöse Verschwörungsideologie den theologischen Glauben an eine Vorherbestimmung aus, um jeglichen Zweifel an der Verschwörungsideologie als schwachen Glauben, Apostasie, also Abfall vom Glauben, oder sogar eine Beteiligung an dieser Verschwörung zu interpretieren.

Feindseligkeit gegen Andersdenkende und Andersgläubige

Religiös begründete Verschwörungsideologien bilden die Grundlage für die Legitimierung einer Feindseligkeit gegen Andersdenkende bzw. Andersgläubige. Entweder durch die Interpretation der eigenen Tradition oder durch die Auslegung der Schriften der „Angefeindeten“. Die „Angefeindeten“ sind in der Regel mit der Figur des Antichristen (auch Satan oder Teufel) oder mit apokalyptischen Vorstellungen verbunden. Die Figur eines Antichristen wird mit einer Ideologie (beispielsweise Atheismus), einer politischen Bewegung (beispielsweise Kommunismus) oder einer Person (beispielsweise Adolf Hitler) gleichgesetzt (vgl. Hagemeister 2018, S. 34). Diese Gleichsetzung findet sich auch in der nationalsozialistischen Propaganda, in der Jüd*innen oder Freimaurer*innen als Agent*innen des Antichristen und dementsprechend als Feinde dargestellt wurden. Beispiele dafür finden sich in der antisemitischen Wochenschrift „Auf gut deutsch“ des nationalsozialistischen Publizisten Dietrich Eckart oder den Tagebüchern des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels. Auch die Bezeichnung des nationalsozialistischen Regimes als „*Drittes Reich*“ oder „*Tausendjähriges Reich*“ ist von einer christlichen mittelalterlichen Bezeichnung abgeleitet. In der mittelalterlichen Verwendung sollte das Reich mit der Vernichtung des Antichristen und dem Jüngsten Gericht enden (vgl. Bärsch 2002, S. 52-59).

Diese dualistische apokalyptische Vorstellung von einem Antichristen findet sich ebenfalls in der islamischen Tradition. Der islamische Terminus *technicus* lautet „*Al-Masīḥ Ad-Dağḡāl*“, in der deutschsprachigen Literatur als *Dajjal* bezeichnet. Obwohl diese Figur – und die mit ihr verbundenen Ereignisse – an keiner Stelle im Koran explizit er-

wähnt sind, gibt es in der islamischen Tradition prophetische Überlieferungen, die sich mit dieser Figur und mit den Kennzeichen des Jüngsten Gerichts befassen. Der *Dajjal* stellt eine Versuchung dar, die zu einer Zerrissenheit führt, in der der Mensch erkennen muss, wem er sich zuordnet: Gott oder dem Antichristen. Solche Ereignisse sind in der muslimischen Literatur als Glaubensprüfung für Muslim*innen dargestellt, in der „*echte*“ Gläubige sich vom *Dajjal* nicht verführen lassen. Der *Dajjal* wurde beispielsweise während des zweiten Golfkriegs (1990-1991) in Saddam Hussein identifiziert. Danach wurde diese Figur mit einem System (dem sogenannten *Dajjal*-System) in Verbindung gebracht, über das die USA und Israel vermeintlich die Welt steuern (vgl. Damir-Geilsdorf/Hendrich 2005, S. 569). Eine der Begründungen dafür war der US-amerikanische Ein-Dollar-Schein, dessen Rückseite die Abbildung eines Auges auf einer Pyramide zeigt. Dieses Auge sei ein Symbol für den *Dajjal*, der in einer Überlieferung der muslimischen Tradition als einäugig beschrieben wird (vgl. ebd., S. 569 f.), so die verschwörungsideologische Argumentation.

Die Rolle des Teufels und des Antisemitismus

Der Teufel und seine Gehilf*innen spielen eine zentrale Rolle in den religiös begründeten Verschwörungsideologien. Der Teufel wird, sei es in der christlichen oder in der islamischen Tradition, als Verursacher alles Bösen gesehen. In der christlichen Tradition wurde, vor allem im Mittelalter, jeglicher Schaden auf den Teufel, seine „*Agenten*“ oder „*Kinder*“ zurückgeführt. Die Verantwortlichmachung des Teufels ist, beispielsweise in den Schriften Martin Luthers (1483-1546), an vielen Stellen erkennbar. An der ersten Stelle der Teufelsagent*innen standen die Hexen. Diese trugen die Bezeichnung „*Teufelshuren*“. Sie wurden als Verursacherinnen von Lähmungen, von Unwettern und sogar von Unfruchtbarkeit gesehen. Das Gleiche wurde auch den Sinti*innen und Rom*nja zugeschrieben. Jüd*innen wurden als die Teufelskinder oder Mörder*innen Jesu diffamiert. Ihnen wurde in der Zeit der Osmanenkriege, die ab dem 15. Jahrhundert in Europa stattfanden, vorgeworfen, christliche Länder für die Osmanen/Türken auszuspionieren (vgl. Wippermann 2018, S. 284 ff.). Der Teufel wurde von Martin Luther auch als „*Gott der Türken*“

identifiziert. Diese Unterstellung wurde mit dem Kampf zwischen den Türken und den christlichen Ländern begründet. Basierend auf dem Glauben an einen endzeitliche „Zweifrontenkampf“ verteuflte Luther ebenso den Papst und schrieb ihm zu, zusammen mit den Türken den Antichristen zu bilden: „*Antichristus, hoc est Papa et Turca*“ (vgl. Kaufmann 2015, S. 70 ff.).

Im 19. Jahrhundert wurden von katholischen Geistlichen auch die Freimaurer*innen zu den Agent*innen des Teufels gezählt und mit Hass verfolgt (Antimasonismus). Das lässt sich im Werk des deutschen katholischen Theologen Leo Meurin „*La Franc-Maçonnerie. Synagogue de Satan*“ (deutsch: Die Freimaurerei. Synagoge des Satans) deutlich erkennen (vgl. Frick, S. 69). Das Werk erschien im Jahr 1893 in Paris. Der Titel geht in erster Linie auf eine biblische Stelle zurück: „*Siehe, ich will dir einige aus der Synagoge des Satans geben, einige von denen, die sagen, sie seien Juden, und es nicht sind, sondern nur lügen, ...*“ (Zürcher Bibel, Offenbarung 3:9). Das Buch weist darüber hinaus eine Vermischung des Antimasonismus, eine Ideologie, die sich vorwiegend aus politischen und religiösen Gründen gegen die Freimaurerei richtet, mit Antisemitismus auf: „*En vérité, tout ce qui voir trouve dans la franc-maçonnerie est foncièrement juif, exclusivement juif, passionnément juif, depuis le commencement jusqu'à la fin.*“¹ (Meurin 1893, S. 260). Jüd*innen und Freimaurer*innen wurde vorgeworfen, Boten des Teufels zu sein und ihre Rituale in der Synagoge des Satans eingeübt zu haben, mit dem angeblichen Ziel, die katholische Kirche und den christlichen Glauben stören zu wollen. Von der katholischen Kirche wurden die Freimaurer*innen bis zum Jahr 1983 mit der Exkommunikation wegen ihres angeblichen häretischen Gedankenguts bestraft. Ähnlich war die Haltung der orthodoxen Kirchen, was dazu führte, dass die Freimaurer*innen in Zypern exkommuniziert wurden und von der russisch-orthodoxen Kirche im Jahr 1932 zur Verdammung verurteilt wurden. Eine Verbindung zwischen

der Freimaurerei und dem Satanismus wird bis heute von den integralistischen² Gruppierungen angenommen (vgl. Oberhauser 2018, S. 42-45). In fast allen arabischen Ländern wurde die Freimaurerei nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg (1947-1949) verboten. Das Verbot wurde damit begründet, dass die Freimaurer*innen Zionist*innen seien und die muslimische Gesellschaft in Gefahr brächten (vgl. Zarcone 2014, S. 244).

In der als Fälschung entlarvten Schmähchrift „*Protokolle der Weisen von Zion*“ (1901) wird dem Judentum unterstellt, Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft zu schmieden. Das Werk wurde im Jahr 1961 vom ägyptischen Schriftsteller Muhammad Khalifa At-Tunsi (1915-1988) unter dem Titel „*Die jüdische Gefahr – Protokolle der Weisen von Zion*“ ins Arabische übersetzt. Der islamistische Theoretiker Sayed Qutb (1906-1966) veröffentlichte im Jahr 1950 einen Aufsatz mit dem Titel (übersetzt) „*Unser Kampf gegen die Juden*“, in dem er die Verschwörungsideologie der „*Protokolle*“ seit Anfang des Islams begründet, mit der islamischen Tradition bestätigt und seine Interpretation mit Koranversen (zum Beispiel 2:75) legitimiert. Sogar Adolf Hitler und sein Werk „*Mein Kampf*“ werden erwähnt: Gott soll seine Aufmerksamkeit auf die Jüd*innen gerichtet haben (vgl. Qutb 1993, S. 37). Die Argumente, die Sayed Qutb in seinem Aufsatz anführt, gelten als erprobte Maxime für Antisemitismus im islamistischen Milieu. Der Aufsatz wurde mehrmals aufgelegt und erschien im Jahr 1993 in zwölfter Auflage. Ab 2002 wurde die popkulturelle Verbreitung der religiös gedeuteten „*Protokolle*“ durch zwei Fernsehserien verstärkt. So wurde zum Beispiel im Jahr 2003 in einer 30-teiligen TV-Serie (al-Shatat) des Hisbollah-Senders Al-Manar TV eine angebliche jüdische Verschwörung verbreitet, die der Beschreibung in den „*Protokollen*“ entspricht (vgl. USHMM, o. D.). Der Glaube an die Wahrheit der „*Protokolle der Weisen von Zion*“ ist bis heute in der arabischen Welt weit verbreitet.

1 Übersetzt ins Deutsche: „In Wahrheit ist alles, was man in der Freimaurerei sieht, grundsätzlich jüdisch, ausschließlich jüdisch, leidenschaftlich jüdisch, von Anfang bis Ende.“

2 Als „Integralisten“ bezeichnete man im Katholizismus vor allem jene besonders traditionsbewussten Anhänger*innen des päpstlichen Jurisdiktionsprimats [Führungsanspruchs], die aus der antimodernen Haltung heraus der Meinung sind, dass die Gesellschaftsordnung nach offiziellen kirchlichen Richtlinien gestaltet werden muss.

PREvent!on sensibilisiert für die Problematik

In religiös begründeten Verschwörungsideologien werden Gelegenheiten wie die Corona-Pandemie oder Kriege genutzt, um die eigene Erzählung attraktiver zu machen. Mit der Betonung von zum Teil historisch gewachsenen dualistischen Bildern, die einen Gegensatz zwischen den Gläubigen und einem Antichristen beziehungsweise Dajjal in den Vordergrund stellen, werden scheinbar einfache Erklärungen in Krisenzeiten religiös begründet. Gleichzeitig werden Feindbilder erzeugt, die antisemitischen Denkmustern entsprechen oder dafür anschlussfähig sind.

Die Verschwörungsideologien benutzen zudem den Glauben. Einerseits, um eine höhere Reichweite zu erlangen, andererseits, um sich gegen Kritik zu immunisieren. Die Fachstelle PREvent!on der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Demokratiezentrum Baden-Württemberg sensibilisiert für diese Problematik der Instrumentalisierung von Glauben durch Verschwörungsideologien.

Literatur

Bärsch, Claus-Ekkehard (2002): Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiösen Dimensionen der NS-Ideologie in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler. 2. überarbeitete Auflage. München.

Damir-Geilsdorf, Sabine; Hendrich, Béatrice (2005): „Wenn die Steine sprechen ...“. Muslimische Selbst-Inszenierungen in Endzeitnarrationen. In: Günter Oesterle (Hrsg.): Erinnerung, Gedächtnis, Wissen: Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Göttingen, S. 555-588.

Dwoskin, Elizabeth (2021): On social media, vaccine misinformation mixes with extreme faith. In: The Washington Post online, 16.02.2021. Online verfügbar unter <https://www.washingtonpost.com/technology/2021/02/16/covid-vaccine-misinformation-evangelical-mark-beast/>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Eder, Matthias (2021): Die Verschwörung(en) hinter der Pandemie. In: Daria Pezzoli-Olgiati und Anna-Katharina Höpflinger (Hrsg.): Religion, Medien und die Corona-Pandemie. Baden-Baden, S. 111-118.

Eisele, Ines (2021): Evangelikale: Gottes Segen statt Corona-Impfung? Deutsche Welle online, 23.04.2021. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/evangelikale-gottes-segen-statt-corona-impfung/a-57113295>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Frick, Karl R. H. (1986): Satanismus und Freimaurerei. Satan und Satanisten. Dritter Teil. Graz.

Grigat, Stephan (2020): Das Versagen von Irans Regierung. Taz online, 23.08.2020. Online verfügbar unter <https://taz.de/Verswoerungstheorien-zu-Corona/!5704080/>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Hagemeyer, Michael (2018): Antichrist. In: Helmut Reinalter (Hrsg.): Handbuch der Verschwörungstheorien. Leipzig, S. 34-38.

Kaufmann, Thomas (2015): Luthers Sicht auf Judentum und Islam. In: Heinz Schilling (Hrsg.): Der Reformator Martin Luther 2017. Eine wissenschaftliche und gedenkpolitische Bestandsaufnahme. Berlin, München, Boston, S. 53-84.

Meurin, Leon (1893): La franc-maçonnerie, synagogue de Satan. Paris.

Oberhauser, Claus (2018): Antimasonismus. In: Helmut Reinalter (Hrsg.): Handbuch der Verschwörungstheorien. Leipzig, S. 39-46.

Qutb, Sayed (1993): Ma'rakatuna ma'a al-yahūd. 12. Aufl. Kairo.

United States Holocaust Memorial Museum (USHMM, o. D.): Protocols of the Elders of Zion. Key dates. Washington, DC. Online verfügbar unter <https://encyclopedia.ushmm.org/content/en/article/protocols-of-the-elders-of-zion-key-dates>, zuletzt geprüft am 01.03.2022.

Wippermann, Wolfgang (2018): Teufel. In: Helmut Reinalter (Hrsg.): Handbuch der Verschwörungstheorien. Leipzig, S. 282–287.

Zarcone, Thierry (2014): Freemasonry and Islam. In: Henrik Bogdan und Jan A. M. Snoek (Hrsg.): Handbook of Freemasonry. Leiden, S. 233–257.

Ahmed Gaafar

Fachstelle „PREEvent!on – Prävention von religiös
begründetem Extremismus“
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Postfach 11 62
74370 Sersheim
E-Mail: gaafar@jugendstiftung.de
www.jugendstiftung.de

Radikalisierung – Erkennen. Deuten. Handeln.

Ein Plädoyer der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung für die Rückbesinnung auf sozialarbeiterische Kompetenzen.



Prof. Dr. Jens Ostwaldt

Mathieu Coquelin

Prof. Dr. Jens Ostwaldt

Professor für Soziale Arbeit mit dem Arbeits- und Forschungsschwerpunkt Radikalisierung und Extremismus an der IU – Internationale Hochschule.

Mathieu Coquelin

Leiter der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX) der LAG Mobile Jugendarbeit / Streetwork Baden-Württemberg e. V.

FEX entwickelt präventive Ansätze im Feld des politischen und religiös motivierten Extremismus. Diese zielen auf die Stärkung der Handlungsfähigkeit im Umgang mit sich radikalisierenden jungen Menschen und richten sich an (sozial)pädagogische Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige aus der Verbandslandschaft.

Neben konkret abrufbaren Angeboten wie Vorträge, Workshops und Multiplikationsformaten bietet FEX Materialien, E-Learning-Tools, Qualifikationen, regelmäßige Fachveranstaltungen sowie Beratung im Themenfeld der Radikalisierungsprävention.

Die Radikalisierung von Menschen ist ein komplexes Phänomen. Es ist zudem nicht einfach, Radikalisierung zu definieren, was das Sprechen und Schreiben über sie zusätzlich erschwert: Was macht radikale Positionen aus? Führt jede radikale Einstellung in die Gewalt? Gibt es problematische Dimensionen von Radikalisierung ohne Gewalt? Warum radikalisiert sich junge Menschen? Und wer tritt mit welcher Motivation, Legitimation und welchen Mitteln an diese heran? Oft ist es diese Komplexität, die sozialpädagogische Fachkräfte daran zweifeln lässt, ob sie die notwendigen Kompetenzen dafür mitbringen, um mit radikalisierten Personen umzugehen.

Im wissenschaftlichen Diskurs existiert eine Vielzahl verschiedener Definitionen von Radikalisierung. Sie definieren Radikalisierung zum Beispiel als die Übernahme einer Ideologie (vgl. Frindte et al. 2016, S. 2 f.) oder beschreiben mit Radikalisierung einen Prozess,

„der dazu führt, dass ein Individuum oder eine Gruppe zu einer Form der Gewaltausübung greift, die unmittelbar an eine sozial, politisch oder religiös motivierte Ideologie geknüpft ist, von der die herrschende politische, soziale oder kulturelle Ordnung abgelehnt wird.“ (Khosrokhavar 2016, S. 29)

In der Literatur herrscht keine Einigkeit über den Begriff bzw. das Konzept von Radikalisierung. Weder darüber, was mit dem Begriff „Radikalisierung“ genau beschrieben wird, noch aus welchen Konzepten sich Radikalisierung im Einzelnen zusammensetzt (vgl. Pisiou 2012, S. 10 und Sedgwick 2010). Während z. B. der Soziologe Farhad Khosrokhavar vorschlägt, nur dann von Radikalisierung zu sprechen, wenn radikale Ideologien mit Gewalt in Verbindung kommen (vgl. Khosrokhavar 2016, S. 43), sehen der Sozialpsychologe Clark McCauley und die Psychologin Sophia Moskalenko Gewalt nicht als notwendiges Stadium von Radikalisierung an (vgl. McCauley/Moskalenko 2011, S. 222 f.), denn *„ob und wann politische Aktivisten die Grenze zur Illegalität oder sogar zur Gewalt überschreiten, hängt stark von Kultur, Ort und Zeit ab“* (ebd., S. 222).

Der vorliegende Beitrag plädiert dafür, Radikalisierungstendenzen in ihrer gesamten Vielschichtigkeit wahrzunehmen und dabei auch Sinnzusammenhänge nicht außer Acht zu lassen. Sozialpädagogische Fachkräfte sollten sich zudem darauf besinnen, dass die sozialarbeiterische/sozialpädagogische Tradition ein breites Spektrum erprobter Methoden hervorgebracht hat, die sich im Kern mit

sozialen Problemlagen beschäftigen und somit auch im Bereich der Radikalisierung Anwendung finden können.

Ein Beispiel aus der Präventionspraxis soll dies veranschaulichen: Für die Bildungsformate der Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) hat sich ein Einstieg in die Auseinandersetzung mit Radikalisierung bewährt, der besonders die Komplexität und die vielschichtigen Herausforderungen eines Diskurses über die Definition von Radikalisierung in den Mittelpunkt stellt, indem nachstehender Satz zur Diskussion gestellt wird:

*„Radikalisierung beschreibt den **Prozess der Veränderung** von **unproblematischen** zu **problematischen Verhaltens- und Einstellungsmerkmalen** auf der Grundlage eines **religiös-politisch-ideologischen Wertesystems**.“*

Mit dieser These werden Bildungsformate eröffnet, die sich mit dem Prozess der Radikalisierung beschäftigen und den Teilnehmenden die Funktionsweise von Radikalisierung näherbringen sollen. Der formulierte Definitionsvorschlag greift bei der Bestimmung von Radikalisierung auf Begriffe zurück, die unterschiedlich ausgelegt werden können und deshalb einer näherer Definition bedürfen.

Eine zentrale Hürde ist das Begriffspaar *problematisch* und *unproblematisch*. Die Teilnehmenden erleben vor allem, dass zunächst vermeintlich klare Unterscheidungen an Komplexität gewinnen, wenn diese intensiv diskutiert und präzise Grenzen zwischen den beiden Adjektiven beschrieben werden sollen. In nahezu jeder Umsetzung wird von den Teilnehmenden der Vorschlag gemacht, die Missachtung geltender Gesetze als Grenze zu definieren. Doch auch diese Abgrenzung ist nicht immer eindeutig. Dass das Wahlrecht für Frauen eine zentrale Errungenschaft ist, ist heute Konsens. Doch es gab Zeiten, in denen diese Forderung – auch mit Blick auf die geltenden Gesetze – als radikal galt. Gleichzeitig lässt sich am Beispiel der Suffragetten-Bewegung¹ anschaulich darstellen, dass es lohnenswert sein kann, Einstellung (pro Wahlrecht für Frauen) und daraus eventuell

resultierendes Verhalten (reichte von friedlichen Aktionsformen bis hin zu Bombenanschlägen) differenziert zu betrachten.

Die Kernaussage der Definition zur Radikalisierung lautet: Sie hat keine Kernaussage. Begriffe wie „extrem“ oder „radikal“ setzen Wissen voraus, was in einer Gesellschaft als gemäßigte oder vorherrschende Meinung gilt. Nur mit diesem Wissen können Einstellungen, die von einer bestimmten Norm abweichen, mit diesen Adjektiven besetzt werden, denn

„was eine Gesellschaft für ‚radikal‘ hält, das gehört in einer anderen zum allgemeinen Konsens. Und was heute als ‚extremistisch‘ gilt, ist vielleicht morgen schon unverrückbarer Teil der staatlichen Ordnung.“ (Neumann 2013, S. 4)

Ähnlich, wie nur dort Schatten fällt, wo Licht vorhanden ist, kann etwas auch nur dann als radikal oder extrem wahrgenommen werden, wenn ein Konsens über das Normale besteht (vgl. Coquelin/Ostwaldt 2018).

Radikalisierung – wieso, weshalb, warum?

Für den Umgang mit Radikalisierungstendenzen, und um die Nachvollziehbarkeit dieses Artikels zu gewährleisten, muss verstanden werden, warum sich Menschen radikalen Gruppen anschließen, von ihren Ideologien angezogen fühlen und wie der Verlauf einer Radikalisierung beschrieben werden kann. Im Rahmen dieses Artikels muss eine rudimentäre Darstellung genügen.²

Den einen Grund für eine Radikalisierung gibt es nicht. Es ist wissenschaftlicher Konsens, dass wir es mit einem Potpourri unterschiedlicher Faktoren zu tun haben. In der Literatur werden z. B. sogenannte Push- und Pull-Faktoren unterschieden (vgl. Horgan 2005). Push-Faktoren sorgen dafür, dass eine Person die Gesellschaft, in der sie lebt, hinterfragt. Dieser Punkt wird als kognitive

1 Bei den Suffragetten handelte es sich um eine Bewegung für die Gleichberechtigung von Frauen, insbesondere beim Wahlrecht. Die Suffragetten-Bewegung entstand um 1900 in Großbritannien.

2 Für einen detaillierten Einblick erlauben sich die Autoren auf eine weitere Publikation zu verweisen (vgl. Coquelin/Ostwaldt 2020).

Öffnung beschrieben (vgl. Wiktorowicz 2005). Das Konzept der kognitiven Öffnung beschreibt einen Zustand, in dem eine Person nach alternativen Weltdeutungen sucht. Zu den Push-Faktoren gehören beispielsweise Erfahrungen von Diskriminierung, aber auch biografische Belastungen und Schicksalsschläge. Hinzu kommen sogenannte Vulnerabilitätsfaktoren, die auch in der Sozialen Arbeit bereits bekannt sind. In Bezug auf Radikalisierung werden u. a. schwierige Lebensabschnitte, eine prekäre soziale Einbindung, fehlende Ambiguitätstoleranz oder soziale Isolation genannt (vgl. Centre for the Prevention of Radicalization Leading to Violence 2016, S. 16). Als Pull-Faktoren werden hingegen jene Faktoren beschrieben, die die Attraktivität einer Ideologie bzw. einer Gruppierung ausmachen. Dies können einfache Weltdeutungen sein, ein sinnstiftendes Element, das Gefühle von Gemeinschaft und Zugehörigkeit auslöst, oder auch der Drang, etwas vermeintlich Bedeutsames zu erreichen, der sogenannte „*quest for significance*“ (vgl. Kruglanski et al. 2014). Die Pull-Faktoren setzen damit an der kognitiven Öffnung an.

Der Radikalisierungsverlauf wird von unterschiedlichen Modellen beschrieben. Als Konsens kann seine Prozesshaftigkeit und Nichtlinearität angesehen werden. Radikalisierung vollzieht sich in jeweils individuellen Abläufen und folgt keinem einheitlichen Muster, zumindest nicht nach aktuellem Forschungsstand.

Erkennen

Bevor ein sozialpädagogischer Umgang mit Radikalisierungstendenzen stattfinden kann, muss eine Tendenz zur Radikalisierung erkannt werden. Dafür ist Vorwissen notwendig, um Hinweise auf eine Form der Ideologisierung zu identifizieren. Grundlage dafür kann das in den letzten Jahren breit rezipierte – und an mancher Stelle auch überstrapazierte – Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) sein (vgl. Heitmeyer 2002). Das Konzept beschreibt das sogenannte GMF-Syndrom, das unterschiedliche Symptome aufweist, zum Beispiel Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und weitere. Der Mehrwert dieses Konzepts ist, dass sich einzelne Einstellungsmerkmale menschenfeindlicher Ideologien und damit Zwischentöne zwischen „rechtsextrem“ und „demokra-

tisch“ erfassen lassen. Das GMF-Syndrom wird bis heute für die „Mitte Studien“ (vgl. Zick/Küpper 2021) herangezogen.

Dabei lassen sich entsprechende Einstellungen auch mit wenig Fachwissen (nicht jedoch ohne hohe Sensibilität) erkennen, indem Äußerungen, Einstellungen und Handlungen unter dem Aspekt betrachtet werden, inwiefern sie den Vorstellungen einer pluralen Gesellschaft widersprechen. Die Frage im Rahmen einer pädagogischen Auseinandersetzung ist also weniger, ob das, was Fachkräfte wahrnehmen, als extremistisch einzustufen ist, sondern vielmehr, ob es möglicherweise antisemitisch, rassistisch oder auf andere Weise menschenfeindlich ist.

Voraussetzung für eine solche Einordnung ist eine Sensibilität für die unterschiedlichen Wege, auf denen menschenfeindliche Einstellungen sichtbar werden.

Zur Identifizierung sozialer Probleme besitzt die Soziale Arbeit ein breit gefächertes Portfolio. Insbesondere die soziale Einzelfallhilfe kann mit den Phasen des Hilfeprozesses ein geeignetes Rahmenkonzept bieten. Die sozialpädagogische Anamnese als erster Schritt kann dienlich sein, um das strukturierte Erfassen von Tendenzen in Verhalten und Einstellungen zu erleichtern (vgl. Coquelin/Salzman 2022).

Deuten

Auf das Erkennen von Radikalisierungstendenzen sollte eine Deutung der Einstellungs- und Verhaltensmerkmale folgen. Deuten meint den Versuch, Informationen darüber zu sammeln, warum eine Person einer radikalen Gruppierung oder Ideologie anheimfällt, welche Kontextfaktoren eine Rolle spielen und ob bzw. in welcher Form die Ideologie verinnerlicht wurde. Dieser Schritt lässt sich als sozialpädagogische Diagnose beschreiben und stellt die zweite Phase der Einzelfallhilfe dar. Alice Salomon, eine der Pionier*innen der sozialpädagogischen Methodendiskussion, beschreibt die „Soziale Diagnose“ folgendermaßen:

„Er [der Sozialarbeiter, d. V.] muss die Beobachtungen über Tatsachen und Symptome und die erhaltenen Aussagen prüfen und vergleichen, bewerten und Schlüsse daraus ziehen. Erst dadurch kann er ein möglichst genaues, zutreffendes Gesamtbild der

sozialen Schwierigkeiten eines Menschen und seiner Familie herstellen, das ihm ermöglicht, einen Plan für die Abhilfe zu fassen. Das ist die soziale Diagnose.“ (Salomon 1926, S. 26 f.)

Die Anwendung sozialpädagogischer Methoden eignet sich besonders, weil sie in der Lage ist, eine produktive von einer menschenfeindlichen Radikalität zu unterscheiden. Unter produktiver Radikalität lassen sich radikale Forderungen fassen, die auf wahrgenommenen Missständen aufbauen und dabei keine menschenfeindlichen Einstellungen weitergeben.

Die Fragen nach dem Warum der Radikalisierung, also nach den Gründen und der Art und Weise der Sichtbarwerdens, legen die Grundlage für eine erfolgreiche sozialpädagogische Intervention. Deshalb ist es von großer Bedeutung, die Motive zu verstehen, zu analysieren und die Funktion der Ideologie für das Individuum zu erfassen. Auf dieser Grundlage kann eine angemessene Handlungsstrategie entworfen werden.

Handeln

Sozialpädagogische Intervention kommt dann an ihre Grenzen, wenn sicherheitsrelevante Faktoren wahrgenommen werden, also Gefahr für Leib und Leben besteht oder die Sicherheit von Personen gefährdet ist. In diesen Fällen ist die Einbindung von Polizei und zuständigen Beratungsstellen unbedingt notwendig. Bei Formen von Radikalisierung, die nach sorgfältiger Diagnose augenscheinlich mit sozialpädagogischen Maßnahmen lösbar sind, können jene Methoden genutzt werden, die auch in anderen sozialpädagogischen Settings Anwendung finden.

Bei allen drei beschriebenen Schritten helfen Beratungs- und Fachstellen gerne weiter. Für Baden-Württemberg bietet FEX umfangreiche Beratung und Unterstützung bei ihrer Umsetzung an.

Schlussbemerkung

Der vorliegende Beitrag ist ein Plädoyer, sich in der Auseinandersetzung mit radikalen und/oder menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen auf Methoden

und Kompetenzen der Sozialarbeit zu besinnen. Vor allem die Deutung entsprechender Einstellungen stellt eine Kernkompetenz sozialpädagogischer Fachkräfte dar. Die Bearbeitung sozialer Probleme als zentrale Aufgabe Sozialer Arbeit kann auf den Umgang mit Radikalisierungstendenzen übertragen werden, denn Anfälligkeit für radikale Ansprachen ist in den meisten Fällen auf fehlende Schutzfaktoren zurückzuführen, deren Fehlen seine Ursache in eben solchen sozialen Problemlagen hat.

Literatur

Centre for the Prevention of Radicalization Leading to Violence (2016): Radicalization leading to violence in Quebec schools: issues and perspectives. Online verfügbar unter <https://info-radical.org/wp-content/uploads/2016/08/rapport-cprlv.pdf>, zuletzt geprüft am 16.12.2021.

Coquelin, Mathieu; Ostwaldt, Jens (2018): Radikalisierung. Theoriemodelle für die Praxis. In: Forum Kriminalprävention (2), S. 10–13. Online verfügbar unter https://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-webseite/pdf/2018-02/radikalisierung_theoriemodelle.pdf, zuletzt geprüft am 15.01.2020.

Coquelin, Mathieu; Ostwaldt, Jens (2020): Extremismus und Radikalisierung. Eine Herausforderung für die Kinder und Jugendarbeit. In: Thomas Meyer und Rainer Patjens (Hrsg.): Studienbuch Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden. S. 475–504.

Coquelin, Mathieu; Salzmänn, Julian (2022, i. E.): Radikalisierungsprävention – ein kritischer Blick aus der Praxis. In: Emre Arslan; Kemal Bozay; Burak Çopur; Mehmet Kart; Jens Ostwaldt; Veronika Zimmer (Hrsg.): (De)Radikalisierung und Prävention im Fokus der Sozialen Arbeit. Weinheim.

Frindte, Wolfgang; Ben Slama, Brahim; Dietrich, Nico; PISOIU, Daniela; Uhlmann, Milena; Kausch, Melanie (2016): Wege in die Gewalt. Motivationen und Karrieren salafistischer Jihadisten. HSFK-Report Nr. 3/2016. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter <https://www.hsfk.de/publikationen/publikationssuche/publikation/wege-in-die-gewalt>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main. S. 15-36.

Horgan, John G. (2005): The psychology of terrorism. London.

Khosrokhavar, Farad (2016): Radikalisierung. Hamburg.

Kruglanski, Arie W.; Gelfand, Michele J.; Bélanger, Jocelyn J.; Sheveland, Anna; Hetiarchchi, Malkanthi; Gunaratna, Rohan (2014): The Psychology of Radicalization and Deradicalization: How Significance Quest Impacts Violent Extremism. In: Advances in Political Psychology (35), S. 69-93.

McCauley, Clark; Moskalenko, Sophia (2011): Mechanismen der Radikalisierung von Individuen und Gruppen. In: Der Bürger im Staat (4), S. 219-224.

Neumann, Peter (2013): Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. Bundeszentrale für politische Bildung, 09.07.2013. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/164918/radikalisierung-deradikalisierung-und-extremismus/>, zuletzt geprüft am 03.02.2022.

Pisoiu, Daniela (2012): Islamist radicalisation in Europe. An occupational change process. Abingdon, Oxon England, New York.

Salomon, Alice (1926): Soziale Diagnose. Berlin.

Sedgwick, Mark (2010): The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. In: Terrorism and Political Violence (22/4). S. 479-494.

Wiktorowicz, Quintan (2005): Radical Islam rising. Muslim extremism in the West. Lanham.

Zick, Andreas; Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Prof. Dr. Jens Ostwaldt

IU – Internationale Hochschule

E-Mail: jens.ostwaldt@iu.org

Mathieu Coquelin

Fachstelle Extremismusbildung (FEX)

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/

Streetwork Baden-Württemberg e. V.

Heilbronner Straße 180

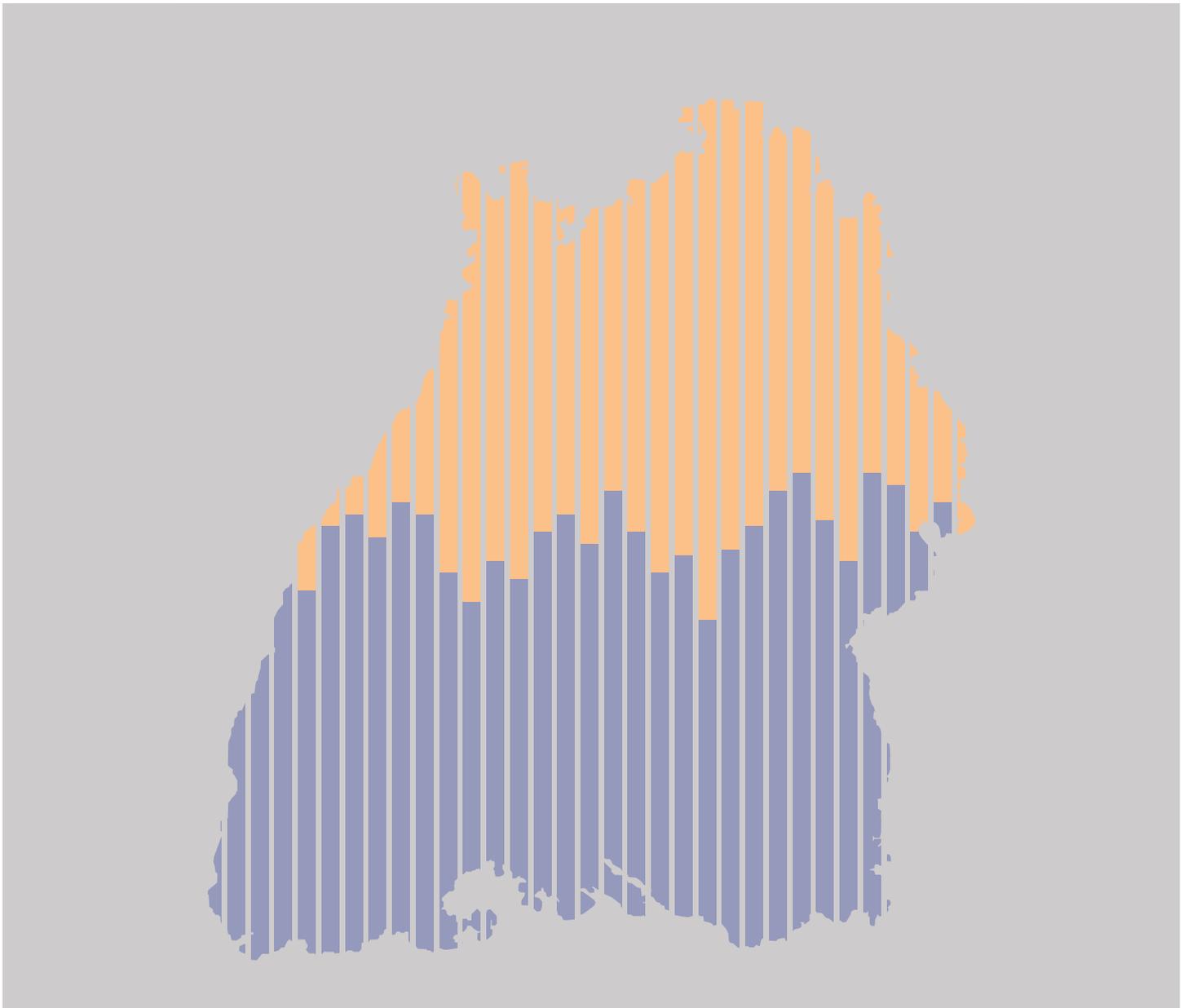
70191 Stuttgart

Tel.: 0800 / 2016 112

E-Mail: info@fexbw.de

www.fexbw.de

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2021



Einführung

Vorfälle im Bereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie demokratiegefährdende Ereignisse in Baden-Württemberg im Jahr 2021.

In der vorliegenden Publikation geben die Träger im Demokratiezentrum Baden-Württemberg einen chronologischen Überblick über Vorfälle und Ereignisse, die sich dem sozialwissenschaftlichen Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) zuordnen lassen oder denen auf andere Weise ein demokratiegefährdendes Potenzial innewohnt. Dokumentiert werden Vorfälle und Handlungen, die sich im Jahr 2021 ereignet haben. In Einzelfällen werden Vorfälle aus dem Jahr 2021 berücksichtigt, die Vorfälle vor dem Berichtszeitraum abbilden, sofern sie nicht in einem vorherigen Bericht des Demokratiezentrums aufgegriffen wurden und ihre Aufarbeitung in 2021 von Relevanz war.

Grundlage für die Darstellung bilden die Recherche von Polizeimeldungen und Presseartikeln sowie die Auswertung von parlamentarischen Anfragen im Bundestag und im Landtag von Baden-Württemberg. Die daraus gewonnenen Vorfälle werden kategorisiert und in eine chronologische Ordnung gebracht, die sich bei Polizei- und Pressemeldungen am Datum der Veröffentlichung, nicht am tatsächlichen Tag des Vorfalls orientiert.

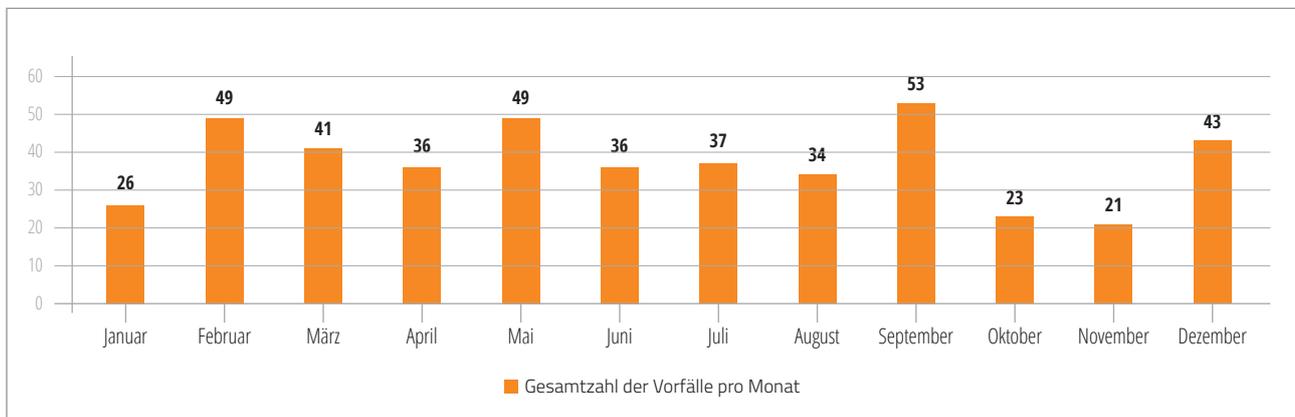
Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Da es sich bei der Zusammenstellung lediglich um Vorfälle handelt, die in öffentlichen Medien- und Polizeiberichten sowie in öffentlich einsehbaren Drucksachen der Parlamente dokumentiert wurden, ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl an Vorfällen in Baden-Württemberg weit höher ist als hier dargestellt.

Aus der Vorfallsammlung lassen sich Schwerpunkte und Tendenzen im Bereich GMF und anderer demokratiegefährdender Phänomene ablesen.

Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2021

Für den Berichtszeitraum 2021 wurden 448 Vorfälle erfasst. Das sind im Schnitt rund 37 Vorfälle pro Monat. Abbildung 1 zeigt die Verteilung der absoluten Fallzahlen über die Monate hinweg.

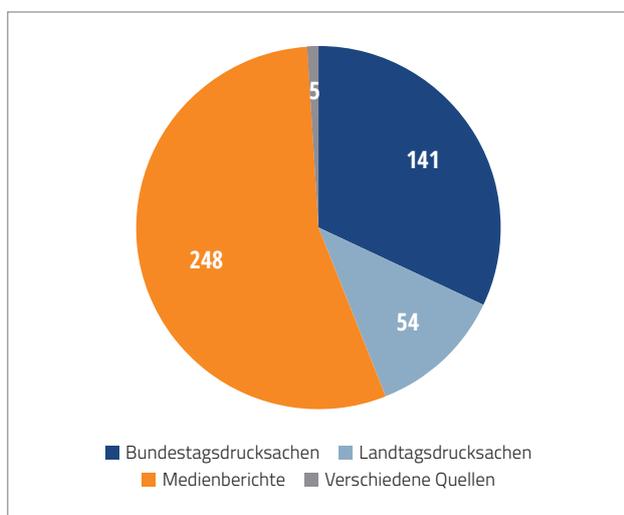
Abbildung 1: Verteilung der Vorfälle auf die Monate des Jahres 2021



Quelle: Darstellung der Träger im Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Polizei- und Presseberichten, Landtags- und Bundestagsdrucksachen. Vorfälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss: 31. Juli 2022.

Für die Vorfallsammlung wurden 324 Quellen herangezogen, darunter 311 Meldungen von Presse oder Polizei sowie neun Bundestagsdrucksachen und vier Landtagsdrucksachen. Die parlamentarischen Anfragen dokumentieren jeweils mehrere Vorfälle. Außerdem wurden bei manchen Vorfällen Folgemeldungen aus der Presse ergänzt, die den weiteren Verlauf nach dem Vorfall beschreiben, beispielsweise, wenn es zu einer Gerichtsverhandlung kam. Abbildung 2 zeigt die Verteilung der Quellen, die den Vorfällen zugrunde liegt.

Abbildung 2: Vorfälle nach ausgewerteten Quellen



Quelle: Darstellung der Träger im Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Polizei- und Presseberichten, Landtags- und Bundestagsdrucksachen. Vorfälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Juli 2022.

Die Auswertung der Vorfälle zeigt, dass im Jahr 2021 Geflüchtete und deren Einrichtungen das häufigste Ziel von Übergriffen waren. Bei 94 Fällen ist eine flüchtlingsfeindliche Zielrichtung zu erkennen, in 14 weiteren Fällen gibt es Überschneidungen zum Thema antimuslimischer Rassismus und in einem Fall zum Antiziganismus. Von den vorliegenden flüchtlingsfeindlichen Vorfällen sind 91 Prozent parlamentarischen Anfragen entnommen. Obwohl wie in den Vorjahren ein Rückgang in dieser Kategorie festzustellen ist, bleiben die Zahlen auf einem konstant hohen Niveau.

Spürbar zugenommen haben die Vorfälle, die auf die Abwertung von politisch Andersdenkenden zielen oder sich

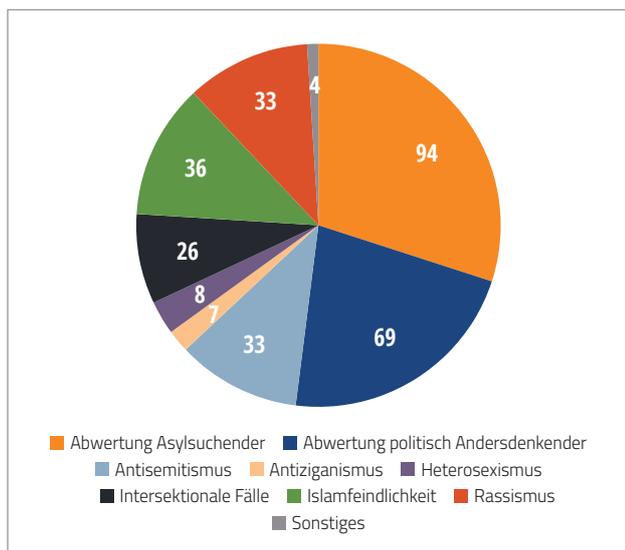
gegen Menschen richten, die als solche wahrgenommen werden. Für 2021 wurden 69 Vorfälle registriert. Dies hängt zum einen mit den Wahlkämpfen zur Landtagswahl am 14. März 2021 und zur Bundestagswahl am 26. September 2021 zusammen, schlug sich aber auch auf kommunaler Ebene nieder. Es kam zu Gewalt und Drohungen gegen Kandidat*innen. Häufig wurden Sachbeschädigungen oder das Entfernen von Wahlplakaten gemeldet. Davon waren alle im Bundestag vertretenen Fraktionen sowie Kleinparteien betroffen.

In Zusammenhang mit den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen kam es zu zahlreichen Anfeindungen gegenüber Menschen, die zum Teil als politische Gegner*innen gesehen werden. Dies zeigte sich etwa bei Konfrontationen bei der Durchsetzung der Maskenpflicht in Geschäften. Polizeibeamt*innen wurden beim Versuch, unangemeldete Demonstrationen unter Kontrolle zu bringen, als Vertreter*innen des Staates angegriffen. Derartige Übergriffe nahmen ab Dezember zu, als eine neue Protestwelle von Impfgegner*innen und Pandemieleugner*innen begann. Ins Visier von „Querdenker*innen“ gerieten außerdem Journalist*innen, die sowohl in Form von Hasskommentaren im Internet als auch bei der Ausübung ihres Berufs vor Ort angegriffen wurden.

Bei Demonstrationen und auf Telegram-Kanälen fielen Gegner*innen der Corona-Maßnahmen mit antisemitischen Äußerungen auf. Vielfach wurde die Shoa durch eine unhaltbare Gleichsetzung von Ungeimpften mit den Jüd*innen zur Zeit des Nationalsozialismus verharmlost. In zeitlichem Zusammenhang mit der erneuten Eskalation des palästinensisch-israelischen Konflikts im Frühjahr 2021 kam es zu antisemitischen Vorfällen. So wurden im Mai und Juni Anschläge auf die Synagogen in Mannheim und Ulm verübt.

In der Vorfallsammlung für das Jahr 2021 finden sich weitere Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Heterosexismus, Sexismus und die Abwertung von Menschen mit Behinderung. Selbstkritisch muss angemerkt werden, dass im vorliegenden Bericht keine Meldungen zu den GMF-Facetten der Abwertung von Obdachlosen und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Abbildung 3: Vorfälle nach ausgewählten Varianten der GMF



Quelle: Darstellung der Träger im Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Polizei- und Presseberichten, Landtags- und Bundestagsdrucksachen. Vorfälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Juli 2022.

Die große Mehrheit der dokumentierten Vorfälle ist dem Phänomenbereich der extremen Rechten zuzuordnen – nur wenige Vorfälle dem Bereich der sogenannten linken Militanz oder dem Islamismus. Auffällig ist die deutlich gestiegene Zahl an Fällen politisch-motivierter Kriminalität, die in den Bereich „nicht zuzuordnen“ eingestuft werden. Dies zeigt sich insbesondere in Zusammenhang mit den Protesteten gegen die Corona-Maßnahmen, bei denen in der Bewegung eine diffuse ideologische Gemengelage vorherrscht, „die eher von links kommt, aber stärker nach rechts geht“ (Nachtwey et al. 2020, S. 51 f.) und die als mindestens rechtsoffen bezeichnet werden kann.

Methodik und konzeptionelle Grundlagen

Das Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, das von dem Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer erforscht wurde (vgl. Heitmeyer 2011), bildet die konzeptionelle Grundlage für den Bericht „Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg“. Darüber hinaus wurden auch Vorfälle aufgenommen, die sich nicht in mindestens einer Facette des GMF-Modells einordnen lassen, aber dennoch ein

demokratiegefährdendes Potenzial offenbaren. Hierzu zählen beispielsweise die Abwertung politisch Andersdenkender oder Hakenkreuz-Schmierereien, die in ihrer Symbolik immanent eine Vielzahl von GMF-Facetten widerspiegeln.

Neben Vorfällen mit strafrechtlicher Relevanz werden im Bericht auch Vorkommnisse unterhalb dieser rein juristischen Schwelle dargestellt. Dass Taten auch tatsächlich zu rechtskräftigen Verurteilungen führen, ist sicherlich ein wichtiger Anhaltspunkt in deren weiteren Bewertung. Antidemokratische Einstellungen können allerdings auch ohne strafrechtliche Relevanz vorhanden und objektiv identifizierbar sein (vgl. ebd.).

Das Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Der Begriff GMF bezeichnet „die Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen, die an Merkmalen wie Geschlecht, Nationalität, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft oder auch physischer oder psychischer Konstitution festgemacht wird“ (Zick et al. 2016). Daraus lässt sich ein Kernbestandteil des Modells ableiten: eine *Ideologie der Ungleichwertigkeit* von Menschen. Diese steht einer nach demokratischen Grundwerten organisierten Gesellschaft diametral entgegen.

Das Hauptaugenmerk der Forschung liegt dabei auf der Analyse von (problematischen) Entwicklungen in der Gesellschaft und der Berichterstattung über das Vorhandensein von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Da dieser Bericht real geschehene Ereignisse und Handlungen sammelt und beschreibt, können die Phänomenbereiche der GMF nicht immer zu 100 Prozent passgenau als Schablone über jeden einzelnen der beschriebenen Vorfälle gelegt werden. Dies liegt vor allem daran, dass die Merkmale in konkreten Fällen kumuliert auftreten können. Schon die Verwendung des Begriffs „*Syndrom*“ in Zusammenhang mit dem Modell beinhaltet das gleichzeitige Vorliegen mehrerer unterschiedlicher Merkmale sowie eines gemeinsamen Kerns (vgl. Heitmeyer 2011). Diese Gleichzeitigkeit von Ungleichwertigkeiten wird als *Intersektionalität* bezeichnet und kann in 25 Fällen nachgewiesen werden.

Die Forschung zum GMF-Modell zeigt, dass die gemessenen Vorurteile „eine wesentliche Grundlage von manifestem Verhalten, wie es sich in Hasstaten und Diskriminierung zeigt“ (Zick 2021b, S. 206), sind. Ein weiteres zentrales Ergebnis dieser Einstellungsforschung, die seit 2002 vorgenommen wird, besteht in der Erkenntnis, dass GMF kein reines Phänomen der Extremen ist: „Eine Zugehörigkeit zur Mittelschicht oder eine Selbstpositionierung in der politischen Mitte geht dagegen nicht generell mit geringeren Vorurteilen einher“ (Zick, 2021b, S. 208).

Antisemitismus

Im Bereich Antisemitismus konnten 33 Vorfälle registriert werden¹. „Antisemitismus meint im Kern eine Feindseligkeit gegenüber Juden, ‚weil sie Juden sind‘ – immer vermengt mit der Unterstellung bedrohlicher Absichten“ (Zick et al. 2016). Diese Feindseligkeit tritt meist in Kombination mit dem „Glauben an eine ‚jüdische Weltverschwörung‘ oder der Unterstellung, selbst schuld an der eigenen Situation zu sein“ (ebd.), auf.

Darüber hinaus existiert ein sogenannter sekundärer Antisemitismus, bei dem der Vorwurf im Raum steht, dass Jüd*innen aufgrund der Erfahrungen mit dem Holocaust den Versuch der Vorteilsnahme betreiben (vgl. ebd.). In der Gegenwart äußert sich Antisemitismus auch in Bezug auf Israel. So kann Kritik an der Politik Israels mit israelbezogenem Antisemitismus in Form von antisemitischen Stereotypen oder Nazi-Vergleichen einhergehen (vgl. ebd.).

Die Nutzung des Judensterns durch Impfgegner*innen ordnet der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus, Michael Blume, als Antisemitismus ein, weil „Erfahrungen der real verfolgten Jüdinnen und Juden nicht nur entwertet, sondern auch benutzt“ (Raviol 2021) werden. Damit würden nicht nur die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnt, sondern auch Demokratie, Politik, Rechtsstaat und Medien angegriffen (vgl. ebd.).

Rassismus

Der Begriff Rassismus kann unterschiedliche Ausprägungen und Dimensionen aufweisen. Allem zugrunde liegt die Aufteilung von Menschen in „Ingroups“ und „Outgroups“. Beim Rassismus erfolgt diese Kategorisierung durch „Rückgriff auf Abstammungs- und Herkunftslogiken, mit denen bestimmte Ideen und Bilder verbunden sind“ (Foitzik 2019).

Dabei wird unterschieden zwischen einem „traditionellen, biologisch argumentierenden Rassismus, der Menschen nach äußeren Erscheinungsformen (Farbe der Haut, Aussehen, Geruch etc.) als höher- oder minderwertiger bestimmt oder konstruiert“, „kulturellem Rassismus“, der (zugeschriebene) ethnisch-kulturelle Unterschiede zur Begründung von Ungleichwertigkeit benutzt sowie „strukturellen und institutionellen Formen von Rassismus, die sich in Diskriminierungen, rechtlichen Regulierungen et cetera auch jenseits von individuellen Wahrnehmungen finden können“ (Zick 2021a, S. 145).

Dem Rassismus sehr ähnlich ist die GMF-Facetten Fremdenfeindlichkeit. Dieser Begriff ist umstritten, weil er Menschen als „Fremde“ markiert und damit ausgrenzend wirkt. Zudem werden unter diesem Begriff Vorfälle thematisiert, deren Ursprung rassistische Einstellungen sind (vgl. Neue Deutsche Medienmacher 2013, S. 45 f.). Weil auch in der Praxis die Unterscheidung zwischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kaum möglich ist, werden beide GMF-Facetten unter dem Begriff des Rassismus zusammengefasst. 2021 wurden 33 Vorfälle registriert.

Abwertung von Asylsuchenden

Die Kategorie „Abwertung von Asylsuchenden“ beschreibt die „Unterstellung, Asylsuchende beziehungsweise geflüchtete Menschen würden Notlagen nur vortäuschen und zum Beispiel das Sozialsystem ausnutzen“ (Zick et al. 2016). Menschen, die dies behaupten, verdrängen oder leugnen die Tatsache, dass asylsuchende Menschen auch vor Kriegen

¹ Eine Anfrage im Landtag von Baden-Württemberg lässt darauf schließen, dass es weitere Vorfälle gibt (vgl. Drucksache 17/1024). Das Anfragedesign erweist sich jedoch als inkompatibel mit den Parametern des vorliegenden Berichts.

oder Verfolgung fliehen und beziehen dies nicht in ihre Äußerungen und Handlungen mit ein.

Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich Rechtsextremismus sei darauf hingewiesen: „*Je eher [Befragte] misstrauisch gegenüber der Demokratie sind [...], desto negativer ist ihre Haltung gegenüber Geflüchteten*“ (ebd.).

Bei 94 Vorfällen in der Chronik handelt es sich um flüchtlingsfeindlich motivierte Vorkommnisse. Bei mehr als der Hälfte handelt es sich um Vorfälle, bei denen der Verdacht auf Volksverhetzung im Raum steht. Hinzu kommen Körperverletzungsdelikte, Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Bei 14 weiteren Vorfällen ist eine intersektionale Überschneidung mit der GMF-Facette Islamfeindlichkeit gegeben.

Islamfeindlichkeit

Antimuslimischer Rassismus oder Islamfeindlichkeit bezieht sich auf Handlungen gegen Menschen, die unmittelbar oder mittelbar der Personengruppe muslimischen Glaubens zugeordnet werden können. Bei einer solchen Zuordnung kann es sich aber auch um eine reine Zuschreibung handeln. Im antimuslimischen Rassismus wird Menschen unterstellt, „*durch ihre Zugehörigkeit zum Islam, durch ihre Kultur und ihre öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten und Verhaltensweisen, die unhinterfragt der Religion zugeschrieben werden*“ (Zick et al. 2016), eine Bedrohung zu sein. Im vorliegenden Bericht konnten im Bereich der Islamfeindlichkeit 36 Vorfälle erfasst werden, in 16 weiteren Fällen mit intersektionaler Überschneidungen zum flüchtlingsfeindlichen Rassismus sowie in je einem Fall zum Antiziganismus und zum Heterosexismus.

Antiziganismus

Seit dem Bericht für das Jahr 2020 wird die GMF-Facette des Antiziganismus gesondert betrachtet. Der Begriff Anti-

ziganismus beschreibt „*feindselige Einstellungen gegenüber Menschen, denen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Roma und Sinti Kriminalität, Unangepasstheit und Missbrauch des Sozialstaates vorgeworfen werden*“ (Zick et al. 2016). Der spezifische Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja gründet auf historisch gewachsene Abwertungsmuster und der Zuschreibung von Stereotypen und Vorurteilen, die bis in die Gegenwart hineinwirken. Im Bericht für das Jahr 2021 können sieben Vorfälle dieser Kategorie zugeordnet werden. In zwei weiteren Fällen ist Antiziganismus intersektional verwoben.

Heterosexismus

Erstmals wird die Kategorie des Heterosexismus aufgeführt. Der Begriff Heterosexismus „*begreift antihomosexuelle Haltungen als Sonderform des Sexismus, mithin als Ablehnung, Diskriminierung und Gewaltakzeptanz aufgrund des (zugeschriebenen) Geschlechts und der sexuellen Orientierung*“ (Möller 2015, S. 16). Unter diesem Begriff wird ebenso erfasst, dass „*die Geschlechtsmerkmale, Geschlechtsidentität, sexuelles Begehren und geschlechtsbezogenes Verhalten außerhalb der bipolaren Zuordnung weiblich-männlich abgelehnt, ausgegrenzt und (bestenfalls) marginalisiert*“ (ebd.) werden. Dementsprechend werden im vorliegenden Bericht die GMF-Facetten der Abwertung von transsexuellen und von homosexuellen Menschen unter diese Kategorie zusammengefasst. Für das Jahr 2021 konnten acht heterosexistische Vorfälle erfasst werden.

Sonstige

Unter der Kategorie „Sonstige“ sind drei Fälle der Abwertung von Menschen mit Behinderung sowie ein Fall von Sexismus erfasst. Bei der GMF-Facette der Abwertung von Menschen mit Behinderung geht es um das „*Vorurteil im Sinne einer offenen Abwertung von Personen aufgrund von körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen*“ (Zick et al. 2019, S. 63)². Beim Thema Sexismus wird im GMF-Modell

2 In der Mitte-Studie für die Jahre 2020/21 wird die Abwertung von Menschen mit Behinderung nicht mehr erfasst, weil das Ausmaß der Zustimmung „verschwindend gering war und von der berichteten Alltagsdiskriminierung abweicht“ (Zick 2021b, S. 185).

die „Zuschreibung der Ungleichwertigkeit von Frauen im Vergleich zu Männern“ verstanden (vgl. ebd., S. 61). Beide Kategorien weisen eine eindeutige Untererfassung auf, sollen aber dennoch aufgeführt werden, um auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Die Phänomenbereiche

Rechtsextremismus

Beim Begriff des Rechtsextremismus handelt es sich um einen „im wissenschaftlichen Kontext (vorläufig?) als Sammelbegriff etablierten Oberbegriff“ (Salzborn 2014, S. 15), der nicht unumstritten ist. Im vorliegenden Bericht wird der Begriff im Sinne der Sozialwissenschaft verwendet. Grundsätzlich gilt, dass sich das Phänomen „Rechtsextremismus“ als sehr komplex darstellt. Eine einheitliche Definition gibt es nicht.

Nach Samuel Salzborn kennzeichnet den Rechtsextremismus seine „Gewaltförmigkeit“, seine „basale Grundstrukturierung des Denkens entlang von gewaltförmigen Prämissen“ (ebd. S. 20). Das „völkisch-rassistische Denken [ist] die zentrale Grundidee rechtsextremer Ideologie“ (ebd. S. 21), bei der das Kollektiv über die Bedürfnisse des Individuums gestellt wird und „ethnische Identität“ als „kollektiver Identitätszwang“ fungiert. Mit diesem „Zwang zum Einschluss und dem Zwang zum Ausschluss“ (ebd.) ist Rechtsextremismus nach Salzborn „in seinen Grundzügen immer antidemokratisch und strukturell anti-liberal wie antiindividuell ausgerichtet“ (ebd.).

Die Ergebnisse der Einstellungsforschung ergeben, dass „manifest rechtsextreme Orientierungen mit GMF einhergehen“ und „signifikant höher[e]“ Zustimmungen zu GMF-Facetten aufweisen, auch wenn nicht alle Befragten, die eine extrem rechte Orientierung aufweisen, rassistische Einstellungen und Vorurteile durchweg aufweisen (vgl. Zick 2021b, S. 204).

Religiös begründeter Extremismus

Unter dem Begriff des religiös begründeten Extremismus werden religiöse Bewegungen verstanden, die „einen Glau-

ben zur Durchsetzung und Legitimation eines Machtanspruchs [...] instrumentalisieren. Dabei beruft sich eine Minderheit, die ihre Auslegung des Glaubens als Gegenmodell zu westlichen, demokratischen Staats- und Gesellschaftsformen versteht auf die notwendige Wiederherstellung einer vermeintlich verloren gegangenen Ordnung.“ (Violence Prevention Network o. J.). Die Formulierung religiös begründeter Extremismus unterstreicht, dass nicht die Religion an sich das Problem darstellt, sondern ihre Instrumentalisierung gegen die demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung (vgl. BAG RelEx o. J.).

Der Einsatz von Gewalt wird mit Verweis auf die schriftliche Auslegung des Glaubens und die damit vermeintlich einhergehenden Forderungen legitimiert. Die Gewalt richtet sich nicht nur gegen Nicht- und Andersgläubige, sondern auch gegen Angehörige der eigenen Religion. (vgl. Violence Prevention Network o. J.). Der Begriff religiös begründeter Extremismus wird häufig synonym für Islamismus oder Salafismus verwendet. Für die präventive Arbeit gegen Formen religiös begründeter Radikalisierung bietet sich die Anwendung des GMF-Modells an, um einzelne Elemente wie zum Beispiel Antisemitismus oder Sexismus in der salafistischen Ideologie zu bearbeiten.

Obwohl das Landesinnenministerium für 2021 einen Anstieg religiös begründeter Straftaten auf 50 Fälle verzeichnet (vgl. Stuttgarter Zeitung 2022), fanden sich nur wenige Meldungen zu diesem Phänomenbereich.

Linke Militanz

Erfasst werden zwei Varianten linker Militanz:

Aus ideologischer Perspektive lassen sich unter dem Begriff Mitglieder randständiger Gruppierungen fassen, die auf Basis linker Politikentwürfe „[...] zentrale Elemente der Demokratie wie Menschenrechte, Wahlen und Rechtsstaatlichkeit unter den Tisch kehren, offen historische und aktuelle diktatorische Regime verherrlichen und von oben herab einen ‚neuen Menschen‘ formen wollen“ (Wurzel 2017).

Auf der Ebene des Verhaltens beschreibt der Terminus Akteur*innen, die sich selbst als politisch links verstehen, zu

deren Selbstverständnis aber die Anwendung von Gewalt gegen Andersdenkende als legitimes Mittel der Bekundung von Interessen oder deren Durchsetzung gehört (vgl. ebd.).³

Gewalt muss sich in dieser Definition nicht explizit gegen Menschen richten. Auch die mutwillige Beschädigung von Sachen, mit dem erkennbaren Motiv der Einschüchterung der Betroffenen oder dem Ziel der Verbreitung antidemokratischer Ideologien, ist in die vorliegende Definition mit einbezogen.

Die in den Bericht aufgenommenen Fälle mit Bezug zu diesem Phänomenbereich lassen sich ausschließlich dieser zweiten Variante zuordnen. Der Phänomenbereich „Linke Militanz“ steht damit in einem engen Zusammenhang mit dem Merkmal der „Abwertung politisch Andersdenkender“, das solche politisch motivierten Angriffe explizit miterfasst.

Die Analyse dieses Phänomenbereichs wird allerdings durch die verstärkte Tendenz Rechter und extrem rechter Kreise, Begriffe wie „*Linksfaschismus*“ zu benutzen, um extrem rechts motivierte Vorfälle zu relativieren, erschwert.

Abwertung von Andersdenkenden

Diese Analysekategorie wurde im Bericht 2018 eingeführt, um Fälle abbilden zu können, in denen sich der beschriebene antidemokratische Akt auf die politische Ausrichtung oder Meinung der oder des Betroffenen beziehen lässt. Zudem werden auch Vorfälle erfasst, in denen den Angegriffenen eine politische Rolle zugeschrieben wird, obwohl sie in ihrer Funktion (z.B. Polizei) einen politisch neutralen Auftrag haben. In der folgenden Chronik können in diesem Jahr 69 Fälle dem Bereich „Abwertung von Andersdenkenden“ eindeutig zugeordnet werden.

In Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes ist ein Schutz vor Diskriminierung aufgrund politischer Orientierung klar formuliert: *„Niemand darf wegen [...] seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“*

Das abwertende Verhalten umfasst hier ein Spektrum, das sich von herabwürdigenden Äußerungen bis hin zu strafbaren Handlungen, wie zum Beispiel der Anwendung von körperlicher Gewalt, erstreckt.

Wie bei den anderen im Bericht verwendeten Begrifflichkeiten kommt auch dieses Phänomen in der Realität nicht immer in reiner Form, sondern häufig auch in Kombination mit anderen Merkmalen vor. Kriterium für die Einordnung von Fällen in diese Kategorie ist, dass das zum Ausdruck bringen einer politischen Orientierung eindeutig als Auslöser eines antidemokratischen Vorfalles auszumachen ist. Dies wäre zum Beispiel dann der Fall, wenn die Mitgliedschaft in einer Partei oder politischen Organisation als Grund für einen Angriff klar erkennbar ist.

Dunkelfeld

Die vorliegende Sammlung berichtet über Vorfälle, die bereits öffentlich geworden sind. Es ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Dafür gibt es mehrere Anhaltspunkte.

Einerseits hängt dies mit definitorischen Grundlagen des Berichts zusammen. Die Kriterien zur Auswahl der Quellen sind eng gefasst. Es wurden nur Meldungen aufgenommen, die ausdrücklich GMF-Facetten oder demokratiegefährdende Ereignisse benennen. Das setzt zum einen voraus, Fälle von GMF als solche zu erkennen, zum anderen diese auch in Abwägung mit anderen Meldungen des Tages zu veröffentlichen.

Es fällt auf, dass aus bestimmten Stadt- und Landkreisen mehr Meldungen vorliegen als aus anderen. Das muss nicht bedeuten, dass sich in diesen Regionen mehr Vorfälle ereignen. Es kann auch ein Hinweis darauf sein, dass die lokale Presse, Zivilgesellschaft und Polizei für die Thematik mehr sensibilisiert sind und das Problem offener kommuniziert wird.

³ Siehe auch Bundesfachstelle Linke Militanz (o. J.): Begriffsverständnis linker Militanz. Online verfügbar unter <http://www.linke-militanz.de/ueber-uns/begriffsverstaednis-linke-militanz/>, zuletzt geprüft am 19.08.2022.

Andererseits kann bei Betroffenen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine Hemmschwelle vorhanden sein, Vorfälle öffentlich bekannt zu machen oder anzuzeigen. Dies kann in der Ungewissheit oder der Angst vor den Folgen einer Veröffentlichung oder Anzeige begründet sein. Schlechte Erfahrungen mit der Polizei können ein weiteres Hemmnis sein, rassistische, antisemitische oder andere abwertende Delikte anzuzeigen. In manchen Fällen wird einem demokratiegefährdenden Vorfall keine weitere Bedeutung zugemessen oder es besteht Unklarheit darüber, wohin sich Betroffene mit ihren Anliegen wenden können.

Die Fachstellen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg bieten ihre Unterstützung an: vertraulich, kostenlos und auf Wunsch auch anonym. Ihr Ziel ist es, für demokratiegefährdende Tendenzen und Aktivitäten zu sensibilisieren, damit Vorfälle ins Hellfeld überführt werden können, um so eine Auseinandersetzung über Präventions- und Gegenstrategien zu führen.

Literatur

BAG RelEx (o. J.): Religiös begründeter Extremismus? Prävention! Startseite der Homepage. Online verfügbar unter <https://www.bag-relex.de/>, zuletzt geprüft am 19.08.2022.

Foitzik, Andreas: Einführung in theoretische Grundlagen: Diskriminierung und Diskriminierungskritik. In: Andreas Foitzik; Lukas Hezel (Hrsg.): Diskriminierungskritische Schule. Einführung in theoretische Grundlagen. Weinheim, S. 12-39.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.; 2011): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt a. M.

Möller, Kurt (2015): Heterosexismus bei Jugendlichen – Erscheinungsweisen und ihre Begünstigungs- sowie Distanzierungsfaktoren. In: Der Bürger im Staat 1-2015. Themenheft Homophobie und Sexismus. Hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 14-23.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung.

17.12.2020. Basel. Online verfügbar unter <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>, zuletzt geprüft am 19.08.2022.

Neue Deutsche Medienmacher (2013): Dokumentation des Workshops „Neue Begriffe für die Einwanderungsgesellschaft“ am 29. und 30. April 2013 in Nürnberg. Berlin. Online verfügbar unter <https://neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2014/04/Tagungsdokumentation-NDM-Begriffe-2013.pdf>, zuletzt geprüft am 19.08.2021.

Raviol, Sebastian (2021): Plakate an Geschäften. Antisemitismus-Beauftragter Blume nach „Judenstern“-Fall in Bruchsal: „Das ist eine Eskalation“. BNN online, 07.12.2021. Online verfügbar unter <https://bnn.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/antisemitismus-beauftragter-blume-nach-judenstern-fall-in-bruchsal-eskalation-corona>, zuletzt geprüft am 19.08.2022.

Salzborn, Samuel (2014): Rechtsextremismus. Baden-Baden.

Stuttgarter Zeitung (2022): Islamismus in Baden-Württemberg. Im Land werden mehr religiös motivierte Straftaten verübt. Stuttgarter Zeitung online, 10.03.2022. Online verfügbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.islamismus-in-baden-wuerttemberg-im-land-werden-mehr-religioes-motivierte-straftaten-veruebt.95c94e3e-eb7d-40e2-9c62-b06bc6b15b7e.html>, zuletzt geprüft am 19.08.2022.

Violence Prevention Network (o. J.): Religiös begründeter Extremismus. Wo Glaube instrumentalisiert wird. Online verfügbar unter <https://violence-prevention-network.de/extremismus/religioes-begruendeter-extremismus/>, zuletzt geprüft am 19.08.2022.

Wurzel, Hanne (2017): Begrüßungsrede zur Fachtagung „Linksextremismus und linke Militanz – Phänomene, Kontroversen und Prävention“, gehalten am 04.07.2017. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/linksextremismus-und-linke-militanz-2017/251714/begruessungsrede/>, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme

Einstellungen in Deutschland 2016. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn.

Zick, Andreas; Berghan, Wilhelm; Mokros, Nico (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: Andreas Zick; Beate Küpper; Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn, S. 53-116.

Zick, Andreas (2021a): Menschenfeindlicher Rassismus und Ungleichwertigkeitszuschreibungen. In: Ders.; Beate Küpper: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn, S. 141-171.

Zick Andreas (2021b): Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte. In: Ders.; Beate Küpper: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn, S. 181-212.

Angriff auf Moschee in der Neujahrsnacht

In der Neujahrsnacht versuchte ein Unbekannter, die Eingangstür einer Moschee in Sontheim bei Heidenheim aufzubrechen. Als ihm dies nicht gelang, schlug er mit einer Bierbank ein Fenster ein. Ein Zeuge hatte kurz vor 4.30 Uhr verdächtige Geräusche gehört und die eingeschlagene Scheibe entdeckt. Die Polizei vermutet, dass der Täter mit einem Fahrrad unterwegs war. Es entstand ein Schaden in Höhe von circa 500 Euro. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

Nicht zum ersten Mal wurde die Moschee Ziel eines Anschlags: 2019 wurden Fenster des Gebäudes durch Schüsse beschädigt, in der Nacht zum 18. Dezember 2020 wurden mit schwarzer Sprühfarbe acht Kreuze und die Schriftzüge „Gott“ und „Jesus“ an die Fassade gesprüht und das Eingangsschild übermalt.

-  DATEN 01.01.2021, Sontheim (Landkreis Heidenheim)
-  QUELLE Deutscher Bundestag. Drucksache 19/31846
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>
-  DATEN 02.01.2021, Sontheim (Landkreis Heidenheim),
Internetaufruf: 21.05.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ulm
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/4803111>
-  DATEN 28.01.2021, Sontheim (Landkreis Heidenheim),
Internetaufruf: 21.05.2021
-  QUELLE Jungle World
<https://jungle.world/artikel/2021/04/beliebtes-angriffsziel>

46-Jähriger durch Neonazis verletzt

In Wachendorf wurde in der Silvesternacht gegen 0.30 Uhr ein 46-Jähriger bei einer Auseinandersetzung mit Angehörigen der extrem rechten Szene verletzt.

Ein Paar, das laut Schwäbischem Tagblatt der extrem rechten Szene zuzuordnen ist, feierte die Silvesternacht in der gemeinsamen Wohnung, zusammen mit zwei weiteren Personen. Bei der Feier wurden aus der Gruppe lautstark rechte Parolen wie „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ gerufen, weshalb es zu einem Streit mit einem in der Nähe der Tatverdächtigen wohnenden Ehepaar kam. Nach zunächst verbalen „gegenseitigen Provokationen“ soll laut Polizeiangaben ein 44-Jähriger aus der Vierergruppe die Nachbarin geschubst haben, woraufhin deren Ehemann dazwischengegangen sei. Dabei sei dieser von einem 36 Jahre alten Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Eine 23-Jährige habe ihn mit Pfefferspray besprüht. Außerdem soll ein 43-Jähriger aus der rechten Gruppe das Ehepaar und eine weitere Familie beleidigt und bedroht haben.

Die wegen des Vorfalles herbeigerufene Polizei protokollierte die Verletzungen des 46-jährigen Nachbarn und löste die Silvesterparty wegen Verstoßens gegen die Corona-Regeln auf. Ermittlungen gegen die Mitglieder der Vierergruppe wegen Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und wegen des Verstoßens gegen die Corona-Regeln wurden eingeleitet.

Wie das Schwäbische Tagblatt weiter berichtet, sei das Bewohnerpaar des Hauses, in dem die Vierergruppe feierte, in der extrem rechten Szene in Deutschland gut vernetzt. In der Vergangenheit hätten dort auch schon größere Feste mit Mitgliedern bekannter Neonazi-Organisationen stattgefunden. Außerdem sollen sie aus politischen Motiven wiederholt Menschen in Wachendorf beleidigt und heftig bedroht haben.

-  DATEN 01.01.2021, Wachendorf (Landkreis Tübingen),
Internetaufruf: 01.01.2021
-  QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Polizei-gerufen-wegen-rechter-Parolen-484769.html>
-  DATEN 04.01.2021, Wachendorf (Landkreis Tübingen),
Internetaufruf: 05.01.2021
-  QUELLE Schwäbisches Tagblatt – Neckar-Chronik
<https://www.neckar-chronik.de/Nachrichten/Polizei-Die-Rechten-waren-die-Angreifer-485035.html?fbclid=IwAR3sHowal2r-YhGT-BxYx6lwl0ehR0u9GShQxMslw4GILReUaY3wXpsy2LY>

Folgemeldung zu „46-Jähriger durch Neonazis verletzt“ vom 01.01.2021

Vor dem Amtsgericht Rottenburg wurde eine inzwischen 24-jährige Angeklagte wegen Volksverhetzung und Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten und zwei Wochen verurteilt. Ein ebenfalls angeklagter 36-Jähriger erhielt eine hohe Geldstrafe wegen Körperverletzung. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass beide in der Silvesternacht kurz nach dem Jahreswechsel einen Nachbarn attackierten. Zunächst verpasste der 36-jährige Angeklagte dem Nachbarn einen Faustschlag, sodass dessen Lippe aufplatzte. Unmittelbar danach besprühte die junge Frau das Opfer mit Pfefferspray. Sie rief zudem Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ und „Ausländer raus“, wie mehrere Zeug*innen aussagten. An diesem Abend seien bereits zuvor extrem rechte Parolen aus dem Haus der extrem Rechten zu vernehmen gewesen.

-  DATEN 05.10.2021, Wachendorf (Landkreis Tübingen),
Internetaufruf: 11.10.2021
-  QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.amtsgericht-rottenburg-gewalt-und-volksverhetzung-in-starzacher-silvesternacht.25a86d37-9dc1-4a21-9786-14738af0b556.html>

Nazi-Symbole an Unterkunft für Geflüchtete

In der Nacht vom 1. zum 2. Januar haben Unbekannte sechs Nazi-Symbole an die Fassade einer Unterkunft für Geflüchtete in Wangen im Allgäu geschmiert. Alle Symbole hatten einen Durchmesser von knapp einem Meter und wurden mit schwarzer Farbe aufgesprüht. Weitere Schmierereien fanden sich auf dem Hofpflaster. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 02.01.2021, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>
-  DATEN 03.01.2021, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg),
Internetaufruf: 15.02.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4803329>

Gedenktafel in Bad Friedrichshall beschädigt

Am Nachmittag des 2. Januar meldete ein Bürger dem Polizeirevier Neckarsulm, dass eine am Miklos-Klein-Platz in Bad Friedrichshall aufgestellte Gedenktafel aus ihrer Verankerung gerissen wurde und auf dem Boden lag. Die unbekanntenen Verursacher*innen haben laut Polizei einen Feuerwerkskörper für ihre Tat verwendet. Die Gedenktafel erinnert an die Häftlinge des KZ Kochendorf.

-  DATEN 03.01.2021, Bad Friedrichshall (Landkreis Heilbronn),
Internetaufruf: 20.05.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Heilbronn
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110971/4803305>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Vaihingen kam es am 4. Januar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 04.01.2021, Vaihingen (Landkreis Ludwigsburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Hitler-Gruß und Verstöße gegen Corona-Regeln bei Kundgebung in Stuttgart

Bei einer Protestveranstaltung gegen die Corona-Beschränkungen am 6. Januar auf dem Stuttgarter Marktplatz wurde ein 55-jähriger Mann vorläufig festgenommen, weil er während der Versammlung den Hitler-Gruß gezeigt hatte. Laut Polizei kam es nach der Veranstaltung zu drei weiteren Festnahmen: Ein 48-Jähriger soll einem Polizeibeamten gegen die Brust geschlagen haben. Gegen

zwei weitere Männer bestand der Verdacht der Beleidigung von Polizeibeamt*innen.

Nach der Auflösung der Versammlung waren Teilnehmende an anderen Plätzen in der Stadt erneut zusammengekommen und hatten diese trotz Aufforderungen der Polizei nicht verlassen. Dabei haben sie zum Teil keinen Mund-Nasen-Schutz getragen. Gegen 48 Personen wurden deshalb Anzeigen erstattet. Ihnen drohe ein Bußgeld von bis zu 500 Euro, hieß es weiter im Bericht der Polizei.

-  DATEN 07.01.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 26.01.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Stuttgart
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110977/4806616>

QAnon Symbole am Bopfinger Ipf?

Am 10. Januar waren am Bopfinger Hausberg Ipf ein großes „Q“ und ein auf dem Kopf stehendes Dreieck um ein Auge im Schnee zu sehen. Wer für die vermutlich mit einer Schneeschippe hergestell-ten Symbole verantwortlich war, konnte nicht geklärt werden.

Nach Auskunft eines Sprechers des baden-württembergischen Innenministeriums könne das „Q“ auf die aus den USA stammende QAnon-Verschwörungsideologie hindeuten, die immanente staatsfeindliche, rechtsextreme und antisemitische Ideologeme transportiere. Das Dreieck mit dem Auge erinnere an das „allsehende Auge“ oder auch „Auge der Vorsehung“, das von Freimaurer*innen, aber auch im Zusammenhang mit Verschwörungsideologien verwendet werde. Eine spezielle Verwendung durch QAnon-Anhänger*innen sei allerdings nicht bekannt.

Auch in der rechten Szene habe das „Auge der Vorsehung“ eine Bedeutung. Laut der Berliner Agentur für soziale Perspektiven e. V. ordneten es rechte Verschwörungsideologien einer geheimen jüdischen Macht zu, die die Menschen steuere, berichtet die Schwäbische Zeitung weiter.

Der Bopfinger Bürgermeister äußerte gegenüber der Zeitung noch eine andere Theorie. Es könne auch sein, dass die Symbole weder von Rechten noch von Verschwörungsgläubigen stammten, sondern von Personen aus der Esoterikszene, sagte er. Für diese wäre der Ipf ein Anlaufpunkt, in dem sie „eine Art Kraftzentrum“ sähen. Dies sei aber reine Spekulation.

-  DATEN 10.01.2021, Bopfingen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 15.01.2021
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/bopfingen_artikel,-geheimnisvolle-zeichen-am-ipf-_arid,11314696.html
-  DATEN 14.01.2021, Bopfingen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 15.01.2021
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/bopfingen_artikel,-mysterioese-zeichen-am-ipf-innenministerium-vermutet-qanon-symbolik-_arid,11316459.html

Landtagsabgeordneter verbreitet auf Telegram Hetze gegen Journalisten

Am 13. Januar berichtete der Zeitungsverlag Waiblingen (ZVW) über die Hetze auf dem Telegram-Kanal eines parteilosen, früher der AfD-Fraktion angehörenden, Landtagsabgeordneten gegen einen ZVW-Journalisten. Dieser hatte einen kritischen Artikel über die Aktivitäten des Parlamentarierers verfasst.

In seinen Antworten auf einen Fragenkatalog für den Artikel des Journalisten nahm der Abgeordnete bereits demokratiefeindliche Positionen ein: Über die Präsidentin des baden-württembergischen Landtags, Muhterem Aras, äußerte er, sie mache „einem Hermann Göring echte Konkurrenz“. Den bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder bezeichnete er als „Söldner“, den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann als „Winni Polpot“. Die Corona-Regeln kommentierte er mit: „Am 27.1. ist Schwitztag. Da werden wieder die Krokodilstränen vergossen und man ruft pathetisch heraus: Nie wieder! Und macht genau das wieder. Wehret den Anfängen! Ich fürchte nur, wir sind über das Anfangsstadium schon hinaus.“

Seine Mailkorrespondenz mit dem Journalisten, samt dessen Foto, postete der Abgeordnete dann mit dem Kommentar „Anfrage eines Schornazisten“ auf seinem Telegram-Kanal. Daraufhin folgten zahlreiche Kommentare von seinen Abonnent*innen, wie die Aufforderung, dem Journalisten vors Haus zu „scheissa“. Ein mutmaßlicher QAnon-Anhänger äußerte Mordfantasien: „Ohne Kugeln in den Kopf wird nix passieren. Die Bewegung braucht einen Einzeltäter, der jedem Regierungspolitiker eine Kugel verpasst. So ähnlich wie damals die RAF das System versucht hat zu ändern“. Der Zeitungsverlag Waiblingen schaltete wegen der Hetzkommentare die Polizei ein, die Staatsanwaltschaft Stuttgart leitete Ermittlungen wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten ein.

Der Landtagsabgeordnete war bereits zuvor mit demokratiefeindlichen Ansichten und Verhaltensweisen aufgefallen.¹

-  **DATEN** 12.01.2021, Stuttgart/Waiblingen (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 13.01.2021
-  **QUELLE** Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/meinung/corona-protest-mit-mordfantasien-die-enthemmte-telegram-gruppe-des-landtagsabgeordneten-heinrich-fi_arid-303725?fbclid=IwAR0gL4vKWm5YyxW3m2667Tu1b_yuf_aXCNI4UOF_fHjg1QUObKTY4-m_vA

Hakenkreuzschmierereien an Kreuzweg

Unbekannte Täter*innen beschmierten auf dem Weingartener Kreuzweg mindestens eine Pilgerstation sowie ein Wandbild

an der ehemaligen Promenadeschule mit Hakenkreuzen. Die Schmiererei an der Pilgerstation könnte sich in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar ereignet haben, der Vorfall an der ehemaligen Promenadeschule eventuell schon am 25. Dezember, teilte die Polizei gegenüber der Schwäbischen Zeitung mit. Bereits im September 2020 waren Hakenkreuzschmierereien am Kreuzweg und einer Kapelle auf dem Kreuzbergfriedhof entdeckt worden.

Nach Angaben der Polizei kam es bereits Ende 2020 zu mehreren extrem rechten Schmierereien in der Region. Zum Teil konnte die Polizei Jugendliche als Täter ermitteln.

-  **DATEN** 14.01.2021, Weingarten (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 17.01.2021
-  **QUELLE** Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/weingarten_artikel,-weingartener-kreuzweg-erneut-mit-hakenkreuzen-beschmiert-_arid,11316322.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 15. Januar zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  **DATEN** 15.01.2021, Stuttgart
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/31846
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Sersheim kam es am 19. Januar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB).

-  **DATEN** 19.01.2021, Sersheim (Landkreis Ludwigsburg)
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Ravensburg kam es am 19. Januar zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“.

1 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2020, S. 75.

Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 19.01.2021, Ravensburg

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Hakenkreuz an Schule in Welzheim

In der ersten Januarwoche wurden an der Janusz-Korczak-Schule in Welzheim eine Halteeinrichtung der Eingangstüre und eine Holzbank mutwillig beschädigt. In die Bank ritzten die unbekanntenen Täter*innen nach Angaben der Polizei außerdem ein Hakenkreuz ein.

 DATEN 19.01.2021, Welzheim (Rems-Murr-Kreis),
 Internetaufruf: 23.03.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4816290>

„Querdenker*innen“ hetzen auf Telegram

Die Redaktion der Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) hat Beiträge in den Kanälen der Karlsruher „Querdenken“-Bewegung auf Telegram verfolgt und neben unwahren Behauptungen und Mythen zur Corona-Pandemie auch Aufrufe zu Gewalt und Relativierungen der Verbrechen im Nationalsozialismus in den Posts gefunden.

Im Dezember 2020 stellte ein Nutzer ein Foto des Tors zum Konzentrationslager Dachau mit dem veränderten Schriftzug „Impfung macht frei“ ein. Derselbe Nutzer hetzte gegen den Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, weil dieser sich für Sanktionen gegen Impfverweigerer ausgesprochen hatte, und forderte: „An den Haaren auf den Marktplatz ziehen und am Pfahl anbinden“ und „Jeder darf einen Stein werfen. 3 Schuss für einen Euro. Kommt wenigstens was Gutes dabei raus“.

Die auch als Kopf der Karlsruher „Querdenker“ geltende Initiatorin der Telegram-Gruppen postete: „Was ist da dran verwerflich wenn sie es damit vergleicht?“, nachdem eine Elfjährige auf einer Karlsruher Demo ihre Geburtstagsfeier im Lockdown mit dem Schicksal von Anne Frank gleichgesetzt hatte.

Ein anderer Nutzer fiel mit Beiträgen auf, die an die Szene der „Reichsbürger*innen“ und Selbstverwalter*innen erinnerten, die die Bundesrepublik nicht als souveränen Staat anerkennen. Er postete seit Oktober 2020 immer wieder Links, die zu Internetseiten mit QAnon-Bildern oder Werbung für eine, auch vom Gründer der „Querdenken“-Bewegung Michael Ballweg ausgerufene, „Verfassungsgebende Versammlung“ (VV) führten. Zu Anfang wurden diese Beiträge noch von einem Administrator der Gruppe gelöscht – wegen der aus seiner Sicht bestehenden Gewaltbereitschaft und Verfassungsfeindlichkeit von QAnon und der VV-Bewe-

gung. Im November gab dieser aber seinen Administrator-Posten auf, woraufhin die Beiträge des Nutzers von da an weitestgehend unwidersprochen stehen bleiben konnten.

Ein für den Kanal zuständiger Administrator war danach nicht mehr bekannt.

Unter dem Namen Mark wurde im Januar 2021 über den Admin-Account ein Link zu einem Video aus der „Reichsbürger“-Szene geteilt. Nach der Kritik eines 19-jährigen Followers wurde dieser Beitrag zwar gelöscht, der 19-Jährige und seine Beiträge waren danach aber ebenfalls nicht mehr im Chat zu finden. Was der 19-Jährige wohl geahnt hatte, in seinem kritischen Beitrag schrieb er auch: „Bin gespannt, ob ich dafür aus der Gruppe gekickt werde.“

Kritische Stimmen werden den BNN zufolge immer wieder aus dem Kanal geworfen. Eine Bitte um eine Stellungnahme zu den beobachteten Vorfällen ließ die Initiatorin der Telegram-Gruppen unbeantwortet. Stattdessen sei sie anscheinend aus dem Diskussions- und dem Infokanal ausgetreten, berichtet die Zeitung weiter.

Laut Informationen der BNN wurden von der Karlsruher Staatsanwaltschaft in zwei Fällen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung in Karlsruher „Querdenken“-Kanälen eingeleitet.

 DATEN 21.01.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 31.01.2022

 QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/querdenken721-telegram-kanaele-karlsruher-querdenker-gewalt-ns-relativierung-staatsanwaltschaft-verfassungsschutz>

Flyer von „Reichsbürger*innen“ in Bad Waldsee verteilt

In Bad Waldsee sind am 21. Januar mit „Vaterländischer Hilfsdienst“ betitelter Flyer bei der Polizei abgegeben worden. Unbekannte hatten diese in Briefkästen im Stadtgebiet verteilt. Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz sei der „Vaterländische Hilfsdienst“ der vom Verfassungsschutz beobachteten Szene der „Reichsbürger*innen“ und Selbstverwalter*innen zuzurechnen, berichtet die Schwäbische Zeitung. Die Flyer rufen zur „Reorganisation des Vaterlandes“ auf, unter anderem sind auch Reichsflaggen auf ihnen abgebildet.

Bereits Anfang Januar habe die Polizei einen solchen Flyer erhalten, teilte eine Sprecherin des Präsidiums Ravensburg mit. Gemeinsam mit dem Landeskriminalamt werde geprüft, inwiefern durch die Flyer ein Straftatbestand wie etwa Volksverhetzung erfüllt sei, sagte sie weiter.

 DATEN 21.01.2021, Bad Waldsee (Landkreis Ravensburg),
 Internetaufruf: 08.02.2021

 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.bad-waldsee-flyer-mit-reichsbuerger-bezug-aufgetaucht.4b8e053a-3e9a-4df5-a7cd-b2320be94bcc.html>

Mutmaßlich rechtsradikale und pornografische Inhalte im Online-Unterricht

Am 22. Januar wurden bei einer Cyberattacke mutmaßlich rechtsradikale und pornografische Inhalte sowie Musikvideos in den Online-Unterricht einer 6. Klasse an einer Heidelberger Realschule eingespielt.

Die Schulleitung hat das Polizeipräsidium Mannheim benachrichtigt. Dort haben Expert*innen für die Sicherung digitaler Spuren und IT-Beweissicherung Ermittlungen aufgenommen. Der Staatsschutz wurde ebenfalls in die Ermittlungen eingebunden.

 DATEN 22.01.2021, Heidelberg, Internetaufruf: 25.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4819473>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Fellbach kam es am 23. Januar zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 23.01.2021, Fellbach (Rems-Murr-Kreis)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 23. Januar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 DATEN 23.01.2021, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Sexismus und bewaffnete Person im Online-Unterricht

Am Vormittag des 25. Januar wurde eine Lehrerin im Online-Unterricht an einem Mannheimer Berufskolleg von einem Unbekannten mit sexistischen Sprüchen beleidigt. Als die Lehrerin den Unterricht daraufhin abbrach, war kurzzeitig eine maskierte Person mit einer Schusswaffe in der Hand auf den Bildschirmen zu sehen.

Die Schulleitung hat den Vorfall der Mannheimer Polizei gemeldet. Dort haben Expert*innen für die Sicherung digitaler Spuren und IT-Beweissicherung Ermittlungen eingeleitet, wer sich von außen in den Unterricht einwählen konnte und ob die bewaffnete Person eine Live-Einspielung oder ein eingeblendetes Foto war.

 DATEN 25.01.2021, Mannheim, Internetaufruf: 25.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4821156>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Rottweil kam es am 25. Januar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 DATEN 25.01.2021, Rottweil
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Linkenheim-Hochstetten kam es am 26. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 26.01.2021, Linkenheim-Hochstetten (Landkreis Karlsruhe)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/31846
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>

QAnon-Banner am Rathaus aufgehängt

Die Schwäbische Zeitung berichtet, dass Unbekannte am 26. Januar am Rathaus von Neuler ein Stoffbanner mit dem QAnon-Symbol aufgehängt haben. Bei QAnon handelt es sich um eine Verschwörungserzählung aus den USA, die dort seit mehreren Jahren vor allem über digitale Netzwerke verbreitet wird. Anhänger*innen dieser Verschwörungserzählung waren am Sturm auf das Kapitol in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington am 6. Januar beteiligt. Seitens der Gemeindeverwaltung erstattete man Anzeige bei der Polizei.

 DATEN 27.01.2021, Neuler (Ostalbkreis), Internetaufruf: 29.01.2021
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/neuler_artikel,-qanon-banner-am-neulermer-rathaus-entdeckt-arid,11321378.html

Hakenkreuzschmierereien in Nordhausen

Zwischen dem späten Nachmittag des 26. und 8 Uhr am 27. Januar wurden im Nordheimer Teilort Nordhausen drei Autos und drei Häuser unter anderem mit Hakenkreuzen beschmiert. Auf zwei Fahrzeugen waren die Motive der Schmierereien nicht genau zu erkennen, auf das dritte wurden mehrere Hakenkreuze aufgesprüht. An die drei Gebäude wurden ebenfalls Hakenkreuze in derselben Farbe gesprüht.

 DATEN 29.01.2021, Nordheim (Landkreis Heilbronn),
Internetaufruf: 16.03.2021

 QUELLE Heilbronner Stimme
https://www.stimme.de/polizei/heilbronn/haeuser-und-autos-beschmiert;art1491,4443898?fbclid=IwAR1HEgLIIdwaPFO11NujO_iw-jhLeNa_qrBCqr3313E8KHj3dn5RNeuGiM

 DATEN 30.01.2021, Rheinstetten (Landkreis Karlsruhe)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Wilhelmsdorf kam es am 29. Januar zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 29.01.2021, Wilhelmsdorf (Landkreis Ravensburg)

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Kirchheim kam es am 30. Januar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§111 StGB).

 DATEN 30.01.2021, Kirchheim (ohne Landkreisangabe)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Rheinstetten kam es am 30. Januar zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Niedernhall kam es am 1. Februar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 01.02.2021, Niedernhall (Hohenlohekreis)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schramberg kam es am 1. Februar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

-  DATEN 01.02.2021, Schramberg (Landkreis Rottweil)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Hitler-Portraits an Mannheimer Brücke

Ein Zeuge entdeckte am Vormittag des 1. Februar gegen 11 Uhr das aufgesprühte Konterfei Adolf Hitlers an mehreren Säulen einer Brücke in der Mannheimer Innenstadt und informierte die Polizei. Wann die unbekanntes Täter*innen die Schmierereien angebracht hatten, war nicht bekannt. Die Stadt Mannheim hat die Hitler-Portraits sofort beseitigen lassen.

-  DATEN 02.02.2021, Mannheim, Internetaufruf: 23.03.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4828292>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Weil am Rhein kam es am 2. Februar zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 02.02.2021, Weil am Rhein (Landkreis Lörrach)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Polizei von mutmaßlichem Räuber rassistisch und obszön beleidigt

Ein 32-Jähriger wurde am 1. Februar in einem Weingartener Hotel mutmaßlich Opfer eines Raubdelikts. Er soll laut Polizei gegen 17.30 Uhr in einem Zimmer von drei ihm bekannten Männern angegriffen worden sein, die ihm sein Mobiltelefon und Bargeld abnahmen. Polizeibeamt*innen konnten einen der drei Tatverdächtigen kurz nach der Tat vorläufig festnehmen. Dabei beleidigte der 39-jährige Verdächtige die Polizist*innen mit obszönen und rassistischen Ausdrücken.

-  DATEN 02.02.2021, Weingarten (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 26.02.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4828552>

Hakenkreuz in Smart gekratzt

Unbekannte kratzten in der Nacht vom 1. zum 2. Februar zwei Runen und ein Hakenkreuz in den Lack eines im Jettinger Teilort Unterjettingen abgestellten Smart. Der dadurch entstandene Sachschaden betrug circa 1.000 Euro.

-  DATEN 04.02.2021, Jettingen (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 23.03.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4830067>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Schelklingen kam es am 4. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 04.02.2021, Schelklingen (Alb-Donau-Kreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/31846
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Albstadt kam es am 5. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 05.02.2021, Albstadt (Zollernalbkreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Bodman-Ludwigshafen kam es am 6. Februar zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema

„Corona-Auflagen“. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 06.02.2021, Bodman-Ludwigshafen (Landkreis Konstanz)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Albstadt kam es am 7. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 07.02.2021, Albstadt (Zollernalbkreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Grafenau kam es am 7. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 07.02.2021, Grafenau (Landkreis Böblingen)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Mannheim kam es am 7. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 07.02.2021, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Dietenheim kam es am 8. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 08.02.2021, Dietenheim (Alb-Donau-Kreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Karlsruhe kam es am 9. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 09.02.2021, Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Wahlplakate der Linkspartei besprüht und abgerissen

In der Nacht vom 5. zum 6. Februar haben Unbekannte im Konstanzer Stadtteil Fürstenberg Wahlplakate der Partei Die Linke mit grauer Farbe besprüht und teilweise abgerissen. Der Sachschaden wurde auf rund 400 Euro geschätzt.

 DATEN 09.02.2021, Konstanz, Internetaufruf: 17.12.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4834354>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schiltach kam es am 9. Februar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Diebstahls (§242 StGB).

 DATEN 09.02.2021, Schiltach (Landkreis Rottweil)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Wahlplakate von Bündnis 90/Die Grünen verschandelt und abgerissen

Im Stadtgebiet von Triberg haben Unbekannte Anfang Februar Wahlplakate der Partei Bündnis 90/Die Grünen beschädigt, verschandelt oder abgerissen. Der Sachschaden wurde auf rund 100 Euro geschätzt.

 DATEN 09.02.2021, Triberg (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 17.12.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4833521>

Wohnungstür in Weil am Rhein mit Nazi-Aufklebern beklebt

Im Hausflur und an der Eingangstür zur Wohnung einer Familie haben Unbekannte Aufkleber angebracht, auf denen „NS-Area – unser Viertel, unsere Regeln!“ und „Für den Erhalt der deutschen Familie“ stand. Die Familie war erst kurz zuvor aus einem anderen Stadtteil auf die Leopoldshöhe in Weil am Rhein gezogen. Der

Fußballverein des Sohnes der Familie hat die Polizei über die Aufkleber informiert. Der Staatsschutz wurde eingeschaltet.

 **DATEN** 09.02.2021, Weil am Rhein (Landkreis Lörrach),
Internetaufruf: 09.02.2021

 **QUELLE** Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/weil-am-rhein/rechtsradikale-umtriebe--199952621.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Dietingen kam es am 10. Februar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Diebstahls (§242 StGB).

 **DATEN** 10.02.2021, Dietingen (Landkreis Rottweil)

 **QUELLE** Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Hockenheim kam es am 10. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 **DATEN** 10.02.2021, Hockenheim (Rhein-Neckar-Kreis)

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Verdacht auf Antiziganismus bei Polizeieinsatz gegen 11-jährigen Sinto

Wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, erhebt der baden-württembergische Landesverband der Sinti und Roma schwere Vorwürfe gegen zwei Polizisten. Sie sollen am Nachmittag des 6. Februar einen 11-jährigen Sinto vor dessen Wohnhaus in Singen kontrolliert und durchsucht haben. Als die Beamten bei seiner Durchsuchung ein kleines Messer bei dem 11-Jährigen fanden, sollen sie ihm die Hände mit Handschellen hinter dem Rücken gefesselt und ihn mit zur Polizeiwache genommen haben. Das Mitführen des Messers sei laut Süddeutscher Zeitung jedoch gesetzlich erlaubt. Auf der Polizeiwache soll das Kind eine knappe Stunde festgehalten worden sein, ohne seine Eltern benachrichtigen zu dürfen. Einer der beiden Polizisten soll das Kind in gebrochener Sinti und Roma Sprache (Romanes) angesprochen und dabei gesagt haben, er kenne dessen „Zigeuner“-Familie genau. Außerdem habe er dem Jungen gedroht, er müsse die ganze Nacht auf der Wache verbringen und der „Mulo“ (Romanes für Tod) werde ihn holen. Wie die Süddeutsche Zeitung weiter berichtet, hat die Familie des Jungen Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Nötigung im Amt gegen die beiden Polizisten erstattet. Eine Sprecherin der Konstan-

zer Polizei habe der Zeitung auf Anfrage mitgeteilt, man prüfe die Vorwürfe, es sei aber noch zu früh, um eine Bewertung abzugeben. Solche Vorwürfe würden sehr ernst genommen, zuerst müsse aber der Sachverhalt gründlich aufgeklärt werden. Die Strafanzeige der Familie liege zur Prüfung bei der Staatsanwaltschaft Konstanz.

Daniel Strauß, der Vorsitzende des Landesverbands der Sinti und Roma, sagte gegenüber der Süddeutschen Zeitung zu dem Vorfall: „Ein Kind festzunehmen, ist eindeutig rechtswidrig.“ Er hat sich wegen des Vorfalls an die für die Angelegenheiten der Sinti und Roma zuständige Staatsministerin der Stuttgarter Landesregierung, Theresa Schopper, gewandt.

 **DATEN** 10.02.2021, Singen (Hohentwiel – Landkreis Konstanz),
Internetaufruf: 10.02.2021

 **QUELLE** Süddeutsche Zeitung
<https://www.sueddeutsche.de/politik/polizei-baden-wuerttemberg-sinti-polizeigewalt-kind-handschellen-1.5201627>

Folgemeldung zu „Verdacht auf Antiziganismus bei Polizeieinsatz gegen 11-jährigen Sinto“ vom 10.02.2021

Nach einer richterlichen Vernehmung eines betroffenen 11-jährigen Sinto und weiterer Zeug*innen am 8. März hat der dabei als Zeugenbeistand anwesende Rechtsanwalt, laut einer Pressemitteilung des baden-württembergischen Landesverbands der Sinti und Roma, eine weitere Strafanzeige wegen Beleidigung und Freiheitsberaubung gegen einen beteiligten Polizisten gestellt, berichtet die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ).

Der Beamte soll einen weiteren Jungen aus der Gruppe, der auch der Elfjährige angehörte, gefragt haben, ob er ein Kind von der „Zigeunerfamilie“ sei, nachdem sein Nachname genannt worden war. „Ihm wurde außerdem verwehrt, an das Handy zu gehen, als sein Vater ihn anrief“, wird der Rechtsanwalt in der Mitteilung zitiert.

Das baden-württembergische Innenministerium und die Konstanzer Staatsanwaltschaft wollten sich gegenüber der RNZ nicht zu dem laufenden Ermittlungsverfahren äußern. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft bestätigte jedoch die richterliche Vernehmung am 8. März.

 **DATEN** 10.03.2021, Singen (Hohentwiel – Landkreis Konstanz),
Internetaufruf: 28.05.2021

 **QUELLE** Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/politik/suedwest_artikel,-singenheidelberg-beamter-soll-sinto-diffamiert-haben-update-_arid,625381.html

Folgemeldung zu „Verdacht auf Antiziganismus bei Polizeieinsatz gegen 11-jährigen Sinto“ vom 10.02.2021

Die Staatsanwaltschaft Konstanz hat gegen zwei Polizeibeamte, die einen 11-jährigen Sinto im Februar in Handschellen abführten, Strafbefehl beantragt. Gegen zwei weitere Beamte beantragte sie

die Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldauflage. Die Staatsanwaltschaft erkannte nach ihren Ermittlungen keine rassistischen Motive. Der Landesverband der Sinti und Roma widersprach dieser Einschätzung, begrüßte jedoch die Feststellung der Staatsanwaltschaft, dass in diesem Fall rechtswidrig gehandelt wurde. Die Betroffenen legten gegen die Strafbefehle Einspruch ein.

-  DATEN 23.10.2021, Singen (Hohentwiel – Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 21.04.2022
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/elfjaehriger-in-handschellen-jetzt-antrag-auf-straebefehl-erlass-100.html>

Folgemeldung zu „Verdacht auf Antiziganismus bei Polizeieinsatz gegen 11-jährigen Sinto“ vom 10.02.2021

Das Amtsgericht Singen teilt mit, dass der Prozess gegen zwei Polizisten abgesagt wurde. Beide zogen ihre Einsprüche gegen die Strafbefehle zurück, die von der Staatsanwaltschaft Konstanz erteilt worden waren und akzeptieren eine Geldstrafe von je 3.600 Euro.

-  DATEN 04.05.2022, Singen (Hohentwiel – Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 04.05.2022
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/prozessauftakt-kind-in-handschellen-in-singen-100.html>

38-Jähriger führt Dokument mit verfassungswidrigen Symbolen und Aufdrucken mit sich

Zu einem Familienstreit zwischen einem alkoholisierten 54-Jährigen und seinem ebenfalls alkoholisierten 38-jährigen Widersacher wurde am 11. Februar die Polizei in die Rastatter Innenstadt gerufen. Weil der 38-Jährige einen Platzverweis der Polizist*innen nicht befolgte, nahmen diese ihn in Gewahrsam. Auf dem Weg in die Zelle beleidigte er dann die Beamt*innen mit Kraftausdrücken. Außerdem wurde bei der Durchsuchung seiner mitgeführten Sachen, ein offensichtlich selbst ausgestelltes Dokument, versehen mit verfassungswidrigen Symbolen und Aufdrucken, gefunden. Neben der wegen des Streits, bei dem er den 54-Jährigen mit einem Schlag ins Gesicht verletzt hat, aufgenommenen Anzeige wurden deshalb weitere Anzeigen gegen den Mann erstattet.

-  DATEN 12.02.2021, Rastatt, Internetaufruf: 23.03.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Offenburg <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110975/4836873>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Mannheim kam es am 13. Februar zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-

Auflagen“. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 13.02.2021, Mannheim
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485 https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Öhringen kam es am 13. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 13.02.2021, Öhringen (Hohenlohekreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schramberg kam es am 13. Februar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 13.02.2021, Schramberg (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711 https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Nazi-Symbole in Hohenstein-Bernloch

Rund 20 Schmierereien haben Unbekannte in der Nacht zum 13. Februar zwischen 22 Uhr und 7.30 Uhr im Hohensteiner Ortsteil Bernloch verübt. Unter anderem waren auch Nazi-Symbole, wie z. B. das Hakenkreuz, zu erkennen. Die Höhe des durch die Schmierereien entstandenen Schadens war zunächst nicht bekannt.

-  DATEN 14.02.2021, Hohenstein (Landkreis Reutlingen), Internetaufruf: 15.02.2021
-  QUELLE Reutlinger Generalanzeiger https://www.gea.de/blaulicht_artikel,-schmierereien-mit-nazi-symbolen-in-hohenstein-bernloch-_arid,6394513.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Pforzheim kam es am 14. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen

Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 14.02.2021, Pforzheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Radolfzell kam es am 14. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 14.02.2021, Radolfzell (Landkreis Konstanz)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/31846
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>

Nazi-Gruß an die Polizei

Am 14. Februar fiel der Polizei ein 47-Jähriger auf, der sich – entgegen der gültigen Corona-Kontaktbeschränkungen – zusammen mit zwei weiteren Personen aus jeweils verschiedenen Haushalten am Ravensburger Bahnhof aufhielt. Die Erteilung eines Platzverweises durch die Beamt*innen quittierte der Mann zunächst mit Beleidigungen. Erst nach der Androhung, ihn in Gewahrsam zu nehmen, verließ er schließlich den Platz, zeigte dabei aber noch den Hitler-Gruß und rechtsradikale Gesten. Nur wenig später traf ihn dann eine Polizeistreife erneut am Bahnhof an. Nach dem Vorfall wurden Anzeigen wegen Beleidigung und des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole gegen den 47-Jährigen erstattet. Außerdem erwartete ihn ein Bußgeld wegen des Verstoßens gegen die Corona-Verordnung und der Nichtbeachtung des Platzverweises.

 DATEN 15.02.2021, Ravensburg, Internetaufruf: 29.11.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4838955>

Hakenkreuze auf Wahlplakat

Wie die Polizei am 16. Februar mitteilte, wurde ein an einer Kreuzung im Heidelberger Stadtteil Kirchheim aufgestelltes Wahlplakat zur Landtagswahl in Baden-Württemberg mit schwarzer Farbe beschmiert. Wer die Schmierereien, die vermutlich Hakenkreuze darstellen sollten, angebracht hatte, war nicht bekannt.

 DATEN 16.02.2021, Heidelberg, Internetaufruf: 27.02.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4839971>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Heidenheim kam es am 16. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz (WaffG).

 DATEN 16.02.2021, Heidenheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

„Reichsbürger“-Verdacht gegen Bundeswehr-Mitarbeiter

Bei Ulm wurde am 17. Februar das Haus eines Bundeswehrmitarbeiters durchsucht, weil dieser unter dem Verdacht stehe, der „Reichsbürger“-Szene anzugehören, berichtet Die Welt. Gegen den Mann und mehrere andere Mitarbeiter der Abteilung für Qualitätsmanagement beim Beschaffungsamt der Bundeswehr Ulm liefen seit Monaten Ermittlungen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) wegen ihrer möglichen Zugehörigkeit zu den „Reichsbürger*innen“ oder Selbstverwalter*innen.² Gegen den Verdächtigen werde auch wegen des Verdachts eines Waffengesetz-Verstoßes ermittelt, da Hinweise auf den illegalen Besitz von Waffen vorliegen sollten, hieß es weiter. Waffen wurden bei der Durchsuchung nicht gefunden, es konnten aber Datenträger sicher gestellt werden.

 DATEN 18.02.2021, Ulm, Internetaufruf: 07.01.2022
 QUELLE Die Welt
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article226654473/Reichsbuerger-Durchsuchung-bei-Bundeswehr-Mitarbeiter-bei-Ulm.html>

Folgemeldung zu „Reichsbürger“-Verdacht gegen Bundeswehr-Mitarbeiter vom 18.02.2021

Der SWR berichtet, dass es nach Abschluss der Ermittlungen gegen Mitarbeiter des Bundeswehr-Beschaffungsamtes in Ulm zu Suspendierungen gekommen sei. Der Verdacht auf fehlende Verfassungstreue habe sich bestätigt. Bei einem Teil der Mitarbeiter konnte der Verdacht ausgeräumt werden, andere verließen die Bundeswehr oder wurden suspendiert.

 DATEN 02.12.2021, Ulm, Internetaufruf: 07.01.2022
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/ermittlungen-wegen-mutmasslicher-reichsbuerger-abgeschlossen-100.html>

2 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2020, S. 121f.

Beschädigte Wahlplakate im Wahlkreis Ettlingen

Seit dem 1. Februar wurden bei der Ettlenger Polizei fünf Fälle von Schmierereien oder Zerstörung von Plakaten im Wahlkreis angezeigt. Die Ettlenger CDU erklärte am 18. Februar, dass im Stadtteil Schluttenbach ein Großplakat der Partei das Ziel von unbekanntem Sprayer*innen geworden sei, die es in größerem Stil beschmiert hätten.

Auf ein Wahlplakat der Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen Barbara Saebel wurde ein AfD-Sticker geklebt. Zwei Plakate des AfD-Kandidaten Michael Blos wurden abgerissen, ein drittes mit einem Brandbeschleuniger zerstört.

-  **DATEN** 19.02.2021, Ettlingen (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 27.02.2021
-  **QUELLE** Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/karlsruhe/ettlingen/staatsschutz-ermittelt-hakenkreuz-wahlplakat-spd-kandidatin-aisha-fahir-karlsbad>

Hakenkreuz auf Wahlplakat einer Kandidatin mit Migrationsgeschichte

In der Nacht zum 18. Februar haben Unbekannte auf einem Wahlplakat in Karlsbad das Gesicht der für den Wahlkreis Ettlingen antretenden SPD-Landtagskandidatin Aisha Fahir mit einem Hakenkreuz beschmiert.

Der Vorfall zeige, dass Rassismus immer noch ein Problem sei, sagte die von einer Deutschen und einem Sri Lanker abstammende Kandidatin. „Rechtsradikale wiegen sich auch hier vor Ort in Sicherheit, bedrohen und beleidigen“, zitieren sie die Badischen Neuesten Nachrichten.

-  **DATEN** 19.02.2021, Karlsbad (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 27.02.2021
-  **QUELLE** Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/karlsruhe/ettlingen/staatsschutz-ermittelt-hakenkreuz-wahlplakat-spd-kandidatin-aisha-fahir-karlsbad>

Gastronom erhält Anschreiben mit Verschwörungsmythen zu den Corona-Bestimmungen

Die Schwäbische Zeitung berichtet von einem Schreiben an einen Leutkircher Gastwirt, in dem dieser aufgefordert wurde, sich gegen die geltenden Corona-Schutzmaßnahmen zu wehren. Absender des Briefes war ein Paar mit Aulendorfer Anschrift, das in dem Schreiben betonte, es sei wichtig, sich auch abseits der Leitmedien zu informieren, da diese einiges nicht berichten würden. Man habe deshalb einen „Flyer mit kompetenten Fachstimmen“ beigelegt. In dem Flyer waren Aussagen und QR-Codes zu finden, die auf die Website „kla.tv“ verweisen, auf der, laut eines Experten der Website „Allgäu rechtsaußen“, bekannte Verschwörungs-

mythen, rassistische und rechtseroterische Inhalte verbreitet würden, berichtet die Zeitung weiter. Mit diesen Postsendungen versuche man verzweifelte Gastronom*innen zu erreichen, die sonst über Demonstrationen oder Onlineauftritte nicht zu erreichen wären. Dem Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Baden-Württemberg seien solche Schreiben bekannt. Der Verband verwies gegenüber der Schwäbischen Zeitung darauf, dass die überwiegende Mehrheit der Mitglieder sich an die Infektionsschutzauflagen halte. Durch den Lockdown stünden wirtschaftliche Existenzen auf dem Spiel. Deshalb brauche es klare Öffnungsperspektiven, damit Verschwörungsideolog*innen nicht die Verzweiflung von Gastronom*innen ausnutzen könnten, so ein Verbandssprecher gegenüber der Zeitung.

-  **DATEN** 19.02.2021, Leutkirch (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 29.11.2021
-  **QUELLE** Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/leutkirch_artikel,-informationsflyer-soll-verzweifelte-wirte-zu-verschwörungstheorien-lotsen-_arid,11330614.html

Nazi-Gruß und Beamtenbeleidigung

Am 18. Februar wurde die Polizei gegen 20 Uhr zu einer Wohnanschrift im Ravensburger Ortsteil Weißenau gerufen, weil ein 47-Jähriger seine 32-jährige Bekannte geschlagen hatte. Die Frau hatte sich deshalb zu einem Nachbarn geflüchtet, woraufhin der Tatverdächtige dann gegen dessen Fenster schlug und die Frau beleidigte.

Die eintreffende Polizeistreife begrüßte der alkoholisierte Mann mit rechtsradikalen Parolen und dem Nazi-Gruß. Weil die Beamt*innen aufgrund der Alkoholisierung und starker Stimmungsschwankungen des 47-Jährigen weitere Straftaten nicht ausschließen konnten, nahmen sie ihn in Gewahrsam. Nachdem er auch bei den weiteren polizeilichen Maßnahmen fortlaufend Beleidigungen gegen die Polizist*innen ausstieß, wurde er bis zum Morgen in eine Ausnüchterungszelle verbracht. Die Polizei hat Ermittlungen unter anderem wegen Körperverletzung, Beleidigung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen den Mann eingeleitet.

-  **DATEN** 19.02.2021, Ravensburg, Internetaufruf: 25.02.2021
-  **QUELLE** Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4843352>

Pressefeindlichkeit bei AfD-Wahlkampfveranstaltung

Bei einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 21. Februar in Lörrach äußerten mehrere Redner*innen der Partei pressefeindliche Botschaften. So beklagte der lokale AfD-Landtagskandidat, dass Städte und Kommunen Gelder in „volksfeindliche“ Projekte

und Sender steckten. Ein in Stuttgart ansässiger Landtags-
abgeordneter, der 2016 für die AfD in den Landtag gewählt wor-
den war und die Partei inzwischen verließ, forderte nach Angaben
von Die Oberbadische die Abschaffung des SWR und der ARD. Des
Weiteren warnte eine Landtagsabgeordnete der AfD nach An-
gaben der Zeitung vor einer Bedrohung, die von der Hetze der
Medien ausginge. An der Veranstaltung nahmen rund 100 Teil-
nehmende teil. Ebenso viele Menschen beteiligten sich an einer
Protestkundgebung. Die Veranstaltungen verliefen nach Polizei-
angaben friedlich.

 DATEN 21.02.2021, Lörrach, Internetaufruf: 09.12.2021

 QUELLE Die Oberbadische
<https://www.verlagshaus-jaumann.de/inhalt.loerrach-friedlicher-protest-gegen-mandic.3442c496-9afb-4c25-a121-72d1ebeb9c5.html>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona- Auflagen“

In Oberstadion kam es am 21. Februar zu Straftaten mit dem
Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-
Auflagen“. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Ver-
breitens von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroris-
tischer Organisationen (§86 StGB) sowie das Verwenden von Kenn-
zeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen
(§86a StGB).

 DATEN 21.02.2021, Oberstadion (Alb-Donau-Kreis)

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Festnahmen nach Attacke gegen AfD-Infostand

Am Vormittag des 20. Februar gegen 10 Uhr griff eine Gruppe
von circa 15 bis 20 Personen auf dem Schorndorfer Marktplatz
einen Informationsstand der AfD zur Landtagswahl an. Die
Gruppe soll die Parteimitglieder unvermittelt attackiert und den
Info-Stand vollständig zerstört haben. Der 36-jährige Landtags-
kandidat der AfD Stephan Schwarz soll bei der Aktion zu Boden
gerissen und geschlagen worden sein. Als er am Boden liegend
versucht habe, mit seinem Smartphone den Notruf zu wählen,
soll ihm dieses aus den Händen gerissen und entwendet worden
sein, hieß es in der Stuttgarter Zeitung weiter. Er wurde anschlie-
ßend in ein Krankenhaus gebracht.

Polizeikräfte konnten nach dem Vorfall drei Tatverdächtige im
Bereich des Schorndorfer Bahnhofs und zwei weitere Personen im
Bereich einer Fußgängerbrücke vorläufig festnehmen. Alle fünf Ver-
dächtigen waren zwischen 18 und 25 Jahre alt und, laut Polizei,
aufgrund der von der Gruppe mitgeführten Fahnen und Spruch-
bänder vermutlich der Antifa-Szene zuzurechnen.

 DATEN 21.02.2021, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 21.02.2021

 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.angriff-auf-afd-wahlstand-in-schorndorf-polizei-nimmt-fuenf-verdaechtige-fest.2652f22a-c1ad-4ce1-874c-56c62a22e374.html>

 DATEN 21.02.2021, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 21.02.2021

 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/angriff-auf-afd-wahlstand-partemitglied-verletzt-100.html>

Morddrohung gegen Bundestagsabgeordnete der Linken

Ende Januar wurde der Mannheimer Bundestagsabgeordneten der
Linkspartei, Gökyak Akbulut, auf Instagram ein Bild einer Pistole mit
Patronen und der Aufschrift „Der Tod wird dich finden“ in türkischer
Sprache zugeschickt. Als Absender war der Deckname eines be-
kannten Auftragsmörders türkischer Geheimdienste angegeben.
Die Politikerin mit kurdisch-alevitischem Hintergrund hat Straf-
anzeige wegen des Posts erstattet.

Bereits im Jahr 2020 hatte die als migrationspolitische Sprecherin
ihrer Partei tätige Abgeordnete eine ähnliche Morddrohung erhal-
ten sowie auch Drohmails mit dem Absender „NSU 2.0“.

 DATEN 23.02.2021, Mannheim, Internetaufruf: 13.09.2021

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim_artikel-mannheim-linken-politikerin-goekay-akbulut-erhaelt-erneut-morddrohung-_arid,631426.html

Kunstwerk zur Fluchthematik zerstört

Im Zeitraum vom 19. bis zum 21. Februar wurde ein im Radolf-
zeller Mettnaupark aufgestelltes Kunstwerk irreparabel zerstört.
Die beiden Skulpturen mit dem Titel „See Not Symphony“ sollten
auf in Seenot geratene Geflüchtete hinweisen. Einer der Skulpturen
wurde von den unbekanntem Täter*innen der Kopf abgerissen. Der
Schaden lag bei circa 6.500 Euro.

 DATEN 23.02.2021, Radolfzell (Landkreis Konstanz),
Internetaufruf: 17.12.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4846023>

Rechte Hetzaufkleber in Biberach

Bislang unbekannte Personen brachten am Wochenende zwi-
schen dem 19. und 21. Februar im Biberacher Stadtgebiet
mehrere Aufkleber der rechten Szene an. Darauf waren anti-
israelische Parolen sowie Zitate zu lesen, die der rechten Szene

zugeordnet werden können. Man werde die Fundorte der Aufkleber auf einer Karte markieren und diese dem Ordnungsamt und der Polizei melden, teilte der Leiter der Offenen und Mobilen Jugendarbeit vor Ort der Schwäbischen Zeitung mit. Eine Aktive aus dem lokalen Bündnis für Demokratie und Toleranz, die sich zugleich in der Flüchtlingsarbeit engagiert, berichtete, sie habe in den letzten Jahren immer wieder derartige Aufkleber an ihrem Briefkasten gefunden. Aktuell sehe sie ein massives Aufkommen von Aufklebern. Diesen Eindruck bestätigte der Betreiber des Onlineportals „Allgäu Rechtsaußen“. Auch wenn sich die Aufkleber in der Regel unterhalb der Schwelle des Strafbaren bewegten, sei es wichtig, darauf aufmerksam zu machen und klare Kante zu zeigen. Das zuständige Polizeipräsidium Ulm zeigte sich ebenfalls dankbar für Hinweise, sagte ein Sprecher gegenüber der Zeitung. Die Stadt kündigte an, Anzeige gegen unbekannt zu stellen.

DATEN 24.02.2021, Biberach an der Riß, Internetaufruf: 25.02.2021
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/biberach_artikel,-aufkleber-verbreiten-an-mehreren-stellen-in-biberach-hass-und-hetze-_arid,11332846.html

Blinder Mann beleidigt

In Ludwigsburg wurde am 12. Februar ein 36-jähriger blinder Mann von einem Unbekannten beleidigt, als er diesen an einem Fußgängerüberweg um Hilfe bei der Überquerung einer Straße bat. Der Unbekannte wurde ihm gegenüber verbal ausfällig und bezeichnete ihn dabei auch als „Satan“. Anschließend folgte er dem 36-Jährigen noch für kurze Zeit und redete dabei weiter auf ihn ein.

DATEN 24.02.2021, Ludwigsburg, Internetaufruf: 17.12.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4847268>

Beschädigte Wahlplakate im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen

Die Kandidaten mehrerer Parteien haben beklagt, dass in ihrem Wahlkreis Bietigheim-Bissingen Plakate ihrer Parteien zur Landtagswahl mutwillig zerstört oder entfernt worden seien. Der AfD-Kandidat Nikolaos Boutakoglou berichtete gegenüber der Bietigheimer Zeitung auch von Beleidigungen und Bedrohungen seiner Person online und auf offener Straße. Er habe deshalb Anzeige bei der Polizei erstattet. Er vermutet, so heißt es in dem Bericht, dass die linke Szene hinter den Vorfällen stecke. Bezeichnend sei auch, dass dort, wo seine Plakate verschwunden seien, kurze Zeit später SPD-Wahlplakate an derselben Stelle hingen, sagte er weiter.

Der SPD-Kandidat Daniel Haas und der Kandidat der Grünen Tayfun Tok berichteten ihrerseits von AfD-Plakaten anstelle von entfernten Plakaten ihrer Parteien. Auch der CDU-Kandidat Tobias

Vogt monierte auf Anfrage der Bietigheimer Zeitung zerstörte Wahlplakate und kündigte an, Anzeige gegen die unbekannt Verursacher*innen zu erstatten. Insgesamt lagen der Polizei laut einem Sprecher zu diesem Zeitpunkt 17 Anzeigen wegen beschädigter Wahlplakate im Landkreis Ludwigsburg vor.

DATEN 25.02.2021, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 14.12.2021
QUELLE Bietigheimer Zeitung
<https://www.bietigheimerzeitung.de/inhalt.wahlplakate-beschaedigt-oder-beseitigt-aerger-ueber-unfairen-wahlkampf.bab68a82-fc02-41e8-9eb6-1d6d5fbc0968.html>

Streit mit rassistischen Beleidigungen

Am frühen Nachmittag des 10. Februar gerieten vor dem Klinikum in Ludwigsburg eine Taxifahrerin und eine 28-jährige Frau in einen Streit, weil die 28-Jährige ihr Auto unmittelbar vor dem Taxistand abgestellt hatte. Bei dem Streitgespräch zwischen den beiden Frauen seien auch Beleidigungen rassistischer Art gefallen. Ein auf die Auseinandersetzung aufmerksam gewordener 34 Jahre alter Sicherheitsdienstmitarbeiter sei zusammen mit einem 17-jährigen Zeugen dazugekommen und habe die 28-Jährige angeschrien und geschubst, heißt es in der Polizeimeldung weiter. Daraufhin wurde die Polizei alarmiert. Beim Eintreffen der Beamt*innen hatten sich die beiden Frauen aber bereits entfernt.

DATEN 25.02.2021, Ludwigsburg, Internetaufruf: 26.02.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4847676>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Rohrdorf kam es am 26. Februar zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 26.02.2021, Rohrdorf (Landkreis Calw)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schiltach kam es am 26. Februar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Diebstahls (§242 StGB).

DATEN 26.02.2021, Schiltach (Landkreis Rottweil)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

NS-Glorifizierung und Geschichtsrevisionismus bei einer NPD-Demonstration

Am 27. Februar demonstrierten am Fuße des Pforzheimer Wallbergs rund 20 Angehörige des extrem rechten Spektrums im Gedenken an die Bombardierung der Stadt am 23. Februar 1945. Die NPD hatte die Demonstration bei der Stadt angemeldet, nachdem der extrem rechte Verein „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ seine alljährlich stattfindende Fackelmahnwache wegen der Corona-Pandemie abgesagt hatte.

Nach Angaben der Pforzheimer Zeitung glorifizierte ein Redner der NPD-Demonstration die Herrschaft der Nationalsozialisten. Außerdem trug er nach Zeitungsangaben geschichtsverfälschende Botschaften vor. Rund 200 Personen demonstrierten gegen die Neonazi-Veranstaltung und die Vereinnahmung des Wallbergs, der nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Trümmern der Stadt aufgeschüttet worden war. Die Polizei sprach von einem friedlichen Einsatzverlauf.

 DATEN 27.02.2021, Pforzheim, Internetaufruf: 01.03.2021

 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Rund-200-Faschismus-Gegner-protestieren-gegen-knapp-20-rechtsextreme-Fackeltraeger-der-NPD-Demo-_arid,1540461.html

 DATEN 28.02.2021, Pforzheim, Internetaufruf: 01.03.2021

 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Nur-ein-Neonazi-aus-der-Region-und-eine-Drohung-So-verlief-die-NPD-Demo-auf-dem-Wallberg-_arid,1540815.html

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Oberndorf am Neckar kam es am 28. Februar zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

 DATEN 28.02.2021, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil)

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Niedernhall kam es am 1. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 01.03.2021, Niedernhall (Hohenlohekreis)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Oberndorf am Neckar kam es am 1. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

 DATEN 01.03.2021, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Rottweil kam es am 1. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Diebstahls (§242 StGB).

 DATEN 01.03.2021, Rottweil
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Angriff auf Bildung/Wissenschaft/Forschung in Zusammenhang mit „Corona-Auflagen“

In Ostfildern kam es am 2. März zu einem Angriff auf das Paul-Ehrlich-Institut. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 02.03.2021, Ostfildern (Landkreis Esslingen)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Waffenfund bei in Pfullendorf stationiertem Bundeswehrosoldaten

Wie der Spiegel berichtete, haben am 27. Februar Spezialkräfte der hessischen Polizei im Hochtaunuskreis einen in Pfullendorf stationierten 21-jährigen Bundeswehrosoldaten und seinen Vater festgenommen. Der Bruder des Soldaten stellte sich am Abend des 28. Februar selbst. Auf die drei Männer aufmerksam geworden waren die Ermittler*innen durch einen Hinweis der früheren Freundin des Soldaten. Diese hatte wegen eines heftigen Streits mit ihrem Ex-Freund in der Nacht zum 27. Februar die Polizei gerufen und den Beamt*innen dabei berichtet, der 21-Jährige horte gemeinsam mit seinem Vater und seinem Bruder scharfe Schusswaffen. Außerdem habe er sich mehrfach rassistisch über Ausländer*innen geäußert und auch über Anschläge gesprochen. In einer bei der Frau zurückgelassenen Sporttasche des Mannes ist laut Spiegel-Informationen eine Art Manifest „Wie man die Macht in Deutschland übernehmen könnte“ gefunden worden.

Einer Mitteilung des Landeskriminalamts Hessen und der Staatsanwaltschaft Hanau zufolge wurde den Männern vorgeworfen, „illegal Waffen und Munition gehortet und sich in rechtsextremer Weise geäußert zu haben“, berichtet der Spiegel weiter. Die Spezialkräfte hätten mehrere Pistolen und Gewehre sowie Granaten, Stabbrandbomben, Zünder und allerlei Munition aus ihrem Besitz sichergestellt. Hauptsächlich sollen die Waffen aus Ex-Jugoslawien oder dem Zweiten Weltkrieg stammen.

Laut Spiegel-Informationen soll der 21-jährige Soldat auch versucht haben, aus Munition Sprengstoff für Rohrbomben zu gewinnen. In seiner Stube bei der Bundeswehr Pfullendorf seien rechte Flyer und Bücher gefunden worden. Zeugenberichten zufolge habe er davon gesprochen, dass Flüchtlinge erschossen gehören und die Bundesregierung ausgelöscht werden müsse. Außerdem soll der Mann Mitglied einer nationalistischen Gruppe auf dem Messenger-Dienst Telegram gewesen sein. Die Bundeswehr habe ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, um ihn so schnell wie möglich aus der Truppe zu entlassen, heißt es in dem Bericht weiter.

 DATEN 02.03.2021, Pfullendorf (Landkreis Sigmaringen)/Hochtaunuskreis (Hessen), Internetaufruf: 02.03.2021
 QUELLE Der Spiegel
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/waffenfund-in-hessen-ermittler-finden-rechtsextremes-manifest-bei-soldaten-a-d2d783fa-7c9b-4a68-96ea-ce85472b26f0>

Vorfälle in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“

In Stuttgart kam es am 2. März zu Straftaten mit dem Angriffsziel Polizei in Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Auflagen“.

Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 02.03.2021, Stuttgart

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/485
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0485_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Oberndorf am Neckar kam es am 3. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

 DATEN 03.03.2021, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil)

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

„Querdenker*innen“ kritisieren Mahnwache zur Erinnerung an die Corona-Toten und relativieren den Nationalsozialismus

Am 18. Februar fand in Schwäbisch Hall eine „Querdenken“-Demonstration auf dem Marktplatz statt. Parallel dazu hielt die Kirchengemeinde St. Michael und St. Katharina eine Mahnwache zur Erinnerung an die Corona-Toten auf der dem Marktplatz gegenüberliegenden Großen Treppe vor ihrer Kirche ab. In einem der Südwest Presse vorliegenden Offenen Brief an die Kirchengemeinde hat sich eine Gruppe von Teilnehmenden der „Querdenken“-Demonstration anschließend über die Mahnwache beschwert. Man habe die Kirche St. Michael „linken Demonstranten“ zur Verfügung gestellt, hieß es in dem Schreiben. Das Glockengeläut während der Demonstration wurde als undemokratisch und als Angriff auf die Meinungsfreiheit bezeichnet.

Das Pfarrerehepaar und der Kirchengemeinderat widersprachen dieser Darstellung. „Die Mahnwache zur Erinnerung an die Corona-Toten wurde von Menschen aus ganz unterschiedlichen Gruppen mitgetragen“, sagte der Pfarrer. Auch das Läuten der Kirchenglocken habe nicht die Funktion gehabt, irgendeine Meinungsäußerung zu unterbinden, erklärte er: „Glocken rufen zu Gebet und Gottesdienst. Auch bei einer Gedenkveranstaltung geht es darum, an Menschen in Not zu denken und für sie zu beten.“

Die Pfarrerin betonte die Bedeutung von Kritik und Diskussion. „Davon leben Kirche und Gesellschaft. Als Kirche grenzen wir uns jedoch gegen jede Form des Rassismus und Antisemitismus, gegen Hetze und Gewalt ab. Wir sehen auch in manchen E-Mails, die uns erreichen, wie wichtig das ist und sind bestürzt, wie verbreitet antisemitische Ressentiments und Verschwörungsfantasien sind“, sagte sie weiter.

Position zu den Vorwürfen und den Redebeiträgen bei der Demonstration bezog auch der Kirchengemeinderat in einem der Südwest Presse ebenfalls vorliegenden Schreiben: „Die Kirche und das Haller Tagblatt wurden als ‚faschistisch‘ beschimpft und die Demokratie in Deutschland als ‚Diktatur‘ bezeichnet.“ Eine rote Linie sah der Kirchengemeinderat auch durch die Äußerungen einer Rednerin überschritten: „Sie sprach davon, dass die Mitarbeiter in Verwaltungen ‚Schreibtischtäter‘ seien, die ‚moderne Euthanasie‘ betreiben würden – ausgerechnet in nächster Nähe des Davidsterns, der an den Pogrom von 1938 in Schwäbisch Hall erinnert.“ Dadurch würden die Opfer der Nazi-Diktatur verhöhnt, hieß es in dem Schreiben und: „Das ist für uns nicht akzeptabel und dagegen müssen wir unsere Stimme erheben.“

 DATEN 03.03.2021, Schwäbisch Hall, Internetaufruf: 10.12.2021

 QUELLE Südwest Presse
https://www.swp.de/lokales/schwaebisch-hall/_querdenken_-in-schwaebisch-hall-kerzen-und-gelaet-waehrend-corona-demo_-querdenker-kritisieren-kirchengemeinde-55442758.html

Wahlplakat angezündet

Eine Polizeistreife entdeckte in der Nacht zum 3. März gegen 3 Uhr ein brennendes Wahlplakat in der Bad Saulgauer Hauptstraße. Weil sich das an einer Straßenlaterne angebrachte Plakat in der Nähe eines Wohnhauses befand, alarmierten die Beamt*innen die Feuerwehr.

Der bei dem Vorfall entstandene Sachschaden wurde auf mehrere hundert Euro geschätzt.

 DATEN 04.03.2021, Bad Saulgau (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 17.12.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4855194>

Spieler des SV Waldhof Mannheim rassistisch beleidigt

Nach einem Fußballspiel am 1. März wurde ein Spieler des SV Waldhof Mannheim auf seinem Instagram-Profil rassistisch beleidigt. Er machte die rassistischen Kommentare anschließend selbst öffentlich und schrieb dazu: „Sehr traurig, dass man im Jahr 2021 solche Kommentare noch bekommt.“ Auch die Vereinsführung verurteilte die beleidigenden Beiträge in einem Facebook-Post: „Unser SVW steht für Respekt, Toleranz und Integration und lehnt jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung ab.“

Während Spieler und Verein auf die rassistischen Kommentare nur mit eigenen Posts in den sozialen Medien reagiert haben,

hat ein Fan Anzeige bei der Polizei erstattet. Polizei und Staatsanwaltschaft haben daraufhin Ermittlungen wegen Beleidigung und Volksverhetzung eingeleitet, berichtet die Rhein-Neckar-Zeitung weiter.

-  DATEN 04.03.2021, Mannheim, Internetaufruf: 08.03.2021
-  QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/sport/svwaldhof_artikel,-sv-waldhof-mannheim-anzeige-nach-rassistischen-kommentaren-gegen-anton-donkor-update-_arid,635296.html

Wahlplakate mit extrem rechten Inhalten beschmiert

Am 27. oder 28. Februar wurden im Stadtgebiet von Mengen mehrere Wahlplakate mit extrem rechten Inhalten besprüht. Die unbekanntes Täter*innen haben schwarze Farbe für ihre Schmierereien verwendet, es entstand ein Sachschaden von mehreren hundert Euro.

-  DATEN 04.03.2021, Mengen (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 17.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4855194>

Wahlplakate von Bündnis 90/Die Grünen beschädigt

Im Zeitraum vom 27. Februar bis zum 2. März wurden an verschiedenen Plätzen in Triberg und Schonach Wahlplakate der Partei Bündnis 90/Die Grünen mit weißer Farbe beschmiert und beschädigt. Der entstandene Sachschaden belief sich auf mehrere hundert Euro. In Triberg waren Plakate der Partei bereits Anfang Februar Ziel ähnlicher Zerstörungen.

-  DATEN 04.03.2021, Schonach und Triberg (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 17.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4855215>

Beschädigte Wahlplakate – Tatverdächtige fest-gestellt

Am 4. März erhielt die Polizei gegen 23.15 Uhr von Zeug*innen einen Hinweis auf eine Gruppe schwarz gekleideter und maskierter Personen, die in Schorndorf Wahlplakate beschädigen würden. Zwei Männer im Alter von 25 und 27 Jahren sowie eine 19-jährige Frau wurden bei der darauffolgenden Fahndung kontrolliert. Alle drei Tatverdächtigen sind nach Angaben der Polizei dem linken Spektrum zuzuordnen.

Insgesamt waren circa 20 Wahlplakate der Parteien CDU und AfD heruntergerissen und teilweise mit Farbe beschmiert worden.

Der 25-Jährige wurde außerdem verdächtigt, bereits am Abend des 26. Februar an der Beschädigung von mehreren Wahlplakaten in Schorndorf beteiligt gewesen zu sein.

-  DATEN 05.03.2021, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 14.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4856422>

Stolperstein in Bietigheim übermalt

In der Bietigheimer Altstadt wurde zwischen dem 20. Februar und dem 1. März ein Stolperstein mit schwarzer Farbe überstrichen. Der Stolperstein erinnert an das Euthanasie-Opfer Frida Ziegelmaier. Ob der in der Pfarrstraße verlegte Stein wieder gereinigt werden könne, war zunächst unklar. Der Initiator der Initiative Stolpersteine in Bietigheim-Bissingen vermutete hinter dem Vorfall die Absicht, die Erinnerung an die Euthanasie-Opfer mit Geringschätzung auszulöschen. Er hat deshalb Anzeige bei der Polizei erstattet.

-  DATEN 06.03.2021, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 09.03.2021
-  QUELLE Bietigheimer Zeitung
<https://www.bietigheimerzeitung.de/inhalt.moegliche-politisch-motivierte-sachbeschaedigung-in-bietigheim-stolperstein-mit-farbe-beschmiert.998b245a-63a1-492b-bf47-5ce0692c4e16.html>

Mehrere Verletzte bei Demo gegen AfD-Wahlkampfstand

Am Mittag des 6. März rief ein Mann rechte Parolen im Umfeld einer spontanen Demonstration von circa 50 Personen gegen einen Wahlkampfstand der AfD in Lörrach. Daraufhin sei er von einem Demonstranten aus dem Umfeld der Antifa zu Boden geschlagen und getreten worden, berichtet die Badische Zeitung. Die Polizei habe das Opfer vom Platz eskortiert. Als drei Verdächtige aus der Gruppe der Demonstrierenden festgenommen werden sollten, seien auch die Beamt*innen tätlich angegriffen worden. Drei Polizist*innen wurden dabei leicht verletzt, hieß es weiter. Insgesamt wurden laut Polizei fünf Personen vorläufig festgenommen und zwei Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beleidigung und Nötigung, ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung und zwei Verfahren wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte eingeleitet.

-  DATEN 06.03.2021, Lörrach, Internetaufruf: 19.01.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Freiburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/4856844>
-  DATEN 08.03.2021, Lörrach, Internetaufruf: 27.01.2022
-  QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/antifa-belagert-wahlkampfstaende-der-afd--200482412.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Vöhringen kam es am 7. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 07.03.2021, Vöhringen (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 8. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 08.03.2021, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/31846
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Künzelsau kam es am 8. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 08.03.2021, Künzelsau (Hohenlohekreis)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Vöhringen kam es am 8. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 08.03.2021, Vöhringen (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Volksverhetzende Parolen vor Einkaufszentrum

In Weil am Rhein haben sich am 7. März mehrere Personen vor einem Einkaufszentrum im Stadtteil Friedlingen versammelt. Zeug*innen wollen gegen 10.40 Uhr gehört haben, wie mehrere Personen aus der Gruppe unter anderem volksverhetzende Parolen

skandierten. Die Kriminalpolizei Freiburg hat Ermittlungen eingeleitet.

-  DATEN 08.03.2021, Weil am Rhein (Landkreis Lörrach), Internetaufruf: 17.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Freiburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/4857688>

Landtagskandidat teilt Verschwörungsinhalte auf Facebook

Ein Landtagskandidat und Stadtrat der AfD in Backnang verbreitete nach Recherchen des Zeitungsverlags Waiblingen Verschwörungserzählungen auf seinem Facebook-Konto. So teilte der AfD-Funktionär auf Facebook mehrere Beiträge, die von einem „Great Reset“ oder einer „New World Order“ sprechen. Während beim Thema „Great Reset“ behauptet wird, die Pandemiesituation sei künstlich geschaffen worden, um die Welt im Sinne einer kleinen Elite umzubauen, handelt es sich beim Begriff der „New World Order“ um eine häufig verwendete Chiffre von Verschwörungsideolog*innen, die antisemitisch aufgeladen ist.

Zudem nutzte der Kandidat in seinem Profilbild Codes, die eine Nähe zur QAnon-Bewegung nahelegen. QAnon ist eine in den USA entstandene Verschwörungserzählung, die behauptet, in unterirdischen Lagern würden Kinder gefoltert, um aus ihnen eine Verjüngungsdroge herauszupressen. Dahinter stecke ein weltweit operierender Zirkel von Pädophilen, der im Geheimen operiere. Der ehemalige US-amerikanische Präsident Donald Trump wird von dieser Szene als Befreier gefeiert. Anhänger*innen des QAnon-Verschwörungsglaubens waren zudem an der Erstürmung des Kapitols in Washington beteiligt.

Außerdem wurden auf dem Facebook-Konto Inhalte der Querdenken-Szene geteilt, die das Vorhandensein einer Pandemie in Frage stellen. Die „Querdenken“-Szene wird in Teilen vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet.

Darüber hinaus gab sich der Kandidat als Unterstützer des Thüringer AfD-Abgeordneten Björn Höcke und des von Höcke angeführten Netzwerks „Der Flügel“ zu erkennen. Dabei handelt es sich um einen völkisch-nationalistischen Zusammenschluss innerhalb der AfD, der zwar formal aufgelöst, aber nach Ansicht von Expert*innen immer noch aktiv ist. Auf Rückfrage des Zeitungsverlags Waiblingen bezeichnete der AfD-Landtagskandidat Höcke als seinen „Parteifreund“ und relativierte problematische Positionen von Querdenken und Co.

-  DATEN 09.03.2021, Backnang (Rems-Murr-Kreis), Stuttgart, Internetaufruf: 12.10.2021
-  QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/lokales/backnang/landtagswahl-afd-kandidat-steffen-degler-qanon-und-die-n%C3%A4he-zu-querdenken_arid-326579

Folgemeldung: „Landtagskandidat teilt Verschwörungsinhalte auf Facebook“ vom 09.03.2021

Die Backnanger Kreiszeitung berichtet, dass der Backnanger Stadtrat und Landtagskandidat im Stuttgarter Wahlkreis I von der AfD ausgeschlossen worden sei. Über die Hintergründe des Ausschlusses herrscht Unklarheit. Während der Backnanger Zeitung Informationen darüber vorliegen, dass nicht gezahlte Mitgliedsbeiträge dafür verantwortlich sein könnten, widersprach der Betroffene dieser Darstellung. Der Landtagskandidat, der den Einzug ins Stuttgarter Parlament verpasste, war vor der Wahl durch seine Nähe zum extrem rechten „Flügel“-Netzwerk um Björn Höcke sowie zu verschwörungsideologischen QAnon-Szene aufgefallen. Aus Solidarität mit dem von der Partei Ausgeschlossenen verließ ein weiterer AfD-Stadtrat in Backnang die AfD. Beide bleiben jedoch Ratsmitglieder.

 DATEN 12.05.2021, Backnang (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 12.10.2021

 QUELLE Backnanger Kreiszeitung
<https://www.bkz.de/nachrichten/afd-stadtraete-sind-nicht-mehr-in-der-partei-105581.html>

Flugblätter vergleichen Corona-Maßnahmen mit der Judenverfolgung

Unbekannte haben seit Ende Februar insgesamt sechs Mal Din-A4-Blätter, auf denen die Corona-Schutzmaßnahmen mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus verglichen werden, in den Regalen eines Einzelhandelsgeschäfts im Landkreis Rottweil ausgelegt. Auf den Blättern abgebildet waren z. B. ein altes Emaille-Schild mit dem Aufdruck „Juden sind hier unerwünscht“ oder der Satz „Juden werden hier nicht bedient“ in Frakturschrift. Der betroffene Einzelhändler äußerte gegenüber der Neuen Rottweiler Zeitung die Vermutung, dass die an die Zeit der Judenverfolgung erinnernden Blätter wegen eines Aushangs zu den Corona-Maßnahmen in seinem Geschäft deponiert worden seien. In dem Aushang fordere er seine Kundschaft zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auf und weise darauf hin, dass er – mit Verweis auf sein Hausrecht – auch kein ärztliches Attest zur Befreiung von der Maskenpflicht akzeptiere. Auf Anraten der Vorsitzenden des Vereins Ehemalige Synagoge Rottweil hat der Einzelhändler wegen der Vorfälle Anzeige erstattet.

 DATEN 09.03.2021, Landkreis Rottweil, Internetaufruf: 29.03.2021

 QUELLE Neue Rottweiler Zeitung
<https://www.nrwz.de/featured/corona-massnahmen-mit-judenverfolgung-verglichen-das-sollte-zur-anzeige-gebracht-werden/301644>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Eschbronn kam es am 10. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen.

Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

 DATEN 10.03.2021, Eschbronn (Landkreis Rottweil)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Hakenkreuz in Autotür geritzt

In der Nacht zum 6. März wurden von Unbekannten zwei in der Panoramastraße im zu Ostfildern gehörenden Stadtteil Kernnat abgestellte Fahrzeuge verkratzt. Bei einem der beiden Autos wurde in die linke hintere Tür ein großes Hakenkreuz geritzt. Die betroffene Fahrzeughalterin hat deshalb Anzeige erstattet, auch der Staatsschutz sei eingeschaltet worden. Nach Auskunft einer Polizeisprecherin werde wegen Sachbeschädigung und auch wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt.

 DATEN 11.03.2021, Ostfildern (Landkreis Esslingen),
Internetaufruf: 11.03.2021

 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.vandalismus-in-ostfildern-unbekannte-verschandelnd-mindestens-zwei-autos.178cbcdf-2c5d-4b3b-8855-834047833ebc.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schenkzell kam es am 11. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

 DATEN 11.03.2021, Schenkzell (Landkreis Rottweil)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Pfullingen kam es am 13. März zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 13.03.2021, Pfullingen (Landkreis Reutlingen)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Gegner der Corona-Maßnahmen greifen Presse an

Nach dem offiziellen Ende einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen unter dem Motto „Es reicht“ am 13. März

sind Teilnehmende in verschiedenen Gruppen durch die Stuttgarter Innenstadt gezogen. Dabei sei es zu Angriffen auf Journalist*innen gekommen, berichtet das Schwäbische Tagblatt.

Ein Demonstrationsteilnehmer bewarf ein Fernsehteam des Südwestrundfunks (SWR) mit einem Gegenstand, bestätigten Sprecher des SWR und der Polizei gegenüber der Zeitung. Andere Journalist*innen, die vor dem Landtagsgebäude über die Landtagswahl berichteten, wurden laut Polizei von Sprechchören als „Lügenpresse“ beschimpft. Es habe eine „besonders aufgeheizte Stimmung“ geherrscht, wird der Polizeisprecher zitiert. Eine Demonstrationsteilnehmerin habe auch einen Polizisten getreten. Die Polizei hätte zum Teil Pfefferspray und Schlagstock eingesetzt, berichtet das Schwäbische Tagblatt weiter. Ein Augenzeuge habe von einem „Katz-und-Maus-Spiel“ der Teilnehmenden mit der Polizei gesprochen.

An der Demonstration sollen laut Kreisen aus dem Umfeld der Kundgebung bis zu 1.500 Menschen teilgenommen haben. Ein Polizeisprecher sprach von „weit über den ursprünglich angemeldeten 750 Teilnehmern“. Trotz Lautsprecherdurchsagen und gezielter Ansprache durch Polizeibeamt*innen hätten 80 bis 90 Prozent der Demonstrierenden weder Masken getragen noch den vorgeschriebenen Mindestabstand eingehalten.

 DATEN 14.03.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 14.03.2021

 QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Corona-Proteste-in-Stuttgart-Angriff-auf-Presse-493542.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Wangen kam es am 15. März zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 DATEN 15.03.2021, Wangen (ohne Landkreisangabe)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Eberbach kam es am 18. März zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 18.03.2021, Eberbach (Rhein-Neckar-Kreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sindelfingen kam es am 19. März zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität religiöse Ideologie Anzeigen wegen übler Nachrede (§ 186 StGB).

 DATEN 19.03.2021, Sindelfingen (Landkreis Böblingen)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/31846
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>

Verschwörungsmythen und „Reichsbürger*innen“- Ideologie bei Demo gegen Corona-Maßnahmen

Wie der Schwarzwälder Bote berichtet, waren am 20. März bei einer „Frühlingserwachen“ genannten Veranstaltung von Gegner*innen der Corona-Schutzmaßnahmen in der Balingener Innenstadt auch Verschwörungsmythen, vermengt mit Reichsbürger*innen-Ideologie, zu hören. Ein Redner habe die Rechtmäßigkeit von Wahlen bestritten und die Gesetze für „nichtig“ erklärt. Sie seien lediglich „Verordnungen“. Außerdem habe er dazu aufgerufen, den „Schwur der Jesuiten“ zu lesen: „Dann wisst ihr, wer euch beherrscht.“

Auch Hetze gegen die Medien schildert die Zeitung. Von „gleichgeschalteten Qualitätsmedien“, die alle rechtschaffenen Menschen „im Würgegriff der Angst halten“ würden und sie zwingen, den „Maulkorb zu tragen, der uns krank macht“, sei die Rede gewesen.

Einer der Redner habe zum „Aufstehen und Wehren“ aufgerufen. Im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen habe er von einer „vorsätzlichen Zerstörung der Gesellschaft“ gesprochen.

Zum Schluss der Demonstration sei noch ein Text einer österreichischen Journalistin verlesen worden. In diesem hieß es unter anderem, die Regierung sei an einem Ende der Pandemie nicht interessiert. Sie werde künstlich am Leben erhalten, mit dem Ziel, die Menschen klein zu machen vor dem „GreatReset“ (deutsch: „Großer Neustart“), berichtet die Schwäbische Zeitung weiter.

 DATEN 21.03.2021, Balingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 24.03.2021

 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.trommeln-troeten-und-poebeleien-hunderte-demonstrieren-in-balingen-gegen-corona-schutzmassnahmen.d98d7ab7-9cf6-432d-a6c7-c0d62353b43.html>

Extrem rechte Symbole in Esslingen?

In Esslingen sind an prominenten Orten der Stadt aufgesprühte Symbole entdeckt worden, die aus der extrem rechten Szene

stammen könnten. Eine Schmiererei in einer Unterführung enthielt die Zahl 33, die auch von Anhängern des Ku-Klux-Klans verwendet wird (drei mal elf; die elf steht für den elften Buchstaben im Alphabet, also K wie Ku-Klux-Klan).

Weitere Schmierereien befanden sich an der Burgstaffel auf dem Weg zur Esslinger Burg. Dort waren bereits im Februar 2020 ähnliche Schmierereien entdeckt worden.³

Laut eines Polizeisprechers ist das Ku-Klux-Klan-Zeichen kein verbotenes Symbol, der Staatsschutz sei aber dennoch in die Ermittlungen eingebunden worden.

-  DATEN 22.03.2021, Esslingen, Internetaufruf: 15.12.2021
-  QUELLE Esslinger Zeitung
<https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.kriminalitaet-in-esslingen-rechtsextremistische-schmierereien-in-esslingen.09d036b5-e128-40a4-89fd-d685b491b1b9.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Rottweil kam es am 22. März zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB).

-  DATEN 22.03.2021, Rottweil
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Ehningen kam es am 23. März zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Körperverletzung (§223 StGB).

-  DATEN 23.03.2021, Ehningen (Landkreis Böblingen)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32189
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932189.pdf>

Rassistische Beleidigungen in Freiburger Straßenbahn

Am Spätnachmittag des 23. März wurde eine 30-jährige Frau mit Migrationshintergrund von einem circa 45 bis 50 Jahre alten Mann in einer Freiburger Straßenbahn beschimpft und rassistisch beleidigt. Der Unbekannte schimpfte bereits als er in die Bahn zustieg vor sich hin und ging dann die Frau an. Als diese auf seine rassistischen Äußerungen nicht reagierte, forderte er die 30-Jährige auf, ihren Sitzplatz für ihn freizumachen. Sie weigerte

sich erst und verwies ihn auf andere freie Plätze im Abteil, setzte sich dann aber auf die gegenüberliegende Sitzbank. Auch danach hörten die massiven Beleidigungen des Mannes nicht auf, bis er an einer Haltestelle die Bahn verließ.

-  DATEN 24.03.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 16.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Freiburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/4872625>

31-Jähriger verletzt sich bei Sachbeschädigung an Unterkunft für Geflüchtete

Am frühen Morgen des 28. März rief ein 22-Jähriger die Polizei und den Rettungsdienst, nachdem sich sein 31-jähriger Bekannter beim Einschlagen einer Fensterscheibe einer Unterkunft für Geflüchtete in Backnang an seiner Hand verletzt hatte. Beim Eintreffen der Rettungskräfte verhielt sich der alkoholisierte Anrufer nach Angaben der Polizei immer aggressiver, griff ohne Vorwarnung seinen verletzten Freund an und schlug auf diesen ein. Auch nach einem Platzverweis wollte er weiter auf den Verletzten losgehen. Als die Polizist*innen ihm daraufhin Handschellen anlegen wollten, wehrte sich der 22-Jährige heftig und verletzte einen Beamten. Er wurde anschließend in eine Gewahrsamszelle gebracht.

-  DATEN 29.03.2021, Backnang (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 17.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4875862>

Volksverhetzende Aufkleber gegen Impfstoffe

In der 12. Kalenderwoche wurden im Freiburger Stadtteil Littenweiler und etwas später auch im Stadtteil Haslach neonfarbene Aufkleber mit schwarzer Schrift entdeckt, die in volksverhetzender Manier aufriefen, keine russischen und chinesischen Impfstoffe zu kaufen. Ein Freiburger Bürger hat deswegen eine Anzeige bei der Polizei erstattet.

Der Staatsschutz der Kriminalpolizei Freiburg hat Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet. Wie ein Polizeisprecher berichtete, seien auch in Karlsruhe und Reutlingen ähnliche Aufkleber gefunden worden.

-  DATEN 29.03.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 31.03.2021
-  QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/staatsschutz-ermittelt-wegen-aufklebern-in-freiburg-auf-denen-gegen-russischen-und-chinesischen-impf>

3 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2020, S. 61.

Nazi-Schmierereien in Gärtringen

Am frühen Nachmittag des 28. März wurden im Einfahrtsbereich eines Gärtringer Hundesportvereins auf einen Wegweiser gemalte schwarze Hakenkreuze entdeckt. Auch der dort verlaufende Geh- und Radweg war mit einem Hakenkreuz und verschiedenen obszönen Schriftzügen beschmiert.

Die Ermittlungen hat die Abteilung Staatsschutz bei der Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Ludwigsburg übernommen.

 DATEN 29.03.2021, Gärtringen (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 29.03.2021

 QUELLE Stuttgartar Zeitung <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.sachbeschadigung-in-gaertringen-wegweiser-mit-hakenkreuzen-beschmiert.8f20103e-47c3-4659-96c8-f923d29894ff.html>

 DATEN 30.03.2021, Tübingen, Internetaufruf: 17.12.2021

 QUELLE Schwäbisches Tagblatt <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Live-Blog-Staatsschutz-ermittelt-Antisemit-Hildmann-hetzt-gegen-Palmer-495679.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 31. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 31.03.2021, Mannheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/31846 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/318/1931846.pdf>

Rassistisch beleidigt und bestohlen

Als eine 25-Jährige am 29. März im Heilbronner Hauptbahnhof eine Fahrkarte an einem Automaten lösen wollte, soll sie von einer neben dem Automaten auf dem Boden sitzenden Frau rassistisch beleidigt worden sein. Die 25-Jährige soll die Unbekannte zuerst auf ihr Verhalten angesprochen haben. Als diese ihre Beleidigungen fortsetzte, habe sie versucht, den Polizeinotruf anzurufen. Daraufhin sei die Frau immer aggressiver geworden, unter fortgesetzten Beleidigungen und bedrohlich auf die 25-Jährige zugelaufen und habe dieser ihre Geldbörse aus der Hand gerissen. Anschließend sei sie mit der Geldbörse geflüchtet und vermutlich in einen Bus am Bahnhofsvorplatz eingestiegen.

Die Polizei hat Ermittlungen wegen des Verdachts des Diebstahls und der Beleidigung eingeleitet.

 DATEN 30.03.2021, Heilbronn, Internetaufruf: 20.04.2021

 QUELLE Bundespolizeiinspektion Stuttgart <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/116091/4877487>

Antisemit hetzt gegen Oberbürgermeister

Das Schwäbische Tagblatt berichtet über antisemitische Hetze gegen den Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, die ein extrem rechter Verschwörungsideologe auf seinem Telegram-Kanal (120.000 Abonnent*innen) verbreitet. Palmer habe Strafanzeige erstattet. Gegen den Berliner Verschwörungsideologen und Autor veganer Kochbücher wurde bereits zuvor wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Bedrohung ermittelt. Während der Pandemie äußerte er mehrfach extrem rechtes und antisemitisches Gedankengut und rief zum gewaltsamen Umsturz auf. Einem im Februar 2021 ausgestellten Haftbefehl entzog er sich durch Flucht in die Türkei.

Regenbogenfahne an Kirchenwand angezündet

Zwischen dem Nachmittag des 27. und dem Morgen des 29. März haben Unbekannte im Aalener Teilort Wasseralfingen eine quer an der Außenmauer einer Kirche angebrachte Regenbogenfahne angezündet.

DATEN 01.04.2021, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 17.12.2021

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4879337>

„Impfungen sind Todesspritzen“ – Flyer mit Verschwörungsmythen in Weingarten

Impfgegner*innen haben in der Nacht zum 21. März Flyer mit kruden Verschwörungsmythen und rassistischen Aussagen in zahlreiche Briefkästen in Weingarten geworfen, berichten die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN).

Die mit dem Titel „Impfungen sind Todesspritzen“ überschriebenen Flugblätter enthielten abstruse Gedankenkonstrukte, wie die Behauptung von einer durch die Eliten geplante 80-prozentige Reduzierung der Weltbevölkerung. Während in Ländern wie China, Indien oder auf dem afrikanischen Kontinent die Bevölkerungen „explodieren“, gingen „die Bevölkerungszahlen der Weißen Rasse“ bereits deutlich zurück, was dazu führe, dass die „weißen Länder überrannt und verschwinden werden“, ist dem Druckwerk außerdem zu entnehmen.

Die Polizei, zu der eine Bürgerin eines der Blätter gebracht hatte, hat den Flyer zur Prüfung seiner Inhalte an die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe weitergeleitet.

DATEN 01.04.2021, Weingarten (Baden – Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 11.05.2021

QUELLE Badische Neueste Nachrichten

<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruher-norden/weingarten/fake-news-flyer-weingarten-impfungen-verschwörungstheorien-polizei-ermittelt>

Folgemeldung zu „Impfungen sind Todesspritzen“ – Flyer mit Verschwörungsmythen in Weingarten“ vom 01.04.2021

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat Anfang Mai die Ermittlungen wegen der im März in Weingarten verteilten Flyer von Impfgegner*innen eingestellt. Wie ein Sprecher der Behörde den BNN mitteilte, zielen das Schreiben zwar auf die Unterhöhlung und Untergrabung staatlicher Autorität ab. Da der Staat als solcher jedoch nicht „beleidigungsfähig“ sei, sei ein Straftatbestand nicht gegeben.

DATEN 07.05.2021, Weingarten (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 11.05.2021

QUELLE Badische Neueste Nachrichten

<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruher-norden/weingarten/impfungen-sind-todesspritzen-ermittlungen-eingestellt-flyer-weingarten-verschwörungstheorie-fake-news>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Bretzfeld kam es am 2. April zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

DATEN 02.04.2021, Bretzfeld (Hohenlohekreis)

QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153

https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

„Querdenker*innen“ greifen Journalist*innen an

Bei einer „Querdenken“-Demonstration am 3. April in Stuttgart beobachteten Reporter*innen des Zeitungsverlags Waiblingen (ZVW) massive Angriffe und Anfeindungen von Demonstrierenden gegen Journalist*innen. Als die Demonstration auf der B14 von der Innenstadt in Richtung Bad Cannstatt zog, sah ein ZVW-Reporter, wie ein Journalist von einem offenbar alkoholisierten Demonstranten ins Gesicht geschlagen wurde. Der Angreifer habe sein Opfer anschließend als „Hurensohn“ bezeichnet und bedroht. Später habe die bei dem Vorfall nicht anwesende Polizei einen 37-jährigen Tatverdächtigen ermittelt und vorläufig festgenommen, hieß es in einer Pressemitteilung.

Mehrfach wurden laut des Berichts des ZVW auch Filmaufnahmen von Medien durch laute Musik gestört und Journalist*innen von Sprechchören als „Lügenpresse“ beschimpft. Wie das Nachrichtenmagazin Der Spiegel berichtete, musste ein Live-Interview für „tagesschau24“ abgebrochen werden, weil Demonstrierende das Fernseherteam angegriffen hatten. „Jetzt werden hier Steine geworfen, ich glaube, wir müssen die Live-Schalte abbrechen“, wird der Stuttgart-Korrespondent der Tagesschau zitiert.

Auch Journalist*innen, die sich aufgrund fehlender Polizeipräsenz an den Rand des Geschehens zurückgezogen hatten, wurden bedrängt. Mehrere Demonstrierende, unter ihnen auch zwei Ordner, gingen aggressiv und ohne Maske auf die Pressevertreter*innen zu und filmten und fotografierten sie aus nächster Nähe. Trotz des aggressiven Auftretens der Gruppe griff ein etwa 20 Meter entferntes Anti-Konfliktteam der Polizei erst nach fast zehn Minuten ein, berichtet der ZVW weiter.

Politiker*innen waren ebenfalls Ziel von Beschimpfungen bei der „Querdenken“-Demonstration. Eine FDP-Politikerin, die ein Schild mit der Aufschrift „Ich mache mir Sorgen um euch“ trug,

wurde von einem älteren Mann im Vorbeigehen als „Luder“ bezeichnet. Sprechchöre forderten mehrfach „Knast“ für einzelne Politiker*innen und Virolog*innen. Im Demonstrationszug waren Personen mit Merkel-Maske in Sträflingskleidung, einem über eine Holzkonstruktion gezogenen T-Shirt mit dem Schriftzug „Hängt sie höher, denn sie wissen genau was sie tun“ oder Plakaten, die die aktuelle Situation in Deutschland mit der Zeit des Nationalsozialismus oder der DDR gleichsetzten, zu sehen. Ein Anwalt auf der „Querdenken 711“-Bühne verglich das Maskentragen mit Folter.

Ein Demonstrationsteilnehmer wurde vorläufig festgenommen, als er bei dem Versuch zu mutmaßlichen Gegendemonstrant*innen zu gelangen, drei Polizeibeamt*innen verletzte. Er wurde nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß gesetzt und erhielt einen Platzverweis.

An der zentralen Kundgebung auf dem Cannstatter Wasen nach dem Demonstrationszug haben laut Polizei mehr als 10.000 Menschen teilgenommen. Von den Behörden waren 2.500 Teilnehmende erwartet worden, berichtete der Spiegel.

Die passive Haltung der Polizei wurde vom Deutschen Journalistenverband (DJV) kritisiert. Der Vorsitzende des baden-württembergischen DJV-Landesverbandes kündigte dem ZVW gegenüber an, er wolle der Polizei ein Gesprächsangebot unterbreiten, um zu klären, wie Journalist*innen in Zukunft besser geschützt werden könnten.

 DATEN 03.04.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 04.04.2021

 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/stuttgart-region/querdenken-demo-in-stuttgart-angriffe-auf-journalisten-tausende-teilnehmer-ohne-masken-und-abst%C3%A4_arid-337031

 DATEN 03.04.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 04.04.2021

 QUELLE Spiegel Online
<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/stuttgart-angriffe-auf-journalisten-bei-querdenker-demo-a-35bd4efa-7985-4193-a7cd-b7fa43897c5c>

 DATEN 03.04.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 27.01.2022

 QUELLE Polizeipräsidium Stuttgart
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110977/4880919>

Folgemeldung zu „Querdenker*innen greifen Journalist*innen an“ vom 03.04.2021

Wie der Zeitungsverlag Waiblingen berichtet, war in einem auf Twitter eingestellten Video der Landtagsabgeordnete Heinrich Fiechtner im Gespräch mit zwei Polizeibeamten am Rande der „Querdenken“-Demonstration am 3. April in Stuttgart zu sehen. Der Abgeordnete habe dabei einen an die Hakenkreuzflagge des Nationalsozialismus erinnernden Mundschutz am Kinn getragen, den ein Neonazi aus Halle über seinen Shop vertreibt.

Wie der ZVW weiter mitteilt, habe der Berliner Tagesspiegel, der zuerst über die Szene berichtet hatte, die Gesprächsatmosphäre

zwischen dem Abgeordneten und den Polizisten als augenscheinlich gut beschrieben. Die Beamten hätten mehrere Male gelacht, auch kurz nachdem Heinrich Fiechtner den baden-württembergischen Landtagsdirektor als „antidemokratische Ratte“ bezeichnet hatte. Zum Abschied hätten sich alle noch frohe Ostern gewünscht. Der parteilose, ehemals der AfD angehörende, Landtagsabgeordnete war bereits im Februar durch seine Hetze gegen einen Journalisten des ZVW aufgefallen.

Die Polizei erklärte das Gespräch auf eine Anfrage des ZVW damit, dass einer der beteiligten Beamten die Organisationseinheit Objektschutz leite und mit dem Landtagsdirektor Rücksprache halten musste, weil der Abgeordnete und andere Demonstrierende das Landtagsgebäude betreten wollten. „Im Anschluss kam es zu der Beleidigung des Landtagsdirektors durch den Abgeordneten“, hieß es weiter.

Der Landtagsdirektor hat laut ZVW Anzeige wegen Beleidigung gegen den Abgeordneten erstattet.

 DATEN 13.04.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 16.12.2021

 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/stuttgart-region/querdenken-demo-in-stuttgart-was-die-polizei-zu-dem-video-mit-heinrich-fiechtner-sagt_arid-340292

Sechs Meter großes Hakenkreuz auf Sportplatz

Zwischen dem Nachmittag des 1. und dem Morgen des 3. April haben Unbekannte in Göppingen den Außenzaun durchgeschnitten, um auf das Gelände eines Schützenhauses zu gelangen. Anschließend haben sie erfolglos versucht, in das Vereinsheim einzubrechen. Auf einem benachbarten Sportplatz haben vermutlich dieselben Täter*innen mit einem Messer ein rund sechs Meter großes Hakenkreuz in die Grasnarbe des Fußballfeldes gestochen und ein Tor aus der Verankerung gerissen.

 DATEN 04.04.2021, Göppingen, Internetaufruf: 16.12.2021

 QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/goepingen/versuchter-einbruch-unbekannte-stechen-sechs-meter-grosses-hakenkreuz-in-sportplatz-56082386.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Karlsruhe kam es am 5. April zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 DATEN 05.04.2021, Karlsruhe

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Albstadt kam es am 7. April zu flüchtlingsfeindlich motivierten Vorfällen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfer*innen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 07.04.2021, Albstadt (Zollernalbkreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Baden-Baden kam es am 7. April zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 07.04.2021, Baden-Baden
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Emmendingen kam es am 7. April zu flüchtlingsfeindlich motivierten Vorfällen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfer*innen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§111 StGB).

 DATEN 07.04.2021, Emmendingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 9. April zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 DATEN 09.04.2021, Freiburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schramberg kam es am 9. April zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 09.04.2021, Schramberg (Landkreis Rottweil)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Memorandum zu Neonazi-Brandanschlag mit Hakenkreuzen besprüht

In Weinstadt haben Unbekannte in der Nacht vom 7. zum 8. April ein als Memorandum angebrachtes Graffiti mit Hakenkreuzen und verbotenen Symbolen übersprüht. Das Memorandum sollte an den zehnten Jahrestag des Brandanschlags von Neonazis auf fünf junge Männer mit Migrationsgeschichte im benachbarten Winterbach erinnern. Die Wand in einer Unterführung im Stadtteil Endersbach, auf es angebracht war, steht der Allgemeinheit für Graffitis zur Verfügung. Die Kriminalpolizei hat ein Strafverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

 DATEN 09.04.2021, Weinstadt (Rems-Murr-Kreis),
 Internetaufruf: 14.04.2021
 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/rems-murr-kreis/vor-demo-gegen-rechts-am-samstag-10-4-in-winterbach-hakenkreuz-schmiererei-an-graffiti-wand_arid-339080

Maskenverweigerer zeigt rechtsradikale Geste im Supermarkt

Am frühen Abend des 10. April war einer 54-jährigen Mitarbeiterin in einem Supermarkt in Bermatingen ein Mann aufgefallen, der entgegen der gültigen Vorschriften keinen Mund-Nasenschutz trug. Als sie ihn deshalb ansprach, setzte der 33-Jährige zwar kurz eine Maske auf, nahm diese aber wenig später wieder ab. Nach einer erneuten Aufforderung der Angestellten, die vorgeschriebene Maske zu tragen, begann der Mann mit ihr zu diskutieren und zeigte ihr eine rechtsradikale Geste. Die 54-Jährige erteilte ihm deshalb Hausverbot, woraufhin der Tatverdächtige die Geste wiederholte und mehrere Anwesende beleidigte. Als die Supermarktangestellte wegen dieses Verhaltens die Polizei verständigte, flüchtete der Mann. Einem 43-Jährigen, der ihm nachsetzte, sprühte der Flüchtende zweimal Pfefferspray ins Gesicht, um ihn an der Verfolgung zu hindern. Der 43-Jährige wurde leicht verletzt.

Die Polizei hat Ermittlungen unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung gegen den 33-jährigen Tatverdächtigsten eingeleitet. Ihn erwarteten mehrere Strafanzeigen.

 DATEN 12.04.2021, Bermatingen (Bodenseekreis),
 Internetaufruf: 14.04.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4887064>

Rechtsradikales Gedankengut bei „Buchen steht auf“

Die Fränkischen Nachrichten berichten über Aussagen mit rechtem Gedankengut in Telegram-Posts auf Kanälen der gegen die Corona-Maßnahmen gerichteten Gruppe „Buchen

steht auf“ und in Redebeiträgen bei Veranstaltungen der Gruppierung. Bei den Demonstrationen sei gefordert worden, Merkel müsse nicht nur weg, sondern in den Knast. Außerdem sei die Shoa durch den Vergleich des Tragens von Masken mit dem Tragen des Judensterns im Dritten Reich verharmlost worden. Im Telegram-Kanal von „Buchen steht auf“ sollen, teilweise auch von den Kanal-Inhaber*innen selbst, Aussagen, wie zum Beispiel „Das ganze Volk nach Berlin! Das Terror-Regime absetzen“ oder „Um alles zu beenden, brauchen wir Patrioten“, geteilt worden sein.

Auch die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) berichtet über extrem rechte Posts der Gruppe „Buchen steht auf“ bei Telegram. Neben einem Video des Verschwörungsideologen Attila Hildmann sei auch eine Rede des Chefredakteurs des vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuften Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer, geteilt worden. Außerdem hätten Diskussionen rund um „Reichsbürger*innen“ stattgefunden. Die frühere Inhaberin des Telegram-Kanals „Buchen steht auf“ habe an Ostern zum „Volksaufstand auch vor Privatwohnungen“ aufgerufen. Der Aufruf sei in den Farben der Reichsflagge (schwarz-weiß-rot) gestaltet gewesen.

Ein auf Telegram geteilter Flyer habe dazu aufgefordert, trotz Verbots zu einer Demo nach Stuttgart zu fahren. „Merkel und Hintermänner und Kretschmann wollen den Bürgerkrieg“, sei auf ihm zu lesen gewesen, schreibt die Zeitung. Ein Sprecher der Bewegung habe sich in einer Stellungnahme gegenüber der RNZ nicht von diesen Äußerungen distanziert. Derselbe Sprecher habe bei einer Kundgebung am 15. April in der Buchener Innenstadt außerdem betont, er stehe zu Aussagen wie „Merkel in den Knast“, da sie seiner Meinung nach „Landesverrat begangen“ habe.

Am 21. April richtete sich die Hetze auf dem Telegram-Kanal „Buchen steht auf“ gegen Bundestagsabgeordnete. Ein Follower teilte unter dem Titel „Liste unserer Feinde“ eine PDF-Datei mit den Namen der Abgeordneten, die für das geänderte Infektionsschutzgesetz gestimmt hatten. In seinem Post bezeichnete er sie als „hochkarätige Volksverräter“ und schrieb im Schlusssatz: „Namen sind nun gefallen – bereit zum Einsammeln.“

 **DATEN** 13.04.2021, Buchen (Neckar-Odenwald-Kreis), Internetaufruf: 16.04.2021

 **QUELLE** Fränkische Nachrichten
https://www.fnweb.de/orte/buchen_artikel,-buchen-im-chat-von-buchen-steht-auf-wurde-offensichtlich-rechtes-gedankengut-verbreitet-_arid,1783918.html

 **DATEN** 14.-22.04.2021, Buchen, Internetaufruf: 13.02.2022

 **QUELLE** Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/buchen_artikel,-buchen-steht-auf-Aengste-und-sorgen-werden-ausgenutzt-_arid,657601.html

Maskenverweigerer in Zug widersetzt sich der Polizei

Am Bahnhof in Mühlacker untersagte eine Zugbegleiterin am frühen Abend des 12. April einem 42 Jahre alten Mann die Weiterfahrt in einem Zug von Stuttgart nach Karlsruhe, weil er keinen Mund-Nasen-Schutz trug. Da der Mann sich weigerte auszusteigen, wurde die Polizei eingeschaltet. Auch der Aufforderung der Beamt*innen, die Bahn zu verlassen, folgte der 42-Jährige nicht. Stattdessen schrie er laut herum, filmte die polizeilichen Maßnahmen mit seinem Mobiltelefon und weigerte sich, seine Personalien anzugeben. Gegen eine auf dem Bahnsteig durchgeführte Durchsuchung nach Dokumenten wehrte er sich. Nach Angaben der Polizei müsste er deshalb gefesselt und zu Boden gebracht werden. Als ihn die Polizist*innen anschließend zum Polizeirevier Mühlacker brachten, beleidigte er sie und rief rechtsradikale Parolen.

Auch auf dem Revier widersetzte sich der 42-Jährige den polizeilichen Maßnahmen. Er wurde in eine Gewahrsamszelle gebracht, wo er sich den polizeilichen Maßnahmen weiter widersetzte. Die Bundespolizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung sowie wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung gegen den 42-Jährigen eingeleitet.

 **DATEN** 13.04.2021, Mühlacker (Enzkreis), Internetaufruf: 20.04.2021
 **QUELLE** Bundespolizeiinspektion Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/116093/4887871>

Gedenktafeln mit Hakenkreuzen beschmiert

Am 4. April haben Unbekannte am Gerda-Taro-Platz in Stuttgart die Gedenktafeln für die jüdische Aktivistin und Kriegsphotografin Gerda Taro mit Hakenkreuzen beschmiert. Taro hatte sich 1933 gegen Adolf Hitler und den Nationalsozialismus eingesetzt und später als Fotografin den Spanischen Bürgerkrieg dokumentiert. Die für den Platz zuständige Bezirksvorsteherin zeigte sich entsetzt und wertete den Vorfall als einen gezielten antisemitischen Anschlag.

Bei der Polizei ist Anzeige wegen des Vorfalls erstattet worden.

 **DATEN** 14.04.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 16.04.2021

 **QUELLE** Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.hakenkreuze-an-gedenktafeln-antisemitischer-akt-am-taro-platz.2cb4e275-6e24-474d-a842-dac26a077e18.html>

Extrem rechter Verschwörungsideologe hetzt gegen die Tübinger Pandemiebeauftragte

Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen eingeleitet, weil der extrem rechte Verschwörungsideologe Attila Hildmann die Tübinger Ärztin und Pandemiebeauftragte Lisa Federle in sozialen Netzwerken antisemitisch beleidigt hatte. Es sollte auch geprüft werden, ob durch die Hetze eine Gefährdung entstanden war, die den Schutz

der Pandemiebeauftragten notwendig machte. Wenige Tage zuvor war der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer von derselben Person antisemitisch beleidigt worden.

Der Verdächtige, ein ehemaliger Autor von veganen Kochbüchern, war im Zuge der Corona-Pandemie durch Hetze gegen Politiker*innen und andere prominente Persönlichkeiten auf seinem Telegram-Kanal deutschlandweit bekannt geworden. Bevor er sich den eingeleiteten Ermittlungen der Polizei durch Flucht in die Türkei entzog, war er immer wieder bei Demonstrationen von Corona-Leugner*innen, extrem Rechten und Verschwörungs-ideolog*innen aufgetreten.

DATEN 14.04.2021, Tübingen, Internetaufruf: 16.12.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/drohungen-gegen-lisa-federle-100.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Albstadt kam es am 15. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

DATEN 15.04.2021, Albstadt (Zollernalbkreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Hakenkreuz an öffentlicher Toilette

In Ellwangen haben Unbekannte zwischen dem Abend des 13. und dem Abend des 14. April in die Innenseite der Tür einer öffentlichen Toilette ein seitenverkehrtes Hakenkreuz eingeritzt. Der dadurch entstandene Schaden betrug circa 500 Euro.

DATEN 16.04.2021, Ellwangen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 03.01.2022
QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4891163>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Wangen kam es am 17. April zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

DATEN 17.04.2021, Wangen (ohne Landkreisangabe)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Gondelsheim kam es am 18. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Bedrohung (§241 StGB).

DATEN 18.04.2021, Gondelsheim (Landkreis Karlsruhe)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Angriff auf Infostand von PKK-Sympathisant*innen – 24-Jährige verletzt

Am Nachmittag des 17. April griff ein 22 Jahre alter Mann einen genehmigten Stand in der Tübinger Innenstadt an, an dem für bessere Haftbedingungen für den ehemaligen Vorsitzenden der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, beziehungsweise dessen Freilassung geworben wurde. Der 22-Jährige ging nach Angaben der Polizei zielstrebig auf den Infostand zu, beschimpfte die Anwesenden, riss an der Überdachung, warf eine Musikbox um und den Infostand zur Seite. Als die Personen am Stand ihn zurückhalten wollten, versetzte der Mann einer 24-Jährigen einen Faustschlag. Die Frau wurde zur Untersuchung ins Krankenhaus gebracht. Sachschaden entstand laut Polizei keiner. Das Polizeirevier Tübingen erteilte dem 22-Jährigen einen Platzverweis und leitete Ermittlungen gegen ihn ein.

DATEN 19.04.2021, Tübingen, Internetaufruf: 21.01.2022
QUELLE Polizeipräsidium Reutlingen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110976/4892516>

DATEN 19.04.2021, Tübingen, Internetaufruf: 21.01.2022
QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Faustschlag-am-Infostand-498051.html>

Politische Schmierereien in Wangen im Allgäu

In der Nacht vom 17. zum 18. April wurde in Wangen im Allgäu die Alte Stadthalle mit politisch links gerichteten Schriftzügen in gelber und schwarzer Farbe beschmiert. Laut Polizei sind die unbekanntes Täter*innen dazu auf das Dach der Halle gestiegen und haben einen Farbkanister anschließend auf eine Rasenfläche geworfen. Die Höhe des entstandenen Sachschadens konnte vorläufig noch nicht angegeben werden.

In der Mitteilung der Polizei werden zudem Schmierereien an einer Wangener Unterkunft für Geflüchtete erwähnt, die in der Nacht zuvor angebracht worden waren. Darin heißt es: „Auch an einer Wohnunterkunft im Herzmanner Weg haben Unbekannte bereits in der Nacht von Freitag auf Samstag Symbole aufgesprüht. Einen

Zusammenhang zwischen den beiden Taten kann die Polizei bislang nicht erkennen.“

DATEN 19.04.2021, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 20.01.2022
QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4892966>

Folgemeldung zu „Politische Schmierereien in Wangen im Allgäu“ vom 19.04.2021

In einer Pressemitteilung berichtete das Polizeipräsidium Ravensburg am 19. April über die politisch links gerichteten Schriftzüge, die in der Nacht vom 17. zum 18. April an die Alte Stadthalle in Wangen im Allgäu geschmiert wurden. Dass es sich bei der in der Nacht zuvor an eine Wangener Flüchtlingsunterkunft angebrachten Schmierereien um Hakenkreuze handelte, wurde nicht erwähnt.

Wie die Schwäbische Zeitung berichtet, seien auch in einer anderen Pressemitteilung der Polizei verschiedene Schmierereien in gleicher Weise beschrieben worden. Die Wangener Organisationen Netzwerk Asyl, Grün-Offene Liste Wangen im Allgäu (samt ihrer Gemeinderatsfraktion), Bündnis Landkreis Ravensburg – Nazifrei und Seebrücke haben diese Art der Berichterstattung in einer gemeinsamen Presseerklärung als eine ihrer Ansicht nach „gefährliche Bagatellisierung“ der Hakenkreuz-Schmierereien kritisiert. Die Darstellung erwecke den „Eindruck, es handle sich bei den Farbschmierereien der vergangenen Monate um eine Serie gleich zu bewertender politischer Aktivitäten von unterschiedlichen Täterkreisen. Das sehen die Unterstützer*innen dieser Stellungnahme als „gefährliche Verharmlosung rechtsextremer Aktivitäten“, heißt es in einer Presseerklärung und: „Rechte Gewalt ist für viele Menschen in diesem Land lebensgefährlich. Ein Hakenkreuz auf einer Gemeinschaftsunterkunft von geflüchteten Menschen muss deshalb als Drohung verstanden werden und als rechtsextreme Tat benannt werden.“ Diese Bedrohung habe die Polizei aktiv verschwiegen.

Eine Polizeisprecherin erklärte zu den Vorwürfen, man habe über die unterschiedlichen Farbschmierereien gesammelt berichtet, weil sie in ähnlichen Zeiträumen und teilweise in ähnlicher räumlicher Nähe geschehen seien. Mögliche Zeug*innen sollten deshalb in einem einzigen Bericht angesprochen werden, ungeachtet der Inhalte der einzelnen Schmierereien.

DATEN 27.04.2021, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 20.01.2021
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/wangen_artikel,-hakenkreuze-und-parolen-schmierereien-in-wangen-schlagen-hohe-wellen-arid,11357175.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Bietigheim-Bissingen kam es am 21. April zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Körperverletzung (§223 StGB).

DATEN 21.04.2021, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Rassistischer Angriff auf einen Radfahrer

Am Abend des 21. April informierte ein Zeuge telefonisch die Polizei, dass in Bietigheim-Bissingen ein Mann einen Radfahrer angegriffen habe und es zu einem Tumult gekommen sei.

Als die Beamt*innen am Tatort eintrafen, schilderte ihnen der 33-jährige Radfahrer, dass ihn auf seinem Nachhauseweg vom Bahnhof ein augenscheinlich alkoholierter Fußgänger im Vorbeifahren unvermittelt angegriffen habe. Der Unbekannte habe ihn gepackt und geschlagen, anschließend sei er in Richtung Daimlerstraße gelaufen. Dort entdeckten die Polizeikräfte einen 43-jährigen Tatverdächtigen. Der Mann räumte seine Tat gegenüber den Beamt*innen ein und gab an, dass der Übergriff aufgrund der Hautfarbe des 33-jährigen Opfers erfolgt sei.

Die Polizist*innen nahmen den Tatverdächtigen zur Durchführung polizeilicher Maßnahmen mit zu ihrer Dienststelle. Dort verhielt er sich unkooperativ und sehr aggressiv, verweigerte einen Atemalkoholtest und randalierte in seiner Zelle. Auf richterliche Anordnung verbrachte er dann die Nacht in Polizeigewahrsam. Die Ermittlungen wurden fortgeführt.

DATEN 22.04.2021, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 21.01.2022
QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4895999>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Tübingen kam es am 23. April zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Körperverletzung (§223 StGB).

DATEN 23.04.2021, Tübingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Rottweil kam es am 24. April zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die

Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 24.04.2021, Rottweil
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Sersheim kam es am 24. April zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 24.04.2021, Sersheim (Landkreis Ludwigsburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 25. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen übler Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens (§188 StGB).

-  DATEN 25.04.2021, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Politische Auseinandersetzungen in Tübingen

Am 24. April kam es im Umfeld eines pro-kurdischen Infostandes auf dem Tübinger Holzmarkt und bei einem anschließenden spontanen Demonstrationzug in der Innenstadt zu Beleidigungs- und Körperverletzungsdelikten.

An der Informationsveranstaltung unter dem Motto „Freiheit für politische Gefangene, stoppt den Krieg des Erdogan Regimes gegenüber Minderheiten, gegenüber dem Kurdischen Volk“ nahmen auch Angehörige der linken Szene teil. Laut Polizei kam es gegen 16 Uhr etwas abseits der Versammlung zu körperlichen Übergriffen einer ungefähr zehnköpfigen Gruppe auf zwei zuvor an dem Versammlungsort vorbeigegangene Personen. Nach dem Ende der Informationsveranstaltung, gegen 17.30 Uhr, zogen dann circa 30 Teilnehmende durch die Tübinger Innenstadt. Dabei kam es zuerst zu einer Auseinandersetzung mit einer Autofahrerin und dann zu Körperverletzungsdelikten und Beleidigungen zwischen der von der Versammlung kommenden Gruppe und einer mittlerweile dazugekommenen türkischen Gruppierung. Polizeikräfte trennten die rivalisierenden Gruppen und konnten die Situation beruhigen. Der Polizeiposten Tübingen-Innenstadt hat Ermittlungen zu den Vorfällen aufgenommen.

-  DATEN 25.04.2021, Tübingen, Internetaufruf: 15.02.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Reutlingen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110976/4898276>

Hoher Sachschaden durch Schmierereien gegen die Corona-Politik

Im Zeitraum zwischen Sonntagnachmittag und Montagmorgen verschandelten Unbekannte mehrere Gebäude und ein Ortseingangsschild in Biberach mit Sprühfarbe. Die Schmierereien richteten sich gegen die Corona-Politik. Es wurde Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet. Das Polizeipräsidium Ulm schätzt den Schaden auf circa 4.000 Euro.

-  DATEN 27.04.2021, Biberach an der Riß, Internetaufruf: 20.01.2022
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/biberach_artikel,-schmierereien-in-biberach-gesamtschaden-geht-in-die-tausende-_arid,11357070.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Tamm kam es am 27. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 27.04.2021, Tamm (Landkreis Ludwigsburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Lichtenstein kam es am 28. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 28.04.2021, Lichtenstein (Landkreis Reutlingen)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Caritas wird wegen Facebook-Post angefeindet

Ein Beitrag der Stuttgarter Caritas zur Corona-Impfkampagne unter dem Motto „Ärmel hoch für den Pieks“ löste im April auf Facebook eine Flut von Kommentaren mit massiver Kritik und Anfeindungen aus.

Auffällig war laut einer Caritas-Sprecherin, dass die Masse der Kommentare mit dem gleichen Logo, einem geschwungenen W in einem Kreis, und eher ungewöhnlichen Namen, wie „Lori Resi“ oder „Jenni Berti“, versehen war. Auch die in Großbuchstaben geschriebenen Beiträge waren gleichlautend: „NAZISPHÄRE!“

FALSCH! KRIMINELLE!“ Die Sprecherin vermutete deshalb, dass die Kommentare größtenteils von Bots gesendet wurden, die automatisiert auf Stichwörter und Hashtags wie „#Impfungen“ reagieren.

Um den Shitstorm zu beenden, hat die Caritas den Beitrag von ihrer Facebook-Seite entfernt. Eine Anzeige bei der zuständigen Stelle Cybercrime im Landeskriminalamt wurde erstattet.

 DATEN 28.04.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 29.04.2021

 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.shitstorm-auf-facebook-attacke-von-rechts-auf-der-facebook-seite-der-caritas.4fe9d6d7-0fa2-4981-9495-b19718f9fea8.html>

Graffiti fordert Hinrichtung von Merkel

Erneut wurden in Biberach politisch motivierte Schmierereien entdeckt. In der Nacht auf den 29. April sprühten Unbekannte auf ein Garagentor am Biberacher Marktplatz „Merkel wegen Hochverrat [sic!] hinrichten“. Es wurde Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet. Eine Sprecherin des Polizeipräsidiums Ulm teilte gegenüber der Schwäbischen Zeitung mit, dass man prüfe, ob auch eine Aufforderung zu einer Straftat vorliege.

 DATEN 29.04.2021, Biberach an der Riß, Internetaufruf: 20.01.2022

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/biberach_artikel,-schmierereien-in-biberach-gegen-die-corona-politik-gehen-weiter-_arid,11358096.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Lahr kam es am 2. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 02.05.2021, Lahr (Ortenaukreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Öhringen kam es am 2. Mai zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 02.05.2021, Öhringen (Hohenlohekreis)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Vermummte Gegner*innen der Corona-Maßnahmen greifen Polizei an

Bei einem Protestzug von Gegner*innen der Corona-Maßnahmen kam es am Abend des 1. Mai in Tuttlingen zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Circa 40 großteils vermummte Personen zogen in der nicht angemeldeten Demonstration mit Fahnen und Fackeln aus Richtung des Honbergs in die Tuttlinger Innenstadt. Um den weiteren Verlauf der Aktion abzuklären, suchte die Polizei vergeblich nach einer Ansprechperson. Stattdessen wurden die polizeilichen Maßnahmen aus der Gruppe heraus gestört und Polizeibeamt*innen angegriffen. Gegenstände wurden geworfen und Reizgas wurde versprüht. Ein Beamter erlitt Verletzungen durch Schläge ins Gesicht. Mithilfe weiterer Einsatzkräfte aus den umliegenden Revieren konnte die Polizei den Protestzug daraufhin festsetzen. Den Teilnehmenden wurden nach der Durchführung polizeilicher Maßnahmen Platzverweise erteilt.

Anschließend kam es noch zu Sachbeschädigungen an im Umfeld des Einsatzortes abgestellten Polizeifahrzeugen.

 DATEN 02.05.2021, Tuttlingen, Internetaufruf: 04.05.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4904191>

Folgemeldung zu „Vermummte Gegner*innen der Corona-Maßnahmen greifen Polizei an“ vom 02.05.2021

Nach den Angriffen auf Polizeikräfte bei dem unangemeldeten Protestzug gegen die Anti-Corona-Maßnahmen am 1. Mai hat die Tuttlinger Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs eingeleitet.

Nur ein Drittel der 44 namentlich bekannten Teilnehmenden stamme aus dem Landkreis Tuttlingen, der Rest wohne in umliegenden Landkreisen, berichten die Stuttgarter Nachrichten. Nach Erkenntnissen der Ermittler*innen hätten sich die Protestierenden in sozialen Medien vernetzt und vorher abgesprochen, hieß es weiter.

 DATEN 07.05.2021, Tuttlingen, Internetaufruf: 21.01.2022
 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nach-corona-protesten-in-tuttlingen-staatsanwaltschaft-ermittelt-wegen-landfriedensbruch.75f5b754-8e48-4082-b138-5f32d33411cf.html>

Folgemeldungen zu „Vermummte Gegner*innen der Corona-Maßnahmen greifen Polizei an“ vom 02.05.2021

Vor dem Tuttlinger Amtsgericht haben die Prozesse gegen Demonstrant*innen begonnen, denen eine Beteiligung an Ausschreitungen im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 1. Mai 2021 in Tuttlingen vorgeworfen wird.

Wie die Schwäbische Zeitung berichtet, gestalten sich die Verfahren schwierig: Es kam zu zahlreichen Ausfällen von Prozessterminen. Nur wenige Angeklagte akzeptierten Strafbefehle. Das Gericht müsse nun 36 Strafverfahren sowie vier Verfahren gegen Jugendliche führen. Nach einer Angeklagten, die sich der Gerichtsverhandlung entzog, werde gefahndet. Der Vorsitzende Richter beklagte, dass das Gericht durch die Aufarbeitung des Tuttlinger 1. Mai 2021 „praktisch lahmgelegt“ sei, heißt es weiter.

Die Zeitung berichtet, dass sich nach den ersten Verhandlungen zwei Gruppen von Teilnehmenden herauskristallisierten. Einerseits seien die Rädelsführer sowie Teilnehmende, die das Gedankengut von „Reichsbürger*innen“ teilten. Andererseits seien die Mitläufer*innen, die über Telegram von der Aktion erfahren hätten, um dort ihrem Frust über die Corona-Maßnahmen Raum verschaffen wollten – angeblich ohne zu wissen, worauf sie sich einließen. Der Vorsitzende Richter hielt nach den ersten Verhandlungen fest, es habe keine gemeinsame thematische Ausrichtung der Kundgebung gegeben. Es sei darum gegangen, die Polizei aufzumischen. In der Vorbereitung im Telegram-Chat sei der Grundtenor durch die Frage bestimmt gewesen, wie man sich beim Aufeinandertreffen mit der Polizei verhalte, so die Schwäbische Zeitung.

Trotz der Schwierigkeiten wurden erste Urteile gegen Beteiligte gefällt. Ein 27-Jähriger aus dem Landkreis Konstanz wurde wegen

Landfriedensbruchs, Vermummung bei einer öffentlichen Versammlung und wegen des Verteilens von Fackeln, mit denen Polizist*innen attackiert wurden, zu einer Geldstrafe in Höhe von 3.250 Euro verurteilt.

 DATEN 21.02.2022, Tuttlingen, Internetaufruf: 04.04.2022

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/tuttlingen_artikel,-fackeln-mitgebracht-und-mitmarschiert-empfindliche-geldstrafe-fuer-1-mai-demonstrant-_arid,11475032.html

 DATEN 16.03.2022, Tuttlingen, Internetaufruf: 04.04.2022

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/tuttlingen_artikel,-reihenweise-krankmeldungen-ominoese-zuschriften-krawall-prozesse-frustrieren-richter-am-amtsgerich-_arid,11484788.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Wangen kam es am 3. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 03.05.2021, Wangen (ohne Landkreisangabe)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Geislingen kam es am 3. Mai zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 03.05.2021, Geislingen (ohne Landkreisangabe)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Aalen kam es am 4. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 04.05.2021, Aalen (Ostalbkreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Mannheim kam es am 4. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-

motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 04.05.2021, Mannheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stödtlen kam es am 4. Mai zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten und deren Einrichtungen sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 04.05.2021, Stödtlen (Ostalbkreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 4. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

 DATEN 04.05.2021, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Waldstetten kam es am 4. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 04.05.2021, Waldstetten (Ostalbkreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Extrem rechte Schriftzüge in Wangen

An einer Fußgängerunterführung in der Friedrich-Ebert-Straße in der Nähe des Argencenters wurden extrem rechte Schmierereien aufgefunden. Zuerst hatte die Plattform „Allgäu Rechtsaußen“ darauf aufmerksam gemacht. Dort hieß es nach Angaben der Schwäbischen Zeitung, es seien Parolen gegen Geflüchtete und mit nationalsozialistischem Inhalt gefunden worden. Die Polizei wurde auf die Schmierereien hingewiesen und leitete Ermittlungen ein. Ob es einen Zusammenhang zu anderen extrem rechten

Schmierereien in den vorangegangenen Monaten gebe, sei noch unklar, so eine Sprecherin gegenüber der Zeitung.

-  **DATEN** 04.05.2021, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 12.05.2021
-  **QUELLE** Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/wangen_artikel,-schon-wieder-rechtsextremefarbschmierereien-in-wangen-_arid,11359748.html

Jugendliche zerstören Regenbogenstreifen

Am Abend des 3. Mai beobachteten Zeug*innen, wie circa sieben Jugendliche in Weingarten ein Projekt, das mit Regenbogenfarben als Zeichen für Toleranz und gegen Diskriminierung stehen sollte, mutwillig beschädigten. Im Rahmen des Projekts waren am Nachmittag im Stadtgarten sechs bunte Klebestreifen auf dem Boden angebracht worden, die die Jugendlichen abrisen und damit einen Schaden in Höhe von circa 1.300 Euro verursachten.

Die Polizei konnte die Täter*innen trotz einer sofort eingeleiteten Fahndung nicht mehr auffinden. Sie leitete Ermittlungen wegen Sachbeschädigung ein.

-  **DATEN** 04.05.2021, Weingarten (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 12.05.2021
-  **QUELLE** Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4906704>

Islamistischer Verein „Ansaar International“ wird verboten

Das Bundesinnenministerium hat den Verein „Ansaar International“ verboten, der der salafistischen Szene zugerechnet wurde. In Baden-Württemberg durchsuchten unter Federführung des Landeskriminalamts Polizeikräfte zwölf Objekte in allen vier Regierungsbezirken und überreichten die Verbotsverfügung an zehn Mitglieder und Hintermänner des Vereins. In neun weiteren Bundesländern fanden zur selben Zeit Durchsuchungen gegen den Verein statt.

Das Bundesinnenministerium warf dem Verein vor, Spenden vorzüglich für humanitäre Zwecke gesammelt zu haben, die Gelder aber islamistischen Organisationen wie der palästinensischen Hamas, der syrischen Al-Nusra-Front und der somalischen Al-Shabaab zur Verfügung gestellt zu haben. Damit würden terroristische Ziele unterstützt und Spender*innen betrogen, die das Geld für humanitäre Zwecke gespendet hätten.

-  **DATEN** 05.05.2021, Baden-Württemberg, Internetaufruf: 21.04.2022
-  **QUELLE** Die ZEIT
<https://www.zeit.de/news/2021-05/05/strobl-mit-voller-haerte-gegen-islamisten-vorgehen>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Wört kam es am 4. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  **DATEN** 04.05.2021, Wört (Ostalbkreis)
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Angriffe auf Gegnerin einer Demo gegen die Corona-Maßnahmen

Zu einer am 10. April in Rastatt geplanten Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen hatte eine Einwohnerin der Stadt eine Gegenbewegung initiiert. Wie die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) berichten, sah sich die als Journalistin tätige Frau verbalen Anfeindungen eines Rastatter Rechtsanwalts ausgesetzt, nachdem die Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auf Initiative des Gesundheitsamts verboten worden war. In einer Rede habe dieser sie unter anderem als „notorische Linksextremistin“ bezeichnet, die „illegale Einwanderung seit Jahren“ unterstütze. Die Journalistin, die SPD-Mitglied ist und sich für Geflüchtete engagiert, habe sich gegen diese Diffamierungen gewehrt und von dem Anwalt eine Unterlassungserklärung gefordert. Deren Unterzeichnung habe dieser jedoch abgelehnt. Ihr eigener Anwalt habe deshalb beim Landgericht Baden-Baden eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung beantragt. Die Journalistin gab sich gegenüber der BNN kämpferisch: „Wir erleben in Deutschland vermehrt Angriffe auf Politiker und Journalisten. Auch deshalb möchte ich nicht weghören und die Äußerungen auf sich beruhen lassen.“

Wie die BNN weiter berichten, wurden laut der Journalistin nach ihrer Unterlassungsforderung an den Rechtsanwalt ihre E-Mail-Konten gehackt. Unbekannte hätten tagelang E-Mails in ihrem Namen und mit Schadsoftware im Anhang an Kund*innen und Geschäftspartner*innen ihrer Agentur sowie an Freund*innen und Unterstützer*innen verschickt. Außerdem seien Waren bestellt und Anmeldungen unter anderem für Deutschkurse vorgenommen worden. Auch in der BNN-Redaktion seien solche gefälschten E-Mails eingegangen.

-  **DATEN** 05.05.2021, Rastatt, Internetaufruf: 31.01.2022
-  **QUELLE** Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/mittelbaden/rastatt/initiatorin-gegen-anti-corona-demo-in-rastatt-bekommt-cyber-attacken-und-verbal-angriffe-ab>

Folgemeldung zu „Angriffe auf Gegnerin einer Demo gegen die Corona-Maßnahmen“ vom 05.05.2021

Bei einer Verhandlung vor dem Landgericht Baden-Baden wegen der von einer Journalistin beantragten einstweiligen Verfügung

gegen einen Rechtsanwalt haben sich beide Parteien laut den BNN auf eine von der Richterin vorgeschlagene Vereinbarung verständigt:

Der Anwalt unterlässt zukünftig die rufschädigenden und unwahren Behauptungen gegen die Journalistin. Zugleich akzeptierte er es, sich dafür zu entschuldigen, falls dies als eine Beleidigung aufgefasst worden sei.

 **DATEN** 11.06.2021, Rastatt, Baden-Baden,
Internetaufruf: 16.02.2022

 **QUELLE** Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/mittelbaden/rastatt/anti-corona-demos-ottersweier-kontrahenten-einigung-gericht-vorwurfe-linksextremismus-rechte>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freudenstadt kam es am 6. Mai zu flüchtlingsfeindlich motivierten Vorfällen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfer*innen.

Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§ 185 StGB).

 **DATEN** 06.05.2021, Freudenstadt

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Durchsuchungen bei rechten Terrorverdächtigen

Unter der Führung des baden-württembergischen Landeskriminalamts haben Polizeikräfte in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Thüringen am 6. Mai Wohnungen und andere Räumlichkeiten von drei Männern und einer Frau durchsucht. Die vier Personen wurden verdächtigt, in Verbindung zu zwölf Mitgliedern einer im Februar 2020 aufgedeckten mutmaßlichen Rechtsterrorgruppe⁴ zu stehen, gegen die zum Zeitpunkt der Razzien am Oberlandesgericht in Stuttgart wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung und der Planung eines Aufstands in Deutschland verhandelt wurde. Mit den Durchsuchungen wollten die Ermittler*innen zusätzliche Beweise für die rechtsradikalen Umtriebe der mutmaßlichen Terrorgruppe und weitere Informationen über das Netzwerk um die Gruppierung finden, berichten die Stuttgarter Nachrichten.

Die verdächtigte Frau soll am 14. September 2019 an einem Treffen von sieben Mitgliedern der Chatgruppe „Der harte Kern“ auf der Heilbronner Theresienwiese teilgenommen haben, das von einem mobilen Einsatzkommando observiert worden war. Bei diesem Treffen sollen Pläne geschmiedet worden sein, Politiker*innen und

Schwarze Menschen zu ermorden. 13 Tage später soll die Verdächtige dann an dem Gründungstreffen der mutmaßlichen Rechtsterrorgruppe auf einem Grillplatz bei Alfdorf im Rems-Murr-Kreis teilgenommen haben. In Bayern habe sie, laut eines Informanten der Polizei, außerdem ein Waldgrundstück samt Hütte angemietet, das der Gruppierung als „Rückzugsfluchtort“ dienen sollte.

Die Frau stand auch im Verdacht, Chatgruppen betreut zu haben, in denen Angehörige der mutmaßlichen Rechtsterrorgruppe und weitere Mitglieder über Revolution und Umsturz diskutierten. Außerdem soll sie Treffen Gleichgesinnter organisiert haben, die sich zuvor in Chats wie der „Patrioten-Gruppe“ ausgetauscht hatten. Sie selbst sehe sich als „Kämpferin“ gegen Asylsuchende, berichten die Stuttgarter Nachrichten weiter.

 **DATEN** 06.05.2021, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Thüringen, Internetaufruf: 11.09.2021

 **QUELLE** Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/terrorverdacht-razzia-bei-rechtsextremisten.8ab3c560-345e-42d1-9984-766878e9da84.html>

Verfassungsfeindliche Äußerungen und Gesten

Am Spätnachmittag des 5. Mai pöbelte ein 65 Jahre alter Mann in einem Friedrichshafener Lebensmittelgeschäft Angestellte an, zeigte verfassungsfeindliche Gesten und machte ebensolche Äußerungen. Die Angestellten verständigten deshalb die Polizei. Gegenüber den hinzugekommenen Beamt*innen und zahlreichen Passant*innen wiederholte der 65-Jährige diese Gesten und Äußerungen. Gegen den Mann wurde Strafanzeige erstattet.

 **DATEN** 07.05.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 11.05.2021

 **QUELLE** Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4909832>

Farbanschläge auf den Laden „Beit Shalom“ eines AfD-Gemeinderats und das Landratsamt in Schorndorf

In der Nacht zum 8. Mai wurde das Wohn- und Geschäftshaus eines AfD-Gemeinderats in Schorndorf mit vier Christbaumkugeln beworfen, die mit roter Farbe gefüllt waren. In dem Gebäude betreibt der Gemeinderat einen Laden, in dem er Produkte aus Israel und dem Orient verkauft. Er hat die Farbattacke bei der Polizei angezeigt, die von einer politisch motivierten Straftat ausging. Der Sachschaden lag bei circa 1.000 Euro. Das AfD-Mitglied und sein Laden waren bereits mehrmals das Ziel von Angriffen.

Ein weiterer Farbanschlag wurde in derselben Nacht auf die Außenstelle des Landratsamts in Schorndorf verübt. Dort wurden

4 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2020, S. 57f.

eine mit blauer Farbe gefüllte Flasche an die Fassade geworfen und der Schriftzug „8. Mai Tag der Befreiung“ aufgeschmiert. Der Schaden an dem Gebäude betrug circa 1.500 Euro. Das Fachdezernat der Kriminalpolizei hat Ermittlungen eingeleitet.

DATEN 09.05.2021, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis)
Internetaufruf: 31.01.2022
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/lokales/schorndorf/farbanschlag-auf-den-israelladen-des-schorndorfer-afd-gemeinderats-franz-laslo_arid-351341

Folgemeldung zu „Farbanschläge auf den Laden ‚Beit Shalom‘ eines AfD-Gemeinderats und das Landratsamt in Schorndorf“ vom 09.05.2021

In einem im Internet veröffentlichten Bekenner schreiben haben sich Angehörige einer antifaschistischen Gruppe zu den Farbanschlägen in der Nacht zum 8. Mai in Schorndorf bekannt. Aus dem Schreiben ging laut des Zeitungsverlags Waiblingen hervor, dass es sich bei dem Anschlag gegen das Wohn- und Geschäftshaus des AfD-Gemeinderats um eine Verwechslung gehandelt haben soll. Ziel der Farbattacke sollte eigentlich das Haus des Fraktionsvorsitzenden der AfD im Schorndorfer Gemeinderat und stellvertretenden Vorsitzenden des AfD-Kreisverbands sein. In dem Schreiben begründeten die Täter*innen ihre Tatmotivation. Wegen des Schreibens wurden die Farbanschläge als politisch motivierte Tat eingestuft und der Staatsschutz der Kriminalpolizei Waiblingen mit den Ermittlungen beauftragt.

DATEN 10.05.2021, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis)
Internetaufruf: 31.01.2022
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/lokales/schorndorf/schorndorfer-farbanschlag-antifa-hat-sich-in-der-adresse-geirrt_arid-351872

Tübinger Oberbürgermeister erneut wegen Rassismus in der Kritik

Dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer wurde nach Äußerungen auf Facebook Rassismus vorgeworfen. Dem voraus gegangen waren zwei Vorfälle mit ehemaligen Fußballspielern. So war der ehemalige Nationaltorhüter Jens Lehmann von seinem Posten als Berater bei Hertha BSC Berlin entbunden worden, nachdem er den ehemaligen Profifußballer Dennis Aogo in einer Kurznachricht als „Quoten-Schwarzer“ bezeichnet hatte. Aogo selbst sorgte als Experte beim Fernsehsender Sky während der Übertragung eines Champions-League-Spiels mit der Formulierung „Trainieren bis zur Vergasung“ für heftige Kritik. Dafür war er vom Sender vorübergehend freigestellt worden. Das Tübinger Stadtoberhaupt kritisierte die vorzeitigen Entlassungen der beiden Fußballexperten und beklagte eine „Cancel Culture“.

Auf einen unbelegten Kommentar unter seinem Facebook-Post, dass Aogo für sich selbst eine abwertende Bezeichnung für Schwarze verwende, reagierte der OB mit „Der Aogo ist ein schlimmer Rassist.“ Daraufhin warfen ihm zahlreiche Nutzer*innen Rassismus vor. Die Tübinger Gruppe „Black Visions and Voices“ forderte den OB zum Rücktritt auf. Auch aus seiner eigenen Partei erntete der Oberbürgermeister Kritik. Der baden-württembergische Landeschef der Grünen Oliver Hildenbrand sowie die Kanzlerkandidatin der Grünen Annalena Baerbock bezeichneten die Äußerungen laut SWR als „rassistisch und abstoßend“. Ministerpräsident Kretschmann äußerte laut dem Sender, es sei „unwürdig, dauernd mit Provokationen zu polarisieren.“

Der Gescholtene verteidigte seine Äußerungen. Er habe Aogo gegen einen „unberechtigten Shitstorm“ mit den Mitteln der Satire in Schutz nehmen wollen. Er wolle dem „selbstgerechten Sprachjakobinerium die Stirn [...] bieten“, zitiert ihn der SWR. Der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil forderte Konsequenzen und verwies darauf, dass der Beschuldigte „Wiederholungstäter“ sei.

Der Landesparteitag der Grünen stimmte mit einer Dreiviertel-Mehrheit für die Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens gegen den Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer. Dieses muss durch den Parteivorstand vorbereitet und beim zuständigen Schiedsgericht der Partei eingereicht werden.

DATEN 09.05.2021, Tübingen, Internetaufruf: 10.05.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/antrag-auf-parteiausschluss-palmer-100.html>

Folgemeldung zu „Tübinger Oberbürgermeister erneut wegen Rassismus in der Kritik“ vom 09.05.2021

Im Streit um rassistische und provokante Äußerungen sowie dem damit einhergehenden Parteiausschlussverfahren ist es zu einem Kompromiss zwischen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer gekommen. Beide Seiten nahmen einen Vorschlag des Landesschiedsgerichts an. Dieser sieht vor, dass der OB seine Parteimitgliedschaft bis zum 31.12.2023 ruhen lässt. Beide Seiten verpflichten sich außerdem, 2023 Gespräche darüber aufzunehmen, wie der OB innerparteilich kontroverse Positionen äußern könne und dabei die Grundsätze und Ordnung der Partei beachte.

DATEN 24.04.2022, Tübingen, Internetaufruf: 25.04.2022
QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Kompromiss-zwischen-Palmer-und-Partei-steht-543227.html>

„Querdenker*innen“ wollen die Bundeswehr für ihre Ziele instrumentalisieren

Der Schwarzwälder Bote berichtet von einer Mahnwache unter dem Motto „Die Bundeswehr und die Menschen einander

wieder näherbringen“ am 10. Mai in Calw, bei der bekannte „Querdenker*innen“ auftraten und ihre Verschwörungsmymen zur Corona-Politik mit Aufforderungen an die Bundeswehr vermischten, gegen die Regierung vorzugehen.

Ein Redner habe, so der Bericht, der Bundesregierung Hochverrat vorgeworfen, gegen den die Bundeswehr einschreiten müsse. Der Organisator der Veranstaltung habe verlautbart, die Freiheit, insbesondere der Kinder, sei durch die Corona-Politik in Gefahr und die Soldaten hätten einen Eid geleistet, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen“. Eine nach eigenen Angaben ehemalige Zeitsoldatin habe behauptet, die Eliten würden die Bundeswehr instrumentalisieren und wollten Blut auf der Straße sehen. Ein weiterer Redner, der sich laut seines T-Shirts als „Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutz“ sah, habe der Politik „Wehrersetzung“ vorgeworfen und die Bundeswehr gemahnt, sich nicht zu Helfershelfern der Pharmaindustrie oder Impfhelfern von Bill Gates machen zu lassen. Die Regierung schütze das Land nicht mehr und das Kommando Spezialkräfte (KSK) bei der Bundeswehr müsse diese Aufgabe übernehmen, habe er gefordert. Auch die Polizei habe er aufgerufen, sich zu überlegen, auf welcher Seite sie stehe und wer ihr – seiner Meinung nach rechtswidrige – Befehle gebe, schreibt der Schwarzwälder Bote weiter.

Das Kommando Spezialkräfte, das mit der Aktion angeblich unterstützt werden sollte, hat sich, ebenso wie der Calwer Oberbürgermeister, der selbst Offizier der Bundeswehr war, gegenüber dem Schwarzwälder Boten ausdrücklich von der Veranstaltung distanziert.

DATEN 11.05.2021, Calw, Internetaufruf: 20.01.2022
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt/ksk-distanzierte-sich-querdenker-veranstalten-mahnwache-in-calw.724a30fb-c6eb-4d77-97f5-9b7d905ab3b6.html>

Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern rechter Chatgruppen

Laut Berichten des Spiegel und der ARD hat die Polizei am 11. Mai im Auftrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main weitere Durchsuchungen in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz vorgenommen, die im Zusammenhang mit den Waffenfunden bei einem 21-jährigen Bundeswehrsoldaten und seiner Familie Ende Februar 2021 standen.

Auf dem Handy des 21-Jährigen hätten die Ermittler*innen in WhatsApp-Chatgruppen mit den eindeutigen Namen „Bund der Nationalisten Deutschlands“ und „Therapiegruppe Rune“ Hinweise auf weitere Soldaten und Zivilpersonen entdeckt, welche offenkundig die gleichen extrem rechten Ansichten vertraten wie der festgenommene Soldat. Verfassungsfeindliche Inhalte

wie Hitler-Bilder und andere Nazi-Symbole sollen geteilt worden sein. Nachdem auch Hinweise entdeckt worden waren, dass man sich eine „Skorpion“-Maschinenpistole beschaffen wolle, haben Ermittler*innen am 11. Mai mehrere Wohnungen sowie den Dienstsitz eines in der Bundeswehr-Kaserne Pfullendorf stationierten Stabsgefreiten durchsucht. Bei ihm sei eine Deko-Waffe gefunden worden, die er legal besaß. Es sollte noch untersucht werden, ob die Waffe wieder scharf gemacht wurde. Auch bei einem Hauptgefreiten aus Pfullendorf und einem als Objektschützer bei der Luftwaffe eingesetzten Obergefreiten aus Niedersachsen haben Durchsuchungen stattgefunden. Meist wurden dabei Kommunikationsmittel sichergestellt.

Der im Februar festgenommene 21-Jährige war Mitte April wegen fehlender Verfassungstreue aus der Bundeswehr entlassen worden. Aus der Untersuchungshaft habe er Briefe an Freund*innen geschrieben, die nach Angaben von Ermittler*innen seine extrem rechte Einstellung bestätigten, berichtet der Spiegel.

DATEN 11.05.2021, Pfullendorf (Landkreis Sigmaringen), Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Internetaufruf: 12.05.2021
QUELLE ARD – Tagesschau
<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/rechtsextremismus-bundeswehr-durchsuchungen-101.html>
DATEN 13.05.2021, Pfullendorf (Landkreis Sigmaringen), Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Internetaufruf: 13.05.2021
QUELLE Der Spiegel
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrsoldaten-tauschten-hitler-bilder-auf-whatsapp-aus-a-e3d5ab16-52e5-49e5-a166-2822dabf2ca9>

Antisemitische Schmierereien in Ludwigsburg

Am Spätnachmittag des 11. Mai hat ein 30 Jahre alter Mann im Ludwigsburger Stadtteil Grünbühl mehrere antisemitische Parolen an verschiedene Gebäude gesprüht. Polizist*innen konnten den Mann in direkter Tatortnähe aufgreifen. Dieser gab die Schmierereien zu, mit denen er vermutlich seine persönliche Meinung zu dem zum Tatzeitpunkt verschärften Nahostkonflikt darstellen wollte.

DATEN 12.05.2021, Ludwigsburg, Internetaufruf: 12.05.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4913563>

Fenster an Mannheimer Synagoge beschädigt

Kurz nach Mitternacht hat eine Polizeistreife am 13. Mai einen dumpfen Schlag an der Rückseite der Jüdischen Synagoge in

Mannheim gehört. Bei der Überprüfung des Gebäudes entdeckten die Beamt*innen eine vermutlich mit einem stumpfen Gegenstand beschädigte Scheibe. Bei der sofort eingeleiteten Fahndung fanden die Polizist*innen in der Nähe des Tatorts einen 20-jährigen Mann vor, der angab, die Tat beobachtet zu haben, und einen circa 20 Jahre alten Täter beschrieb. Der Staatsschutz der Mannheimer Polizei hat Ermittlungen eingeleitet, auch die Rolle des Zeugen sollte überprüft werden.

DATEN 13.05.2021, Mannheim, Internetaufruf: 13.05.2021
QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4914431>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wangen kam es am 13. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 13.05.2021, Wangen (ohne Landkreisangabe)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Israelische Hoheitsflagge entfernt und zerstört

In Baden-Baden kam es am 13./14. Mai 2021 zu einem antisemitisch motivierten Vorfall. Die Landtagsdrucksache nennt im „zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit den Unruhen im Gazastreifen“ den Diebstahl und die Zerstörung einer israelischen Hoheitsflagge.

DATEN 13./14.05.2021, Baden-Baden
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/74
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0074_D.pdf

Antisemitische Protestplakate vor Ulmer Synagoge

Mitte Mai wurden vor der Ulmer Synagoge zwei Protestplakate aufgestellt, die vermutlich im Zusammenhang mit dem zum Tatzeitpunkt verschärften Konflikt im Gazastreifen standen. Die englischen Texte lassen sich übersetzen mit „Befreit [Palästina] – Stoppt das Töten Unschuldiger“ (versehen mit der palästinensischen Flagge) auf dem einem Plakat und „Vergesst Eure eigene Geschichte nicht“ (versehen mit der israelischen Flagge). Die Israelitische Religionsgemeinschaft in Ulm zeigte sich besorgt über die Plakate und die den Holocaust relativierende Aussage.

Die Polizei hat die offensichtlich handgeschriebenen Plakate entfernt und konnte eine 32-jährige Frau als mutmaßlich Verantwort-

liche ermitteln. Strafrechtlich seien die Plakate aber nicht relevant, sagte eine Sprecherin der Polizei.

DATEN 14.05.2021, Ulm, Internetaufruf: 14.05.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/synagoge-ulm-israel-amas-angriff-102.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Rippoldsau-Schapbach kam es am 15. Mai zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 15.05.2021, Bad Rippoldsau-Schapbach (Landkreis Freudenstadt)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Zahlreiche Verstöße und verbrannte israelische Flagge bei Pro-Palästina-Demonstration in Mannheim

In Mannheim musste eine Demonstration unter dem Motto „Solidarität für Palästina“ am Nachmittag des 15. Mai von der Polizei aufgelöst werden, weil die Mindestabstände und die Versammlungsregeln nicht eingehalten wurden. Wie die Polizei berichtet, verbrannte ein Teilnehmer unmittelbar nach dem Ende der Versammlung eine israelische Flagge. Er wurde festgenommen und wegen Volksverhetzung angezeigt. Die Einsatzkräfte konnten das Anzünden einer zweiten Flagge verhindern und nahmen weitere Personen fest, die ein Banner mit strafrechtlich relevanten Inhalten hochhielten.

Mehrere Sammlungsteilnehmende verhielten sich äußerst aggressiv gegenüber den Ordner*innen und der Polizei. Sie bewarfen die Einsatzkräfte mit Steinen und Stöcken, drei Beamt*innen wurden dabei leicht verletzt. Es bestand unter anderem der Verdacht des Landfriedensbruchs.

Statt der angemeldeten 150 Personen waren bis zu 500 Menschen zu der Kundgebung gekommen. Nach der Auflösung der Veranstaltung hielten sich viele von ihnen in teilweise größeren Gruppen im Stadtgebiet auf. Mehrere Hundert Polizist*innen haben die Identitäten von 358 Personen festgestellt, Platzverweise gegen sie ausgesprochen und Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz gegen sie eingeleitet. Außerdem wurden 16 Strafverfahren wegen Volksverhetzung, gefährlicher und

gemeinschaftlicher Körperverletzungen, Widerstands gegen Vollstreckungskräfte und Beleidigung eingeleitet.

-  DATEN 15.05.2021, Mannheim, Internetaufruf: 18.02.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4915847>
-  DATEN 15.05.2021, Mannheim, Internetaufruf: 15.05.2021
-  QUELLE Mannheimer Morgen
https://www.mannheimer-morgen.de/orte/mannheim_artikel,-mannheim-demo-am-mannheimer-friedensplatz-aufgeloest-polizei-mit-grossaufgebot-in-stadt-unterwegs-arid,1797396.html

Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Binau kam es am 16. Mai zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung (§224 StGB).

-  DATEN 16.05.2021, Binau (Neckar-Odenwald-Kreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

Antisemitischer Vorfall

In Bretzfeld kam es am 16. Mai zu einem antisemitischen Vorfall. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

-  DATEN 16.05.2021, Bretzfeld (Hohenlohekreis)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 16. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 16.05.2021, Freiburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Künzelsau kam es am 16. Mai zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 16.05.2021, Künzelsau (Hohenlohekreis)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Vogtsburg kam es am 16. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 16.05.2021, Vogtsburg (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Rheinfelden kam es am 17. Mai zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten und deren Einrichtungen sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 17.05.2021, Rheinfelden (Landkreis Lörrach)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Rassistische Beschimpfungen am Stuttgarter Hauptbahnhof

Als eine 18-jährige Frau am 9. Mai gegen 5.30 Uhr mit einem Nachtzug auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof ankam, wurde sie Zeugin von massiven rassistischen Beleidigungen, die eine 72-jährige lautstark gegenüber einer Gruppe von Männern äußerte. Wie die 18-jährige der Stuttgarter Zeitung berichtete, sei sie auch selbst von der älteren Frau aufgrund ihrer Hautfarbe beleidigt worden, als sie sich einmischte und die Szene mit ihrem Handy filmte. Offenbar aufgrund der Lautstärke der Beschimpfungen sei kurze Zeit später die Polizei hinzugekommen. Die 18-jährige und ein junger Mann, der ebenfalls Zeuge der Beschimpfungen geworden war, hätten die rassistischen Beleidigungen schließlich angezeigt.

Wie ein Polizeisprecher am 21. Mai bekanntgab, wurden aufgrund des Vorfalls neben den bereits eingeleiteten Ermittlungen wegen Beleidigung auch Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen die 72-jährige Beschuldigte aufgenommen, berichtet die Stuttgarter Zeitung. Der Staatsschutz des Polizeipräsidiums

Stuttgart habe den Fall von der Bundespolizei übernommen, hieß es weiter.

 DATEN 17.05.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 21.05.2021
 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rassismus-in-stuttgart-video-ueber-rassistische-attacke-geht-im-netz-viral.0a1803e2-a198-4d01-a20d-8125d0a3cabb.html>

 DATEN 21.05.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 21.05.2021
 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rassistische-attacke-am-stuttgarter-hauptbahnhof-die-polizei-ermittelt-jetzt-auch-wegen-volksverhetzung.0796b8ae-1eb7-4541-bc41-922ef9012241.html>

Drei Männer von mutmaßlichen Anhänger*innen der linken Szene attackiert

Am Nachmittag des 16. Mai wurden in Waiblingen drei Männer im Alter von 17 bis 20 Jahren von mutmaßlichen Anhänger*innen der linken Szene verletzt. Wie die Stuttgarter Nachrichten berichten, hatten die drei jungen Männer zusammen mit einem vierten, nicht identifizierten Mann, politische Aufkleber linksgerichteter Organisationen entfernt. Dabei seien sie laut Polizei von einem nahegelegenen Treffpunkt der linken Szene aus beobachtet worden. Eine Gruppe von zunächst vier, im weiteren Verlauf dann bis zu 20 Personen, habe die Männer wegen des Entfernens der Aufkleber zur Rede gestellt. Als diese geflüchtet seien, habe die mutmaßlich dem linken Spektrum angehörende Gruppe sie verfolgt und die drei Männer mit Schlägen und Fußtritten verletzt. Beim Eintreffen der Polizei hatten sich die Tatverdächtigen bereits entfernt.

Inwiefern die Tatopfer selbst politisch aktiv oder organisiert sind, war laut den Stuttgarter Nachrichten nicht bekannt. Nach Informationen der Zeitung sollen sie aber zuvor an einer Demonstration gegen linksextremistische Gewalt teilgenommen haben.

 DATEN 17.05.2021, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 31.05.2021
 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.attacke-in-waiblingen-mutmasslich-linke-taeter-schlagen-zu.f198568b-1508-41f2-a6f8-90f1d46acb07.html>

Ermittlungen gegen Polizeibeamt*innen wegen Volksverhetzung in Chats

Im Zuge anderer strafrechtlicher Ermittlungen waren auf dem Mobiltelefon eines Polizeibeamten Bilder und Videos mit zum Teil volksverhetzenden und rassistischen Inhalten entdeckt worden, die er mit anderen Personen ausgetauscht haben soll. Die Staats-

anwaltschaft Stuttgart und das Polizeipräsidium Ludwigsburg haben deshalb Ermittlungen gegen mehrere Verdächtige eingeleitet. Bei fünf Polizeibeamt*innen sowie einem Angehörigen eines Beamten bestand der Anfangsverdacht der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, die laut Informationen des Zeitungsverlags Waiblingen der rechten Szene zuzuordnen seien. Vier der Verdächtigen gehörten dem Polizeipräsidium Stuttgart an, der fünfte Beamte dem Präsidium Technik, Logistik, Service.

Bei allen sechs Tatverdächtigen fanden am 20. Mai Durchsuchungen statt. Außerdem wurden Durchsuchungen bei drei weiteren Polizeibeamt*innen auf disziplinarrechtlicher Grundlage mit Beschluss des Verwaltungsgerichts Stuttgart durchgeführt. Die durchsuchten Objekte befanden sich überwiegend im Großraum Stuttgart. Unter anderem wurden Mobiltelefone, Datenträger und Computer zur weiteren Auswertung sichergestellt.

Den von den Ermittlungen betroffenen acht Polizeibeamt*innen wurde die Führung ihrer Dienstgeschäfte mit sofortiger Wirkung untersagt. Die personalführenden Präsidien Stuttgart und Technik, Logistik, Service haben Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet.

 DATEN 20.05.2021, Großraum Stuttgart, Internetaufruf: 20.05.2021
 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/stuttgart-region/staatsanwaltschaft-stuttgart-ermittelt-gegen-f%C3%BCnf-polizisten-verdacht-auf-volksverhetzung-in-chats_arid-355949

Folgemeldung zu „Ermittlungen gegen Polizeibeamt*innen wegen Volksverhetzung in Chats“ vom 20.05.2021

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart teilte auf Nachfrage des Zeitungsverlags Waiblingen im Februar 2022 mit, dass die Ermittlungen gegen fünf Polizist*innen sowie einen Angehörigen eines Beamten eingestellt wurden. Sie standen im Verdacht, Volksverhetzung begangen und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet zu haben. Die Ermittlungen seien bereits im Dezember des Vorjahres eingestellt worden, weil „kein hinreichender Tatverdacht hinsichtlich eines strafrechtlich relevanten Verhaltens“ vorgelegen habe. Die Staatsanwaltschaft teilte gegenüber der Zeitung ferner mit, dass in der Zwischenzeit ein Verdacht gegen zwei weitere Polizeibeamt*innen bestanden habe, welcher sich jedoch nicht erhärtete. Auf die erneute Nachfrage der Zeitung, ob es die Chats mit volksverhetzenden Inhalten gegeben habe, wollte sich die Staatsanwaltschaft nicht weiter äußern.

Ein Sprecher der Stuttgarter Polizei teilte auf Nachfrage des Zeitungsverlags Waiblingen mit, dass die disziplinarrechtlichen Ermittlungen andauern würden. Das Verbot der Führung von Dienstgeschäften sei aufgehoben, die Beamt*innen arbeiteten inzwischen im Innendienst. Die Zeitung verweist auf die Dimension des Falles, die über die strafrechtliche Relevanz hinausgingen.

Polizist*innen als Vertreter*innen des Staates sollen dessen Werte schützen und stehen deshalb in einem besonderen Fokus.

Gegen einen Beamten würden Ermittlungen geführt, weil der Verdacht auf Verletzung von Dienstgeheimnissen bestehe. In welcher Form der Beamte zu den eingestellten Ermittlungen steht, ob er auf mögliche Straftaten aufmerksam gemacht haben soll oder selbst der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen beschuldigt worden war, blieb von Seiten der Stuttgarter Staatsanwaltschaft mit Verweis auf das laufende Verfahren unbeantwortet.

DATEN 01.03.2022, Großraum Stuttgart, Internetaufruf: 22.06.2022
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/stuttgart-region/verdacht-auf-volksverhetzung-in-chats-ermittlungen-gegen-polizisten-eingestellt_arid-471516

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 21. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 21.05.2021, Freiburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Versuch der Entfernung einer israelischen Hoheitsflagge

In Baden-Baden kam es am 22. Mai 2021 zu einem antisemitisch motivierten Vorfall. Die Landtagsdrucksache nennt im „zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit den Unruhen im Gazastreifen“ die versuchte Entfernung einer israelischen Hoheitsflagge.

DATEN 22.05.2021, Baden-Baden
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/74
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0074_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ehingen kam es am 22. Mai zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

DATEN 22.05.2021, Ehingen (Alb-Donau-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Heidelberg kam es am 26. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 26.05.2021, Heidelberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Nazi-Parolen auf dem Ludwigsburger Marktplatz

„Wir sind Nazis. Egal was die Leute denken, wir wollen keine Schwarzen in Württemberg“, haben laut Zeugenaussagen zwei Männer am Abend des 25. Mai auf dem Ludwigsburger Marktplatz lauthals gerufen, berichtet die Ludwigsburger Kreiszeitung (LKZ). Auch die Ludwigsburger Polizei informiert in einer Pressemitteilung über die rassistischen Parolen, die die 53 und 56 Jahre alten Männer im Chor skandiert haben. Von Passant*innen alarmierte Polizeibeamt*innen haben die beiden Tatverdächtigen deshalb zur Rede gestellt und ihnen Platzverweise erteilt. Wie die LKZ weiter berichtet, waren beide Männer alkoholisiert. Sie wurden wegen Volksverhetzung angezeigt.

DATEN 26.05.2021, Ludwigsburg, Internetaufruf: 27.06.2021
QUELLE Ludwigsburger Kreiszeitung
https://www.lkz.de/lokales/blaulicht_artikel,-wir-sind-nazis-parolen-auf-dem-ludwigsburger-marktplatz-_arid,638073.html

DATEN 26.05.2021, Ludwigsburg, Internetaufruf: 27.06.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4924396>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 28. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 28.05.2021, Freiburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Hakenkreuz auf Pkw-Anhänger in Oftersheim

In der Nacht vom 25. zum 26. Mai haben Unbekannte mehrere Fassaden und bauliche Anlagen in der Ortsmitte von Oftersheim mit verfassungswidrigen und religiösen Symbolen sowie Tags besprüht. Die Schmierereien fanden sich unter anderem am Gemeindehaus, einer Schule und auf mehreren

Stromverteilerkästen. Auf einen Pkw-Anhänger wurde ein Hakenkreuz gesprüht.

DATEN 28.05.2021, Oftersheim (Rhein-Neckar-Kreis),
Internetaufruf: 27.06.2021

QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4927168>

„Querdenker“ vergleicht Kinderimpfungen mit Menschenversuchen des KZ-Arztes Mengele

Bei einer „Querdenker“-Versammlung am 14. Mai in Ofterdingen hat ein Redner, der auch als Anmelder der Veranstaltung fungierte, die Kinderimpfungen gegen den Corona-Virus mit den Menschenversuchen des KZ-Arztes Josef Mengele verglichen. Zeug*innen hätten ihn mit der Aussage „Impfärzte seien heute schlimmer als Dr. Mengele“ zitiert, berichtet der Reutlinger Generalanzeiger.

In einer früheren Ausgabe hat die Zeitung angegeben, der Vergleich mit dem KZ-Arzt Mengele habe sich auf die Corona-Schnelltests bezogen. Diese Darstellung hatte der Redner jedoch in einer weiteren Demonstration am 28. Mai bestritten, gleichzeitig aber an dem Vergleich der Impfungen mit den Menschenversuchen in der Nazi-Zeit festgehalten.

DATEN 29.05.2021, Ofterdingen (Landkreis Tübingen),
Internetaufruf: 05.06.2021

QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/neckar-alb/kreis-tuebingen_artikel,-querdenker-vergleichen-in-ofterdingen-corona-tests-mit-kz-versuchen-_arid,6444616.html

DATEN 04.06.2021, Ofterdingen (Landkreis Tübingen),
Internetaufruf: 20.02.2022

QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/neckar-alb/kreis-tuebingen_artikel,-vergleich-mit-ns-arzt-mengele-in-ofterdingen-_arid,6447049.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Reutlingen kam es am 29. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen übler Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens (§188 StGB).

DATEN 29.05.2021, Reutlingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 30. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 30.05.2021, Freiburg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Kornwestheim kam es am 31. Mai zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 31.05.2021, Kornwestheim (Landkreis Ludwigsburg)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen Bodo Schiffmann

Wie die Heidelberger Staatsanwaltschaft auf eine Anfrage des Südwestrundfunks (SWR) bestätigte, wurden gegen den Sinsheimer Arzt, Impfgegner und Erzähler von Verschwörungsmäthen, Bodo Schiffmann, Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet. Der Behörde hätten seit geraumer Zeit entsprechende Anzeigen vorgelegen. Wie der SWR berichtet, habe sich in sozialen Medien der Ton von Bodo Schiffmans Äußerungen in den vorangegangenen Monaten zunehmend verschärft und seine Angriffe auf die Bundesregierung hätten sich immer mehr zugespitzt.

Bereits zuvor stand der Arzt laut der Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht, in mindestens 24 Fällen ungerechtfertigte Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht ausgestellt zu haben. Einige der Personen, für die die Atteste ausgestellt wurden, leben zum Teil weit von Sinsheim entfernt. Es sei zu vermuten, dass er sie überhaupt nicht untersucht habe, hieß es weiter.

-  DATEN 02.06.2021, Heidelberg, Internetaufruf: 28.03.2022
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/schiffmann-ermittlungen-wegen-volksverhetzung-100.html>

Folgemeldung zu „Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen Bodo Schiffmann“ vom 02.06.2021

Die Heidelberger Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen den Verschwörungserzähler Bodo Schiffmann wegen des Verdachts auf Volksverhetzung erhoben. Im Internet soll er in Videos den Holocaust verharmlost haben und zu „unfriedlichen Aktionen gegen die Regierung und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland“ aufgerufen haben, erklärte die Staatsanwaltschaft gegenüber dem Südwestrundfunk (SWR). Schiffmann soll außerdem andere Ärzt*innen, die Impfungen durchführten, mit dem KZ-Arzt Josef Mengele verglichen haben. Mengele war in der Zeit des Nationalsozialismus für Menschenversuche verantwortlich, an denen mehrere Tausend Menschen starben.

Des Weiteren wird Anklage gegen Schiffmann und seine Frau, die ebenfalls Ärztin ist, wegen des Ausstellens falscher Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht erhoben. Wann es zum Prozess komme, sei unklar.

-  DATEN 12.04.2022, Heidelberg, Internetaufruf: 21.06.2022
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/anklage-sinsheim-arzt-schiffmann-corona-betrug-ns-vergleich-100.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 2. Juni zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten und deren Einrichtungen sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 02.06.2021, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Friedrichshafen kam es am 3. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 03.06.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Folgemeldung zu „Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten“ vom 03.06.2021

Ein 53 Jahre alter Mann soll am Vormittag des 3. Juni mehrere Minuten lang volksverhetzende Parolen gegen den Koran und gegen Homosexualität vom Friedrichshafener Moleturm gerufen haben. In einem Livestream soll er seine Tat auch in soziale Netzwerke übertragen haben.

Die Kriminalpolizei Friedrichshafen hat Ermittlungen gegen den 53-jährigen eingeleitet.

-  DATEN 04.06.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 04.06.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4933093>

Antisemitischer Post in Gruppen-Chats von Pandemieleugner*innen auf Telegram

Die Badische Zeitung (BZ) berichtet von einem ihr vorliegenden antisemitischen Post in zwei Telegram-Gruppen der gegen die Corona-Maßnahmen gerichteten Schopfheimer Bürgerinitiative „Grundrechte Dreyeckland“. Am 19. Mai wurde demnach ein Bild mit Porträtaufnahmen von vier Verantwortlichen bei Impfstoffherstellern in den Chat eingestellt. Im Untertitel hieß es, bei den Impfungen handle es sich um „Giftspritzen“ und deren Hersteller seien „Judenfirmen“. Ursprünglich stamme der Post von dem wegen Volksverhetzung mit Haftbefehl gesuchten Corona-Leugner

und Verschwörungsideologen Attila Hildmann aus Berlin, der ursprünglich als veganer Koch bekannt wurde. Bis zum Erscheinen des BZ-Artikels waren die Bilder in beiden Chat-Gruppen wieder gelöscht worden. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet, heißt es weiter.

Wie die Badische Zeitung weiter berichtet, sei am selben Tag in einer Telegram-Gruppe mit dem Namen „Bürgerdialog Müllheim“ ein antisemitischer Beitrag eingestellt worden, in dem Israel als „Terrorstaatssimulation“ bezeichnet werde.

DATEN 04.06.2021, Müllheim (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald), Schopfheim (Landkreis Lörrach), Internetaufruf: 27.01.2022

QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/staatsschutz-ermittelt-wegen-volksverhetzung-gegen-corona-protestler>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 5. Juni zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten und deren Einrichtungen sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 05.06.2021, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Brandanschlag auf Synagoge in Ulm

Am Vormittag des 5. Juni beobachtete ein Zeuge einen Mann, der an der Ulmer Synagoge eine brennbare Flüssigkeit ausleerte, sie anzündete und anschließend flüchtete. Sofort verständigte der Zeuge die Feuerwehr und die Polizei. Durch die schnelle Reaktion konnte die Feuerwehr den Brand nach wenigen Minuten löschen. Der entstandene Schaden beschränkte sich auf Verrußungen an der Fassade und einer Glasscheibe.

Die Polizei hat eine Großfahndung nach dem mutmaßlichen Einzeltäter eingeleitet. Der Staatsschutz sei nach Angaben des Staatsministeriums in die Ermittlungen eingebunden worden, berichtet der Südwestrundfunk.

Laut einer Mitteilung des Staatsministeriums wurden die Schutzmaßnahmen für die Synagoge nach dem Brandanschlag erhöht. Es sollte außerdem geprüft werden, ob aufgrund der zum Tatzeitpunkt angespannten Situation im Gazastreifen auch andere jüdische Einrichtungen in Baden-Württemberg besser geschützt werden müssten.

Am Abend versammelten sich mehrere Hundert Menschen zu einer Mahnwache an der Synagoge. Zudem sprachen zahlreiche Vertreter*innen aus Politik und Kirchen der jüdischen Gemeinde ihre Solidarität aus.

DATEN 05.06.2021, Ulm, Internetaufruf: 21.02.2022
QUELLE Polizeipräsidium Ulm
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/4933424>
DATEN 07.06.2021, Ulm, Internetaufruf: 07.06.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/brandanschlag-synagoge-ulm-100.html>

Folgemeldungen zu „Brandanschlag auf Synagoge in Ulm“ vom 05.06.2021

In einer gemeinsamen Pressemeldung teilen die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Polizeipräsidium Ulm mit, dass der wegen der Brandstiftung an der Ulmer Synagoge gesuchte Mann nach zahlreichen Hinweisen aus der Bevölkerung identifiziert werden konnte.

Laut Recherchen der Stuttgarter Nachrichten stand der mutmaßliche Brandstifter an der Ulmer Synagoge über soziale Medien mit mindestens zwei Männern aus dem Raum Ulm in Kontakt, die – teilweise radikale – antiisraelische und antisemitische Inhalte verbreiten. Manche dieser Posts soll er auch unterstützt haben.

Wie die Zeitung weiter berichtet, habe sich der Mann nach der Brandstiftung offensichtlich in die Türkei abgesetzt. Ein Foto in sozialen Medien zeige ihn am 16. Juni in der Stadt Gemlik südlich von Istanbul.

DATEN 22.06.2021, Ulm, Internetaufruf: 26.06.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ulm
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/4949235>
DATEN 25.06.2021, Ulm, Internetaufruf: 26.06.2021
QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.anschlag-auf-ulmer-synagoge-mutmasslicher-brandstifter-in-die-tuerkei-geflohen.c111a327-8074-4021-bb95-9c65f986214e.html>

Folgemeldung zu „Brandanschlag auf Synagoge in Ulm“ vom 05.06.2021

Nach Angaben des baden-württembergischen Justizministeriums lehnte die Türkei die Auslieferung des Tatverdächtigen für den Brandanschlag auf die Ulmer Synagoge an die deutschen Behörden ab. Begründet wurde dies mit der türkischen Staatsangehörigkeit des Mannes. Die Türkei liefere eigene Staatsangehörige ausnahmslos nicht an einen anderen Staat aus.

DATEN 30.07.2021, Ulm, Internetaufruf: 21.02.2022
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/brandanschlag-synagoge-ulm-106.html>

Frau wird am Mosbacher Bahnhof geschlagen und rassistisch beleidigt

Ein 39 Jahre alter Mann ging am 1. Juni gegen 21.45 Uhr auf dem Bahnsteig des Mosbacher Bahnhofs auf eine Frau zu, schlug ihr ins Gesicht und beleidigte sie mit rassistischen Äußerungen. Als ein Passant sich einmischte, wurde auch er von dem 39-Jährigen rassistisch beleidigt. Die betroffene Frau fuhr anschließend mit einer S-Bahn davon. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

 DATEN 07.06.2021, Mosbach (Neckar-Odenwald-Kreis),
Internetaufruf: 03.07.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Heilbronn
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110971/4934955>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Karlsruhe kam es am 8. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Bedrohung (§241 StGB).

 DATEN 08.06.2021, Karlsruhe

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 8. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 08.06.2021, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Baden-Baden kam es am 10. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 10.06.2021, Baden-Baden

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

„Reichsbürger*innen“ kommen zum Geburtstag des „Kaisers“

Die Burg Hohenzollern wurde am 10. Juni von circa 100 Personen, darunter „Reichsbürger*innen“ aufgesucht, die den Geburtstag des Oberhaupts des Hauses Hohenzollern, Georg Friedrich Ferdinand Prinz von Preußen, auf dessen Burg feiern wollten.

Der Prinz ist der Ururenkel von Wilhelm II., dem letzten deutschen Kaiser und König von Preußen, und wird von einigen „Reichsbürger*innen“ und von Monarchist*innen als legitimer Erbe der preußischen und der Kaiserkrone betrachtet. Weil in Online-Diensten wie Telegram schon mehrere Wochen zuvor für den Aufmarsch geworben worden war, hatte auch die Polizei ein Großaufgebot vor Ort postiert.

Die Polizei hat Ermittlungen wegen der Durchführung einer nicht angemeldeten Versammlung gegen den mutmaßlich für den Aufmarsch verantwortlichen Mann eingeleitet. Nach Informationen des Schwarzwälder Boten sei dieser bundesweit als „Reichsbürger“ bekannt und soll über Online-Kanäle für den Aufmarsch geworben haben. Außerdem habe der Mann auch am sogenannten „Sturm auf den Reichstag“ im Sommer 2020 in Berlin sowie an mehreren großen „Querdenken“-Kundgebungen in ganz Deutschland teilgenommen, hieß es weiter.

 DATEN 10.06.2021, Bisingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 11.06.2021

 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.burg-hohenzollern-besetzt-reichsbuerger-wollen-mit-ihrem-kaiser-geburtstag-feiern.476f3a43-6663-4fe0-a63e-67641827c225.html>

 DATEN 11.06.2021, Bisingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 15.06.2021

 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.versammlung-vor-burg-hohenzollern-bundesweit-bekannter-reichsbuerger-wohl-initiator.93f476b7-d885-4092-8235-6e6aa3be4b2b.html>

Folgemeldung zu „Reichsbürger*innen“ kommen zum Geburtstag des „Kaisers“ vom 10.06.2021

Der SWR berichtet, dass der Organisator der „Reichsbürger*innen“-Zusammenkunft vom Amtsgericht Hechingen zu einer Geldstrafe in Höhe von 2.400 Euro verurteilt wurde. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er zu einer nicht angemeldeten Versammlung aufgerufen hatte.

 DATEN 20.05.2022, Hechingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 20.05.2022

 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/geldstrafe-wegen-marsch-zu-burg-hohenzollern-100.html>

Verfassungswidrige Schmierereien an Friedrichshafener Uferpromenade

Die Polizei in Friedrichshafen ermittelt gegen einen 35-jährigen Mann, der im Verdacht steht, verfassungswidrige Zeichen auf die

Freitreppe und die Hafenummauer geschmiert zu haben. Ein Zeuge informierte die Ermittler*innen, die den Mann kurze Zeit später am Tatort antrafen. Sie fanden bei ihm zahlreiche Sprayer-Utensilien.

-  DATEN 11.06.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 27.06.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4939569>

Schwarzwälder Telegram-Gruppe von Corona-Maßnahmen-Gegner*innen wird zur Plattform von Neonazis

Die 255 Mitglieder große Telegram-Gruppe „Autokorso Schwarzwald Orga“, die für die Organisation von Autokorsos gegen die Corona-Maßnahmen genutzt wurde, diene zunehmend als Plattform für extrem rechte Inhalte, berichtet die Schwäbische Zeitung. Neben den typischen Themen der Corona-Maßnahmen-Gegner*innen fanden sich auch Inhalte von einschlägigen Neonazis in der Gruppe, etwa von der Partei „Der Dritte Weg“ oder eines ehemaligen NPD-Politikers, der auf dem Kanal nun seinen in Neonazi-Kreisen beliebten Versandhandel bewirbt. Insbesondere „die Antifa“ werde im Kanal als Feindbild markiert. Auf Nachfrage der Zeitung gibt das Polizeipräsidium Konstanz an, ein Auge auf die Telegram-Gruppe geworfen zu haben. Auf die Frage, ob die „Querdenken“-Szene durch Neonazis unterwandert sei, macht der Polizeisprecher keine Angaben und spricht laut Schwäbischen Zeitung von „Mutmaßungen“.

-  DATEN 11.06.2021, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 28.03.2022
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/villingen-schwenningen_artikel,-corona-debatte-zerrissen-zwischen-rechts-und-links-_arid,11373642.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Karlsruhe kam es am 14. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

-  DATEN 14.06.2021, Karlsruhe
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Salem kam es am 14. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-moti-

vierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 14.06.2021, Salem (Bodenseekreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Zehnjährige in Straßenbahn rassistisch beleidigt

Am Nachmittag des 11. Juni wurde in Heidelberg laut Polizeiangaben ein zehnjähriges Mädchen in einer Straßenbahn von einem circa 60 Jahre alten Mann mit rassistischen Äußerungen beleidigt. Andere Fahrgäste kamen dem Mädchen zu Hilfe, nachdem sie die Pöbeleien mitbekommen hatten. Anschließend stieg der unbekannte Mann an derselben Haltestelle aus wie die Zehnjährige, blieb jedoch dort stehen, während das Mädchen nach Hause ging. Bereits zuvor soll der Mann in der Straßenbahn mit einem anderen Fahrgast diskutiert und diesen ebenfalls beleidigt haben.

-  DATEN 16.06.2021, Heidelberg, Internetaufruf: 29.06.2021
-  QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/regionalticker/polizeiberichte_artikel,-heidelberg-mann-beleidigt-maedchen-in-der-strassenbahn-rassistisch-_arid,689470.html

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Rottweil kam es am 16. Juni zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§111 StGB).

-  DATEN 16.06.2021, Rottweil
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Sicherheitskräfte der Deutschen Bahn angegriffen und rassistisch beleidigt

Am Mittag des 17. Juni sammelte ein 27-jähriger Mann verbottenweise Flaschen im Gleisbett des Karlsruher Hauptbahnhofs und pöbelte dabei Reisende an. Als Angehörige der DB Sicherheit den Mann auf sein ordnungswidriges und gefährliches Verhalten ansprachen, beleidigte er diese rassistisch und bedrohte sie. Im weiteren Verlauf griff er die Sicherheitsleute nach Angaben der Polizei körperlich an und würgte einen Sicherheitsmitarbeiter am Hals.

Eine benachrichtigte Streife der Bundespolizei fesselte den Mann und nahm ihn mit auf die Dienststelle, um polizeiliche Maßnahmen durchzuführen. Anschließend wurde der 27-Jährige wieder auf

freien Fuß gesetzt. Ihn erwarteten Anzeigen wegen Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung.

 DATEN 18.06.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 03.07.2021
 QUELLE Bundespolizeiinspektion Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/116093/4945310>

Mann wird von ehemaligem AfD-Stadtratskandidaten mit einem Messer verletzt

Die Badische Zeitung berichtet, am 12. Juni hätten in Freiburg zwei 17 und 19 Jahre alte Jugendliche einen ehemaligen Stadtratskandidaten der AfD verbal provoziert, woraufhin dieser sie gefilmt und ihnen mit einer Anzeige gedroht habe. Als der Streit eskaliert sei, habe das 39-jährige AfD-Mitglied die beiden Jugendlichen mit Pfefferspray besprüht. Ein vorbeifahrender 62-jähriger Autofahrer und seine Frau hätten den Jugendlichen helfen wollen. Auch sie habe der 39-Jährige mit Pfefferspray besprüht und dann außerdem den 62-Jährigen mit einem Messer verletzt, als dieser sich schützend vor die Jugendlichen gestellt und den 39-Jährigen abgedrängt habe.

 DATEN 19.06.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 21.06.2021
 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/wie-eine-zeugin-die-messerattacke-in-freiburg-wiehre-erlebt-hat>

Folgemeldung zu „Mann wird von ehemaligem AfD-Stadtratskandidaten mit einem Messer verletzt“ vom 19.06.2021

Im November hat ein ehemaliger AfD-Stadtratskandidat vom Freiburger Amtsgericht einen Strafbefehl über eine Geldstrafe in Höhe von zweieinhalb Monatsgehältern wegen gefährlicher Körperverletzung erhalten, weil er den 62-Jährigen und seine Frau ohne Grund mit Pfefferspray besprüht habe. Wegen der Verletzung des 62-Jährigen mit einem Messer und des Einsatzes von Pfefferspray gegen die beiden Jugendlichen sei der Mann nicht belangt worden. Die Staatsanwaltschaft habe nicht ausschließen können, dass es sich hier um Notwehr gehandelt habe, berichtet die Badische Zeitung.

 DATEN 25.11.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 27.01.2022
 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/ehemaliger-freiburger-afd-kandidat-wird-wegen-handgreiflichem-streit-in-der-unterwiehre-belangt--206743847.html>

Polizist soll an rassistischer Verfolgungsjagd in Freiburg beteiligt gewesen sein

Wie Zeit Online berichtet, soll am frühen Abend des 12. Juni ein in Freiburg lebender 35 Jahre alter Mann lettischer Abstammung von zunächst fünf, später einem guten Dutzend Männern ausländischer

feindlich beleidigt und durch den Freiburger Stadtteil Stühlinger gejagt worden sein. Einer der Männer war ein Polizeibeamter.

Nach Darstellung des Betroffenen sollen zwei oder drei Männer einer betrunken wirkenden Fünfergruppe „Ausländer raus“ gerufen haben, als der 35-Jährige an ihnen vorbeilief. Nachdem er sie darauf angesprochen habe, sollen ihm mehrere der Männer entgegengekommen haben: „Ausländer, verschwinde!“ Der beteiligte Polizist habe ihn „Schwuchtel“ genannt und ihm gedroht: „Wenn ich dich nächste Woche sehe, erschieße ich dich“, schilderte der 35-Jährige Zeit Online.

Eine weitere Gruppe von Männern, die der Betroffene um Hilfe gebeten habe, hätten die Männer aus der Fünfergruppe offenbar gekannt und sich, statt ihm zu helfen, diesen angeschlossen, so dass der 35-Jährige sich insgesamt einem guten Dutzend Männern gegenübergesehen habe. Diese hätten ihn circa eine halbe Stunde lang durch die Stadt gejagt. Dabei sei es auch zu einer kurzen Schlägerei gekommen. Schließlich habe er in einer Tankstelle den Notruf anrufen können. Die Verfolger seien in Richtung einer nahe gelegenen Kleingartenanlage verschwunden, beschreibt Zeit Online die Schilderungen weiter.

Die verständigte Polizei habe sich zunächst ausführlich mit ihm selbst beschäftigt, seinen Rucksack durchsucht und einen Alkoholtest gemacht, setzte der 35-Jährige seinen Bericht fort. Man habe ihm vorgehalten, die Männer als „Scheißnazis“ bezeichnet zu haben, und ihn gefragt, ob er wisse, dass das eine Beleidigung sei. Außerdem habe er beobachtet, wie ein Beamter dem Polizisten aus der Fünfergruppe zur Begrüßung einen Arm umgelegt habe und sich beide freundlich angeschaut hätten.

Auf die Anfrage von Zeit Online nach einer Stellungnahme zu den ausführlich dargestellten Vorwürfen des 35-Jährigen habe ein Polizeisprecher nur eine kurze Pressemitteilung geschickt. In dieser sei von Rassismus keine Rede, nur von „einer Streitigkeit zwischen mehreren Personen“ und von „wechselseitigen Beleidigungen, verbalen Drohungen und mindestens einem Faustschlag“. Auch dass die Kriminalpolizei gegen einen Kollegen aus dem eigenen Haus ermittle, werde nicht kommentiert. In der Meldung hieße es nur, man prüfe die Einleitung dienstrechtlicher Schritte, berichtet die Zeit weiter.

 DATEN 19.06.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 19.06.2021
 QUELLE Die Zeit
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-06/rassismus-freiburg-polizei-migranten-bedrohung-jagd/komplettansicht>

Folgemeldung zu „Polizist soll an rassistischer Verfolgungsjagd in Freiburg beteiligt gewesen sein“ vom 19.06.2021

Wie die Stuttgarter Nachrichten berichten, wurden Ermittlungen gegen den beteiligten Polizeibeamten sowie drei weitere

Beschuldigte wegen der Hetzjagd auf den 35-jährigen Mann am 12. Juni in Freiburg eingeleitet. Die Freiburger Polizei habe am 22. Juni erklärt, es gehe um eine körperliche Auseinandersetzung nach den Worten „Ausländer raus“. Von wem dies in welchem Zusammenhang gesagt worden sei, werde noch ermittelt. Dem Polizisten werde Bedrohung vorgeworfen.

Die Anzahl der an dem Vorfall beteiligten Personen und ob sich der zum Tatzeitpunkt nicht im Dienst gewesene Polizist rassistisch geäußert habe, war laut eines Polizeisprechers noch nicht geklärt.

Die Ermittlungen würden von „speziell geschulten Kollegen“ des Polizeipräsidiums Freiburg durchgeführt, die keine Verbindungen zu den Beteiligten hätten, habe der Sprecher erläutert. Wenn sich die Vorwürfe bewahrheiten würden, werde man dienstrechtliche Maßnahmen gegen den Polizisten ergreifen.

DATEN 22.06.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 24.06.2021
QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/moeglicherweise-rassistischer-uebergrieffs-freiburger-polizei-ermittelt-gegen-eigenen-beamten.8459e215-2a75-4058-8fcc-971a0b32d71c.html>

Folgemeldung zu „Polizist soll an rassistischer Verfolgungsjagd in Freiburg beteiligt gewesen sein“ vom 19.06.2021

Ein Sprecher der Freiburger Staatsanwaltschaft teilte gegenüber der Deutschen Presseagentur mit, dass ein Freiburger Polizist wegen Bedrohung einen Strafbefehl in Höhe von 3.600 Euro erhalten habe. Der 46-Jährige habe die Möglichkeit, Einspruch dagegen einzulegen. Es würde dann zu einem Prozess kommen. Nach Angaben des Sprechers der Staatsanwaltschaft sei bei den Ermittlungen offen geblieben, ob der Beamte sich rassistisch geäußert habe beziehungsweise ob der Spruch in einem anderen Zusammenhang geäußert wurde. Der Vorwurf der Volksverhetzung wurde deshalb fallengelassen. Es seien weitere Strafbefehle gegen andere Beteiligte wegen Bedrohung, versuchter Körperverletzung und Beleidigung ergangen. Der Beamte bleibt bis zum Abschluss des Strafverfahrens im Dienst, so ein Polizeisprecher. Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten, drohen dem 46-Jährigen dienstrechtliche Konsequenzen.

DATEN 05.05.2022, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 23.05.2022
QUELLE Süddeutsche Zeitung
<https://www.sueddeutsche.de/panorama/kriminalitaet-freiburg-im-breisgau-strafbefehl-gegen-polizist-wegen-bedrohung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220505-99-172315>

Hakenkreuzähnliche Fahne bei Autokorso zur Fußball-EM

Bei einem Autokorso in Hechingen, nach dem Sieg der deutschen Nationalmannschaft gegen Portugal am 19. Juni bei der Fußball-EM, wurde aus einem der Fahrzeuge eine schwarz-weiß-rote Fahne geschwenkt, die an das Hakenkreuzbanner im Nationalsozialismus erinnerte. Eine Polizeistreife kontrollierte die verdächtige Fahne und stellte fest, dass es sich um ein „Fliegererkennungstuch“ handelte. Weil sich in dessen Mitte statt eines Hakenkreuzes ein anderes schwarzes Kreuz befindet, ist die Fahne laut Polizei nicht verboten.

DATEN 21.06.2021, Hechingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 21.06.2021
QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/hechingen/em-jubel-obertorplatz-hechingen-polizei-kontrolliert-verdaechtige-fahne-57594997.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Sersheim kam es am 21. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB).

DATEN 21.06.2021, Sersheim (Landkreis Ludwigsburg)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Möglingen kam es am 22. Juni zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten und deren Einrichtungen sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB).

DATEN 22.06.2021, Möglingen (Landkreis Ludwigsburg)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sachsenheim kam es am 22. Juni zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten und deren Einrichtungen sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen

nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 22.06.2021, Sachsenheim (Landkreis Ludwigsburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Ermittlungen gegen Bürgermeisterkandidaten wegen Volksverhetzung

Am 27. Mai soll ein Kandidat für das Bürgermeisteramt in Walldorf auf seiner Facebook-Seite ein etwa dreiminütiges antisemitisches Video eingestellt haben. Wie die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) berichtet, wurden laut Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Volksverhetzung eingeleitet. In dem Video werde laut Staatsanwaltschaft das Judentum als „Mutter allen Übels“ bezeichnet und insbesondere die Impfkampagne gegen das Corona-Virus in antisemitischer Manier als Verschwörung von Impfstoffherstellern dargestellt, berichtet die Zeitung. Der Beschuldigte sei zum Sachverhalt angehört worden. In einem Gespräch Anfang Juni hatte der Kandidat die Vorwürfe gegenüber der RNZ entschieden zurückgewiesen.

-  DATEN 22.06.2021, Walldorf (Rhein-Neckar-Kreis),
Internetaufruf: 19.07.2021
-  QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/wiesloch_artikel,-buergermeisterwahl-walldorf-ermittlungen-der-staatsanwaltschaft-gegen-kandidat-buehler-_arid,692272.html

Hakenkreuz an Gemeindesaal geschmiert

Am 20. Juni haben Unbekannte ein umgedrehtes Hakenkreuz und mehrere Zeichnungen an die Wand des Igginger Gemeindesaals geschmiert.

-  DATEN 23.06.2021, Iggingen (Ostalbkreis),
Internetaufruf: 27.06.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4949568>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 25. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 25.06.2021, Freiburg im Breisgau
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2008
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002008.pdf>

Hitler-Gruß und Nazi-Parolen in Wangen

Als eine Frau am Nachmittag des 25. Juni an einer Grün- und Erholungsanlage in Wangen im Allgäu sechs betrunkene und lärmende Personen um Ruhe bat, zeigte ihr ein Mann aus der Gruppe den Hitler-Gruß und gab Nazi-Parolen von sich. Hinzugerufene Beamt*innen des Polizeireviers Wangen erteilten der Gruppe Platzverweise und ahndeten Verstöße gegen die Corona-Verordnung. Der Mann, der den Hitler-Gruß gezeigt hatte, muss sich auch strafrechtlich verantworten.

-  DATEN 26.06.2021, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg),
Internetaufruf: 27.06.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4952750>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Wangen kam es am 26. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Bedrohung (§241 StGB).

-  DATEN 26.06.2021, Wangen (ohne Landkreisangabe)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Peterstal-Griesbach kam es am 27. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 27.06.2021, Bad Peterstal-Griesbach (Ortenaukreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/182
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000182.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Bad Schussenried kam es am 28. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Bedrohung (§241 StGB).

-  DATEN 28.06.2021, Bad Schussenried (Landkreis Biberach)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Regenbogenfahne vor Ulmer Buchhandlung angezündet

Am letzten Juniwochenende zündeten Unbekannte in der Ulmer Innenstadt eine Regenbogenfahne an, die an der Außenwand

einer Buchhandlung befestigt war. Die Buchhandlung wollte im als „Pride-Month“ deklarierten Juni Flagge für die Gleichberechtigung aller sexueller Orientierungen zeigen. Der Inhaber der Buchhandlung sah die Tat als einen Angriff auf diese Botschaft. Er sprach von „Glück, dass die Fahne nicht komplett Feuer fing“ und auf das Fachwerkgebäude übergriff. Es wurde Anzeige gegen unbekannt erstattet. Die Buchhandlung werde sich weiter für eine diverse und offene Gesellschaft engagieren, zitiert die Schwäbische Zeitung den Buchhändler.

 DATEN 28.06.2021, Ulm, Internetaufruf: 29.06.2021

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-hassobjekt-regenbogenfahne-flagge-an-buchhandlung-abgefackelt-_arid,11380528.html

Regenbogenfahnen in Herrenberg gestohlen

An fünf verschiedenen Orten in Herrenberg wurden Anfang Juni Regenbogenfahnen aufgehängt, um im weltweit gefeierten „Pride Month“ ein Zeichen für die Akzeptanz, Anerkennung und Sichtbarkeit der LGBTQ+-Community zu setzen. Drei der fünf Fahnen, die an zwei Gymnasien und einer Musikschule angebracht waren, haben Unbekannte laut der Herrenberger Stadtverwaltung innerhalb von zwei Wochen entwendet. Eine davon wurde später leicht beschädigt in einem Mülleimer gefunden. Eines der Gymnasien hat Anzeige wegen des Diebstahls erstattet.

 DATEN 29.06.2021, Herrenberg (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 28.07.2021

 QUELLE Gäubote
<https://www.gaeubote.de/Nachrichten/Regenbogenfahne-dreifach-geklaut-86846.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Heidelberg kam es am 30. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 30.06.2021, Heidelberg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Kornwestheim kam es am 30. Juni zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 30.06.2021, Kornwestheim (Landkreis Ludwigsburg)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/119
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000119.pdf>

Rassistische Plakate in Leutkirch

In der Innenstadt von Leutkirch haben Unbekannte im Zeitraum vom 28. bis zum 29. Juni mehrere Plakate mit rassistischem Inhalt aufgehängt. Ein Passant meldete die Plakate bei der Polizei. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet.

 DATEN 30.06.2021, Leutkirch (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 02.07.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4956585>

Finanzminister wird nach der Geburt seines Sohnes rassistisch angegriffen

Nach der Geburt ihres Sohnes sahen sich der baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz und seine Partnerin, die Grünen-Fraktionschefin im bayerischen Landtag Katharina Schulze, massiven rassistischen und frauenfeindlichen Angriffen in sozialen Netzwerken ausgesetzt. Juristische Schritte hat Danyal Bayaz zunächst nicht eingeleitet, sich dies jedoch ausdrücklich vorbehalten. Einige Screenshots der Hassbotschaften veröffentlichte er aber ohne Schwärzung der Absenderprofile auf Twitter, mit dem ironischen Kommentar: „Danke für die Glückwünsche“ – gefolgt von einem Herz-Emoji.

Ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte zu den Anfeindungen: „Hass im Netz ist für Herrn Bayaz wie für viele andere Politiker leider nichts Neues. Aber dass sogar ein schönes Ereignis wie eine Geburt zum Anlass rassistischer und frauenverachtender Kommentare genommen wird, ist erschreckend.“

DATEN 01.07.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 03.07.2021
QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/finanzminister-danyal-bayaz-rassistische-angriffe-nach-der-geburt-seines-sohnes.e29196d9-0519-417d-bf3d-1525784840a3.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Oberndorf am Neckar kam es am 4. Juli zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

DATEN 04.07.2021, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Waghäusel kam es am 4. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 04.07.2021, Waghäusel (Landkreis Karlsruhe)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Hakenkreuzschmierereien in Aalen

Am Vormittag des 4. Juli wurden auf dem Gehweg in der Hans-Sigmund-Straße mehrere aufgesprühte Hakenkreuze und Jahreszahlen entdeckt. Wie die Polizei berichtete, waren gegen zwei Uhr in der Nacht verdächtige Geräusche gehört worden.

DATEN 05.07.2021, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 14.07.2021
QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/ostalb/aalen/stadt-aalen/unbekannte-spruehen-hakenkreuze-auf-den-gehweg-90841941.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Korb kam es am 5. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 05.07.2021, Korb (Rems-Murr-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Friedrichshafen kam es am 6. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

DATEN 06.07.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Ludwigsburg kam es am 6. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 06.07.2021, Ludwigsburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Rechte Schmierereien an der PH in Schwäbisch Gmünd

Das Gebäude der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd sowie verschiedene Schilder, eine Ausfahrtsschranke und Gittertore wurden von Unbekannten mit Hakenkreuzen, dem Akronym ACAB (für den englischen Ausspruch: All cops are bastards) und Penissen verunstaltet. Entdeckt wurden die mit einem

wasserfesten schwarzen Stift angebrachten Schmierereien am 7. Juli. Der entstandene Sachschaden lag laut Schätzungen bei mindestens 5.000 Euro.

-  DATEN **08.07.2021, Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis), Internetaufruf: 14.07.2021**
-  QUELLE **Polizeipräsidium Aalen**
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4963623>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 8. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN **08.07.2021, Stuttgart**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Denzlingen kam es am 9. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN **09.07.2021, Denzlingen (Landkreis Emmendingen)**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Deggingen kam es am 10. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Bedrohung (§241 StGB).

-  DATEN **10.07.2021, Deggingen (Landkreis Göppingen)**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Aldingen kam es am 11. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (§126 StGB).

-  DATEN **11.07.2021, Aldingen (Landkreis Tuttlingen)**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 11. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN **11.07.2021, Stuttgart**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Boxberg kam es am 13. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN **13.07.2021, Boxberg (Main-Tauber-Kreis)**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Backnang kam es am 14. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

-  DATEN **14.07.2021, Backnang (Rems-Murr-Kreis)**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Großerlach kam es am 14. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen eines besonders schweren Falls des Diebstahls (§243 StGB).

-  DATEN **14.07.2021, Großerlach (Rems-Murr-Kreis)**
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Plexiglas-Scheibe an Mannheimer Synagoge zerstört

Unbekannte haben mit einem herausnehmbaren Absperrpfosten eine Plexiglasscheibe an der Abzäunung eines Nebeneingangs der Mannheimer Synagoge eingeworfen. Wie die Polizei mitteilte, wurde der Schaden von Vertreter*innen der Jüdischen Gemeinde am Morgen des 14. Juli entdeckt. Ereignet hat sich der Vorfall vermutlich zwischen der Mittagszeit des 13. und dem Morgen des

14. Juli. Der Sachschaden wurde auf mindestens 300 Euro geschätzt.

Der Staatsschutz hat Ermittlungen aufgenommen und Zeug*innen gebeten, sich zu melden.

Bereits im Mai war die Synagoge Ziel eines ähnlichen Anschlags geworden. Damals wurde ebenfalls eine Scheibe beschädigt.

 DATEN 14.07.2021, Mannheim, Internetaufruf: 15.07.2021

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim_artikel,-mannheim-beschaedigung-an-der-juedische-synagoge-staatsschutz-ermittelt-_arid,705409.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Gundelsheim kam es am 15. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung (§224 StGB).

 DATEN 15.07.2021, Gundelsheim (Landkreis Heilbronn)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Besigheim kam es am 17. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 17.07.2021, Besigheim (Landkreis Ludwigsburg)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Öhringen kam es am 18. Juli zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 18.07.2021, Öhringen (Hohenlohekreis)

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Friedrichshall kam es am 20. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 20.07.2021, Bad Friedrichshall (Landkreis Heilbronn)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Künzelsau kam es am 20. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 DATEN 20.07.2021, Künzelsau (Hohenlohekreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Hakenkreuz in Tür einer Schule geritzt

In Aalen haben Unbekannte mit einem spitzen Gegenstand ein Hakenkreuz in die Scheibe einer Notausgangstür an einer Schule geritzt. Der Vorfall ereignete sich zwischen 15 Uhr am 19. Juli und 8 Uhr am 20. Juli.

 DATEN 21.07.2021, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 26.07.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4974849>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Albstadt kam es am 21. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen sowie zu Diskriminierung und Übergriffen gegen Sinti*zze und Rom*nja. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB). Der Vorfall wird als Internetstraftat eingeordnet.

 DATEN 21.07.2021, Albstadt (Zollernalbkreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

Rassistische Beleidigungen und Hitlergruß in Backnang

Am Abend des 21. Juli ist ein 31 Jahre alter Mann in Backnang bedrohend auf eine Frau zugegangen und hat sie rassistisch beleidigt, als diese ihr geparktes Auto verließ. Dabei habe er auch den Hitlergruß gezeigt und das Auto der Frau bespuckt. Polizeibeamte*innen trafen den 31-Jährigen nach der Tat zu Hause an und nahmen ihn in Gewahrsam. Wie die Polizei mitteilte, habe er sich „in einem psychischen Ausnahmezustand“ befunden und

sei in eine Fachklinik gebracht worden. Ein Strafverfahren gegen den Mann wurde eingeleitet.

-  DATEN 22.07.2021, Backnang (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 19.03.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4975833>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Villingendorf kam es am 22. Juli zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 22.07.2021, Villingendorf (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Regenbogenfahne in Stuttgart verbrannt

In der Nacht zum 24. Juli haben Unbekannte eine Regenbogenfahne am Stuttgarter Kultur Kiosk vor einem Parkhaus in der Innenstadt abgerissen und verbrannt. Ein Vorstandsmitglied der Stuttgarter Interessengemeinschaft CSD vermutete, dass die unbekanntes Täter*innen bewusst die CSD-Woche für ihre Aktion gewählt hatten. Die Betreiberin des Kultur Kiosks hat Strafanzeige bei der Polizei erstattet.

-  DATEN 25.07.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 02.03.2022
-  QUELLE Stuttgarter Nachrichten
https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt-beklagt-hasskriminalitaet-regenbogen-fahne-in-der-stuttgarter-altstadt-verbrannt.361173a2-64d0-412d-9a33-35c5499508d5.html?utm_term=Autofeed&utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox=1627209753

Ermittlungen gegen drei Polizisten wegen rechter Chatinhalte

Nach einem Hinweis aus den eigenen Reihen und Screenshots eines Zeugen von rassistischen und sexistischen Äußerungen sowie einem extrem rechten Zeichen in einer WhatsApp-Chatgruppe hat das Polizeipräsidium Freiburg am 17. Juli Disziplinarverfahren gegen drei seiner Beamten eingeleitet. Die Tatverdächtigen sollen die rassistischen und diskriminierenden Inhalte bereits in den Jahren 2017 und 2018 vereinzelt in dem Chat geteilt haben. Laut Polizei haben die drei Polizisten, die zuvor nicht negativ in Erscheinung getreten waren, ihre Mobiltelefone freiwillig den Ermittler*innen übergeben. Die Geräte sollten vom Landeskriminalamt ausgewertet werden, um unter anderem zu

klären, wie lange die Chatgruppe bestand und ob noch weitere Beamt*innen beteiligt waren.

Ein im Zuge der Ermittlungen gegen die drei Beamten eingeleitetes strafrechtliches Verfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde wieder eingestellt, da die Chatinhalte nur einer geschlossenen, überschaubaren Gruppe zur Verfügung standen – strafbar sei aber nur deren öffentliche Verbreitung, berichtet die Badische Zeitung unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft.

-  DATEN 26.07.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 26.07.2021
-  QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/waren-noch-weitere-polizisten-in-der-chatgruppe-aktiv>

59-Jähriger zeigt rechtsradikale Geste und verletzt Polizeibeamte

Am Abend des 24. Juli beleidigte im Karlsruher Stadtteil Durlach ein 59-Jähriger ohne erkennbaren Grund einen 50-jährigen Passanten und zeigte eine rechtsradikale Geste. Als hinzugerufene Polizeibeamt*innen den 59-Jährigen festnahmen, leistete er mit Fußtritten Widerstand und verletzte einen Polizisten dabei so schwer am Knie, dass dieser seinen Dienst beenden und sich ärztlich behandeln lassen musste. Ein weiterer Beamter wurde am Arm verletzt. Außerdem beleidigte der alkoholisierte Mann die Beamt*innen während der Festnahme auf das Übelste.

-  DATEN 26.07.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110972/4977795>

Rechtsradikale Gesten am Offenburger Bahnhof

Ein 53-jähriger Mann belästigte am frühen Nachmittag des 23. Juli Reisende auf einem Bahnsteig des Offenburger Bahnhofs. Drei Personen zeigte er dabei auch rechtsradikale Gesten und den Mittelfinger. Beamt*innen der Bundespolizei haben den 53-Jährigen kontrolliert und Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Beleidigung gegen ihn eingeleitet. Weitere Geschädigte wurden gebeten, sich zu melden.

-  DATEN 26.07.2021, Offenburg (Ortenaukreis), Internetaufruf: 26.07.2021
-  QUELLE Bundespolizeiinspektion Offenburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/75292/4978061>

„Reichsbürger“ sendet Drohbrief an Gerichtsvollzieher

Wegen eines mehrseitigen Drohschreibens an einen Gerichtsvollzieher fand am Morgen des 27. Juli eine Durchsuchung im Haus eines 66-Jährigen in Balingen statt. Mit dem Drohschreiben

soll der Mann, der nach Erkenntnissen von Polizei und Staatsanwaltschaft den „Reichsbürger*innen“ zuzurechnen ist, versucht haben, die Zwangsräumung des von ihm gemieteten Hauses zu verhindern. Der Inhalt des Schreibens legte nahe, dass der Mann Sprengstoffe in dem Haus deponiert haben könnte. Deshalb erwirkte die Hechinger Staatsanwaltschaft einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss. Nachdem Spezialkräfte den 66-Jährigen vorläufig festgenommen hatten, durchsuchte der Entschärferdienst des Landeskriminalamts das Gebäude. Da keine Sprengstoffe gefunden wurden, konnte das Haus anschließend für die Zwangsräumung freigegeben werden. Der mutmaßliche „Reichsbürger“ wurde nach einer ärztlichen Untersuchung, bei der keine akute Eigen- oder Fremdgefährdung diagnostiziert wurde, wieder auf freien Fuß gesetzt.

 DATEN 27.07.2021, Balingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 21.03.2022

 QUELLE Polizeipräsidium Reutlingen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110976/4979250>

Folgemeldung zu „Reichsbürger‘ sendet Drohbrief an Gerichtsvollzieher“ vom 27.07.2021

Ein inzwischen 67-Jähriger aus dem Balingener Teilort Weilstetten wurde vom Balingener Amtsgericht wegen Nötigung zu einer Geldstrafe von 2.000 Euro verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 67-Jährige seine Vermieterin und einen Gerichtsvollzieher bedroht hatte, um eine anstehende Zwangsräumung zu verhindern. Dabei habe der Angeklagte dem Gerichtsvollzieher einen Drohbrief geschrieben, der den Eindruck erweckte, er wolle den Gerichtsvollzieher einem Erschießungskommando zuführen. Das gleiche drohe auch dessen Familie.

Die Ermittler*innen ordneten den Mann dem Spektrum der „Reichsbürger*innen“ zu, da der Angeklagte bis heute an eine andauernde Besetzung der Bundesrepublik glaube und die Bundesrepublik nicht als rechtmäßigen Staat anerkenne. Er trat außerdem im Frühjahr 2021 als Redner bei einer „Querdenken“-Kundgebung auf.

Im Dezember 2021 erfolgte eine erneute Hausdurchsuchung gegen den Angeklagten, nachdem er dem Balingener Oberbürgermeister Helmut Reitemann eine Drohmail geschrieben hatte.

 DATEN 14.04.2022, Balingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 18.04.2022

 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.online-hetzer-aus-balingen-shaef-juenger-muss-strafe-bezahlen.61ef0e1a-90d8-4427-a827-b4fd741d57a0.html>

Hakenkreuzschmiererei in Maulburg

Am 26. Juli wurde der Polizei ein mit blauer Farbe aufgesprüh-tes Hakenkreuz an der Fassade einer Metzgerei in Maulburg gemeldet.

 DATEN 27.07.2021, Maulburg (Landkreis Lörrach),
Internetaufruf: 27.07.2021

 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/sprayer-verursachen-hohen-schaden-an-maulburger-alemannenhalle>

Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Ravensburg kam es am 27. Juli zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti*innen und Rom*innen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

 DATEN 27.07.2021, Ravensburg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freudenstadt kam es am 29. Juli zu flüchtlingsfeindlichen Übergriffen auf eine Unterkunft. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung (§224 StGB).

 DATEN 29.07.2021, Freudenstadt

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Rechte bewerfen Mann mit Steinen und skandieren Parolen

Am 29. Juli hörte ein 62-jähriger Mann lautes Geschrei und das Zerspringen von Glas auf dem Bahnsteig im Friedrichshafener Stadtteil Fischbach. Als der 62-Jährige von der gegenüberliegenden Gleisseite aus nach dem Rechten sah, skandierten mehrere Personen aus einer Gruppe von sechs bis neun jungen Frauen und Männern rechtsgerichtete Parolen und warfen faustgroße Steine in seine Richtung, trafen den Mann aber nicht. Als die von dem 62-Jährigen verständigte Polizei eintraf, stiegen mehrere Tatverdächtige in einen abfahrenden Zug und konnten auch im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung nicht mehr aufgefun-den werden. Der Polizeiposten Immenstaad hat Ermittlungen wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.

 DATEN 30.07.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis),
Internetaufruf: 04.08.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4982375>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Friedrichshafen kam es am 31. Juli zu islamfeindlichen und anti-muslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im

Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 DATEN 31.07.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

.....

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heilbronn kam es am 31. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung (§224 StGB).

 DATEN 31.07.2021, Heilbronn

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

.....

Infotafel an KZ-Gedenkstätte beschädigt

Zwischen 0.00 Uhr am 26. Juli und 7.30 Uhr am 29. Juli beschädigten Unbekannte mit einem Stein eine Informationstafel der KZ-Gedenkstätte in Vaihingen an der Enz. Der Sachschaden lag bei circa 250 Euro.

DATEN 02.08.2021, Vaihingen an der Enz (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 30.08.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4984113>

Hakenkreuze an Schaufenster in Karlsruhe

Am späten Abend des 3. August hat ein 43 Jahre alter Mann selbstgemalte Bilder mit Hakenkreuzen und anderen verfassungsfeindlichen Symbolen an einem Schaufenster in der Karlsruher Fußgängerzone angebracht.

Der Kommunale Ordnungsdienst übergab den 43-Jährigen der Polizei. Er soll wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angezeigt werden.

DATEN 04.08.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 30.08.2021
QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110972/4985408>

Hakenkreuz auf Straße in Lorch

Am Morgen des 4. August wurde in Lorch auf der Fahrbahn der Kreisstraße 3313 ein mit weißer Farbe aufgespritztes etwa einen Quadratmeter großes Hakenkreuz entdeckt. Die Straßenmeisterei wurde umgehend mit der Beseitigung beauftragt.

DATEN 04.08.2021, Lorch (Ostalbkreis), Internetaufruf: 30.08.2021
QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4985356>

Verdacht auf Verbindungen zur extrem rechten Szene gegen einen Professor

Die Technische Hochschule Ulm prüft die Verbindungen einer ihrer Professoren in die extrem rechte Szene, berichtet die Schwäbische Zeitung. Dem vorausgegangen war eine Veröffentlichung der Recherchegruppe „Rechte Umtriebe Ulm“ über die Neonazi-Vergangenheit des Professors für Maschinenbau während seines Studiums in den 1990er-Jahren und eine Spende an die vom Verfassungsschutz beobachtete „Identitäre Bewegung“ im Jahr 2018. So habe er als Student an einem Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess teilgenommen, 1998 für die Neonazi-Partei NPD für den Bundestag kandidiert und „Jagd“ auf „Linke“ gemacht, heißt

es in der Zeitung weiter. Für den Bau eines Sprengsatzes, den er damals gegen Linke einsetzen wollte, sei er verurteilt worden.

Bei seiner Einstellung habe der Hochschuldozent jedoch ein reines Führungszeugnis vorlegen können, da seine Strafen verbüßt waren, erklärte der Rektor der Hochschule gegenüber der Zeitung. Aus der Evaluation seiner Lehrveranstaltungen sei kein Fehlverhalten erkennbar gewesen. Erst als Studierende vor Jahren auf die braune Vergangenheit des Professors aufmerksam machten, befragte ihn die Hochschulleitung zu seiner Vergangenheit in der Neonazi-Szene. Der Dozent habe diese eingeräumt und sich von seinen früheren Taten distanziert, zitiert die Schwäbische Zeitung den Rektor weiter. Aufgrund der neuen Erkenntnisse über eine Spende an die „Identitäre Bewegung“ leitete die Hochschule eine Untersuchung gegen den Professor ein. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, drohen dem Professor dienst- und beamtenrechtliche Konsequenzen. Die Hochschule erklärte laut Schwäbischer Zeitung auf ihrer Homepage, sie sei „eine weltoffene Hochschule“ und setze sich „gegen Diskriminierung, Volksverhetzung und Rassismus“ ein. Auf Anfragen der Zeitung äußerte sich der Beschuldigte nicht.

DATEN 04.08.2021, Ulm, Internetaufruf: 17.03.2022
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-professor-mit-brauner-vergangenheit-ulmer-hochschule-prueft-weitere-zusammenarbeit-_arid,11395847.html

DATEN 12.08.2021, Ulm, Internetaufruf: 17.03.2022
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-hat-der-professor-mit-neonazi-vergangenheit-eine-zukunft-an-der-thu-_arid,11398478.html

Hakenkreuz auf Auto geschmiert

Zwischen dem Nachmittag des 3. August und dem Nachmittag des 4. August haben Unbekannte mit einem wasserfesten Filzstift ein Hakenkreuz an die Beifahrerseite eines in Aalen abgestellten Autos geschmiert.

DATEN 05.08.2021, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 30.08.2021
QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4986870>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 8. August zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

DATEN 08.08.2021, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bopfingen kam es am 9. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 09.08.2021, Bopfingen (Ostalbkreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Eberbach kam es am 9. August zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 09.08.2021, Eberbach (Rhein-Neckar-Kreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schramberg kam es am 9. August zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 09.08.2021, Schramberg (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Böblingen kam es am 10. August zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 10.08.2021, Böblingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Löchgau kam es am 10. August zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 10.08.2021, Löchgau (Landkreis Ludwigsburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Rassistische Beleidigungen und Bedrohung mit einer Waffe bei einer Auseinandersetzung um einen Parkplatz

Weil der 42-jährige Fahrer eines Pritschenwagens am frühen Abend des 10. August auf der Parkfläche eines Discounters in Ditzingen drei Parkplätze belegte, kam es zu einem Wortwechsel mit einem 52-Jährigen, der auf einem der Plätze parken wollte. Nachdem der 52-Jährige sein Auto, in dem auch eine Frau und ein Kind saßen, auf einem anderen Parkplatz abgestellt hatte, trat der 42-Jährige an das Auto heran und die Auseinandersetzung eskalierte. Schließlich soll der 52-Jährige den Pritschenwagenfahrer rassistisch beleidigt und mit einer Waffe bedroht haben. Während sein Kontrahent sich in sein Fahrzeug zurückzog und die Polizei anrief, ging der 52-Jährige mit Frau und Kind in den Einkaufsmarkt.

Als er das Geschäft wieder verließ, warteten mehrere Streifenwagenbesatzungen auf den Waffenbesitzer, der sich auf den Boden legen musste, Handschellen angelegt bekam und durchsucht wurde. Der Mann trug keine Waffe mehr bei sich, in seinem Auto wurde aber eine Schreckschusswaffe gefunden. Er wurde vorläufig festgenommen und auf die Ditzinger Wache gebracht. Anschließend konnte der 52-Jährige das Polizeirevier wieder verlassen. Gegen ihn wurden Ermittlungen wegen der Bedrohung eingeleitet.

-  DATEN 11.08.2021, Ditzingen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 22.03.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4991436>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 11. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 11.08.2021, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Salem kam es am 12. August zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti*zze und Rom*nja. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 12.08.2021, Salem (Bodenseekreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Öhringen kam es am 15. August zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die

Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 15.08.2021, Öhringen (Hohenlohekreis)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Hitlergruß gegen die Polizei

In der Nacht zum 15. August erhielt in Sigmaringen ein 27-Jähriger von der Polizei einen Platzverweis, weil er zusammen mit einem anderen Mann zwei Frauen in einer nahe dem Bahnhof gelegenen Gaststätte belästigt hatte. Da er sich nicht an den Platzverweis hielt und den Polizeibeamt*innen stattdessen mehrfach den Hitlergruß entgegnete, wurde der Mann in Gewahrsam genommen und angezeigt.

-  DATEN 15.08.2021, Sigmaringen, Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4994313>

Greta Thunberg-Porträt beschmiert

Unbekannte haben im Zeitraum von 22 Uhr am 11. August bis Mitternacht des 12. August ein in der Karlsruher Nordstadt aufgestelltes großformatiges Porträt der Klimaaktivistin Greta Thunberg mit einer Maske übermalt und den Schriftzug „Heil Maske“ aufgeschmiert. Das Gemälde war im Rahmen der Aktion „Kunst an der Plakatwand“ von einem Kölner Künstler geschaffenen worden und sollte bis zum 15. Oktober in Karlsruhe bleiben. Nach der Tat haben die Verantwortlichen der Kunstaktion das Bild entfernt. Der Künstler hat Anzeige wegen der Schmierereien erstattet. Der entstandene Schaden wurde auf 24.000 Euro geschätzt.

-  DATEN 19.08.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/nordstadt/24000-euro-schaden-greta-thunberg-gemaelde-in-karlsruhe-zerstoert-aufgefunden>
-  DATEN 20.08.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/kuenstler-des-zerstoerten-greta-thunberg-bildes-in-karlsruhe-ich-bin-sprachlos>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wernau kam es am 19. August zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-moti-

vierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

-  DATEN 19.08.2021, Wernau (Landkreis Esslingen)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Dielheim kam es am 20. August zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 20.08.2021, Dielheim (Rhein-Neckar-Kreis)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Proteste gegen Gesundheitsminister Spahn in Mössingen

Bei einer Wahlkampfveranstaltung mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Mössingen haben sich am 20. August auch 50 bis 60 vorwiegend der „Querdenken“-Szene zuzurechnende Demonstrant*innen zu einem nicht angemeldeten Protest „gegen die Corona- und Impfpolitik der Bundesregierung“ vor der Veranstaltungshalle versammelt. Mit lauten Zwischenrufen empfinden sie den Minister schon auf seinem Weg in die Halle. Als Jens Spahn nach der Veranstaltung wieder abreiste, wurde mindestens ein Ei auf sein Auto geworfen. Die Polizeikräfte mussten Demonstrierende abdrängen, um den Weg für das Fahrzeug freizumachen. Ein Tatverdächtiger für den Eierwurf wurde vorübergehend festgenommen.

-  DATEN 20.08.2021, Mössingen (Landkreis Tübingen), Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Der Spiegel
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-querdenker-bewerfen-auto-des-gesundheitsministers-mit-ei-a-77b13a74-7223-4f71-a34a-dd5a59a40de8>
-  DATEN 20.08.2021, Mössingen (Landkreis Tübingen), Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/jens-spahn-in-moessingen-100.html>

Mitarbeiter des Landesgesundheitsamts war über Monate in der „Querdenken“-Szene aktiv

Der Zeitungsverlag Waiblingen (ZVW) berichtet, dass laut eigenen Recherchen ein Mitarbeiter des Landesgesundheitsamts (LGA)

Baden-Württemberg über Monate der „Querdenken“-Szene angehört und sich als Ordner auch aktiv an Demonstrationen der Gruppierung beteiligt haben soll. Außerdem habe sich der Mann vertraut mit dem Gründer von „Querdenken 711“, Michael Ballweg, gezeigt und scheine zu dessen engerem Kreis zu gehören. Es lägen dem ZVW auch Beweise vor, „dass der Mann sich erst während der Pandemie auf die Stelle im LGA beworben haben könnte“, heißt es weiter.

Der dem ZVW namentlich bekannte Mann sei auf mehreren Fotos und Videos eindeutig zu erkennen, die zu einem Großteil im Rahmen von „Querdenken“-Demonstrationen entstanden sind und der Redaktion vorliegen. So sei der Mann auf einem Video von einer „Querdenken“-Demonstration am 13. März in Stuttgart zu sehen, bei der es auch zu Auseinandersetzungen von Demonstrierenden mit Polizei und Presse gekommen war. Es zeige den LGA-Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zum Geschehen und im vertrauten Umgang mit anderen Demonstrierenden. Auf einem am 1. August 2021 veröffentlichten „Querdenken 711“-Video zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, eine für denselben Tag geplante Großdemonstration in Berlin zu verbieten, sei der Mann in einer Gruppe von zehn Personen hinter Michael Ballweg und einem weiteren Kopf der „Querdenken 711“-Gruppierung zu erkennen.

Der ZVW berichtet auch von der Redaktion vorliegenden Aufnahmen eines Social Media-Profiles des LGA-Angestellten, auf denen seine Beteiligung an Protestaktionen der „Querdenken“-Szene im August 2021 in Berlin zu erkennen sei. Außerdem habe er auf seinem Profil eine Aktion der vom sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz als extrem rechts und verfassungsfeindlich eingestuften Kleinpartei „Freie Sachsen“ geteilt.

In einem Profilbeitrag habe der Mann sein Vorstellungsgespräch beim Landesgesundheitsamt thematisiert und angegeben, sich eigens dafür eine Maske gekauft zu haben. Dies lasse darauf schließen, dass er sich erst während der Pandemie beim LGA beworben habe. In einem späteren Beitrag habe er berichtet, nicht mehr für das Land Baden-Württemberg zu arbeiten, und ein in der zweiten Julihälfte 2021 datiertes Kündigungsschreiben abgebildet. In seinem Kommentar zu diesem Schreiben habe sich der Mann selbst – offenbar ironisch – als „radikalierter Querdenker“ bezeichnet.

Anfragen des ZVW nach einer Stellungnahme zu seiner Recherche haben weder der zeitgleich zu seiner Beschäftigung beim LGA für die „Querdenken“-Gruppierung aktive Mann noch Michael Ballweg beantwortet. Das Landesgesundheitsamt teilte der Redaktion mit: „Beamtinnen oder Beamte, die sich aktiv für eine Organisation einsetzen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, verletzen ihre politische Treuepflicht und sind grundsätzlich aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen, wenn die Verletzung beharrlich fortgesetzt wird oder werden soll. Für die mit Arbeitsvertrag beim Land Beschäftigten gilt Entsprechendes. Es bedarf immer einer Prüfung im

Einzelfall.“ Fragen zur Person des Mannes wollte die Behörde nicht beantworten.

 DATEN 20.08.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 28.08.2021
 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/remm-murr-kreis/querdenker-im-landesgesundheitsamt-baden-w%C3%BCrttemberg-mitarbeiter-seit-monaten-in-der-szene-aktiv_arid-392762

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Deißlingen kam es am 22. August zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 22.08.2021, Deißlingen (Landkreis Rottweil)
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Auenwald kam es am 23. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 23.08.2021, Auenwald (Rems-Murr-Kreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

Im Kleinen Wiesental kam es am 23. August zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 23.08.2021, Kleines Wiesental (Landkreis Lörrach)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Wahlplakate mit Hakenkreuzen beschmiert

Im Bereich Mochenwangen und Wolpertswende haben Unbekannte in der Nacht zum 22. August zwei Wahlplakate von Bündnis 90/Die Grünen mit Hakenkreuzen beschmiert. Außerdem

wurden neun weitere Plakate der Partei beschädigt. Die Polizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

-  DATEN 23.08.2021, Wolpertswende (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 31.01.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5000848>

Wahlplakate heruntergerissen und angezündet

In der Nacht auf Dienstag, den 24. August, beschädigten in Giengen an der Brenz Unbekannte laut Polizeiangaben mindestens zwölf Wahlplakate. Diese wurden heruntergerissen und angezündet.

-  DATEN 24.08.2021, Giengen an der Brenz (Landkreis Heidenheim), Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/wahlplakate-beschaedigt-angezuendet-und-heruntergerissen-100.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Heilbronn kam es am 25. August zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 25.08.2021, Heilbronn
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ravensburg kam es am 25. August zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

-  DATEN 25.08.2021, Ravensburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Dietingen kam es am 26. August zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen.

Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 26.08.2021, Dietingen (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Sprayer verletzt Polizeibeamten

Ein 37 Jahre alter Mann wurde von einem Zeugen beobachtet, als er in der Nacht zum 26. August das historische Ettlinger Rathaus, verschiedene andere Gebäude und Wahlplakate mit extrem rechten Emblemen, homofeindlichen Aussagen und Drohbotschaften besprühte. Als ein von dem Zeugen informierter Polizeibeamter den Sprayer kurz nach Mitternacht festnehmen wollte, ließ der mit einer Sturmhaube bekleidete Mann seinen Hund los und leistete heftigen Widerstand. Mit der Unterstützung von drei Einsatzkräften des Kommunalen Ordnungsdienstes konnte der Polizist den 37-Jährigen schließlich überwältigen und ihm Handschellen anlegen. Bei dem Gerangel wurde der Polizeibeamte so schwer verletzt, dass er seinen Dienst vorzeitig beenden musste. Eine zur Verstärkung hinzugekommene Streifenwagenbesatzung brachte den weiter Widerstand leistenden Sprayer zur Polizeiwache, wo ein Alkoholtest einen Wert von zwei Promille bei ihm ergab. Gegen den Mann wurden Ermittlungen wegen Körperverletzung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung eingeleitet. Die strafrechtliche Relevanz seiner aufgesprühten Aussagen und Symbole sollte noch geprüft werden. Außerdem erwarteten ihn Schadensersatzforderungen für die Beseitigung der Schmierereien.

-  DATEN 26.08.2021, Ettlingen (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 30.08.2021
-  QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/karlsruhe/ettlingen/drohungen-rechtsextreme-schmierereien-ettlingen-polizei-sprayer>

Hakenkreuze auf FDP-Wahlplakaten

Ende August haben Unbekannte zwei nahe des Kornwestheimer Kultur- und Kongresszentrums angebrachte Wahlplakate des FDP-Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Ludwigsburg, Oliver Martin, mit Hakenkreuzen beschmiert. Das Staatsschutzdezernat der Polizei hat Ermittlungen wegen der Schmierereien eingeleitet.

-  DATEN 27.08.2021, Kornwestheim (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 04.03.2022
-  QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.vandalismus-in-ludwigsburg-die-fdp-ist-ziemlich-irritiert.85c8fa5f-ee13-4bb1-bcd7-f8f0e74c813b.html?reduced=true>

Betrunkener Mann bedroht Personen und zeigt den Hitlergruß

Am Abend des 25. August soll sich am Busbahnhof in Winnenden ein betrunkenener Mann zeitweise komplett ausgezogen, Personen bedroht und ihnen den Hitlergruß gezeigt haben. Das Polizeirevier Winnenden bat Geschädigte und Zeug*innen des Vorfalls sich zu melden.

 DATEN 27.08.2021, Winnenden (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 30.08.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5005043>

Farbschmierereien in Möckmühl

Aus dem gesamten Stadtgebiet Möckmühl meldeten Einwohner*innen der Polizei Ende August rote und rosafarbene Schmierereien. Unter anderem waren sie an der Stadthalle sowie an Schildern, Stromkästen, Tankstellen und Bushaltstellen aufgesprüht worden. Die Ermittler*innen vermuten, dass die Schmierereien in Zusammenhang mit einer zeitnah in der Möckmühler Stadthalle geplanten Wahlkampfveranstaltung zur Bundestagswahl standen.

 DATEN 29.08.2021, Möckmühl (Landkreis Heilbronn),
Internetaufruf: 14.12.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Heilbronn
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110971/5005889>

Wahlplakate angezündet

In Bietigheim-Bissingen haben Unbekannte in der Nacht zum 31. August vier bis fünf Wahlplakate verschiedener Parteien angezündet. Eine Passantin entdeckte die Brandstiftung an den bis dahin schon fast vollständig verbrannten Plakaten kurz nach 3 Uhr. Die Höhe des entstandenen Schadens war zunächst nicht bekannt.

 DATEN 31.08.2021, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg),
Internetaufruf: 31.08.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/5007590>

DATEN 01.09.2021, Mainhardt (Landkreis Schwäbisch-Hall)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

Homofeindliche Schmierereien an Kindergarten in Edingen-Neckarhausen

Bereits zum vierten Mal haben Unbekannte Anfang September an einer Kreidetafel im Außenbereich eines Neckarhausener Kindergartens homofeindliche Schmierereien angebracht. Bei den ersten drei Beschädigungen waren homofeindliche Aussagen mit Wachsmal- und Markerstiften angebracht worden. Dieses Mal wurde ein auch als Symbol für die LGBTIQ-Community auf der Tafel angebrachter Regenbogen vollständig mit Goldfarbe überstrichen. Die Leiterin der Einrichtung hat Anzeige wegen der Schmierereien erstattet.

DATEN 01.09.2021, Edingen-Neckarhausen (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 06.09.2021
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/bergstrasse_artikel,-edingen-neckarhausen-zum-vierten-mal-homophobe-schmierereien-an-kindergarten-_arid,731284.html

Folgemeldung zu „Homofeindliche Schmierereien an Kindergarten in Edingen-Neckarhausen“ vom 01.09.2022

Der Täter, der seit Juli 2021 vier oder gar fünf Mal eine Kreidetafel vor dem Kindergarten Edingen-Neckarhausen homofeindlich beschmierte, wurde nach Angaben der Rhein-Neckar-Zeitung gefasst. Wie ein Sprecher der Polizei gegenüber der Zeitung mitteilt, handelt es sich um einen 80-jährigen Mann aus der Gemeinde, der bei der Vernehmung die Taten gestand. Er erhält eine Anzeige wegen Sachbeschädigung. Das weitere Verfahren liegt bei der Staatsanwaltschaft. Die Leiterin des Kindergartens äußerte sich erleichtert über den Ermittlungserfolg.

DATEN 02.02.2022, Edingen-Neckarhausen (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 03.02.2022
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/region/rhein-neckar_artikel,-edingen-neckarhausen-ueber-80-jaehriger-ist-der-tafel-schmierer-_arid,814153.html

Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Mainhardt kam es am 1. September zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti*innen und Rom*innen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB). Der Vorfall wird als Internetstrafat eingestuft.

Folgemeldung zu „Antiziganistisch motivierter Übergriff“ vom 01.09.2021

Nach der Niederlage des VfL Mainhardt beim FC Matzenbach am 1. September veröffentlichten zwei Anhänger der unterlegenen Mannschaft auf der Facebook-Seite ihres Vereins Kommentare, die zu Ermittlungen wegen Beleidigung und Volksverhetzung führten. In einem Kommentar wurde die gegnerische Mannschaft als „Katzaresser“ bezeichnet. In einem weiteren Kommentar beklagte sich ein Mainhardter Anhänger über die Aggressivität der Matzenbacher Zuschauer*innen während des Spiels und vermutete die „genetischen Wurzeln der Vorfahren in dieser Gegend“ als Ursache. Vertreter des FC Matzenbach sehen darin eine Bezugnahme auf die Volksgruppe der Jenischen, von denen noch heute viele Nachfahren in der Gemeinde Fichtenau, zu der Matzenbach gehört, leben. Ein Spieler des FC beklagte, dass seine Mannschaft nach dem Aufstieg in die Bezirksliga vermehrt mit antiziganistischen Kommentaren konfrontiert seien. Auch wenn die Kommentare kurz nach der Veröffentlichung gelöscht wurden, ermittelt die Staatsanwaltschaft Heilbronn, Zweigstelle Schwäbisch Hall.

DATEN 22.12.2021, Mainhardt (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 21.04.2022
QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/crailsheim/Matzenbach-Mainhardt-Fussball-Anzeige-Beleidigung-Volksverhetzung-61649693.html>

Folgemeldung zu „Antiziganistisch motivierter Übergriff“ vom 01.09.2021

Zwei Fußballanhänger des VfL Mainhardt sollen sich nach einem Spiel in der Bezirksliga in beleidigender und volksverhetzender Weise über die gegnerische Mannschaft aus Matzenbach geäußert haben. Sie erhielten von der Staatsanwaltschaft Strafbefehle in Höhe von 700 Euro. Einer der beiden Beschuldigten legte Widerspruch ein, sodass es vor dem Gericht zur Verhandlung kam. Die Staatsanwaltschaft sah in der Formulierung „Gega dia Katzaresser“, die der Beschuldigte getätigt hatte, nicht nur den Tatbestand der Beleidigung erfüllt, sondern auch den der Volksverhetzung, weil in Matzenbach Bewohner*innen mit jenischem Hintergrund beheimatet seien. Der 44-jährige Angeklagte behauptete vor Gericht, er habe das nicht gewusst und den Begriff als „Neck-Namen“ für einen Ort gesehen, wie es in seiner Heimat im Bottwarer Tal üblich sei. Der Angeklagte erklärte sich bereit, einen Täter-Opfer-Ausgleich in Form einer Geldbuße von 500 Euro an das

Albert-Schweitzer-Kinderdorf zu zahlen. Das Gericht stellte daraufhin das Verfahren ein.

-  DATEN 06.06.2022, Mainhardt (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 14.06.2022
-  QUELLE Südwest Presse
https://www.swp.de/lokales/schwaebisch-hall/verfahren-gegen-zahlung-von-500-euro-eingestellt-_katzenfresser_-beleidigung-gegen-matzenbacher-team-hat-ein-nachspiel-64783937.html

Wahlplakat mit Hakenkreuz beschmiert

Im Fellbacher Stadtteil Schmieden entdeckte eine Polizeistreife am Morgen des 2. September ein mit einem spiegelverkehrten Hakenkreuz und anderen Schmierereien versehenes Wahlplakat der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Der Fachbereich Staatsschutz bei der Kriminalpolizei Waiblingen hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

-  DATEN 02.09.2021, Fellbach (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 03.09.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5010126>

Frau ruft den Hitlergruß und beleidigt Mann als Nazi

In einem Fortbildungszentrum in der Ludwigsburger Weststadt trug eine 41-jährige Frau am Vormittag des 2. September weder einen Mund-Nasen-Schutz noch beachtete sie die geltende 3G-Regel. Als sie deshalb das Zentrum verlassen sollte, spielte die Frau im Eingangsbereich laute Musik, schrie und beschädigte ein Hinweisschild. Anschließend beschimpfte sie den Leiter des Zentrums als Nazi, rief den Hitlergruß und wehrte sich mit Tritten und Beleidigungen gegen ihre Festnahme durch die wegen ihres Verhaltens alarmierten Polizeibeamten*innen.

Laut Polizei befand sich die Frau vermutlich in einem „psychischen Ausnahmezustand“, sie wurde in ein Krankenhaus gebracht. Ermittlungen gegen die 41-Jährige, unter anderem wegen Beleidigung, Sachbeschädigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, wurden eingeleitet.

-  DATEN 02.09.2021, Ludwigsburg, Internetaufruf: 25.03.2022
-  QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/5010069>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Sulz am Neckar kam es am 2. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuord-

nen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 02.09.2021, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Hakenkreuz in Fensterscheibe gekratzt

Unbekannte haben an einer Schule in Murrhardt 22 Fensterscheiben zerkratzt. In eine der Scheiben wurde dabei auch ein Hakenkreuz geritzt. Entdeckt wurde der vorläufig auf bis zu 10.000 Euro geschätzte Schaden am Vormittag des 2. September. Die Polizei in Murrhardt hat Ermittlungen eingeleitet.

-  DATEN 03.09.2021, Murrhardt (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 03.09.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5011088>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 3. September zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 03.09.2021, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

31-Jähriger wird rassistisch beleidigt

Ein 31-jähriger Mann wurde in Winnenden auf offener Straße von einem Mann in Motorradkleidung rassistisch beleidigt. Die Tat ereignete sich am 2. September gegen 21 Uhr im Bereich Mühltorstraße/Backnanger Straße.

-  DATEN 03.09.2021, Winnenden (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 17.10.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5010296>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Deißlingen kam es am 4. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen.

Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 04.09.2021, Deißlingen (Landkreis Rottweil)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Mann uriniert in Zugabteil und brüstet sich mit Hakenkreuz

Weil ein 35-jähriger Mann am Abend des 3. September in einem Zug seine Hose auszog, neben seinen Sitz urinierte und sich anschließend neben mehrere Mitreisende setzte, die sich von ihm belästigt fühlten, hat der von Fahrgästen über den Vorfall informierte Zugführer in Herbertingen angehalten und die Polizei verständigt.

Als die Beamt*innen eintrafen, musste der leicht alkoholisierte und möglicherweise unter Drogeneinfluss stehende Mann seine Hinterlassenschaften in dem Zug beseitigen und wurde dann in Gewahrsam genommen. Dabei prahlte der 35-Jährige den Einsatzkräften gegenüber noch mit einem aufgemalten Hakenkreuz an seinem Unterarm, weshalb Strafanzeige gegen ihn erstattet wurde.

DATEN 04.09.2021, Herbertingen (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 08.09.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5011327>

„Reichsbürger“ wehrt sich gegen die Beschlagnahme seines Autos

Die Stuttgarter Nachrichten berichten von im September bei Twitter eingestellten, aber bereits Anfang Juni 2021 aufgenommenen Videoclips, die zeigen, wie sich ein vermutlich den „Reichsbürgern“ zuzurechnender 55-Jähriger im Stuttgarter Stadtteil Feuerbach gegen die Pfändung seines Autos wehrt und einen Polizeieinsatz mit Pfefferspray auslöst. In den Clips sei zu sehen, wie der Widerstand des Mannes gegen den die Beschlagnahme durchführenden Zoll und die Amtshilfe leistende Polizei zunehmend eskalierte. Im Verlauf des Einsatzes sei der 55-Jährige auf das Autodach gestiegen und habe geschrien, man stehle sein Auto, er werde von Söldnern überfallen und die Militärpolizei solle verständigt werden. Später sei laut Polizei auch noch der 21 Jahre alte Sohn des Mannes dazugekommen und habe ebenfalls Widerstand gegen die eingesetzten Beamt*innen geleistet. Beide Männer wurden festgenommen, dabei habe der 55-Jährige einen Polizeibeamten leicht verletzt. Weil er auch entsprechende Parolen von sich gegeben habe, wurden die Ermittlungen gegen den mutmaßlichen „Reichsbürger“ dem Staatsschutz in Stuttgart übergeben.

DATEN 04.09.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 06.09.2021
QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt-abschleppaktion-in-stuttgart-twitter-videos-zeigen-einsatz-gegen-mutmasslichen-reichsbuerger.3df11e0f-0bd6-4d63-9a88-352d30ce9be2.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Korb kam es am 5. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 05.09.2021, Korb (Rems-Murr-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Extrem rechte Musik und rassistische Äußerungen bei AfD-Wahlveranstaltung in Lauda-Königshofen

Bei einer Wahlkampfveranstaltung der AfD mit der Bundestagskandidatin und Vorsitzenden der AfD Main-Tauber Christina Baum und dem Thüringer Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke am 4. September in Lauda-Königshofen wurde unter anderem das Lied „Kandel ist überall“ von der extrem rechten Musikgruppe „Runa & Rebellin“ abgespielt, berichtet die Zeit. Der Text des Lieds handelt von der Tötung einer 15-Jährigen durch ihren afghanischstämmigen Ex-Freund im Jahr 2017 in Kandel (Rheinland-Pfalz) und enthält Zeilen wie: „Kandel ist überall, wir erleben es in fast jedem Ort. Kandel ist überall und sie setzen es ungestraft fort.“ Ausgesucht habe den Titel die Bundestagskandidatin und enge Höcke-Vertraute Christina Baum, die bereits früher den rassistisch besetzten Begriff des „Bevölkerungsaustauschs“ thematisiert und mit der extrem rechten „Identitären Bewegung“ sympathisiert habe. In ihrer Rede bei der Veranstaltung habe sich Christina Baum bei den Musikerinnen dafür bedankt, „dass sie diese Probleme [...] musikalisch aufgearbeitet haben“, und in rassistischer Weise beklagt, dass Deutschland zum „Fremdland“ werde, schildert die Zeit weiter.

Wie das Haller Tagblatt berichtet, habe Christina Baum bei der Veranstaltung außerdem erklärt, dass „alle Corona-Maßnahmen sofort beendet“ würden, wenn die AfD an der Macht wäre. Auch Björn Höcke habe die Gefährlichkeit des Corona-Virus vehement bestritten und die Politik der vergangenen Jahre als „Krieg gegen das Volk“ bezeichnet. Es kam zu weiteren rassistischen Äußerungen durch die Redner. Höcke habe erklärt: „Frauen sind bei uns nicht gleichgesetzt mit einem Kamel oder einem Stück Rind“. Der AfD-Europaabgeordnete Maximilian Krah habe bei der Veranstaltung unter dem Jubel der AfD-Sympathisant*innen geäußert: „Ortskräfte sind die neuen Fachkräfte – das sind

Leute, die nicht nach Europa gehören“, schreibt das Haller Tagblatt weiter.

 **DATEN** 06.09.2021, Lauda-Königshofen (Main-Tauber-Kreis), Internetaufruf: 29.09.2021

 **QUELLE** Haller Tagblatt, Gedruckte Ausgabe, Seite 14

 **DATEN** 16.09.2021, Lauda-Königshofen (Main-Tauber-Kreis), Internetaufruf: 29.09.2021

 **QUELLE** Die Zeit
https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-09/afd-wahlkampf-musik-christina-baum-rechtsextremismus-runa?fbclid=IwAR15c5oy_dGouQABEA7oPUhv89NiNu4pDJyXua75065zjYfL3RthRcxofXM

Sachbeschädigungen und Bedrohungen im Bundestagswahlkampf

Vertreter*innen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD aus dem Landkreis Ludwigsburg berichteten gegenüber der Ludwigsburger Kreiszeitung von zahlreichen Sachbeschädigungen an Wahlplakaten, die einen erheblichen finanziellen Schaden verursacht haben. Plakate würden beschmiert, zerstört oder abgerissen. So seien im Bundestagswahlkampf Aufkleber mit einem Mund-Nasen-Schutz und dem mittig angebrachten Wort „schuldig“ auf Plakate geklebt worden. Die Aufkleber stammen aus dem Sortiment eines extrem rechten Onlineversandhändlers.

Darüber hinaus berichteten die Wahlkämpfer*innen von Beleidigungen und Übergriffen. Wahlhelfer Herbert Wolf von Bündnis 90/Die Grünen schilderte einen Vorfall in Pleidelsheim, bei dem ein Porsche-Fahrer ihm und seinem Kollegen in aggressivem Tonfall zugerufen habe „Sofort erschießen!“, als sie Plakate aufhängten. Die Sprecherin des Grünen-Kreisverbandes, Sarah Geißbauer, bestätigte, dass Wahlhelfer*innen Pöbeleien ausgesetzt seien. Der CDU-Bundestagskandidat Fabian Gramling berichtete von einzelnen Beleidigungen an Wahlkampfständen. Auffallend sei die Zunahme der Beleidigungen in sozialen Netzwerken. SPD-Bundestagskandidat Macit Karaahmetoglu beschrieb Aufkleber mit der Aufforderung „Hängt ihn auf!“, die auf Plakate geklebt würden. Er stellte eine Zunahme der Sachbeschädigungen im Vergleich zu früheren Wahlen fest. Der Pressesprecher des FDP-Kreisverbandes, Herbert Klutmann, teilte diesen Eindruck nicht. Er stellt die üblichen Beschädigungen und Entfernungen von Wahlplakaten fest. Der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes, Martin Hess, erzählte von Beleidigungen und Bedrohungen von Wahlhelfer*innen seiner Partei. Konrad Ott, Sprecher des Die Linke-Kreisverbandes, teilte der Zeitung mit, er habe von seinen Wahlhelfer*innen keine Berichte über Sachbeschädigungen oder Bedrohungen gehört.

 **DATEN** 06.09.2021, Landkreis Ludwigsburg, Internetaufruf: 14.12.2021

 **QUELLE** Ludwigsburger Kreiszeitung
https://www.lkz.de/lokales/landkreis-ludwigsburg_artikel,-vandalismus-und-beleidigungen-wahlplakate-haben-kurze-lebensdauer-_arid,651238.html

Vorfall mit Bezug zur Ku-Klux-Klan-Thematik

In Weil im Schönbuch kam es am 6. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts, der einen Bezug zur Ku-Klux-Klan-Thematik aufweist. Die Bundestagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

 **DATEN** 06.09.2021, Weil im Schönbuch (Landkreis Böblingen)

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2463
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002463.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mosbach kam es am 8. September zu Vorfällen gegenüber Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 **DATEN** 08.09.2021, Mosbach (Neckar-Odenwald-Kreis)

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Ulm kam es am 8. September zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

 **DATEN** 08.09.2021, Ulm

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Judenstern-Plakate gegen die Corona-Impfung in Laupheim

Anfang September sind in Laupheim, unter anderem im Umfeld des Rathauses, von Unbekannten mehrere Plakate mit einem nachgebildeten Judenstern und der Aufschrift „Ungeimpft“ angebracht worden. Die Stadtverwaltung hat Anzeige wegen der Plakataktion erstattet.

Eine weitere Anzeige wegen der Plakate kam vom Kreisverband Biberach der Partei „Die Basis“, die zwar selbst eine Impfpflicht

ablehnt, diese den Holocaust verharmlosende Verwendung des Judensterns aber verurteilte. Laut der Basis-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl waren auch Ankündigungen für eine Wahlkampfveranstaltung ihrer Partei überklebt worden.

Ob die Plakate den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen und deshalb strafrechtlich relevant sind, wird laut Polizei noch geprüft.

DATEN 10.09.2021, Laupheim (Landkreis Biberach),
Internetaufruf: 04.03.2022

QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/laupheim_artikel,-nach-plakat-aktion-mit-judenstern-ermittelt-die-kripo-_arid,11409019.html

Mannheimer Synagoge erneut beschädigt

Ein Fenster auf der Rückseite der Mannheimer Synagoge wurde am 9. September zwischen 12 und 19 Uhr von Unbekannten beschädigt. Vertreter der jüdischen Gemeinde entdeckten, dass eine mehrfach verglaste Schreibe großflächig gesprungen war. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Er prüft, ob die Tat politisch motiviert war und ob ein Zusammenhang zu zwei weiteren Sachbeschädigungen an der Synagoge aus dem Mai und Juli 2021 besteht.

DATEN 10.09.2021, Mannheim, Internetaufruf: 20.10.2021

QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/region/metropolregion-mannheim/mannheim_artikel,-mannheim-fensterscheibe-an-der-synagoge-beschaedigt-_arid,736345.html

Romantisierung der Kolonialgeschichte im Europa-Park Rust

In der Kulisse einer afrikanisch anmutenden Dschungel-Floßfahrt im Europa-Park Rust waren einer Freiburger Studentin und ihrem Kommilitonen im Rahmen einer Seminararbeit Darstellungen aufgefallen, die kolonialistische Stereotype der weißen Überlegenheit über Menschen in Afrika bedienen. Besonders die Darstellung eines Schwarzen an einer Seilrutsche – über ihm ein Affe in einem Bastkorb – fanden die Studierenden regelrecht rassistisch, berichtet die Badische Zeitung.

Man nehme solche Vorwürfe sehr ernst, betonte ein Sprecher der Geschäftsleitung des Parks, auch andere Gäste hätten ähnliche Kritik schon vorgebracht. Die Floßfahrt solle deshalb im Rahmen fälliger Renovierungen im Jahr 2022 überarbeitet werden. Kurzfristig seien einige problematische Elemente bereits ausgetauscht worden. Statt des Schwarzen sei beispielsweise ein weißer Mann im Tropenanzug an der Seilrutsche zu sehen und die „Colonial Food Station“ sei in „Adventure Food Station“ umbenannt worden, hieß es weiter.

DATEN 10.09.2021, Rust (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 07.03.2022

QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/darstellung-schwarzer-menschen-im-europa-park-sorgt-fuer-kritik--204719411.html>

Folgemeldung zu „Romantisierung der Kolonialgeschichte im Europa-Park Rust“ vom 10.09.2021

Der Freiburger Historiker und Kolonialismus-Experte Heiko Wegmann gibt in der Diskussion um die Dschungel-Floßfahrt im Europa-Park an, dass er „bereits vor Jahren [...] diese Attraktion infrage gestellt“ habe. Das den Kolonialismus beschönigende Fahrgeschäft sei laut dem Tübinger Ethnologen Antony Pattathu kein Einzelfall. In Kirchen gebe es heute noch vereinzelt schwarze Figuren, die sich bedanken, wenn man Geld einwirft, und in einzelnen Geschäften oder Restaurants finde man noch immer Darstellungen von Schwarzen mit schwulstigen Lippen und schielenden Augen. Weitere Beispiele seien das „afrikanische Dorf“ der Südwest Messe in Villingen-Schwenningen oder eine traditionsreiche Karnevalsgruppe in Emmendingen, die weiter an ihrem Namen Kongo-**** (mit dem N-Wort nach dem Bindestrich) und den dazugehörigen Kostümen festhalte. Dass der Europa-Park die umstrittene Attraktion umgestalten wolle, finden beide Forscher gut.

DATEN 23.09.2021, Rust (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 07.03.2022

QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nach-rassismus-kritik-der-europapark-ist-kein-einzelfall.759327af-411e-4400-b8e4-d0aa13de6ba3.html>

Folgemeldung zu „Romantisierung der Kolonialgeschichte im Europa-Park Rust“ vom 10.09.2021

Nach der Veröffentlichung ihrer Kritik an der Romantisierung der Kolonialgeschichte im Europa-Park Rust habe die Freiburger Studentin gegenüber dem Stern von Hasskommentaren und verletzender Kritik berichtet, schreibt das Magazin. Ein direkt an sie gerichteter Leserbrief nach dem Erscheinen des Artikels der Badischen Zeitung habe sie ziemlich verletzt. Auch viele Kommentare auf Facebook hätten die Studentin sehr getroffen, da die Verfasser*innen – statt auf das Thema ihrer Kritik einzugehen – sie selbst persönlich angegriffen hätten.

DATEN 30.09.2021, Rust (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 07.03.2022

QUELLE Stern
<https://www.stern.de/gesellschaft/rassismus-diskussion-um-europa-park---studentin-erhielt-hassbotschaften-30788346.html>

Extrem Rechte greifen das Wangener Jugendzentrum an

In der Nacht zum 4. September haben mehrere, mutmaßlich der extrem rechten Szene zuzurechnende Personen ein Jugendzentrum in Wangen im Allgäu angegriffen, berichtet die Schwäbische Zeitung. Laut Schilderungen des Jugendzentrums und der bei der Tat anwesenden Besucher*innen seien drei männliche, offensichtlich betrunkene Jugendliche oder junge Erwachsene vorbeigekommen und hätten vor dem Gebäude sitzende Besucher*innen handfest bedroht und massiv beschimpft. Trotz mehrerer ruhig vorgetragenen Aufforderungen seien sie nicht gegangen. Als die Besucher*innen sich in das Jugendzentrum zurückgezogen haben, hätte sich die Dreiergruppe zwar entfernt, sei aber in der Nähe des Gebäudes geblieben. Etwas später habe das Trio, zusammen mit zwei dazugekommenen, etwas älteren Männern, massiv gegen die Scheiben des Jugendzentrums gehämmert, teilweise auch mit Flaschen und anderen Gegenständen. Dabei hätten sie homofeindliche Äußerungen gemacht und gedroht, alle Personen im Gebäude zusammenzuschlagen. Nach der Attacke seien zwei Scheiben eingeschlagen gewesen, eine dritte habe nur dank eines Eisengitters standgehalten. Laut des Vorstands des Jugendzentrums hätten sich die circa zehn bei dem Angriff anwesenden Personen bis zum Morgengrauen nicht aus dem Gebäude getraut und seien auch dann nur in Gruppen gegangen.

Ein mögliches Motiv der Tat vermutete der Vorstand in einem Aufruf der extrem rechten Kleinpartei „Der III. Weg“ im Juni 2021 zu einer Offensive gegen Antifaschist*innen. Ein Foto mit vor die Kamera gehaltenen Flyern des Aufrufs, direkt vor der Tür des Jugendzentrums, kursiere im Netz.

Auf eine Anzeige des Vorfalls bei der Polizei habe das Jugendzentrum bewusst verzichtet, berichtet die Schwäbische Zeitung weiter. Bei früheren Vorfällen seien die Fahndungserfolge laut des Vorstands ausgeblieben und die ermittelnden Beamt*innen seien „in keinsten Weise eine Hilfe“ gewesen. Man habe sie fast als „Schikane“ wahrgenommen und sei indirekt verdächtigt worden, die Tat selbst begangen zu haben.

DATEN 10.09.2021, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 16.09.2021
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/wangen_artikel,-so-lief-der-angriff-auf-das-wangener-jugendzentrum-tonne-_arid,11409269.html

Hakenkreuze in Reutlingen

Unbekannte haben zwischen 20 Uhr am 10. September und 7.15 Uhr am 11. September mehr als zwei Dutzend Hakenkreuze an verschiedene Behörden- und Bürogebäude im Reutlinger Stadt-

gebiet geschmiert. Der entstandene Sachschaden wurde auf mehrere tausend Euro geschätzt.

Die Polizei in Reutlingen hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und wegen Sachbeschädigung eingeleitet.

DATEN 11.09.2021, Reutlingen, Internetaufruf: 12.09.2021
QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/blaulicht_artikel,-geb%C3%A4ude-in-reutlingen-mit-hakenkreuzen-beschmiert-zeugen-gesucht-_arid,6494323.html

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Schenkenzell kam es am 11. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 11.09.2021, Schenkenzell (Landkreis Rottweil)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Politisch-motivierte Kriminalität rechts

In Schöntal kam es am 13. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

DATEN 13.09.2021, Schöntal (Hohenlohekreis)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1153
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Deißlingen kam es am 15. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 15.09.2021, Deißlingen (Landkreis Rottweil)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Dornhan kam es am 15. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen.

Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 15.09.2021, Dornhan (Landkreis Rottweil)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Langenburg kam es am 15. September zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 15.09.2021, Langenburg (Landkreis Schwäbisch Hall)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Oberndorf am Neckar kam es am 15. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 15.09.2021, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil)
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Drohbriefe gegen Freiburger Politiker*innen

Die Freiburger Bundestagskandidatinnen der Partei „Die PARTEI“ und der MLPD sowie drei weitere politisch Engagierte erhielten anonyme Drohbriefe zugesendet. Die allesamt mit der gleichen Handschrift verfassten Briefe enthielten Todesdrohungen, Gewaltdarstellungen und pornografische Bilder, berichtet die Badische Zeitung. Zum Teil enthielten die Briefe Androhungen sexualisierter Gewalt. Neben den beiden Bundestagskandidatinnen waren der Geschäftsführer der „JUPI“-Fraktion sowie eine Stadträtin und der Fraktionsgeschäftsführer von „Die PARTEI“ betroffen. Der „JUPI“-Geschäftsführer erhielt mehrere Briefe an seine Privatadresse, nachdem ein Zeitungsartikel veröffentlicht wurde. Darin wurde über seine Anzeige gegen einen Mann berichtet, der bei einer Corona-Demonstration ein Schild mit der Aufschrift „Impfen macht frei“ zeigte.

Bereits ein Jahr zuvor erhielt ein pensionierter Lehrer, der für die Kampagne „Sichtbar in Freiburg“ auf Plakaten warb, einen Drohbrief mit identischer Handschrift. Die fünf Betroffenen erstatteten Anzeige bei der Polizei. Die Kriminalpolizei ermittelt.

DATEN 17.09.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 29.09.2021
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/freiburger-politikerinnen-erhalten-drohbriefe-handschrift-identisch>

„Querdenker“ will Impfungen an Heilbronner Schulen verhindern

Die Heilbronner Stimme berichtet von einem Beitrag in sozialen Medien, in dem dazu aufgerufen werde, die Impfbusse von den Heilbronner Schulen fernzuhalten. Zugeschrieben werde der Beitrag dem in der „Querdenken“-Szene bekannten Sinsheimer Arzt, Impfgegner und Verschwörungsideologen Bodo Schiffmann.

Unter der Überschrift „Die städtische Mörderbande fällt in die Heilbronner Schulen ein“ und der Unterzeile „Die Tournee-Daten der Mördertruppe für die kommende Woche“ werden in einer Tabelle die Impftermine an Heilbronner Schulen im Zeitraum vom 20. bis zum 23. September aufgelistet. Außerdem hieß es in dem Beitrag: „Die holländischen Eltern haben die Impfbusse aus den Schulen vertrieben. Das kriegen wir auch hin.“

Ein Sprecher der Heilbronner Polizei sagte auf Anfrage der Heilbronner Stimme, man werde bei den Impfterminen präsent sein. Ob der Aufruf tatsächlich von Bodo Schiffmann stamme und inwieweit zu einer Straftat aufgerufen werde, sei Gegenstand laufender Ermittlungen, hieß es weiter.

DATEN 17.09.2021, Heilbronn, Internetaufruf: 29.09.2021
QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/regional/region/querdenker-schiffmann-ruft-zu-stoerung-der-impfteams-an-heilbronner-schulen-auf-art-4533407>

Brennende Wahlplakate in Karlsruhe

Am Abend des 16. September haben mehrere Anrufer*innen der Karlsruher Polizei brennende Wahlplakate im Stadtgebiet gemeldet. Die Beamt*innen konnten daraufhin einen 25-jährigen Tatverdächtigen ermitteln. Insgesamt seien vier an Laternenmasten befestigte Plakate angezündet worden. Welche Parteien die Plakate zur Bundestagswahl angebracht hatten, war aufgrund des Brandschadens nicht mehr feststellbar. Laut eines Polizeisprechers wurden gegen den Tatverdächtigen Ermittlungen wegen Sachbeschädigung eingeleitet.

Schon zuvor waren Wahlplakate in Karlsruhe mehrmals das Ziel von Brandstiftungen. In der Vorwoche waren im Stadtteil Daxlanden vier AfD-Plakate angezündet und dabei die Lichtmasten, an denen sie angebracht waren, stark beschädigt worden. Im Stadtteil Grünwinkel hatten am 8. September Plakate der Parteien Bündnis C und AfD gebrannt, am 7. September Wahlplakate der SPD. Bei den Ermittlungen sollte deshalb geprüft werden, ob auch bei diesen

Vorfällen Verbindungen zu dem 25-jährigen Tatverdächtigen bestehen.

-  DATEN 17.09.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 14.12.2021
-  QUELLE **Badische Neueste Nachrichten**
<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/daxlanden/erneut-brennen-wahlplakate-in-karlsruhe-polizei-fasst-verdaechtigen>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Offenburg kam es am 17. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität Religiöse Ideologie Anzeigen wegen Beschimpfungen von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen (§166 StGB).

-  DATEN 17.09.2021, Offenburg (Ortenaukreis)
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Uhingen kam es am 17. September zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 17.09.2021, Uhingen (Landkreis Göppingen)
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Angriff auf Rollstuhlfahrerin

Eine Rollstuhlfahrerin wurde am 17. September gegen Mittag an den Bahngleisen des Leimener Teilorts St. Ilgen von einem Unbekannten zunächst beleidigt und dann mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen. Die Polizei hat Ermittlungen gegen den flüchtigen Täter aufgenommen.

-  DATEN 18.09.2021, Leimen (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 03.11.2021
-  QUELLE **Polizeipräsidium Mannheim**
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/5023729>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 18. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

-  DATEN 18.09.2021, Stuttgart
-  QUELLE **Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716**
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Erneut Ermittlungen wegen extrem rechter Verdachtsfälle bei Bundeswehr-Eliteeinheit

Gegen zwei Angehörige des Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Calw laufen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Rechtsextremismus. Ein Oberstabsfeldwebel soll 2015 die schwarz-weiß-rote Reichsflagge neben der Bundesflagge angebracht oder nichts dagegen unternommen haben. Die Reichsflagge gilt in der extrem rechten Szene als Ersatzsymbol für die verbotene Hakenkreuzfahne. Außerdem steht ein Leutnant im Verdacht, 2014 über WhatsApp Bilder mit extrem rechtem Inhalt verbreitet zu haben. Beide Vorfälle waren dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) im September gemeldet worden. Der MAD habe die Ermittlungen übernommen, berichtet der Südwestrundfunk. Beim KSK habe es in den letzten Jahren rund 50 Verdachtsfälle wegen Rechtsextremismus gegeben.

-  DATEN 19.09.2021, Calw, Internetaufruf: 13.10.2021
-  QUELLE **Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg**
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/ksk-ermittlungen-rechtsextremismus-100.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Deißlingen kam es am 19. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

-  DATEN 19.09.2021, Deißlingen (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE **Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711**
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Zank am Wahlstand

Am Samstag, 18. September, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Betreiber*innen eines Wahlstandes der Partei „Die Basis“ und rund 15 schwarz gekleideten sowie zum Teil maskierten Personen. Zuvor hatte die Gruppe gegen den Wahlstand protestiert, indem sie den Infostand halbkreisförmig umstellte, ein großes Transparent zeigte sowie Flugblätter und Aufkleber verteilte. Bevor die Polizei eintraf, entfernte sich die Gruppe. Im Rahmen ihrer Fahndung kontrollierte die Polizei drei Personen, bei denen die Beteiligung an der Aktion gegen den Wahlstand geprüft wurde.

-  DATEN 19.09.2021, Reutlingen, Internetaufruf: 03.11.2021
-  QUELLE **Polizeipräsidium Reutlingen**
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110976/5024161>

Vorfall mit Bezug zur Ku-Klux-Klan-Thematik

In Ettlingen kam es am 20. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts, der einen

Bezug zur Ku-Klux-Klan-Thematik aufweist. Die Bundestagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 20.09.2021, Ettlingen (Landkreis Karlsruhe)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2463
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002463.pdf>

Teilnehmer des Klimacamps und Parkbesucher mit Waffe bedroht

Ein „aggressiv gestimmte[r] Jugendliche[r]“ bedrohte mit mehreren Begleitern zwei Besucher des Schlossgartens, darunter ein Teilnehmer des Klimacamps, mit einer „täuschend echt aussehenden Spielzeugpistole“, berichtete die Karlsruher Polizei. Der Vorfall ereignete sich am 21. September gegen 19.45 Uhr. Die Polizei stellte im Rahmen ihrer Fahndung den 15-Jährigen, der sich inzwischen seiner Waffe in der Nähe des Klimacamps entledigt hatte. Sein Motiv war unklar. Er wurde über die Gefahren einer Anscheinswaffe aufgeklärt und seiner Mutter übergeben. Mitarbeiter*innen des „Haus des Jugendrechts“ übernahmen die Ermittlungen.

DATEN 22.09.2021, Karlsruhe, Internetaufruf: 03.11.2021
QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110972/5027156>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Offenburg kam es am 22. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität Religiöse Ideologie Anzeigen wegen Beschimpfungen von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen (§166 StGB).

DATEN 22.09.2021, Offenburg (Ortenaukreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Impfgegner*innen blockieren Impfbusse vor Schulen

Impfgegner*innen haben vor mehreren Schulen in Baden-Württemberg demonstriert und eingesetzte Impfbusse behindert, um Corona-Impfungen für die Schüler*innen zu verhindern.

Am 22. September protestierten laut Polizei rund zehn Angehörige der „Querdenken“-Szene an einem Schulzentrum im Schwäbisch Gmünder Stadtteil Bettringen gegen die Impfung der Schüler*innen. Eine ähnliche Protestaktion fand später vor einem Schwäbisch Gmünder Gymnasium statt.

Am 23. September haben sich circa 100 Impfgegner*innen zu einem Protest vor einer Freiburger Schule versammelt. Auf Schildern waren die Aufschriften „Freiwillige Versuchskaninchen“, „Pandemie ist ein großer PCR-Test“ und „Eine Impfung kann man nicht rückgängig machen“ zu lesen.

Ebenfalls am 23. September haben circa zehn Demonstrierende versucht, einen Impfbus des Landkreises Tübingen zu blockieren, als dieser auf den Schulhof eines Gymnasiums in Rottenburg am Neckar fahren wollte.

In allen drei Städten musste die Polizei bei den Protestaktionen einschreiten. In Rottenburg kam es dabei zu Rangeleien zwischen Demonstrierenden und Polizeikräften, bei denen zwei Beam*innen und ein Demonstrant leicht verletzt wurden.

Auch in den Tagen zuvor habe es laut dem SWR in Ammerbuch-Entringen, Rottenburg und Tübingen bereits Störaktionen gegen den Impfbus des Landkreises Tübingen gegeben.

DATEN 23.09.2021, Freiburg im Breisgau und Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis), Internetaufruf: 29.09.2021

QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/corona-impfgegner-stoeren-impfaktionen-an-schulen-in-bw-100.html>

DATEN 24.09.2021, Rottenburg am Neckar (Landkreis Tübingen), Internetaufruf: 29.09.2021

QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/impfgegner-blockieren-impfbus-in-rottenburg-100.html>

Antisemitische „Querdenken“-Aufkleber sorgen für Ärger

Unbekannte brachten am 22. September an mehreren Orten in Ispringen Aufkleber an, die Ungeimpfte mit Jüd*innen zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur gleichsetzen. Die Aufkleber in Form eines Judensterns mit der Aufschrift „Ungeimpft“ seien an Gebäuden von Einzelhändler*innen und Gastronomiebetrieben, an Laternen, Schaukästen von Vereinen und Kirche sowie an anderen Orten geklebt worden, berichtet die Pforzheimer Zeitung.

Der Ispringer Bürgermeister habe die Aufkleber umgehend beim Staatsschutz zur Anzeige gebracht. Die Polizei gab an, ihr sei das bundesweite Problem bekannt. Die Sticker könnten über eine „Querdenken“-Plattform im Internet bestellt werden. Eine Sprecherin der Polizei Pforzheim verwies darauf, dass die Aufkleber von Gerichten bislang nicht als strafrechtlich relevant eingestuft wurden. Ispringens Bürgermeister verwies auf einen ähnlichen Fall aus Laupheim, bei dem der Verdacht auf Volksverhetzung noch geprüft werde.

Der Bürgermeister äußerte sich gegenüber der Zeitung kritisch über die Aufkleber. „Diese Leute trampeln auf den Toten herum, die von den Nazis ermordet wurden“, zitiert ihn das Blatt. Bei einer Straßenumfrage der Pforzheimer Zeitung äußerten die Bürger*innen ebenfalls ihr Unverständnis für die Aufkleber. Die Grenze des Tolerablen werde dadurch überschritten. Die

Aufkleber seien nicht das richtige Mittel für die Auseinandersetzung.

-  DATEN 23.09.2021, Ispringen (Enzkreis), Internetaufruf: 04.08.2022
-  QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/region_artikel,-Provokation-im-Pandemiestreit-Judenstern-Symbolik-in-Ispringen-sorgt-fuer-grossen-Aerger-_arid,1619136.html

Musiker verbreitet Rassismus bei Kulturnacht

Die Südwest Presse berichtet über einen rassistischen Vorfall, der sich im Rahmen der Ulmer Kulturnacht am 18. September zugetragen habe. Demnach spielte ein Musiker vor einem italienischen Restaurant in der Nähe des Münsterplatzes zunächst Unterhaltungsmusik. Im Laufe des Abends habe der Mann begonnen, in den Liedpausen rassistische Äußerungen gegen Schwarze von sich zu geben. Darin drückte er seine Ablehnung gegen die Anwesenheit von Schwarzen in Deutschland aus. Das rund 40-köpfige Publikum widersprach dem nicht, einige applaudierten, berichtet die Zeitung weiter. Nur einige junge Passantinnen äußerten sich kritisch, dass Rassismus hier fehl am Platze sei. Mitarbeiter*innen des Restaurants wollen den Mann nicht gekannt und von den Äußerungen nichts mitbekommen haben. Ein Sprecher der Kulturnacht verwies darauf, dass der Mann nicht Teil des offiziellen Programms gewesen sei, distanzierte sich aber deutlich von den rassistischen Äußerungen. Würden im Vorfeld der Kulturnacht bekannt, dass sich Künstler*innen rassistisch oder sexistisch äußern, schreite man ein, denn dafür sei kein Platz bei der Veranstaltung.

-  DATEN 23.09.2021, Ulm, Internetaufruf: 29.09.2021
-  QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/ulm/rassismus-im-rahmen-der-kulturnacht-das-sagt-die-stadt-zu-den-rassistischen-aeusserungen-eines-saengers-59705459.html>

Hakenkreuz auf Spielplatz in Hüttlingen

An einem Spielhaus eines öffentlichen Spielplatzes in Hüttlingen wurden am 23. September mit schwarzer Farbe angebrachte Schmierereien entdeckt. Unter anderem hatten die unbekanntesten Täter*innen ein Hakenkreuz aufgesprüht. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

-  DATEN 24.09.2021, Hüttlingen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 29.09.2021
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/huettingen_artikel,-spielhaus-mit-hakenkreuz-beschmiert-_arid,11415180.html

Hakenkreuze und SS-Runen an Kornwestheimer Jugendzentrum

Auf dem Freizeitgelände am Jugendzentrum Kornwestheim haben Unbekannte Sportgeräte und Sitzmöbel mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. Laut Polizei wurden die Schmierereien zwischen dem 16. und 20. September angebracht. Der entstandene Sachschaden läge vermutlich im vierstelligen Bereich.

-  DATEN 24.09.2021, Kornwestheim (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 04.03.2022
-  QUELLE Kornwestheimer Zeitung
<https://www.kornwestheimer-zeitung.de/inhalt.kornwestheim-hakenkreuze-am-jugendzentrum.a541fedd-1796-424a-94b2-1aba86722984.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Sulz am Neckar kam es am 25. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich nicht zuzuordnen. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Diebstahls (§242 StGB).

-  DATEN 25.09.2021, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil)
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Maskenverweigerer verherrlicht Bluttat von Idar-Oberstein

Wie die Badische Zeitung berichtet, sind auf einem Keramikmarkt in Kandern ein junger Mann und sein Vater trotz zahlreich angebrachter Hinweise auf die Maskenpflicht ohne Mund-Nasenschutz unterwegs gewesen. Einer Besucherin, die den jüngeren Mann bat, eine Maske anzulegen, habe dieser entgegnet, dass er es gut finde, wenn Personen, die andere zum Tragen einer Maske aufforderten, in den Kopf geschossen würde, wie es beim Tankstellen-Mord in Idar-Oberstein geschehen war.

-  DATEN 26.09.2021, Kandern (Landkreis Lörrach), Internetaufruf: 29.09.2021
-  QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/maskenverweigerer-in-kandern-verherrlicht-bluttat-von-idar-oberstein--205119987.html>

Vorfall politisch-motivierter Kriminalität

In Rottweil kam es am 27. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts. Die Landtagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen

verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 27.09.2021, Rottweil

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17/1711
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1711_D.pdf

Vorfall mit Bezug zur Ku-Klux-Klan-Thematik

In Weil im Schönbuch kam es am 28. September zu einem Vorfall politisch-motivierter Kriminalität im Phänomenbereich rechts, der einen Bezug zur Ku-Klux-Klan-Thematik aufweist. Die Bundestagsdrucksache nennt Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

 DATEN 28.09.2021, Weil im Schönbuch (Landkreis Böblingen)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2463
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002463.pdf>

Rechtsradikale Symbole auf Straße gesprüht

Mit roter Sprühfarbe hat eine unbekannte Person zwischen dem 26. September und dem Morgen des 27. September rechtsradikale Symbole auf die Straße „Saline“ in Rottweil gesprüht. Es entstand ein Schaden in Höhe von 300 Euro.

 DATEN 29.09.2021, Rottweil, Internetaufruf: 03.11.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/5033193>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Bermatingen kam es am 30. September zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 30.09.2021, Bermatingen (Bodenseekreis)

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Verdacht auf antisemitische Schmierereien

An einer Brücke im Erbacher Teilort Dellmensingen wurden mehrere Graffiti angebracht, darunter eine Kombination aus dem Wort „Jude“ und dem Zahlencode 187. Die Zahl 187 steht in Anlehnung an die kalifornische Gesetzgebung als Code für Mord und ist durch die popkulturelle Vermittlung über Filme und die Hip-Hop-Szene auch in Deutschland bekannt. Eine Autofahrerin, die die Graffiti entdeckte und entschlüsselte, erstattete am 4. Oktober Anzeige bei der Polizei.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft erklärte gegenüber der Südwest Presse, dass eine juristische Einordnung über den Tatbestand der Sachbeschädigung hinaus schwierig sei. Ob der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist, sei unklar und Gegenstand der Ermittlungen. Es werde außerdem geprüft, ob ein zeitlicher Zusammenhang zu einer Enthüllung eines Gedenksteins bestehe. Der Ortsvorsteher vermutete laut Südwest Presse „irgendwelche Kreise“ hinter den Schmierereien, die einen Keil in die Ortsgemeinschaft treiben wollten. Der Bauhof wurde beauftragt, die Graffiti zu überstreichen

DATEN 04.10.2021, Erbach (Alb-Donau-Kreis),
Internetaufruf: 07.10.2021

QUELLE Südwest Presse
https://www.swp.de/lokales/ulm/graffiti-in-dellmensingen-handelt-es-sich-um-antisemitische-schmierereien_-59958601.html

Folgemeldung zu „Verdacht auf antisemitische Schmierereien“ vom 04.10.2021

Wegen mehrerer Schmierereien an einem Wasserdurchlass in Dellmensingen wurden zwei zum Tatzeitpunkt 18 und 19 Jahre alte Männer auf Anraten der Jugendgerichtshilfe von der Staatsanwaltschaft Ulm zur Leistung von Sozialstunden verurteilt. Die beiden Heranwachsenden hatten im September 2021 unter anderem die Worte „Jude“ und den Zahlencode 187 gesprüht. Die Schmierereien wurden am Tag der Enthüllung eines Gedenksteins für die Opfer eines jüdischen Zwangsaltersheims entdeckt. Es bestand der Verdacht auf ein antisemitisches Tatmotiv. Der Gemeinderat verurteilte die Graffiti als Angriff auf die Grundwerte der freiheitlich demokratischen Ordnung. Kurz darauf stellten sich die beiden Männer, gaben aber an, die Graffiti einige Zeit vor der Gedenkfeier gesprüht zu haben. Die Staatsanwaltschaft sah den Tatbestand der Sachbeschädigung als erfüllt an, jedoch nicht den

der Volksverhetzung. Sie erkannte jedoch laut Südwest Presse ein fremdenfeindliches Motiv.

DATEN 25.07.2022, Erbach (Alb-Donau-Kreis),
Internetaufruf: 27.07.2022

QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/ulm/schmierereien-in-dellmensingen-taeter-muessen-sozialstunden-leisten-65665825.html>

Hakenkreuz auf Weg geschmiert

Unbekannte haben vermutlich am 28. September auf einem Feldweg zwischen Crailsheim und Goldbach eine Mülltonne angezündet und mit einem verkohlten Gegenstand ein Hakenkreuz auf den Weg gemalt. Die Polizei schätzt den Sachschaden auf mehrere Hundert Euro.

DATEN 05.10.2021, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall),
Internetaufruf: 05.10.2021

QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5038464>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 6. Oktober zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 06.10.2021, Freiburg im Breisgau

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Mannheimer Moschee erhält Hetzbrief

Am 1. Oktober erhielt die Yavuz-Sultan-Selim-Moschee im Mannheimer Stadtteil Jungbusch zum wiederholten Mal einen Hetzbrief.⁵ Nach Angaben der Polizei enthält der Brief politisch motivierte Beleidigungen und fremdenfeindliche Inhalte. Der DITIB-Vorstand der Moschee sprach gegenüber dem Südwestrundfunk von einem „diffuse[n] Brief“, der „definitiv volksverhetzend“ sei und darauf abziele, die Moscheegemeinde zu beleidigen. So sei beispielsweise ein Hakenkreuz darauf abgebildet. Im Brief würde Bezug auf den Terroranschlag von Hanau im Februar 2020 genommen. Zwar beunruhige der Brief die Gemeinde, zumal die Frequenz solcher Briefe zunehme. Verängstigten lasse man sich aber nicht, so der Moschee-Vorstand. Verantwortliche der Moschee wandten

5 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2019, S. 56 f.

sich direkt nach Erhalt des Hetzbriefes an die Polizei. Der Staatsschutz ermittelt.

DATEN 06.10.2021, Mannheim, Internetaufruf: 17.10.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/hetzbrief-moschee-mannheim-staatsschutz-ermittelt-100.html>

Hakenkreuzschmierereien über Nacht

Zu mehreren Hakenkreuzschmierereien kam es in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober im Untermünstertal entlang der Ortsdurchfahrt der L123 in Richtung Münstertal. Die unbekanntes Täter*innen beschmierten mit schwarzer Lackfarbe Sichtschutzelemente, ein Klimaaktionsschild und das Werbeschild einer Metzgerei. Weitere Schmierereien waren bis zur Neumagenbrücke festzustellen. Der Sachschaden wird auf mehrere Hundert Euro geschätzt.

DATEN 06.10.2021, Münstertal (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald), Internetaufruf: 17.10.2021
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/unbekanntemalen-hakenkreuze-auf-schilder-in-muenstertal--205359657.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Freiburg kam es am 7. Oktober zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 07.10.2021, Freiburg im Breisgau
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Pressefeindliche Graffiti

Vor dem Verlagshaus des Schwarzwälder Boten in Oberndorf und in der angrenzenden Kirchtorstraße sprühten Unbekannte mit pinker Farbe das Wort „Lügenpresse“ auf den Boden. Die Tat ereignete sich in der Nacht auf den 7. Oktober. Des Weiteren wurde die Seitenscheibe eines Firmenfahrzeugs mit einem Aufkleber mit der Aufschrift „Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom“ beklebt. Am Aufkleber fanden sich pinke Farbreste. Ein Sprecher des Polizeipräsidiums Konstanz teilte gegenüber dem Schwarzwälder Boten mit, dass politisch motivierte Schmierereien im Raum Oberndorf selten vorkämen. Vor dem Hintergrund verschärfter Bestimmungen für Ungeimpfte vermutete er die Täter*innen in der „Querdenken“-Szene. Der Staatsschutz der Kriminalpolizei Rottweil wurde informiert.

DATEN 07.10.2021, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil), Internetaufruf: 26.10.2021
QUELLE Schwarzwälder Bote
https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.vandalismus-in-oberndorf-polizei-sieht-zusammenhang-mit-querdenken-szene.83cfffbd4-1b6e-4d02-b774-995fa101c969.html?fbclid=IwAR1tLD0Z0ZVTh2dBS_f3EVX1RD_3cobxvnpLPx5ONZ3apmB9U32hWaXjAAk

Fotoausstellung zum Flüchtlingslager Moria beschädigt

Eine Fotoausstellung über die unwürdigen Lebensverhältnisse im griechischen Flüchtlingslager Moria wurde durch einen Aufkleber beschädigt. Die Ausstellung mit Werken der Fotografin Alea Horst war im Rahmen der interkulturellen Woche auf dem Kirchplatz St. Peter in Bad Waldsee zu sehen. Am Morgen des 7. Oktober stellte die Schriftführerin des Menschenrechtsvereins „Global“, der die Ausstellung organisierte, fest, dass ein Exponat mittig mit einem Aufkleber beklebt wurde. Darauf war die Botschaft „Merkel muss weg“ zu lesen. Sie vermutete eine flüchtlingsfeindliche Motivation hinter der Aktion. Ob eine Entfernung ohne Folgeschäden möglich ist, sei ungewiss. Eventuell muss der Verein für den Schaden aufkommen. Um potenziellen Nachahmer*innen vorzuzukommen, baute der Verein die Ausstellung vorzeitig ab.

DATEN 08.10.2021, Bad Waldsee (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 26.10.2021
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/bad-waldsee_artikel,-dieser-aufkleber-auf-einem-ausstellungsbild-sorgt-fuer-aerger-in-bad-waldsee-_arid,11420839.html

Regenbogenbank vor Kirche zerstört

In der Nacht zum 10. Oktober haben Unbekannte in Bad Waldsee eine auf dem Kirchplatz St. Peter fest verankerte Regenbogenbank in zwei Teile gerissen. Die Sitzfläche der Bank wurde am Morgen im Uferbereich des nahe gelegenen Stadtsees gefunden. Die Vorsitzende des Kirchengemeinderates hat Anzeige gegen die unbekanntes Täter*innen erstattet, polizeiliche Ermittlungen wurden eingeleitet.

Schon einige Zeit zuvor war eine auf dem Kirchplatz stehende Regenbogenbank von Unbekanntes gestohlen worden. Die Gemeindefereferentin vermutete, dass sich die Zerstörung der neuen Bank gegen die liberale Haltung der Kirchengemeinde und ihrer beiden Pfarrer gegenüber sexueller Vielfalt gerichtet hat und von Menschen verübt wurde, „die nicht diskutieren wollen, wenn sie

anderer Meinung sind, sondern mit hoher krimineller Energie gegen Sachen vorgehen“.

DATEN 10.10.2021, Bad Waldsee (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 15.10.2021

QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/bad-waldsee_artikel,-regenbogenbank-auf-waldseer-kirchplatz-st-peter-komplett-zerstoert-arid,11421442.html

Körperverletzung wegen unterschiedlicher politischer Ansichten

Am 10. Oktober eskalierten kurz nach Mitternacht im Ettlinger Horbachpark verbale Streitigkeiten zwischen zwei 18-Jährigen. Die beiden alkoholisierten Kontrahenten schlugen und traten aufeinander ein. Nach Angaben der Polizei seien „wohl unterschiedliche politische Ansichten“ Anlass für die Auseinandersetzung. Gegen beide Beschuldigten wurden Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet.

DATEN 11.10.2021, Ettlingen (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 03.11.2021

QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110972/5043372>

Baum mit „Hitler“-Schriftzug verschandelt

Ein Baum an der Schlossbergstraße wurde mit dem Schriftzug „Hitler“ verunstaltet. Die Stadt Leimen reagierte und machte den Schriftzug unkenntlich. Ein Stadtsprecher erklärte gegenüber der Rhein-Neckar-Zeitung, dass ihm vergleichbare Schmierereien nicht bekannt seien. Im Leimener Stadtteil St. Illgen würden jedoch manchmal Hakenkreuz-Graffiti an den Wänden auftauchen.

DATEN 11.10.2021, Leimen (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 27.01.2021

QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/region_artikel,-leimengauangeloch-hitler-schmiererei-an-baum-uebermalt-arid,752704.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 12. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

DATEN 12.10.2021, Backnang (Rems-Murr-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Körperverletzung und rassistische Beleidigung am Bahnhof

Die Bundespolizei ermittelt nach einem Vorfall am 27. September wegen Körperverletzung und Beleidigung mit rassistischem Hintergrund. In einem Regionalexpress sei es zu einem Wortgefecht zwischen einem 24-jährigen deutschen Staatsangehörigen und einem 30-jährigen gambischen Staatsangehörigen gekommen. Im Bahnhof Müllheim (Baden) sei es dann zu einem Schlagabtausch gekommen, bei dem es auch zu rassistischen Beleidigungen kam. Passant*innen zeigten Zivilcourage und trennten die Kontrahenten bis zum Eintreffen der Polizei.

DATEN 12.10.2021, Müllheim (Baden, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald), Internetaufruf: 17.10.2021

QUELLE Bundespolizeiinspektion Weil am Rhein
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/116094/5044178>

„Reichsbürger“ verunglimpft Bürgermeister*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Die Staatsanwaltschaft Ravensburg und die Kriminalpolizei Friedrichshafen haben Ermittlungen wegen übler Nachrede und Verleumdung gegen einen 62-jährigen eingeleitet, der der Szene der „Reichsbürger*innen“ und Selbstverwalter*innen zuzurechnen sei, berichtet die Südwest Presse. In mehrseitigen Briefen soll der Mann im Juli 2021 die Leitungen der Finanzämter Ravensburg, Sigmaringen und Konstanz sowie Bürgermeister*innen in der Region verunglimpft und seine Behauptungen mit falschen Fakten begründet haben. Den Bürgermeister*innen soll er in den Schreiben zudem diverse Straftaten zugeschrieben und außerdem ihre Legitimität angezweifelt haben. In der Wohnung des Tatverdächtigen wurden weitere vorbereitete Briefsendungen sowie zusätzliches Beweismaterial sichergestellt. Eine Anzeige gegen den mutmaßlichen „Reichsbürger“ wurde erstattet.

DATEN 13.10.2021, Landkreise Konstanz, Ravensburg, Sigmaringen, Internetaufruf: 08.02.2022

QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/hechingen/polizei-sigmaringen-ravensburg-reichsbuerger-soll-buergermeister-und-finanzbeamte-verunglimpft-haben-60143101.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 16. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im

Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Körperverletzung (§223 StGB).

DATEN 16.10.2021, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Razzia gegen „Berserker Clan“

In Esslingen, Berlin, Schleswig-Holstein und Hessen kam es am 20. Oktober zu Hausdurchsuchungen gegen mutmaßliche Mitglieder der extrem rechten Gruppierung „Berserker Clan“. Die Generalbundesanwaltschaft und das Landeskriminalamt Berlin werfen den 15 Beschuldigten im Alter zwischen 26 und 55 Jahren die Rädelführerschaft oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor. In der Kommunikation zwischen den Beschuldigten sei es immer wieder um die Vorbereitung eines „Tag X“ gegangen, „womit ein bewaffneter Aufstand gegen die bestehenden Strukturen in Deutschland gemeint sein soll“, so die Ermittler*innen. Bei den Durchsuchungen seien Waffen, Munition, Datenträger, Devotionalien der Gruppe sowie Doping- und Suchtmittel sichergestellt worden. Die Gruppe präsentierte sich auf Facebook als Anhängerin nordischer Mythologie, ohne dabei inhaltlich in die Tiefe zu gehen. Dort wurden auch Botschaften wie „Durch Blutvergießen verkünden uns die Götter ihren Willen“ veröffentlicht. Mehrere Mitglieder verwendeten in ihren Profilen extrem rechte Symbolik und wiesen Verbindungen zur Hooligan- und Rocker-Szene auf.

DATEN 20.10.2021, Esslingen, Berlin, Hessen, Schleswig-Holstein, Internetaufruf: 20.10.2021

QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.durchsuchungen-auch-in-baden-wuerttemberg-ermittlungen-gegen-rechtsextreme-gruppe-berserker-clan.4329fed6-e6bd-4593-80b4-b5565a72274e.html>

DATEN 20.10.2021, Esslingen, Berlin, Hessen, Schleswig-Holstein, Internetaufruf: 20.10.2021

QUELLE T-Online
https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_91001768/-berserker-clan-neonazi-gruppe-besass-schusswaffen-und-traeumte-von-t-ag-x-.html

Planten frühere Bundeswehrsoldaten den Aufbau einer privaten Söldnerarmee?

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wirft zwei ehemaligen deutschen Soldaten vor, als Rädelführer die Gründung einer terroristischen Vereinigung geplant zu haben. Die beiden Männer sollen der saudi-arabischen Regierung die Dienste einer 100 bis 150 Personen großen Söldnerarmee für den Krieg im Jemen angeboten haben. Aus diesem Grund nahmen am Morgen des 20. Oktober Spezialkräfte der Bundespolizei die beiden Männer im Landkreis

Breisgau-Hochschwarzwald sowie in München fest. Nach der Vorführung vor dem Bundesgerichtshof kamen die beiden Männer in Untersuchungshaft. Hausdurchsuchungen fanden in den Wohnungen der Männer im Landkreis Calw und in München statt sowie bei vier nicht tatverdächtigen Personen in Baden-Württemberg und Bayern.

Laut T-Online haben die Männer Anfang 2021 den Entschluss gefasst, eine Söldnerarmee aufzubauen, die aus ehemaligen Angehörigen der Bundeswehr und der Polizei bestehen sollte. Die Beschuldigten hätten damit für jedes Mitglied einen Söldnerlohn in Höhe von 40.000 Euro pro Monat verdienen wollen. Beide Männer hätten zuvor für die umstrittene Söldnerfirma „Asgaard“ gearbeitet. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) habe erste Hinweise an zivile Ermittlungsbehörden übergeben. Aus Saudi-Arabien sei keine Reaktion auf das Angebot erfolgt.

DATEN 20.10.2021, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis Calw, Baden-Württemberg, Bayern, Internetaufruf: 20.10.2021

QUELLE T-Online
https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_90999918/terrorverdacht-deutsche-ex-soldaten-wollten-privatarmee-aufbauen.html

Folgemeldung zu „Planten frühere Bundeswehrsoldaten den Aufbau einer privaten Söldnerarmee?“ vom 20.10.2021

Am 9. Juni 2022 begann vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht in Stammheim der Prozess gegen zwei ehemalige Fallschirmjäger der Bundeswehr (52 und 60 Jahre), denen vorgeworfen wird, eine private Söldnerfirma errichten zu wollen. Die Privatarmee sollte im jemenitischen Bürgerkrieg auf Seiten der von Saudi-Arabien unterstützten Regierung eingreifen, um so Friedensverhandlungen mit den Huthi-Rebellen zu erzwingen. Dafür hätten sie einen Söldnerlohn von bis zu 40.000 Euro pro Person erwartet, der von Saudi-Arabien bezahlt werden sollte. Die saudi-sche Regierung reagierte jedoch nicht auf die Kontaktversuche eines der Angeklagten. Laut Bundesanwaltschaft sei ein solches Eingreifen völkerrechtswidrig und hätte zwangsläufig die Tötung von Menschen zur Folge gehabt. Die Bundesanwaltschaft wirft den Männern vor, zivile Opfer in ihrer Kampfstrategie mit eingeplant zu haben.

Zur Mitarbeit seien bereits erste aktive und ehemalige Angehörige deutscher Spezialeinheiten durch die Angeklagten angesprochen worden. Die Bundesanwaltschaft geht bei den Angeklagten von einem christlich-fundamentalistischen Hintergrund aus. Einer der Angeklagten gab vor Gericht an, nach seiner aktiven Zeit in der Bundeswehr als freiberuflicher Dozent für politische Bildung bei der Bundeswehr und als Berater für private Sicherheitsfirmen gearbeitet zu haben. Er war unter anderem für die umstrittene Söldnergruppe „Asgaard“ als Berater in Somalia

und im Irak unterwegs, um dort Aufträge anzubahnen. Er habe laut Südwestrundfunk (SWR) „große Politik gestalten“ wollen. Zudem zitiert der SWR die Bundesanwaltschaft, die angibt, dass die Beschuldigten angetrieben waren „von Botschaften einer Wahrsagerin, welche die Angeschuldigten als verbindliche Handlungsanweisungen verstanden“. Der Prozess ist bis November 2022 terminiert.

DATEN 09.06.2022, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis Calw, Baden-Württemberg, Bayern, Internetaufruf: 09.06.2022

QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/prozess-gegen-ex-bundeswehrsoldaten-wegen-terrorverdacht-100.html>

Rechtsradikale Symbole an Jugendzentrum gesprüht

Unbekannte Täter*innen sprühten in der Zeit vom 18. bis 19. Oktober rechtsradikale Symbole auf die Außenwand des Jugendzentrums am Busbahnhof. Die Stadt Todtnau erstattete Anzeige.

DATEN 20.10.2021, Todtnau (Landkreis Lörrach), Internetaufruf: 03.11.2021

QUELLE Polizeipräsidium Freiburg <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/5051411>

Rassismus-Vorwurf gegen Pressesprecher der Feuerwehr

Ein 19-jähriger Feuerwehrmann wirft dem Pressesprecher der Wehr vor, auf einer öffentlich zugänglichen Facebook-Seite „in einzelnen Posts gegen Flüchtlinge, Frauen in Burkas oder die Corona-Maßnahmen zu hetzen“, berichtet die Badische Zeitung. Die Posts seien in Zügen sogar antisemitisch und NS-verharmlosend, gibt das Blatt den jungen Feuerwehrmann wieder, der gleichzeitig Mitglied der Grünen Jugend sei.

Der Beschuldigte gibt sich laut Pressemitteilung der Stadt überrascht. Ihm sei ein Fehler bei den Sicherheitseinstellungen seines privaten Facebook-Profiles unterlaufen. Er entschuldigte sich, wenn Menschen durch ihn oder sein Profil beleidigt worden seien. Die Feuerwehr Offenburg, die sich ebenfalls schweren Vorwürfen ausgesetzt sieht, erklärt, Rassismus habe bei ihr keinen Platz und man wolle den Sachverhalt im Gespräch klären. Der 19-Jährige gab inzwischen seinen Austritt aus der Feuerwehr bekannt. Er habe sich die Entscheidung „nicht leicht gemacht“.

DATEN 22.10.2021, Offenburg (Ortenaukreis), Internetaufruf: 23.10.2021

QUELLE Badische Zeitung <https://www.badische-zeitung.de/rassismus-hat-bei-der-wehr-keinen-platz--205817121.html>

Folgemeldung zu „Rassismus-Vorwurf gegen Pressesprecher der Feuerwehr“ vom 22.10.2021

Nachdem es zwischen der Grünen Jugend und der Feuerwehr Offenburg zu einem Konflikt wegen rassistischer Posts des Pressesprechers der Wehr auf Facebook gekommen war, trafen sich beide Parteien unter Moderation der Stadtjustiziarin zum klärenden Gespräch. Darin habe man sich auf die Einschätzung verständigt, dass die Posts, die unter anderem die Migrationspolitik der Bundesregierung kritisierten und bei denen die Wortwahl in Teilen ein „aggressives Stammtischniveau“ offenbarten, zwar geschmacklos seien, aber von der Meinungsfreiheit gedeckt. Sowohl der beschuldigte Pressesprecher wie auch die Feuerwehr distanzieren sich von extrem rechtem und rassistischem Gedankengut. Der junge ehemalige Feuerwehrmann, der diese Posts öffentlich kritisiert hatte, erklärte nach dem Gespräch, er sei nie der Ansicht gewesen, die Wehr habe ein strukturelles Rassismusproblem. Er habe außerdem nie die Meinung vertreten, der Pressesprecher sei ein „offener Rassist“, gibt ihn die Badische Zeitung wieder. Der Pressesprecher bedauerte laut der Zeitung „die negative Wirkung [...], die der öffentliche Diskurs zu diesem Thema für die Feuerwehr hatte“. Der Offenburger Oberbürgermeister sprach der Feuerwehr sein Vertrauen aus und regte an, den Umgang mit Sozialen Medien zu überarbeiten. Künftig wolle man das direkte Gespräch untereinander an Stelle des öffentlichen Austauschs suchen.

DATEN 03.12.2021, Offenburg (Ortenaukreis), Internetaufruf: 06.12.2021

QUELLE Badische Zeitung <https://www.badische-zeitung.de/vorwurfe-gegen-feuerwehrsprecher-rassismus-oder-schlechterstil--206989294.html>

Gedenkstätte mit Farbe beschmiert

Am Morgen des 22. Oktober wurde das Mahnmal zur Deportation jüdischer Bürger*innen aus Waldshut-Tiengen in das nationalsozialistische Internierungslager Gurs in Frankreich komplett mit Farbe beschmiert vorgefunden. Für den Abend war eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal geplant. Der städtische Bauhof reinigte das Mahnmal noch am Morgen. Laut eines Vorstandsmitglieds des Waldshut-Tiengener Freundeskreises Jüdisches Leben handle es sich um den ersten Anschlag auf das Mahnmal im Waldshuter Stadtpark. Es wurde Anzeige gegen unbekannt erstattet.

DATEN 22.10.2021, Waldshut-Tiengen (Landkreis Waldshut), Internetaufruf: 23.10.2021

QUELLE Südkurier <https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/waldshut-tiengen/farbattacke-auf-juedisches-mahnmal-in-waldshut;art372623,10948658>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Friedrichshafen kam es am 24. Oktober zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 24.10.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

die Angeklagte sich während der Verhandlung „leider nicht weit genug distanziert hat“. Der Verteidiger der Frau hatte auf Freispruch plädiert und legte nach dem Urteil Berufung ein.

 DATEN 02.06.2022, Schwäbisch Hall, Internetaufruf: 15.06.2022
 QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/schwaebisch-hall/nazivergleich-auf-querdenken-demo-in-hall-vor-gericht-frau-wegen-volksverhetzung-zu-1600-euro-verurteilt-64763739.html>

Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Weil im Schönbuch kam es am 30. Oktober zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

 DATEN 30.10.2021, Weil im Schönbuch (Landkreis Böblingen)
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

„Arbeit macht frei“-Plakat auf „Querdenken“-Demo

Bei einer „Querdenken“-Demonstration am 30. Oktober in Schwäbisch Hall hat eine Demonstrantin ein Plakat mit der Aufschrift „ARBEIT macht FREI! IMPFEN macht FREI!? NOCH NICHT BEGRIFFEN?? STOP CoV-19 GENOZID“ gezeigt. Die Polizei nahm ihr das Plakat ab, um eine mögliche Strafanzeige wegen Relativierung der Shoah zu prüfen.

Auch die von „Reichsbürger*innen“ gerne als Symbol der Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland verwendete Flagge des Königreichs Württemberg und ein Plakat mit der Aufschrift „Großer Austausch – Great Reset“ waren in den Reihen der circa 250 Demonstrierenden zu sehen.

Parallel zu der „Querdenken“-Demonstration fand eine Gegenveranstaltung mit circa 80 Teilnehmenden statt, bei der auf der Großen Treppe am Marktplatz ein großes Transparent mit einem aufgemalten Kreuz für jedes der 269 Todesopfer der Corona-Pandemie im Landkreis Schwäbisch Hall ausgebreitet wurde.

 DATEN 31.10.2021, Schwäbisch Hall, Internetaufruf: 08.02.2022
 QUELLE Südwest Presse
https://www.swp.de/lokales/schwaebisch-hall/gegenwind-fuer-_querdenker_-demo-in-hall-d-60532137.html

Folgemeldung zu „Arbeit macht frei“-Plakat auf „Querdenken“-Demo vom 31.10.2021

Am 1. Juni 2022 hat das Amtsgericht Schwäbisch Hall die aus Mainhardt stammende Demonstrantin wegen der Verharmlosung der Shoah durch ihr Plakat zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen a 40 Euro verurteilt. Begründet wurde das Urteil auch damit, dass

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Urbach kam es am 2. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität nicht zuzuordnen Anzeigen wegen Sachbeschädigung (§303 StGB).

DATEN 02.11.2021, Urbach (Rems-Murr-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Schaufensterscheibe mit Hakenkreuz beschmiert

Über das lange Wochenende wurde die Schaufensterscheibe eines Singener Juweliers mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert. Der Inhaber entfernte die strafbaren Symbole und erstattete Anzeige.

DATEN 03.11.2021, Singen (Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 03.11.2021
QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/5062927>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Karlsruhe kam es am 4. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

DATEN 04.11.2021, Karlsruhe
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Göppingen kam es am 6. November zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

DATEN 06.11.2021, Göppingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

1.000 Euro Geldbuße für Hasskommentar

Ein Rentner wurde am 8. November vom Amtsgericht Heidelberg zu einer Geldbuße in Höhe von 1.000 Euro verurteilt. Er hatte in einem Kommentar auf einer Facebook-Seite der AfD die Vorsit-

zende der Amadeu-Antonio-Stiftung Anetta Kahane beleidigt und dazu aufgerufen, „sie zu federn, zu teeren und aus dem Land zu jagen“, berichtet die Rhein-Neckar-Zeitung. Das Verfahren wegen Beleidigung und Aufforderung zu Straftaten wurde gegen den nicht vorbestraften Angeklagten eingestellt. Dafür wurde ihm die Zahlung einer Geldbuße an die Staatskasse zur Auflage gemacht. Der Angeklagte ließ sich aus gesundheitlichen Gründen von seinem Anwalt vertreten. Dieser gab an, sein Mandant wisse gar nicht, wer Anetta Kahane sei und habe keinerlei Erinnerung an den Kommentar, so die Zeitung. Allerdings räumte der Anwalt ein, dass die E-Mailadresse des Facebook-Kontos seinem Mandanten gehöre.

Die Betroffene Anetta Kahane äußerte gegenüber der Rhein-Neckar-Zeitung, dass „die Strafverfolgung zu lasch ist, wenn es um Todes- und Folterdrohungen geht“. Ein Sprecher der Stiftung, die sich seit 1998 gegen die extreme Rechte, Antisemitismus und Rassismus einsetzt, sagte, „wer es zulässt, dass unter dem eigenen Namen solche an Mordaufrufe grenzenden Kommentare verbreitet werden, muss sich am Ende auch dafür verantworten.“

DATEN 08.11.2021, Heidelberg, Internetaufruf: 10.11.2021
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/region/heidelberg_artikel,-amtsgericht-heidelberg-hasskommentar-kostet-rentner-1000-euro-_arid,768268.html

Diskussion um umstrittene Weihnachtskrippe

In Ulm geht die Diskussion um rassistische Darstellungen in einer Weihnachtskrippe, die seit 1992 im Ulmer Münster ausgestellt wird, weiter. In den vergangenen zwei Jahren verzichtete man auf deren Aufbau. Die Krippe war vor rund 100 Jahren vom Ulmer Bildhauer Martin Scheible für einen privaten Austraggeber geschnitzt worden. Umstritten ist die stark klischeehafte Darstellung der Figur des Melchior, der mit wulstigen Lippen und einem Goldring am nackten Fuß dargestellt wird. Unter den 26 Figuren sei auch ein unterwürfiger Schwarzer als Schleppenträger sowie ein Eselstreiber abgebildet. Die Entstehungsgeschichte der Krippe wird vom Ulmer Museum wissenschaftlich für eine Ausstellung aufbereitet. Der Kirchengemeinderat entscheidet im Frühjahr darüber, ob die Krippe wieder aufgestellt wird oder eine Neuanschaffung erfolgt.

DATEN 08.11.2021, Ulm, Internetaufruf: 07.03.2022
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/debatte-ulmer-weihnachtskrippe-mit-melchior-100.html>

Folgemeldung zu „Diskussion um umstrittene Weihnachtskrippe“ vom 08.11.2021

Der Kirchengemeinderat der Münstergemeinde hat vor seiner Entscheidung über die weitere Zukunft der Scheible-Krippe ein Stimmungsbild der Gemeindeglieder eingeholt. Rund 50 Menschen

nahmen daran teil. Der von 1987 bis 2001 aktive Münsterpfarrer Frank Banse berichtete von der Anschaffung der Krippe, die einen hohen künstlerischen Wert besitze. Man habe „nie ein böses Wort über die Krippe gehört“, zitiert ihn die Südwest Presse. Thomas Dörr vom Kirchengemeinderat verwies auf die Diskussion, die 2020 in Zusammenhang mit der Ermordung von Georg Floyd in den USA stattfand. Die Sensibilität für das Thema Rassismus habe zugenommen. Der Kirchengemeinderat sei „einhellig“ der Meinung, dass die Darstellung des Melchior überzeichnet, herabwürdigend und verletzend sei, berichtet die Südwest Presse. Während manche Teilnehmer*in die Ansicht äußerten, das Gesamtwerk des Künstlers Martin Scheible würde als rassistisch denunziert, betonte Dörr, dass die Entscheidung „kein Vorwurf an den Künstler“ sei.

DATEN 20.05.2022, Ulm, Internetaufruf: 09.06.2022

QUELLE Südwest Presse

<https://www.swp.de/lokales/ulm/krippenstreit-ulmer-muenster-aktuelles-stimmungsbild-der-muenstergemeinde-ist-komplex-64541605.html>

Rassistische Beleidigungen in Buchhandlung

Ein 23-jähriger Mann wurde am Abend des 24. Oktober von der Polizei am Friedrichshafener Stadtbahnhof vorläufig festgenommen. Er hatte eine Frau am Bahnhof geschubst und dabei verletzt. Anschließend betrat er die Buchhandlung und beschimpfte drei junge Männer aus rassistischen Motiven mit rechtsradikalen Parolen. Als die Verkäuferin einschritt, setzte er seine Beschimpfungen fort und beleidigte diese, als sie ihn aus dem Laden warf. Die Polizei leitete Ermittlungen gegen den 23-Jährigen ein.

DATEN 09.11.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 11.11.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5068643>

Spielabsagen im Fußballbezirk Unterland nach Übergriffen auf Schiedsrichter

Der Fußballbezirk Unterland besetzt die Partien der Vereine 1. FC Lauffen I und II, Eintracht Beilstein und Blau-Weiß Heilbronn bis zur Winterpause nicht mehr mit Schiedsrichtern. Zuvor sei es zu mehreren körperlichen wie auch verbalen Übergriffen auf die Unparteiischen gekommen. So habe ein Spieler des 1. FC Lauffen II, der die rote Karte erhalten hatte, den Schiedsrichter anschließend rassistisch beleidigt und auch als „Nazi“ bezeichnet, berichtet die Heilbronner Stimme. Bei Spielen sei es auch zu verhöhnenden Kommentaren seitens der Zuschauer*innen gekommen. Zwei der drei betroffenen Schiedsrichter hätten auch Tage später die Ereignisse nicht verarbeitet. Ob sie nochmal ein Spiel pfeifen, sei offen, so der Schiedsrichter-Obmann des Gruppe Heilbronn. Es werde geprüft, ob die ausgefallenen Partien 2022 nachgeholt werden. Vertreter des 1. FC Lauffen und von Blau-Weiß Heilbronn zeigten Un-

verständnis für die Maßnahmen und relativierten die Vorkommnisse gegenüber der Heilbronner Stimme. Auch die gegnerischen Vereine der ausgesetzten Partien sind von der Maßnahme betroffen. Dagegen erwartet der Fußballbezirk eine „Signalwirkung“ und kündigte „härtere Mittel“ wie Punktabzug oder den Ausschluss vom Spielbetrieb an, sollte es erneut zu Vorfällen kommen.

DATEN 11.11.2021, Heilbronn (Stadt- und Landkreis), Internetaufruf: 14.11.2021

QUELLE Heilbronner Stimme

<https://www.stimme.de/sport/fussball/fussball-schiris-im-unterland-statuieren-ein-exempel-art-4556203>

Folgemeldung zu „Spielabsagen im Fußballbezirk Unterland nach Übergriffen auf Schiedsrichter“ vom 11.11.2021

Das Fußball-Sportgericht Unterland verurteilte einen Spieler des 1. FC Lauffen zu einer zweijährigen Sperre. Im Urteil berücksichtigt ist eine siebenmonatige Strafe „für die üblen Beleidigungen und die rassistischen Äußerungen“ während eines Spiels sowie eine fünfmonatige Sperre für die Bedrohung nach dem Spiel. Der Spieler hatte gegenüber dem Schiedsrichter angedroht, „ich mache dich platt“, berichtet die Heilbronner Stimme. Außerdem muss der Spieler eine Strafe von 200 Euro zahlen und ein Seminar zur Gewaltprävention beim Württembergischen Fußballverband besuchen. Den Spielabbruch sah das Sportgericht jedoch nicht als berechtigt an. Beleidigungen gegen den Schiedsrichter würden alleine nicht ausreichen, um ein Spiel abzubrechen, wird ein Sprecher der Spruchkammer wiedergegeben. Der Vorstand des 1. FC Lauffen verurteilte das Verhalten seines Spielers ausdrücklich.

DATEN 03.12.2021, Heilbronn (Stadt- und Landkreis), Internetaufruf: 09.06.2022

QUELLE Heilbronner Stimme

<https://www.stimme.de/sport/fussball/1-fc-lauffen-spielneuansetzung-und-lange-sperre-fuer-spieler-art-4566034>

Hakenkreuz auf Fußweg gesprüht

Ein mit schwarzer Farbe aufgesprühtes Hakenkreuz wurde am 10. November auf einem Fußweg zwischen dem Stieglitzweg und dem Meisenweg in Schwäbisch Gmünd entdeckt.

DATEN 11.11.2021, Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis), Internetaufruf: 17.11.2021

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5070169>

Rechte Banneraktion gegen CSD

Am Rande der CSD-Parade in Tübingen am 30. Oktober entrollten nach einem Bericht des Schwäbischen Tagblatts Angehörige der

organisierten Rechten auf dem Dach der Mensa in der Uhlandstraße ein Banner mit der Aufschrift „Zapfenstreich statt CSD“. An der Aktion beteiligten sich nach Angaben von Beobachter*innen acht Personen, vor allem junge Männer. Auf einem Blog, der der Szene der Identitären nahesteht, wurde über die Aktion berichtet, die ansonsten kaum Außenwirkung entfaltete. Auf Instagram bekannte sich eine Gruppe mit dem Namen „Schwaben-Bande“ zur Aktion.

 DATEN 11.11.2021, Tübingen, Internetaufruf: 15.11.2021

 QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Rechte-Stoeraktion-beim-CSD-524126.html>

Hakenkreuz an Bushaltestelle gesprüht

An einer Bushaltestelle an der St. Georgener-Straße in Villingen sprühten Unbekannte ein Hakenkreuz. Da dieses Symbol strafbar ist, meldeten es Zeug*innen an die Polizei, bevor es entfernt wurde. Die Polizei teilte auf Anfrage des Südkuriers mit, dass sie „keine signifikante Steigerung der bekannt gewordenen Delikte“ feststellen könne. Seit 2016 gab es zwischen sechs und 20 vergleichbare Fälle pro Jahr im Schwarzwald-Baar-Kreis, die zur Anzeige gebracht wurden.

 DATEN 13.11.2021, Villingen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 13.11.2021

 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/schwarzwald/schwarzwald-baar-kreis/hakenkreuz-an-villinger-bushaltestelle-entdeckt-so-haeufig-kommt-es-im-schwarzwald-baar-kreis-zur-verwendung-verfassungsfeindlicher-symbole;art372502,10966890>

Rund 170 Wahlplakate über Nacht gestohlen

Einen Schaden von circa 2.000 Euro verursachte der Diebstahl von rund 170 Wahlplakaten in der Nacht auf den 7. November in Schorndorf. An diesem Tag fand die Wahl zum Oberbürgermeister statt. Vom Diebstahl waren zwei Kandidaten betroffen, die Anzeige gegen unbekannt erstatteten.

 DATEN 15.11.2021, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 14.12.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5073715>

Kirchentreppe und Fußweg mit Hakenkreuzen beschmiert

In der Nacht vom 14. auf den 15. November besprühten Unbekannte in Eberbach die Treppen einer Kirche und einen Fußweg mit Hakenkreuzen sowie Zahlenkombinationen. Die Polizei hat

Ermittlungen aufgenommen und überprüft laut Rhein-Neckar-Zeitung, ob die Zahlen eine politische Botschaft enthalten.

 DATEN 16.11.2021, Eberbach (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 04.03.2022

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/regionalticker/polizeiberichte_artikel,-eberbach-hakenkreuz-auf-fussweg-gesprueht-_arid,772525.html

Polizei ermittelt nach „Sieg Heil“-Rufen

Die Polizei wurde am 8. November gegen 17.30 Uhr zu einem Vorfall im Teilort Unterweissach gerufen, bei dem ein Mann mehrfach „Adolf Hitler“ und „Sieg Heil“ gerufen hatte. Der Mann setzte die Äußerungen auch in Anwesenheit der Polizeibeamt*innen fort.

 DATEN 16.11.2021, Weissach im Tal (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 17.11.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5073964>

Hakenkreuz in Autotür geritzt

In der Nacht vom 17. auf den 18. November wurde in einen Volkswagen, der auf einem Firmenparkplatz in Ellwangen stand, ein seitenverkehrtes Hakenkreuz geritzt.

 DATEN 18.11.2021, Ellwangen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 13.12.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5076797>

Studentenverbindungen erhalten volksverhetzende Schreiben

Drei Mannheimer sowie zwei Heidelberger Studentenverbindungen erhielten seit dem 15. November Post mit volksverhetzenden Inhalten. Darin werde unter anderem der Holocaust gelehrt, gibt die Rhein-Neckar-Zeitung eine Pressemitteilung der Polizei wieder. Die Sendungen an die verschiedenen Studentenverbindungen sollen identisch sein. Die Postsendungen wurden zur Anzeige gebracht, der Staatsschutz bei der Heidelberger Kriminalpolizei sowie bei den Staatsanwaltschaften in Heidelberg und Mannheim ermittelt.

 DATEN 22.11.2021, Heidelberg, Mannheim, Internetaufruf: 23.11.2021

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-mannheimheidelberg-volksverhetzende-schreiben-an-studentenverbindungen-geschick-_arid,775873.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten Antiziganistisch motivierter Übergriff

In Kißlegg kam es am 24. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten sowie zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 24.11.2021, Kißlegg (Landkreis Ravensburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1244
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001244.pdf>

Geldstrafe für Drohschreiben an Elternbeirat

Inhalte wie „Wie ich nun sehe sind auch Sie ein Anstifter zum mord im Auftrag des Nazi Merkel Regime geworden“, „Seien sie versichert, das der Tag kommt wo abgerechnet wird“ oder „Sollten Kinder zu Schaden kommen tja dann wird selbst Gott Ihnen nicht helfen können! Fragen?? Gerne dürfen sie mich anrufen“ (Schreibweise im Original), waren in einer Mail zu lesen, die ein 57 Jahre alter Mann mit Angabe seiner Handy-Nummer an den Elternbeiratsvorsitzenden eines Reutlinger Gymnasiums geschickt hatte, berichtet die Südwest Presse. Bezogen habe sich der Mann dabei auf eine Mail des Elternbeirats, mit der dieser Eltern über die Möglichkeit einer Corona-Impfung für Kinder ab zwölf Jahren informiert hatte.

Gegen eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30 Euro für seine Drohmail hatte der 57-Jährige – der selbst kein Kind hat, das das Gymnasium besucht – in einem achtseitigen Brief Einspruch eingelegt und den zuständigen Richter aufgefordert: „Beweisen Sie mir doch erst mal, dass ich Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland bin“. Zu dem wegen des Einspruchs anberaumten Verhandlungstermin beim Amtsgericht in Reutlingen sei der Mann dann aber nicht erschienen. Er begründete sein Fehlen mit einem Brechreiz, weshalb er nicht Auto fahren könne, berichtet die Zeitung weiter. Sollte er nicht durch einen Amtsarzt belegen können, dass er den Gerichtstermin tatsächlich aufgrund einer schwerwiegenden Erkrankung verpasst hat, „wird der Einspruch verworfen und der Angeklagte muss – selbst, wenn er glaubt, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existiert – die Geldstrafe bezahlen“, zitiert die Südwest Presse den Richter.

Weil nach den Formulierungen in dessen Einspruch der Verdacht im Raum stand, „dass der Mann ein Reichsbürger sein könnte“ und deshalb eventuell auch die geltenden Regeln des öffentlichen Straßenverkehrs nicht anerkenne, hat der Amtsrichter bei der Führerscheinstelle angerufen. Dort stellte sich heraus, dass der Angeklagte gar keine Fahrerlaubnis besaß und schon deshalb nicht Auto fahren durfte.

-  DATEN 24.11.2021, Reutlingen, Internetaufruf: 08.02.2022
-  QUELLE Südwest Presse
<https://www.swp.de/lokales/reutlingen/hassmail-mitfolgen-impfgegner-droht-elternvertreter-61043561.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 25. November zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

-  DATEN 25.11.2021, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Hakenkreuz auf Steinplatte hinterlassen

Auf dem Gelände der DRK-Landesschule in Ellwangen malten Unbekannte ein Hakenkreuz auf eine Steinplatte. Die Tat ereignete sich am Wochenende vom 26.-28. November.

-  DATEN 30.11.2021, Ellwangen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 13.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5086245>

42-Jähriger belästigt Passant*innen und zeigt den Hitlergruß

Am Abend des 29. November erteilte die Polizei einem 42-Jährigen einen Platzverweis für den Oberrheinplatz in Rheinfelden, nachdem dieser rumgeschrien und Passant*innen angepöbelte hatte. Beim Verlassen des Platzes zeigte der deutlich angetrunkene Mann den Beamt*innen den Hitlergruß. Die Polizei leitete daraufhin Ermittlungen gegen ihn ein.

-  DATEN 30.11.2021, Rheinfelden (Landkreis Lörrach), Internetaufruf: 13.12.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Freiburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/5086574>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Ravensburg kam es am 1. Dezember zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (§126 StGB).

 DATEN 01.12.2021, Ravensburg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Todesdrohungen gegen Pressevertreter*innen

Bei einer Kundgebung von rund 80 Gegner*innen der Infektionsschutzmaßnahmen am 1. Dezember in Rottenacker wurden Vertreter*innen der Presse beleidigt und mit dem Tode bedroht. Die Polizei gab gegenüber der Südwest Presse an, dass der Großteil der Kundgebungsteilnehmer*innen sich friedlich verhalten habe, man aber nach einem „Angriff auf einen Pressevertreter wegen Körperverletzung und einer möglichen Bedrohung“ ermittle. Die Zeitung berichtet von Drohungen wie „Wenn das alles aufgedeckt wird, überlebt ihr nicht mehr lang“ oder „Aufhängen sollte man euch“.

Zur Demonstration hatte ein Metzgermeister aus Rottenacker aufgerufen, der durch die Infektionsschutzauflagen die Grundrechte in Gefahr sah. Der Metzger hatte wenige Wochen zuvor für Aufsehen gesorgt, als er trotz positivem PCR-Test und Quarantäneanordnung Kund*innen in seinem Laden bediente. Er kündigte gegenüber der Zeitung an, eine Woche in den Streik zu treten, um der Gemeinde und dem Staat zu schaden. Kurz vor Beginn der Kundgebung sagte er wegen der Verpflichtungen, die auf ihn als Versammlungsleiters zugekommen wären, die Veranstaltung ab. Er ließ es sich aber nicht nehmen, zu den trotzdem angereisten Teilnehmer*innen zu sprechen. Dabei gedachte der Metzgermeister laut Südwest Presse allen Soldaten, die „für unsere Demokratie und unsere Freiheit gestorben sind“.

 DATEN 01.12.2021, Rottenacker (Alb-Donau-Kreis), Internetaufruf: 02.12.2021

 QUELLE Südwest Presse

https://www.swp.de/lokales/ehingen/laden-aus-protest-geschlossen-metzgermeister-aus-rottenacker-veranstaltet-demo-_angriffe-und-todesdrohungen-gegen-presse-61197389.html#paywall-tab-anmeldung

Kandidatin beklagt rassistische Aussagen im Wahlkampf

Die unterlegene Schriesheimer Bürgermeisterkandidatin Fadime Tuncer berichtet gegenüber der Rhein-Neckar-Zeitung von rassis-

tischen Aussagen, die sie sich während des Wahlkampfs anhören musste. So sei sie bei Wahlkampfveranstaltungen gefragt worden, warum ihre Kinder türkische Namen hätten oder wann der Muezzin vom Kirchturm rufe, wenn sie gewählt werde. Fast jede Woche seien ihr abstruse Dinge an den Kopf geworfen worden, die sich auf ihre Herkunft bezogen. Sie habe dies als Grenzüberschreitung erlebt. In Chatgruppen sei weit unter der Gürtellinie diskutiert worden, sagte sie der Zeitung. Sie habe im Wahlkampf eine „Angst vor der ‚Fremden‘“ wahrgenommen, erklärte sie kurz nach der Wahl.

In zahlreichen Reaktionen wurde der Kandidatin daraufhin unterstellt, die Wähler*innen des Siegers pauschal des Rassismus zu verdächtigen. Die unterlegene Kandidatin stellte klar, dass es ihr leidtue, wenn dieser Eindruck entstanden sei. Dennoch müsse man darüber reden, dass ihre Herkunft zu einem Thema gemacht wurde, auch wenn das nicht durch die Masse der Wähler*innen geschehen sei. Mit dem wiedergewählten Bürgermeister, mit dem sie einen fairen Wahlkampf geführt habe, werde sie künftig respektvoll und fair zusammenarbeiten.

 DATEN 02.12.2021, Schriesheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 03.12.2021

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung

https://www.rnz.de/region/rhein-neckar_artikel,-buergermeisterwahl-schriesheim-fadime-tuncer-entschuldigt-sich-nach-rassismus-vorwurf-_arid,782185.html

Hausdurchsuchungen nach Hasskommentaren im Internet

Im Rahmen einer bundesweiten Aktion gegen Hasspostings im Internet fanden im Alb-Donau-Kreis Hausdurchsuchungen gegen zwei Personen statt. Eine Person soll im Altkreis Ehingen leben. Die Südwest Presse zitiert den Präsidenten des Bayerischen Landeskriminalamtes, der unterstrich, dass der „rassistische, antisemitische oder frauenfeindliche Hass [...] eine ernste Bedrohung“ sei. Der Hate-Speech-Beauftragte der Bayerischen Justiz erklärte gegenüber der Zeitung, dass Hasskommentare „ernsthafte Konsequenzen“ nach sich ziehen können: „Es kann zu einer Wohnungsdurchsuchung kommen, zudem drohen erhebliche Geld- oder Freiheitsstrafen.“

 DATEN 03.12.2021, Alb-Donau-Kreis, Bund, Internetaufruf: 03.12.2021

 QUELLE Südwest Presse

https://www.swp.de/lokales/neu-ulm/polizeiaktion-in-neu-ulm-durchsuchung-nach-hasspostings_-das-ist-bisher-bekannt-61194623.html

Hausdurchsuchung nach Drohmail gegen den Balingen Bürgermeister

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Göttingen und des Landeskriminalamtes Niedersachsen fand in Balingen erneut eine

Hausdurchsuchung gegen einen Anhänger der „Reichsbürger*innen“-Szene statt. Dem 66-Jährigen wurde vorgeworfen, Drohmails und Hassnachrichten im Internet – vor allem über den Messenger Telegram – versendet zu haben. Am Abend des 22. November soll er dem Balingen Oberbürgermeister eine E-Mail gesendet haben, in der er über die „wahre Gesetzeslage in der Firma BRiD“ aufklären wollte und dem Oberbürgermeister vorwarf, sich als „Diener eines Firmenkonstrukts“ an einer „Plünderungen und Hochverrat an der Bevölkerung“ zu beteiligen. Dies berichtet der Schwarzwälder Bote, dem die Mail vorlag. Der Beschuldigte drohte damit, dass sich der Oberbürgermeister vor einem Militärgericht verantworten müsse, an dessen Spitze der selbsternannte Oberbefehlshaber Major Thorsten Jansen sitze und der bereits mehrere Todesurteile gegen Politiker*innen und Staatsbedienstete ausgesprochen habe.

Jansen, der aus dem Raum Oldenburg/Bad Zwischenhahn stammt, stand ebenfalls wegen Hassnachrichten im Internet im Fokus der Ermittlungsbehörden. Er wurde am 1. Dezember in Weissach im Tal (Rems-Murr-Kreis) von einem SEK-Kommando festgenommen. Ob es eine persönliche Verbindung zwischen Jansen und dem in Balingen ansässigen Reichsbürger gab, ist Gegenstand der Ermittlungen.

Für den in Balingen lebenden Tatverdächtigen war es bereits die zweite Hausdurchsuchung in diesem Jahr. Bereits im Juli war er Ziel polizeilicher Maßnahmen, nachdem er seine Vermieterin und einen Gerichtsvollzieher bedroht hatte. Seine krude Weltsicht verbreitete er unter anderem über YouTube-Videos und als Redner bei einer „Querdenken“-Kundgebung.

 **DATEN** 03.12.2021, Balingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 10.02.2022

 **QUELLE** Schwarzwälder Bote <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.online-hetzer-aus-balingen-besuch-von-der-wahren-staatsmacht.04fe9a84-c97f-46ad-9466-db87345dc6d7.html>

Hausdurchsuchung nach Hasskommentar in Facebook-Gruppe

Im Rahmen eines Aktionstags gegen Hasspostings am 1. Dezember fand in Gschwend eine Hausdurchsuchung gegen einen Tatverdächtigen statt. Dieser hatte in einer Facebook-Gruppe einen Kommentar hinterlassen, in dem es um eine Straftat oder die Befürwortung einer Straftat ging. Der Tatverdächtige sei jedoch nicht Mitglied der Gruppe, die „mehrere tausend Mitglieder“ umfasst. Die Polizei beschlagnahmte alle Datenträger des Mannes. Einen rechtsradikalen Hintergrund erkannten die Ermittler*innen nicht, so die Südwest Presse. Auf den Mann sind die Beamt*innen im Zuge anderer Ermittlungen gegen die Facebook-Gruppe aus Weiden in der Oberpfalz aufmerksam geworden. Dort gehe es unter anderem um Hetze gegen Politiker*innen.

 **DATEN** 03.12.2021, Gschwend (Ostalbkreis), Internetaufruf: 06.12.2021

 **QUELLE** Südwest Presse <https://www.swp.de/lokales/schwaebisch-hall/wohnung-in-gschwend-durchsucht-internet-post-ruft-die-polizei-auf-den-plan-61254389.html>

Demonstranten verbrennen das Grundgesetz

Bei einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Stuttgart zündeten mehrere Demonstranten Bücher an, darunter das Grundgesetz, wie die Stuttgarter Zeitung berichtet. Dies zeigen Aufnahmen, die im Internet kursieren. Darauf ist auch zu hören, wie ein Mann ruft: „Die Grundgesetz-Kristallnacht – es ist soweit.“ Die Polizei gab an, dass die Aufnahmen offenbar in Zusammenhang mit einer Demonstration unter dem Motto „Für die Menschenrechte und für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – trotz Corona“ entstanden seien. Eine Sprecherin der Polizei konnte gegenüber der Zeitung noch nicht bestätigen, dass es sich bei den verbrannten Büchern um Grundgesetze handelte. Der Staatsschutz ermittelt.

 **DATEN** 03.12.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 04.12.2021

 **QUELLE** Stuttgarter Zeitung <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.corona-demo-in-stuttgart-maenner-zuenden-offenbar-grundgesetz-an-staatsschutz-ermittelt.5d156dbb-95ee-4513-953c-154e590a5ca5.html>

Extrem Rechte stören linke Kundgebung

Eine Kundgebung linker Gruppen unter dem Motto „Nieder mit der Festung Europa“ auf dem Ulmer Marktplatz wurde am 30. November von Angehörigen der rechten Szene gestört. Gegen Ende der Versammlung seien drei schwarzgekleidete Personen aufgetaucht, von denen eine Person „extrem rechte Inhalte“ über ein Megaphon verbreitete. Die beiden anderen schwenkten Flaggen und entrollten ein Transparent. Eine lokale Recherchegruppe ordnete die Störer der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ und der „Identitären Bewegung“ zu. Zu einer direkten Konfrontation zwischen den Lagern kam es nicht. Die Polizei nahm die Personalien der Störer auf.

 **DATEN** 03.12.2021, Ulm, Internetaufruf: 06.12.2021

 **QUELLE** Schwäbische Zeitung https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-rechte-stoerer-bei-linker-kundgebung-fuer-migranten-_arid,11443552.html

Demonstration gegen mögliche Impfpflicht gerät aus dem Ruder

Nach einer Demonstration gegen eine mögliche Impfpflicht und die Corona-Auflagen am 4. Dezember in Biberach bedrohten und

beleidigten mehrere Teilnehmer*innen der Demonstration Einsatzkräfte der Polizei und Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes. Die ursprünglich für 150 Personen angemeldete Kundgebung wuchs auf rund 700 Teilnehmer*innen an. Mehrere Teilnehmende trugen fünfzackige gelbe Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“, berichtet die Schwäbische Zeitung. Dem Versammlungsleiter gelang es auch nach Aufforderung durch die Ordnungskräfte nicht, die Auflagen wie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes und die Einhaltung des Mindestabstandes von 1,50 Meter durchzusetzen. Daraufhin erklärte der Veranstalter die Demonstration für beendet. Ein Versammlungsteilnehmer habe daraufhin die Polizei beleidigt. Als die Polizei den Teilnehmer zur Personalienfeststellung an den Rand der Kundgebung geführt habe, sei die Stimmung aggressiv geworden. Einsatzkräfte seien eingekreist, beleidigt und bedrängt worden. Der Einsatzleiter sprach davon, dass er eine derartig aggressive Situation in Biberach noch nicht erlebt habe. Auch der Oberbürgermeister zeigte sich gegenüber der Schwäbischen Zeitung betroffen von der „aggressiven, staatsfeindlichen Stimmung“, die auch seine Mitarbeiter*innen aus dem Ordnungsamt miterlebt hätten. Die Stadt prüfe Maßnahmen gegen den Versammlungsleiter.

DATEN 05.12.2021, Biberach an der Riß, Internetaufruf: 06.12.2021
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.swp.de/lokales/neu-ulm/polizeiaktion-in-neu-ulm-durchsuchung-nach-hasspostings_-das-ist-bisher-bekannt-61194623.html

Die Shoah relativierende Plakate in Bruchsal

In Bruchsal haben Unbekannte am Wochenende des 4. und 5. Dezember an Schaufenster von 14 Einzelhandelsgeschäften Din-A4-Blätter mit der Aufschrift „Ungeimpfte sind hier unerwünscht“ und darunter einem Davidstern, in dessen Mitte „Ungeimpft“ steht, geklebt. Die Blätter richteten sich offenbar gegen die zu dem Zeitpunkt geltenden 2G-Regeln im Einzelhandel. Die Polizei prüft, ob die Plakataktion einen strafbaren Sachverhalt darstellt. Die betroffenen Einzelhändler*innen sowie die Stadt Bruchsal verurteilten die Aktion.

DATEN 06.12.2021, Bruchsal (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 13.12.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/palakataktion-mit-judenstern-ungeimpfte-unerwuenscht-in-bruchsal-100.html>

„Stolpersteine“ gestohlen

In der Nacht zum 4. Dezember stahl ein Unbekannter in der Esslinger Obertorstraße vor dem Gebäude 45 zwei von drei „Stolpersteinen“, die an die Deportation jüdischer Bürger*innen während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur erinnern. Ein Ladenbesitzer bemerkte am Morgen das Loch im Gehsteig und rief die Polizei.

DATEN 06.12.2021, Esslingen, Internetaufruf: 08.12.2021
QUELLE Esslinger Zeitung
<https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.vandalismus-in-esslingen-unbekannter-entwendet-zwei-gedenktafeln.694f7271-ed24-44a3-9759-8ab9b5cb6fe1.html>

Hausdurchsuchung gegen mutmaßlichen Internet-Hetzer

Am 1. Dezember durchsuchten Ermittler*innen in Weissach im Tal die Räumlichkeiten des selbsternannten „Befehlshabers“ der „SHAEF-Besatzungstruppen“ Thorsten Jansen und seiner Adjutantin. Gegen Jansen wird wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten, Veröffentlichung von Feindeslisten und anderer Delikte ermittelt. Jansen, der auch als „Major“ auftrat, hatte zuvor immer wieder behauptet, die deutschen Gesetze und Regeln würden nicht gelten. Er forderte über den Messenger-Dienst Telegram seine rund 12.000 Follower*innen dazu auf, über die „wahre“ Gesetzeslage aufzuklären. Diese basierte seiner Meinung nach auf den SHAEF-Gesetzen. SHAEF steht für „Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force“ und war im Zweiten Weltkrieg das Oberkommando der Alliierten im nordwestlichen und mittleren Europa, bevor es Mitte 1945 aufgelöst wurde. Zigtausende Nachrichten sollen seine Anhänger*innen nach Eigenangaben in diesem Sinne verbreitet haben, berichtet T-Online.

Seit dem Frühjahr 2020 verkündete Jansen auf seinem Telegram-Kanal zahlreiche „Todesurteile“ gegen diejenigen, die sich seinen Anordnungen widersetzen. Über den Messenger verbreitete er, es herrsche Krieg in Deutschland. Auf dem Kanal kursierte eine Liste mit den Adressen von 10.791 Bürgermeister*innen in Deutschland. Seine Adjutantin rief zum Handeln auf. Sie und ein weiterer Beschuldigter aus Balingen, gegen den ebenfalls eine Hausdurchsuchung stattfand, sollen mit Jansen das Führungstrio gebildet haben. Die Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Göttingen erwirkte einen Haftbefehl gegen Thorsten Jansen. Er wurde am Wohnort seiner Adjutantin festgenommen, nachdem er seine Wohnung in Bad Zwischenhahn wegen Mietschulden räumen musste.

DATEN 06.12.2021, Weissach im Tal (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 06.12.2021
QUELLE T-Online
https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_91224628/reichsbuerger-und-qanon-falscher-major-nach-hundert-todesurteilen-verhaftet.html

Folgemeldung zu „Hausdurchsuchung gegen mutmaßlichen Internet-Hetzer“ vom 06.12.2021

Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat gegen einen 54-Jährigen aus Bad Zwischenhahn Anklage wegen der Aufforderung

zu Straftaten in 31 Fällen erhoben. Thorsten Jansen hatte auf seinem Telegram-Kanal Todesurteile wegen Missachtung von SHAEF, einer längst aufgelösten Kommandostruktur der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, und wegen Hochverrats ausgestellt. Er sei, so Jansen, von Donald Trump zum Befehlshaber ernannt worden. Mit der öffentlichen Androhung des Erhängens oder Erschießens habe er die Betroffenen zum Teil in erhebliche Angst versetzt, berichtet T-Online. Außerdem wird Anklage wegen des gefährdenden Verbreitens personenbezogener Daten erhoben. Der Beschuldigte hatte im Oktober 2021 Informationen über Impfpärzte verbreitet, die in seinen Augen Verbrecher*innen seien. Mit ihm wird seine Adjutant*in aus dem Rems-Murr-Kreis und ein weiterer Unterstützer vor dem Amtsgericht Westerstede in Niedersachsen angeklagt.

DATEN 02.05.2022, Weissach im Tal (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 09.06.2022

QUELLE T-Online
https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_92114952/falscher-shaef-major-torsten-jansen-fuer-todesurteile-angeklagt.html

NS-Parolen neben Corona-Testbus geäußert

Ein 44-Jähriger hielt sich am Morgen des 5. Dezember in der Nähe eines Corona-Testbusses in Waiblingen auf. Dort schrie er mehrfach „Heil Hitler“. Gegenüber den herbeigerufenen Polizeibeamten*innen verhielt er sich nach Polizeiangaben „äußerst unkooperativ“ und zeigte nach der Kontrolle den Hitlergruß und rief „Sieg Heil“. Gegen den Mann wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

DATEN 06.12.2021, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 13.12.2021

QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5091328>

Davidstern und Schriftzug „Ungeimpfte kein Zutritt“ an Gaststätte geklebt

Am Morgen des 7. Dezember entdeckte der Betreiber einer Gaststätte bei Hausach einen von Unbekannten mit einem extrem starken Klebeband neben der Eingangstür des Lokals angebrachten Zettel, auf dem ein Davidstern und der Schriftzug „Ungeimpfte kein Zutritt“ abgebildet waren.

DATEN 07.12.2021, Hausach (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 09.07.2022

QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.corona-das-macht-uns-einfach-fassungslos.26a7489b-2959-421b-94e7-b31ea89bba2c.html>

Folgemeldung zu „Davidstern und Schriftzug ‚Ungeimpfte kein Zutritt‘ an Gaststätte geklebt“ vom 07.12.2021

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft bestätigte gegenüber dem Schwarzwälder Bote, dass wegen des die Shoah relativierenden Zettels an der Hausacher Gaststätte ermittelt werde: „Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat das angesprochene Verfahren als Schwerpunktstaatsanwaltschaft für politisch und extremistisch motivierte Straftaten übernommen und führt ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts der Volksverhetzung“.

DATEN 28.12.2021, Hausach (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 09.07.2022

QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.davidstern-affeere-hausacher-fall-geht-nach-karlsruhe.34855b10-cdd1-4834-8c48-beffa46ebbf.html>

Folgemeldung zu „Davidstern und Schriftzug ‚Ungeimpfte kein Zutritt‘ an Gaststätte geklebt“ vom 07.12.2021

Auf eine Anfrage des Schwarzwälder Bote teilte die Staatsanwaltschaft Karlsruhe mit, dass die Ermittlungen wegen des an der Hausacher Gaststätte angebrachten Davidsterns mit dem Schriftzug „Ungeimpfte kein Zutritt“ eingestellt wurden. Die Behörde sei zwar der Auffassung, „dass der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist“, anhand der am Tatort sichergestellten Fingerabdrücke konnte aber keine für die Tat verantwortliche Person ermittelt werden. Falls sich durch Spuren bei vergleichbaren Taten neue Hinweise ergäben, werde der Fall aber wieder aufgenommen.

DATEN 07.02.2022, Hausach (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 28.03.2022

QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.ermittlungen-eingestellt-hausacher-davidstern-taeter-bleibt-unbekannt.0efd019e-aa88-4531-9c49-a66eb4ed3ae3.html>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Kohlberg kam es am 7. Dezember zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§89a StGB).

DATEN 07.12.2021, Kohlberg (Landkreis Esslingen)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Impfgegner*innen versenden antisemitische WhatsApp-Nachricht

Der Vorsitzende eines Kleingärtnervereins in Karlsdorf hat über WhatsApp ein antisemitisches Plakat aus der Impfgegner-Szene zugesendet bekommen. Darauf wird der Judenstern aus der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung mit Ungeimpften gebracht. Hintergrund der Nachricht dürfte der Rausschmiss eines Gastes sein, der einen falschen Impfnachweis vorgezeigt hatte. Das gleiche Motiv war in einem anderen Zusammenhang an mehreren Schaufensterscheiben in Bruchsal aufgetaucht. Ob ein Zusammenhang zwischen beiden Vorfällen besteht, ist unklar.

DATEN 09.12.2021, Karlsdorf-Neuhardt (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 13.12.2021

QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/kraichgau/bruchsal/judenstern-aktion-nachfahren-bruchsaler-juden-zeigen-sich-entsetzt>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Stuttgart kam es am 9. Dezember zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 09.12.2021, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Ausschreitungen bei Demonstration gegen Corona-Maßnahmen

Bei einer Kundgebung von Gegner*innen der Corona-Maßnahmen in Reutlingen kam es am Abend des 11. Dezember zu Ausschreitungen gegen die Polizei. Kurz zuvor war ein angemeldeter Aufzug aus dem Spektrum der Corona-Maßnahmen-Gegner*innen vom Anmelder unter anderem wegen der Auflage, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, wieder abgesagt worden. Dennoch versammelten sich bis zu 1.500 Teilnehmer*innen in der Innenstadt. Diese missachteten trotz mehrmaliger Aufforderungen die Infektionsschutzauflagen und benannten keine Versammlungsleitung. Als die Polizei den Aufzug am Omnibusbahnhof stoppen wollte, durchbrachen Teilnehmer*innen die Polizeiketten mit Gewalt. Die Polizei setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Nachdem weitere Einsatzkräfte hinzugezogen wurden, gelang es der Polizei im Bürgerpark, den Aufzug zu stoppen und Sanktionen einzuleiten. Gegen rund 100 Personen wurden Platzverweise erteilt. Es wurden Ermittlungen wegen tätlichen Angriffs auf Polizeibeamt*innen, wegen Beleidigung und versuchter Körperverletzung zum Nachteil von Polizeibeamt*innen eingeleitet, berichtet der Reutlinger Generalanzeiger.

DATEN 12.12.2021, Reutlingen, Internetaufruf: 13.12.2021

QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/dossiers/coronavirus_artikel,-1-500-teilnehmer-ausschreitungen-bei-corona-demo-in-reutlingen-_arid,6538867.html

Mutmaßlich politisch motivierter Angriff nach AfD-Demonstration

Mehrere Personen im Alter zwischen 17 und 30 Jahren wurden am 11. Dezember nach dem Verlassen eines Restaurants im Bereich des Neuen Schlosses in Stuttgart von einer Gruppe mit Schlägen und Pfefferspray attackiert. Einige von ihnen wurden leicht verletzt. Eine Person wurde zur Beobachtung ins Krankenhaus gebracht, da sie Reizgas ins Auge bekommen hatte. Die Angegriffenen gaben an, zuvor an einer Kundgebung der AfD teilgenommen zu haben. Die mehr als zehn Täter*innen sollen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren sein. Die Gruppe entkam, bevor die Polizei eintraf. Die Polizei schloss ein politisches Motiv nicht aus, konnte die Täter*innen gegenüber den Stuttgarter Nachrichten jedoch keinem politischen Spektrum zuordnen. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

DATEN 12.12.2021, Stuttgart, Internetaufruf: 13.12.2021

QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.mit-faeusten-und-reizgas-angegriffen-teilnehmer-der-afd-demo-nachkundgebung-in-stuttgart-attackiert.8042c761-9fd3-4a21-81f3-117e5783ed23.html>

Hakenkreuz-Schmiererei bei Spielplatz

Am Wochenende zwischen dem 10. und 13. Dezember sprühten in Markgröningen Unbekannte mit weißer Farbe ein Hakenkreuz an eine Mauer. Der Tatort befindet sich am Spielplatz neben einem Gymnasium.

DATEN 13.12.2021, Markgröningen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 15.12.2021

QUELLE Ludwigsburger Kreiszeitung
https://www.lkz.de/lokales/blaulicht_artikel,-hakenkreuz-an-mauer-bei-helene-lange-gymnasium-markgroeningen-_arid,664325.html

Hakenkreuz-Schmiererei an Landratsamt

Am Morgen des 13. Dezember entdeckte ein Polizist, der sich auf dem Weg zur Arbeit befand, mehr als zehn Hakenkreuze, die Unbekannte an das Gebäude des Landratsamtes Reutlingen geschmiert hatten. Es werde wegen Sachbeschädigung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt, teilte eine Sprecherin der Polizei mit. Ob es einen Zusammenhang mit einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen gebe, konnte die Polizei nicht sagen. Die

Pressestelle des Landratsamtes teilte mit, dass sich der Schaden im niedrigen vierstelligen Bereich bewege. Es wurde umgehend eine Firma mit der Beseitigung der Schmierereien beauftragt.

 DATEN 13.12.2021, Reutlingen, Internetaufruf: 13.12.2021

 QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/reutlingen_artikel,-reutlinger-landratsamt-mit-hakenkreuzen-beschmiert-belohnung-ausgesetzt-_arid,6539512.html

Verletzte bei Demonstration gegen Corona-Maßnahmen und Impfungen

Bei einer unangemeldeten Demonstration gegen Corona-Impfungen und Maßnahmen zum Schutz vor dem Corona-Virus in Mannheim wurden sechs Polizeibeamt*innen verletzt, drei davon beim Versuch mehrerer Personen, eine Polizeikette zu durchbrechen. Die Versammlung war in den Tagen zuvor in sozialen Medien beworben worden, ohne dass eine Anmeldung erfolgte. Deshalb entschied sich die Versammlungsbehörde für ein Verbot der Versammlung. Es wurden Platzverweise erteilt. Die Polizei wurde jedoch durch die hohe Zahl von bis zu 2.000 Teilnehmer*innen überrascht und musste weitere Einsatzkräfte hinzuziehen. Am späten Abend gelang es, die Lage unter Kontrolle zu bekommen. 121 Personen erhielten eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Gegen drei weitere Personen wurden Anzeigen wegen Widerstands und Beleidigung erstattet.

 DATEN 14.12.2021, Mannheim, Internetaufruf: 15.12.2021

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim_artikel,-mannheim-verbotene-versammlung-beschaeftigt-polizei-innenstadt-update-plus-fotogalerie-_arid,788095.html

Geldstrafe nach anti-muslimischen Hasskommentaren

Ein 26-Jähriger wurde vom Amtsgericht Waiblingen wegen der Verbreitung volksverhetzender Schriften und wegen Aufrufen zu Straftaten in neun Fällen zu einer Geldstrafe von 2.400 Euro verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Mann aus Winnenden im Sommer 2021 auf YouTube Hass gegen Muslim*innen verbreitete. Er habe dort ihren Tod bei Kriegsverbrechen in Srebrenica und bei den Terroranschlägen von Christchurch und Hanau verherrlicht sowie die Leser*innen dazu aufgerufen, sich an solchen Gewaltverbrechen zu beteiligen. Der Angeklagte hatte die Kommentare auf Englisch verfasst. Der US-amerikanische Staatsschutz informierte die deutschen Behörden über die Hasskommentare. Die Ermittlungen ergaben, dass der Beschuldigte trotz anderslautender Aussagen nicht im Besitz von Waffen war. Seine Verteidigung machte geltend, dass ihr Mandant geständig sei und nicht vorbestraft. Er habe andere Leser*innen

schocken wollen. Er leide unter schweren psychischen Erkrankungen und distanzieren sich von den Taten. Die Staatsanwaltschaft erkannte die Erkrankung des Mannes nicht als Entschuldigung an. Sie stellte eine „Faszination“ für menschenverachtende Anschläge fest, die „über das Tägliche hinaus“ gingen, was die Staatsschutzabteilung an rechtsmotivierten Straftaten bearbeitet. Der Angeklagte entschuldigte sich in seinem Schlusswort mehrfach für seine Taten.

 DATEN 14.12.2021, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 16.12.2021

 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/lokales/winnenden/gewaltfantasien-auf-youtube-amtsgericht-waiblingen-verh%C3%A4ngt-hohe-geldstrafe_arid-440871

Flyer mit Corona-Mythen in Neuweiler

Mitte Dezember haben Unbekannte im Neuweiler Teilort Breitenberg Flyer mit verharmlosenden Aussagen über das Corona-Virus, falschen Behauptungen zur Covid-19-Impfung und anderen Verschwörungsmythen aus der Corona-Leugner-Szene in zahlreiche Briefkästen geworfen. Verteilt worden waren zwei verschiedene Flyer. Einer davon, mit dem Titel „Unbegründete Corona-Panik. Gefährliche Impfung. Jetzt sprechen die Ärzte“, wird herausgegeben vom österreichischen Online-Fernsehsender „Auf 1 TV“. Dessen Chefredakteur Stefan Magnet ist laut der oberösterreichischen Kronen Zeitung in der Neonazi-Szene verwurzelt und auch in der extrem rechten Corona-Leugner-Szene kein Unbekannter. Der andere Flyer stammt vom Verein „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie“, dem bekannte Leugner der Corona-Pandemie wie Sucharit Bhakdi oder Stefan Homburg angehören. Auch in dieser Schrift wird vor unbekanntem Langzeitfolgen und vermeintlichen Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe gewarnt. Beweise für diese Behauptungen enthält der Flyer laut dem Schwarzwälder Boten allerdings nicht.

 DATEN 17.12.2021, Neuweiler (Landkreis Calw), Internetaufruf: 28.03.2022

 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.corona-mythen-in-neuweiler-flyer-kursieren-in-breitenberg.03966441-a47e-46cc-a922-ee175e98814d.html>

Reutlinger Rathaus mit Hakenkreuzen beschmiert

Das Reutlinger Rathaus wurde in der Nacht vom 17. auf den 18. Dezember mit Hakenkreuzen in roter Farbe beschmiert. Betroffen waren die Eingangstüre, Schaukästen und die Fassade des Gebäudes. Darüber hinaus wurden an einem Kassenautomaten und einer Aufzugstüre an der Tiefgarage „Tübinger Tor“ die gleichen

Schmierereien festgestellt. Der Sachschaden belaufe sich auf mindestens 2.000 Euro.

-  DATEN 19.12.2021, Reutlingen, Internetaufruf: 21.12.2021
-  QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/blaulicht_artikel,-reutlinger-rathaus-mit-hakenkreuzen-beschmiert-_arid,6542485.html

Rassistische Beleidigungen gegen zwei Frauen

Zwei Frauen mit Migrationsgeschichte wurden in einem Einkaufsmarkt in der Weingartner Innenstadt von einem Mann mehrfach rassistisch beleidigt. Der Vorfall ereignete sich am 17. Dezember gegen 14.30 Uhr. Als eine weitere Kundin sich einschaltete, entfernte sich der auf circa 70 Jahre geschätzte Unbekannte „fluchtartig“. Die Polizei leitete Ermittlungen ein.

-  DATEN 19.12.2021, Weingarten (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 21.12.2021
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/weingarten_artikel,-unbekannter-mann-beleidigt-zwei-frauen-in-weingarten-rassistisch-_arid,11449543.html

Tätliche Angriffe von Gegner*innen der Corona-Maßnahmen

Am 20. Dezember kam es in Mannheim erneut zu Zusammenstößen zwischen Gegner*innen der Corona-Maßnahmen und der Polizei. Dabei wurden 13 Beamt*innen verletzt, einer davon schwer. Wegen Widerstandshandlungen und tätlichen Angriffen wurden 13 Tatverdächtige festgenommen. Bei einem Tatverdächtigen wurde geprüft, ob er einem Haft- und Ermittlungsrichter vorgeführt wird. An der unangemeldeten Demonstration nahmen rund 800 Personen teil. Gegen 131 Personen wurde Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erstattet.

In Weinheim kam es bei einer Versammlung von 100 Gegner*innen der Corona-Maßnahmen ebenfalls zu Widerstandshandlungen. Zwei Polizist*innen wurden verletzt.

-  DATEN 21.12.2021, Mannheim, Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 22.12.2021
-  QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/metropolregion_artikel,-heidelbergmannheim-festnahmen-und-verletzte-bei-demo-gegen-corona-schutzmassnahmen-plus-fotogalerie-_arid,791845.html

Shoah-Verharmlosung bei unangemeldeter Demonstration

Bei einer unangemeldeten Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 20. Dezember in Sinsheim verglichen Teil-

nehmer*innen im Gespräch mit einem Redakteur der Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) Ungeimpfte mit Jüd*innen zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Wie die RNZ weiter berichtet, behielten manche Teilnehmer*innen die Ansicht bei, trotz des Hinweises, dass der Vergleich vollkommen unangemessen sei.

-  DATEN 21.12.2021, Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 30.12.2021
-  QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/region/sinsheim-kraichgau_artikel,-impfpflicht-stress-nazi-vergleich-was-corona-spaziergaenger-in-sinsheim-auf-die-strasse-treibt-_arid,792373.html

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Bad Waldsee kam es am 22. Dezember zu flüchtlingsfeindlich motivierten Vorfällen gegenüber Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfer*innen.

Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Beleidigung (§185 StGB).

-  DATEN 22.12.2021, Bad Waldsee (Landkreis Ravensburg)
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Folgemeldung zu „Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen“ vom 22.12.2021

Der Verein „Global“ aus Bad Waldsee erhielt an seine Vereinsadresse einen Brief zugesendet, in dem flüchtlingsfeindliche Beleidigungen mit schwarzem Stift niedergeschrieben standen. Zudem war das Bild eines ausgestreckten Mittelfingers auf dem Brief abgedruckt. Der Brief erreichte den Verein kurz nach Veröffentlichung eines Artikels der Schwäbischen Zeitung Mitte Dezember 2021. Darin wurde über eine Spendenaktion von „Global“ für Geflüchtete auf der griechischen Insel Lesbos berichtet. Der Vereinsvorstand erstattete Anzeige gegen unbekannt und erklärte, man werde sich nicht einschüchtern lassen und die Arbeit fortsetzen.

-  DATEN 10.01.2022, Bad Waldsee (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 11.01.2022
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/bad-waldsee_artikel,-hetzbrief-bei-waldseer-menschenrechtsverein-ingeworfen-_arid,11456218.html

Waffen und gefälschtes Impfbizertifikat bei „Reichsbürger“ gefunden

Bei einer Durchsuchung der von einem 59-jährigen bewohnten Räume eines Hotels in Schönwald hat die Polizei mehrere Waffen und gefälschte Impfdokumente gefunden. Auch das

Haus des Mannes im nahe gelegenen Niedereschach wurde durchsucht.

Neben einer Schusswaffe mit scharfer Munition wurden eine als Spazierstock getarnte Stichwaffe, eine Präzisionsschleuder mit Stahlkugeln, diverse Messer und Macheten, Tierabwehrspray, eine Armbrust und ein Morgenstern aus Metall sichergestellt. Im Besitz des bis dahin nicht auffällig gewordenen Mannes fanden die Einsatzkräfte auch noch eine Reichskriegsflagge, ein gefälschtes Impfbuch und ein Handy mit einem falschen digitalen Impfschein. Außerdem wurden Beweise gefunden, dass der überzeugte Impfgegner auch der „Reichsbürger“-Szene angehört.

Da laut Polizeiangaben kein Haftgrund vorlag, wurde der 59-Jährige nach einer kurzfristigen Festnahme zur Feststellung seiner Personalien wieder entlassen.

DATEN 22.12.2021, Niedereschach und Schönwald (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 10.02.2022

QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.impfgegner-und-reichsbuerger-polizei-findet-bei-niedereschacher-waffen-und-gefaelsthes-impfzertifikat.5358f36c-2585-4b89-9d7f-1cc1c0fec7fa.html>

Extrem rechte Parolen in einer Bar

Ein 35-Jähriger grölte in der Nacht auf den zweiten Weihnachtstag in einer Friedrichshafener Bar extrem rechte Parolen. Dabei soll sich der Betrunkene nach Polizeiangaben vor Gästen auch rassistisch und strafrechtlich relevant geäußert haben. Der Mann leistete Widerstand gegen die polizeilichen Maßnahmen und wurde in Polizeigewahrsam genommen.

DATEN 26.12.2021, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 29.12.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5107919>

Rassistische Beleidigungen gegen einen Taxifahrer

Ein 36-jähriger Taxifahrer wurde am zweiten Weihnachtsfeiertag von einem 24-jährigen Fahrgast mit Faustschlägen auf seine Brust attackiert, bedroht und rassistisch beleidigt. Der Fahrgast hatte seine Rechnung nicht zahlen können und wurde aggressiv. Der Vorfall ereignete sich im Stadtteil Brühl. Die Polizei nahm den 24-Jährigen vor Ort fest.

DATEN 27.12.2021, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: 29.12.2021

QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/freiburg/24-jaehriger-greift-freiburger-taxifahrer-an-und-wird-festgenommen>

Verfassungsfeindliche Symbole gesprüht

Mehrere verfassungsfeindliche Symbole sprayten Unbekannte in der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember im Brünnesweg in Offenburg. Außerdem wurden mit neongrüner und roter Farbe auch Wörter und weitere Zeichen gesprüht. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

DATEN 27.12.2021, Offenburg (Ortenaukreis), Internetaufruf: 29.12.2021

QUELLE Polizeipräsidium Offenburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110975/5108712>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 28. Dezember zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB).

DATEN 28.12.2021, Backnang (Rems-Murr-Kreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/716
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>

18-jähriger Randalierer äußert sich verfassungswidrig

Die Polizei wurde am Abend des 27. Dezember zu einem Einsatz in ein Parkhaus in der Bietigheimer Talstraße gerufen. Dort lieferten sich ein stark betrunkenen 18-Jähriger und zwei Begleiter ein Handgemenge. Die Begleitung wollte den Mann davon abhalten, weiter zu randalieren. Da sich der 18-Jährige nach Ansicht der Beamt*innen nicht beruhigen werde, nahmen sie ihn in Gewahrsam. Dabei rief er verfassungswidrige Parolen. Zudem leistete er in Polizeigewahrsam Widerstand gegen die Beamt*innen.

DATEN 28.12.2021, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 29.12.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/5109271>

„Querdenker“ sollen Gewerkschafter attackiert haben

Ein ehemaliger Vorsitzender des DGB-Ortsverbandes Ettligen/Malsch/Albtal erstattete Anzeige wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gegen Demonstrant*innen aus dem „Querdenken“-Spektrum. Der Gewerkschafter hatte am 27. Dezember eine unangemeldete Demonstration von 25 Personen vor dem Rathaus beobachtet und die Polizei verständigt. Dort habe ihm ein Mann gedroht und versucht, ihm sein Handy zu entreißen, berichten die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) über die Aussage des Mannes gegenüber der Zeitung. Auf dem Nachhauseweg sei er von einigen Personen bedrängt worden, die ihm vorwarfen, Einzelaufnahmen von Demonstrierenden angefertigt zu haben.

Nachdem er sich geweigert habe, sein Handy herauszurücken, habe ihn schließlich ein Mann „erheblich attackiert und zu Boden gestoßen“, zitieren ihn die BNN. Bei dem Angriff erlitt der Gewerkschafter Verletzungen. Seine Jacke sei beschädigt worden. Ein junger Mann habe sich eingemischt und könne den Vorfall bezeugen. Die Polizei prüft die Vorwürfe und hat Ermittlungen aufgenommen.

DATEN 28.12.2021, Ettlilingen (Landkreis Karlsruhe),
Internetaufruf: 30.12.2021

QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/karlsruhe/ettlingen/corona-protest-in-ettlingen-ehemaliger-dgb-ortsverbandschef-erstattet-anzeige-nach-attacke-wolfgang-weber>

Aggressive Stimmung bei Demonstration gegen Infektionsschutzmaßnahmen

Zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es bei einer nicht angemeldeten Demonstration gegen die Infektionsschutzauflagen zur Eindämmung des Corona-Virus in Ravensburg. Ein Polizeisprecher berichtete gegenüber dem Südwestrundfunk von einem Aggressionspotenzial bei den circa 1.200 Teilnehmer*innen, welches im Vergleich zu den vorherigen Wochen deutlich zugenommen habe. Ein Demonstrant habe eine Mülltonne gegen einen Polizisten geschleudert. Daraufhin kam es zu einem Gerangel und zum Schlagstockeinsatz gegen Demonstrant*innen. Bei zwei Versuchen, Polizeiketten zu durchbrechen, wurden zwei Personen verletzt. Die Polizei filmte die Versammlung und kündigte Bußgeldern bis zu einer Höhe von 500 Euro für identifizierte Teilnehmer*innen an.

In der Region fanden weitere unangemeldete Demonstrationen von Gegner*innen der Corona-Maßnahmen statt, die größtenteils friedlich verliefen. In Friedrichshafen berichtete die Polizei ebenfalls von einer zunehmend aggressiveren Stimmung unter den 700 Teilnehmer*innen. Ein Polizist wurde tätlich angegriffen.

DATEN 28.12.2021, Ravensburg, Friedrichshafen (Bodenseekreis),
Internetaufruf: 29.12.2021

QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/demos-corona-ravensburg-100.html>

Todesdrohungen nach umstrittener Mohammed-Karikatur

Ein 22-jähriger Mann aus Offenburg erhielt im Internet Todesdrohungen von Islamist*innen, nachdem er in sozialen Netzwerken mit einer Mohammed-Karikatur posierte. Darauf ist ein nackter Mann, der Mohammed darstellen soll, in Lederstiefeln und mit Regenbogenfahnen abgebildet. Im Gespräch mit der Badischen Zeitung gab der nach eigenen Angaben gläubige Sunnit an, sich für die Errungenschaften der europäischen Aufklärung und die demokratisch-laizistische Gesellschaftsordnung einsetzen zu wollen und warnte

vor einer „Islamisierung“ der deutschen Gesellschaft. Zugleich bestritt er, anti-islamische Positionen zu verbreiten und distanzierte sich von Pegida und AfD. Er trete für einen weltoffenen Islam ein, ließ aber laut der Zeitung außer Acht, welche Gefühlsverletzungen er gläubigen Muslim*innen mit der Karikatur zufügen könne.

Der junge Mann, der laut Badischer Zeitung „seit längerer Zeit mit starkem Sendungsbewusstsein unterwegs“ sei, sei über seine Konten in sozialen Netzwerken nicht mehr erreichbar. Er habe wegen der Todesdrohungen Strafanzeige erstattet, fühle sich aber von den Behörden nicht ausreichend geschützt. Daher habe er die Flucht ergriffen.

DATEN 29.12.2021, Offenburg (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 05.01.2022

QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/offenburg/offenburger-muslim-erhaelt-morddrohungen-nach-islamkritischen-posts>

Ermittlung wegen Volksverhetzung durch „Ungeimpft“-Aufkleber

Nach der Verbreitung von Aufklebern mit einem gelben Davidstern und der Aufschrift „Ungeimpft“ ermittelt der Staatsschutz wegen Volksverhetzung. Die unbekanntenen Täter*innen klebten die Sticker an Verkehrsschilder in Neulingen und Kieselbronn. Der Bauhof und die Polizei entfernten die Aufkleber.

DATEN 30.12.2021, Neulingen, Kieselbronn (Enzkreis),
Internetaufruf: 10.01.2022

QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/pforzheim/enzkreis/impfgegner-verbreiten-propaganda-aufkleber-im-enzkreis-staatsschutz-ermittelt>

Übergriffe auf Geflüchtete und deren Einrichtungen

In Brühl kam es am 31. Dezember zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Anzeigen wegen Volksverhetzung (§130 StGB).

DATEN 31.12.2021, Brühl (Rhein-Neckar-Kreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 20/718
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000718.pdf>

Organisierter Shitstorm und Morddrohungen gegen Oberbürgermeister

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sieht sich kurz vor Silvester mit einer Vielzahl von Hasskommentaren konfrontiert, in denen zum Teil Morddrohungen gegen ihn und seine Familie enthalten seien. Er habe innerhalb weniger Tage eine hohe dreistellige Zahl an Briefen und E-Mails sowie eine vierstellige Zahl an Facebook-Kommentaren mit verhetzendem und beleidigendem

Inhalt erhalten, erklärte Palmer gegenüber dem Schwäbischen Tagblatt. Dabei sei „das Maß der Gewaltandrohung das bisher Schlimmste“ was er als Politiker mitmachen musste, gibt ihn die Zeitung wieder. Neben ganz offenen Mordfantasien würden ihn auch subtile Bedrohungen erreichen. Zum Teil enthielten die Nachrichten rassistische Inhalte. Es gehe darum, ein Klima der Angst zu erzeugen. Nach Eindruck des Oberbürgermeisters seien in vielen Zuschriften identische Formulierungen und gleiche Argumentationsmuster zu erkennen, was auf einen organisierten Shitstorm schließen lasse.

Hintergrund der Hasswelle sind umstrittene Überlegungen Palmers zur Durchsetzung einer möglichen Impfpflicht. Palmer hatte Bußgelder, Zutrittsverbote oder Rentenkürzungen als mögliche Sanktionsmittel für Ungeimpfte in die Debatte eingebracht. Als Reaktion auf einen seiner Ansicht nach provokativen Beitrag voller Falschbehauptungen auf Facebook hatte er das Wort „Beugehaft“ verwendet, das seiner Auffassung nach von Kommentator*innen aus dem Kontext gerissen werde.

Das Tübinger Stadtoberhaupt berichtet davon, dass sich der Hass bislang rein schriftlich, aber nicht persönlich auf der Straße äußere. Dennoch habe der Staatsschutz Vorkehrungen für seine Sicherheit und die seiner Familie getroffen. Rechtswidrige Zuschriften, deren Urheber*innen ermittelt werden könnten, bringe der Oberbürgermeister zur Anzeige.

 **DATEN** 31.12.2021, Tübingen, Internetaufruf: 05.01.2022

 **QUELLE** Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Anfeindungen-gegen-Palmer-erreichen-neues-Level-530096.html>

Marktleiter wird rassistisch beleidigt

Der 44-jährige Leiter eines Supermarktes in Brühl wurde an Silvester von einem 53-jährigen Kunden rassistisch beleidigt. Der Kunde hatte sich zuvor über eine Kassiererin in Rage geredet, die seiner Meinung nach zu langsam arbeitete und hinter einer Plexiglasscheibe keine Maske trug. Darauf zog er seine Maske auch herunter. Der Marktleiter wurde durch das Geschrei des Kunden auf die Situation aufmerksam und geriet ins Visier des 53-Jährigen, als er versuchte, schlichtend einzugreifen. Als er den Kunden dazu aufrief, die bestehende Maskenpflicht einzuhalten, geriet der Kunde völlig außer sich und äußerte rassistische Beleidigungen gegen den 44-Jährigen, berichtet die Polizei Mannheim. Anschließend verließ der 53-Jährige das Geschäft. Als der Marktleiter nach Feierabend den Markt verließ, drangsalierte ihn der 53-Jährige auf dem Parkplatz des Geschäfts mit lautstarken Hasstiraden. Gegen den aggressiven Mann wird wegen Beleidigung mit rassistischem und verhetzendem Inhalt sowie wegen des Verdachts auf Volksverhetzung ermittelt.

 **DATEN** 03.01.2022, Brühl (Rhein-Neckar-Kreis),
Internetaufruf: 05.01.2022

 **QUELLE** Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/5112541>

Sachbeschädigung mit politischem Hintergrund

Ein Pavillon am Kreuzwiesenweg in Ketsch war Ziel von Unbekannten, die zwischen dem 23. Dezember und dem 3. Januar 2022 diverse Zeichen und Zahlenfolgen darauf sprühten. In das Holz des Pavillons ritzen die Täter*innen Wörter, einen Mülleimer beschmierten sie mit weißer Farbe. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Aufgrund der verwendeten Zeichen sei von einem politischen Motiv auszugehen.

 **DATEN** 05.01.2022, Ketsch (Rhein-Neckar-Kreis),
Internetaufruf: 05.01.2022

 **QUELLE** Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/5113900>